Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen Nr. 151

Lutz Laschewski, Andrea Moser, Frauke Pirscher, Frieder Thomas (Hrsg.)

Warum so wütend?

Hintergründe und Ursachen der Bauernproteste

> Warum so wütend?

Hintergründe und Ursachen der Bauernproteste

Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen Nr. 151

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Herausgeber:innen:
Lutz Laschewski, Andrea Moser, Frauke Pirscher, Frieder Thomas

Lektorat: Karin Zander unter Mitarbeit von Maja Katharina Stromberg

Layout: Mirko Wende (www.mirkomedia.de)

Titelbild: pmvfoto / Shutterstock.com

Druck: Flyeralarm (70 % PEFC-Papier)

ISSN 0080-7133

Preis: 19,90 €

Gefördert von der Landwirtschaftlichen Rentenbank

rentenbank

© 2025 Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Göttingen

Die Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen ist zu beziehen über:

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Kurze-Geismar-Str. 33
37073 Göttingen
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Diese Publikation ist entstanden im Rahmen der *Plattform landwirtschaftliche Sozio-Ökonomie*. Die Plattform versteht sich als Forum für alle Akteur:innen, die sich in Wissenschaft, Praxis und Politik für soziale Aspekte einer nachhaltigen Landwirtschaft einsetzen und dabei die Menschen in den Mittelpunkt rücken.

Agrar Bündnis
Plattform-Koordination
Dr. Frieder Thomas
AgrarBündnis e.V.
0151 625 11 652
thomas@agrarbuendnis.de
www.landwirtschaft-soziooekonomie.de

Diese Publikation ist als kostenfreies PDF online abrufbar unter:

Bibliographische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

Die Beiträge in den Bänden der „Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen“ bringen die persönlichen Auffassungen der Verfasser:innen zum Ausdruck. Diese sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., der Herausgeber:innen oder der Redaktion.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, fototechnische Vervielfältigung oder Einspeisung in elektronische Systeme (auch auszugsweise) nur mit Genehmigung der Herausgeber:innen.

Hinweis zu geschlechtergerechter Sprache

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. bemüht sich in ihren Publikationen um inklusive und geschlechtergerechte Sprache. Als Mittel der sprachlichen Darstellung aller Geschlechter und Geschlechtsidentitäten wird in dieser Publikation bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, eine geschlechtsneutrale Bezeichnung oder ein Doppelpunkt (z. B. Wissenschaftler:innen) verwendet. Einzelne Artikel weichen von dieser Handhabung ab, hier werden auf Wunsch der Verfasser:innen andere Formulierungen oder das generische Maskulinum verwendet.

© 2025 Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Göttingen

Inhaltsverzeichnis

Politischer Protest der Landwirtschaft – nur Episode oder politische Zäsur? Zur Einführung in dieses Buch
Lutz Laschewski 6

> *Selbstbild und Rechtfertigungen der protestierenden Landwirt:innen*

Bauernproteste: Seismografen für Transformationsprobleme
Rolf G. Heinze 32

Bauernproteste und Tierhaltung: Woher kommt die Wut?
Marie von Meyer-Höfer 44

Die Wahrnehmung von Differenz. Wie an den Bauernprotesten Beteiligte die progressiven sozial-ökologischen Bewegungen wahrnehmen
Thomas Fickel 56

> *Imaginäre Einheit der Landwirtschaft und politische Mobilisierung*

Einordnung der Bauernproteste 2023 / 2024
Dr. Holger Hennies im Gespräch 74

Demonstrieren für ein „Weiter so" – Die Landwirtschaftsproteste 2023/24 als Ausdruck von Transformationskonflikten
Hajo Holst, Steffen Niehoff und Martin Franz 82

Ein kollektives Gefühl von Überraschung, Einigkeit und Wirksamkeit. Zur Bedeutung von Resonanz und Unverfügbarkeit im Kontext der Bauernprotesten
Matthias Kussin und Rebekka Hinckers 100

> *Proteste in Frankreich und in Polen*

Wie erklärt sich die Wut der französischen Landwirte im Jahr 2024
Jean-Marie Séronie 116

Die Protestbewegungen der französischen Landwirte: Ein Weg des Widerstands und des Empowerments? Überlegungen und kritische Perspektiven
Sandrine Benoist 130

Die Bauernproteste von 2024 in Polen verstehen – jenseits der Geschichte der Bauernaufstände
Wojciech Knieć 148

> *Bauernproteste und nationale Bewegungen*

Der Kampf um Anerkennung. Bauernproteste in Deutschland und ihre Ursachen
Wolfgang Reimer 174

Bauern, Landvolk und die NSDAP – eine historische Betrachtung
Onno Poppinga 184

> Politischer Protest der Landwirtschaft – nur Episode oder politische Zäsur?

Zur Einführung in dieses Buch

Von Lutz Laschewski

Der politische Protest der Landwirtschaft zum Jahreswechsel 2023/2024 hat in seiner Heftigkeit und Dauer sowohl die politische Klasse in Berlin – die Regierung wie auch die Opposition – als auch die politischen Beobachter:innen sichtlich überrascht. Die Regierungskoalition hatte den bäuerlichen Protest nicht vorhergesehen und agierte zunächst hilflos und wenig geschlossen. Verzweifelt war man bemüht, die Wogen zu glätten und die Folgen der beschlossenen Subventionskürzungen auf die Landwirtschaft zu mildern, ohne die Beschlüsse, die den Protest ausgelöst hatten, wieder zurücknehmen zu müssen. Die politische Opposition überschlug sich angesichts des überraschenden, breiten und anhaltenden Protests der Landwirt:innen geradezu begeistert mit Solidaritätsbekundungen.

Problematisch war für die Regierungskoalition dabei auch, dass sich auch Teile der Landwirtschaft an den Protesten beteiligten, die die Regierungskoalition in ihrem eigenen Lager wähnte. Zudem wurde schnell klar, dass die politischen Beschlüsse aus Sicht der Landwirtschaft nur die Spitze eines Eisberges darzustellen schienen und hinter den Protesten ein breiter, tiefer Unmut in der landwirtschaftlichen Bevölkerung über ihre wirtschaftliche Lage und ihre unsicheren Zukunftsperspektiven sichtbar wurde.

Letztlich hätte die Regierungskoalition mit den Protesten der Landwirtschaft gut leben können, da die Landwirt:innen für keine ihrer Parteien eine relevante Wählerklientel darstellten. Politisch problematischer war aber die erkennbare, breite gesellschaftliche Solidarisierung über den Agrarsektor hinaus. Der Protest

der Landwirtschaft erfuhr die Unterstützung verschiedener Wirtschaftsverbände und wurde als stellvertretend für kleine Unternehmen in anderen Branchen und die Menschen im ländlichen Raum wahrgenommen.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht werfen diese jüngsten landwirtschaftlichen Proteste einige Fragen auf. Landwirtschaftlicher Protest und die Einflussnahme landwirtschaftlicher Interessenorganisationen auf die Agrarpolitik sind keine neuen Forschungsthemen – sie sind in den letzten zwei Jahrzehnten aber deutlich in den Hintergrund getreten. Dies mag zu der Überraschung beigetragen haben, die sich für viele Beobachter angesichts des Umfangs der Proteste zum Jahreswechsel 2023/2024 einstellte. Handelt es sich bei diesen Protesten um ein einmaliges Ereignis oder ist damit zu rechnen, dass sich derartige Proteste wiederholen werden?

Um sich dieser Frage anzunähern, versammeln wir in diesem Band Beiträge von Wissenschaftler:innen und Akteur:innen der Agrarpolitik, die Hintergründe und die Dynamik der Ereignisse zu erhellen versuchen. Die Beiträge mögen die Fragen nach den Hintergründen und Ursachen der landwirtschaftlichen Proteste nicht abschließend beantworten können, sie mögen aber einen Beitrag dazu leisten, die Ereignisse besser zu verstehen. In den landwirtschaftlichen Protesten spiegeln sich auch grundlegende gesellschaftliche Kontroversen wider, die über den engen Bereich der Agrarpolitik hinausreichen und zugleich bleiben sie von größeren gesellschaftlichen Dynamiken nicht unberührt.

In dieser Einleitung rekapitulieren wir dazu zunächst den Anlass und den Verlauf der Proteste. Gegenstand der Auseinandersetzung waren die Agrardieselsubventionen. Angesichts der Protestdynamik ging der Blick auf die Faktenlage schnell verloren. Dennoch scheint es angebracht, diese nicht ganz aus den Augen zu verlieren, zumal die 2025 gewählte Bundesregierung plant, die Agrardieselsubventionen wieder einzuführen, und sich durchaus – auch aus Sicht der Landwirt:innen selbst – jenseits der politischen Symbolik die praktische Frage stellt, ob nicht eine andere Art der Förderung den Bedürfnissen der Landwirt:innen und auch der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen eher gerecht wird.

Im Folgenden werden allgemeine Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung zur agrarpolitischen Entscheidungsfindung und zu Protesten in der Landwirtschaft zusammengefasst und einige sich daraus ergebende Fragen herausgearbeitet. Daran anschließend werden die einzelnen Beiträge des Bandes kurz beschrieben.

Der Anlass zum Protest: die Streichung der Agrardieselsubventionierung

Anlass für den Protest war die Ankündigung der Bundesregierung die Subventionierung für den Agrardiesel auszusetzen, um die Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 auf den Bundeshaushalt abzumildern. Die Agrardieselsubventionen waren auch zuvor schon hin und wieder in der politischen Diskussion, wobei sowohl ökonomische als auch ökologische Effekte kritisiert wurden. Insofern lohnt sich ein Blick auf den Gegenstand, der die Proteste ins Rollen brachte.

„Landwirtschaftliche Betriebe erhalten seit 1951 eine Verbilligung für versteuerten Dieselkraftstoff, soweit dieser zur Bodenbewirtschaftung oder bodengebundenen Tierhaltung in landwirtschaftlichen Maschinen und Fahrzeugen verwendet worden ist.“ (Bundesministerium der Finanzen 2019, S. 339). Die Verwendung von Biodiesel und Pflanzenöl ist in der Land- und Forstwirtschaft steuerfrei. Die Steuerrückerstattung für diese Kraftstoffe erfolgt seit 2008 ohne Selbstbehalt und Deckelung. „Die Rechtsgrundlage dafür war das Landwirtschafts-Gasölverwendungsgesetz, das als Auftragsangelegenheit von den Ländern durchgeführt wurde. Die hierzu benötigten Mittel hat der Bund jeweils im Einzelplan 10 (Agrarhaushalt) zur Verfügung gestellt. Seit dem 1. Januar 2001 erfolgte die Begünstigung im Rahmen eines im Mineralölsteuergesetz und seit dem 1. August 2006 im Energiesteuergesetz verankerten Entlastungsverfahrens.“ (ebenda; s. auch Tab. 1).

Zusätzlich zu den unmittelbaren Subventionskosten von ca. 450 Mio. Euro fallen dem Staat und den Unternehmen Bürokratiekosten für die Antragstellung und die Antragsbearbeitung an. Im Rahmen einer Evaluationsstudie wurden diese wie folgt geschätzt: „Der Personalaufwand je Betrieb liegt nach der

Tab. 1: Für die Jahre 2017 bis 2020 schätzte der Subventionsbericht die unmittelbaren finanziellen Aufwendungen des Staates wie folgt ein:

Bezeichnung der Steuervergünstigung	Steuerbegünstigung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Agrardiesel)			
Ziel	Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe			
Rechtsgrundlage	§ 57 EnergieStG			
Status / Befristung	befristet bis 31.12.2020			
Finanzielles Volumen	2017	2018	2019	2020
Steuermindereinnahmen (Schätzung Mio. €)	471	467	450	450
Finanzierungsschlüssel	Bund: 100 %			

Quelle: Bundesministerium der Finanzen 2019, S. 339

WebSKM Datenbank[1] des Statistischen Bundesamtes bei 36 Euro je Fall. Ein Sachaufwand fällt nicht an. Aufsummiert über alle Betriebe ergibt sich somit ein Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft in Höhe von rund 6,7 Mio. Euro. Zudem unterstellen wir einen Personalaufwand für die Verwaltung in Höhe von ca. 19 Euro je bearbeitetem Antrag. Auch hier fällt kein Sachaufwand an. Damit beträgt der Erfüllungsaufwand der Verwaltung etwa 3,4 Mio. Euro. Ein Erfüllungsaufwand für die Bürger fällt bei diesem Tatbestand nicht an.“ (Thöne 2019, S. 75).

Ziel der Agrardieselsubvention ist die Förderung der Einkommen der landwirtschaftlichen Unternehmen. Die oben zitierte Evaluation schätzte den durchschnittlichen Entlastungsbetrag durch die Agrardieselsubventionierung je Betrieb auf ca. 2.500 Euro (ebenda, S. 74; nach Betriebstypen differenzierte Zahlen finden sich bei Balmann 2024). Dieser Betrag stellt nicht den tatsächlichen Einkommenseffekt dar, da förderbedingte Verhaltensänderungen (Mehrverbrauch von Diesel aufgrund der niedrigeren Preise) mitbedacht werden müssen. Bei Kürzung der Subventionen können die landwirtschaftlichen Unternehmen durch Dieseleinsparungen Einkommensverluste zumindest teilweise kompensieren. Balmann (2024) weist in seiner Stellungnahme aber darauf hin, dass solche Anpassungen eher mittelfristig als kurzfristig realisierbar seien.

[1] WebSKM ist eine webbasierte Datenbank mit deren Hilfe vom Statistischen Bundesamt die Bürokratiekosten nach dem Standardkostenmodell ermittelt werden.

Aus der Kopplung der Subvention an den Verbrauch und dem sich daraus ergebenden Anreiz, diesen zu steigern, resultiert auch die ökonomische Kritik am Agrardiesel (Thöne 2019, S. 233). Die Agrardieselsubventionen begünstigen absolut diejenigen, die, gemessen an ihrem Produktionsvolumen, viel Diesel verbrauchen (ebenda). Das ist abhängig von dem Produktionsprogramm und der Flächenausstattung der Betriebe. Der negative Einkommenseffekt ist mit drei bis vier Prozent des Einkommens besonders hoch in Ackerbau- und Futterbaubetrieben[2], die in Deutschland die größten Gruppen der landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen. Die Unterscheidung nach ökologischer oder konventioneller Bewirtschaftung ist von untergeordneter Bedeutung. Absolut gesehen erhalten flächenmäßig große Betriebe höhere Erstattungen als kleine Betriebe, der Einkommenseffekt ist bei Letzteren jedoch größer aufgrund ihrer geringen Umsatzrentabilität. Die größten Einkommenseffekte der Agrardieselförderung verzeichnet jedoch die Gruppe der juristischen Personen, die sich überwiegend zu reinen Ackerbaubetrieben entwickelt haben.

Aus der Perspektive einer politischen Ökonomie ist ein Protest gegen eine Streichung der Agrardieselsubventionierung nicht überraschend, denn es handelt sich um einen Betrag, den jeder Betrieb laut Bewilligungsbescheid eindeutig beziffern kann. Zudem trifft die Streichung der Subvention alle landwirtschaftlichen Unternehmen und in besonderem Maße die Gruppen, die in der deutschen Landwirtschaft eine große Verbreitung haben, und sie verbindet die landwirtschaftlichen Betriebe über die innerhalb der Landwirtschaft etablierten Differenzierungslinien hinweg (klein/groß; Familienbetriebe/juristische Personen, ökologisch/konventionell).

Ökologische Effekte

Vor dem Hintergrund der Klimakrise sind in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend die negativen ökologischen Effekte der Agrardieselsubventionierung in den Vordergrund getreten. Diese wurden in einer Sektorstudie für die Landwirtschaft für das Umweltbundesamt erstmalig explizit formuliert

[2] Ein Futterbaubetrieb ist ein landwirtschaftlicher Betrieb, bei dem der Anbau von Futterpflanzen und die damit verbundene Haltung von Nutztieren (wie Milchkühe, Mastrinder, Schafe, Pferde) den größten Teil der betrieblichen Wertschöpfung ausmacht.

(Burdick & Lange 2003) und seitdem von diesem in eigenen Stellungnahmen zu den ökologischen Effekten von Subventionen wiederholt aufgegriffen (z. B. Umweltbundesamt 2016). In der bis 2023 existierenden Form bot die Agrardieselvergünstigung Anreize für eine auf fossilen Brennstoffen basierende mechanische Intensivierung, selbst wenn das Gesetz auch Anreize zu einer Verwendung von Biokraftstoffen in der Landwirtschaft und dadurch grundsätzlich einen Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen bot.

Insgesamt setzte sich im politischen Prozess mehr und mehr die Überzeugung durch, die Agrardieselvergünstigung durch andere ökonomisch effektivere, weniger verwaltungsaufwendige und ökologisch neutralere Instrumente zu ersetzen. So schlug das Umweltbundesamt bereits 2016 vor: „Die bei Abschaffung dieser Subvention entstehenden zusätzlichen Steuereinnahmen ließen sich für die ländliche Entwicklung (zweite Säule) – insbesondere die Agrar-Umweltprogramme – verwenden und könnten somit weitgehend im Landwirtschaftssektor verbleiben. Sollte die Agrardieselverbilligung nicht gänzlich abgeschafft werden, so wäre als zweitbeste Lösung eine Steuervergünstigung nach einem pauschalierten Verfahren zu befürworten. Dabei unterstellt der Gesetzgeber einen spezifischen Dieselkraftstoffverbrauch je Hektar Fläche und erstattet die Steuer teilweise nach Maßgabe der Landwirtschaftsfläche. Die Erstattung würde in diesem Fall wie eine pauschale Flächenprämie wirken. Da der tatsächliche Treibstoffverbrauch für die Steuervergütung keine Rolle mehr spielen würde (…) bliebe der ökonomische Anreiz zum Kraftstoffsparen in vollem Umfang erhalten.“ (Umweltbundesamt 2016, S. 64).

Auch der bereits zitierte Evaluationsbericht argumentiert ähnlich, wenn dieser auch die Produktionsanreize dieser Subvention positiver bewertet: „In der Gesamtschau zeigt sich, dass die Maßnahme in [ihrer] jetzigen Ausgestaltung mit einer ganzen Reihe der subventionspolitischen Leitlinien im Konflikt steht. So ist die Maßnahme ganz offensichtlich nicht das am besten geeignete und unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten effiziente[ste] Instrument, da es durch eine flächenbezogene Förderung mit ähnlicher Allokation, aber geringerem Verwaltungsaufwand ersetzt werden könnte. Damit wäre gleichzeitig die Überführung in eine den Staatshaushalt weniger belastende Maßnahme sichergestellt.“ (Thöne 2019, S. 232).

Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass die Agrardieselförderung es nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil (siehe folgende Übersicht) auf die politische Tagesordnung schaffen konnte. Es handelte sich offensichtlich um einen Sachverhalt, zu dem der politische Meinungsbildungsprozess weit fortgeschritten war und argumentative Grundlagen für seine Abschaffung ausformuliert waren. Anders als die obigen Zitate sah die im November 2023 von der damaligen Ampelkoalition vorgeschlagene Streichung der Agrardieselsubventionierung aber zunächst keine Kompensationsmaßnahmen vor.

Verlauf der Ereignisse

15. November 2023

Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts (2 BvF 1/22) zum zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021.

30. November 2023

Für den Bundeshaushalt 2024 beziffert Bundesfinanzminister Lindner die Lücke mit 17 Mrd. Euro.

15. Dezember 2023

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages beschließt einstimmig, das Bundesfinanzministerium aufzufordern, einen Vorschlag zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes zu unterbreiten, der die Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge aufhebt. Zudem soll das Ministerium gemeinsam mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft prüfen, ob ein Förderprogramm zur Kompensation eingerichtet werden kann. Die 18 Mitglieder des Ausschusses gehören den Fraktionen der SPD (6), CDU/CSU (5), Grünen (3), FDP (2) und der AfD (2) an.

Bundeskanzler Olaf Scholz, Vizekanzler Dr. Robert Habeck und Bundesfinanzminister Christian Lindner beschließen am 15. Dezember 2023 eine Vereinbarung zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2024, die auch die Abschaffung der Agrardieselbeihilfe sowie die Abschaffung der Begünstigung bei der Kraftfahrzeugsteuer für Forst- und Landwirtschaft umfasst.

Unmittelbar danach starten erste spontane Proteste. Für den 18. Dezember 2023 ruft der Deutsche Bauernverband zusammen mit den Landesbauernverbänden zu einer Demonstration am Brandenburger Tor in Berlin auf.

18. Dezember 2023

Großdemonstration in Berlin. Mit 3.000 Traktoren sind rund 10.000 Landwirt:innen am Montag im Berliner Regierungsviertel vorgefahren.

20. Dezember 2023

Die Vereinbarung vom 15. Dezember 2023 wird dem Bundeskabinett zur Kenntnis gegeben und beschlossen.

22. Dezember 2023

Der Deutsche Bauernverband kündigt bundesweite Aktionen und eine Großdemonstration in Berlin gegen die Kürzungspläne der Regierung ab 8. Januar 2024 an

4. Januar 2024

Die Bundesregierung teilt mit, die Kürzung der Agrardieselbeihilfe nicht in einem Schritt, sondern stufenweise vollziehen zu wollen. Auf die Abschaffung der Begünstigung bei der Kraftfahrzeugsteuer für Forst- und Landwirtschaft werde verzichtet.

Eine aufgebrachte Menschenmenge blockiert an diesem Tag den Fähranleger in Schlüttsiel (Kreis Nordfriesland), als eine Fähre von der Hallig Hooge mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ankommt, der die Fähre nicht verlassen kann.

8. Januar 2024

Bundesweite Blockaden von Autobahnen etc. und Großkundgebungen in mehreren Großstädten (Berlin, München etc.)

15. Januar 2024

In den Straßen rund um das Brandenburger Tor stehen an diesem Montag Traktoren, Lkws und Kleintransporter aus ganz Deutschland. Um die zehntausend Menschen werden es am Ende nach Schätzungen sein, die Versammlungsbehörde zählt 8.500.

17. Januar 2024

Die AfD-Fraktion stellt zwei Anträge mit dem Ziel, die Steuervergünstigung für Agrardiesel sowie die Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge beizubehalten bzw. die Steuervergünstigung für Agrardiesel auszuweiten. Die Anträge werden an den zuständigen Finanzausschuss verwiesen.

18. Januar 2024

Der Bundestag debattiert über einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion, in der diese die Fortführung der Agrardiesel-Steuerentlastung sowie der Kfz-Steuerbefreiung der Landwirtschaft fordert.

12. Februar 2024

Die EU-Kommission lockert Umweltauflagen und beschließt eine Ausnahme beim vorgeschriebenen Mindestanteil an Brachland auf Ackerflächen.

27. Februar 2024

Etwa zehntausend Landwirt:innen marschieren am Dienstag durch Warschau, um gegen die EU-Agrarpolitik und die Einfuhr günstiger Agrarprodukte aus der Ukraine zu protestieren. Der Sternmarsch in der polnischen Hauptstadt bildete den Höhepunkt wochenlanger Proteste, die landesweit zu Straßenblockaden geführt und die polnisch-ukrainischen Grenzübergänge lahmgelegt hatten.

20. März 2024

Der Bundestag lehnt die Anträge der AfD vom 17. Januar 2024 auf Empfehlung des Finanzausschusses ab. Die CDU/CSU bringt einen weiteren Antrag ein, in welchem sie die Bundesregierung auffordert, die Agrardiesel-Steuerentlastung dauerhaft fortzuführen.

5. Juli 2024

Der Bundestag beschließt drei Gesetze des sogenannten Agrarpakets der Regierungskoalition. Es sieht unter anderem eine Verlängerung der Tarifermäßigung für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft bis 2028 vor. Die steuerliche Entlastung für Familienbetriebe wird auf insgesamt 150 Mio. Euro für den Zeitraum von drei Jahren geschätzt.

Gesellschaftlicher Protest: Konflikte, politische Kommunikation und Organisierbarkeit von Interessen. Wissenschaftliche Zugänge und Fragen an die Beiträge

Im Vergleich zu anderen Ländern haben sich Landwirt:innen in Deutschland deutlich seltener zu offenen Protestaktionen entschlossen. Wenn in den letzten Jahrzehnten im Zusammenhang mit Landwirtschaft in Deutschland Protest Gegenstand wissenschaftlicher Analysen war, dann lag der Fokus auf den Ernährungsbewegungen und dem Protest gegen die ökologischen und sozialen Folgen einer „industrialisierten" Landwirtschaft (exemplarisch Zentgraf & Kalix Garcia 2023). Wie konnte es dann zu diesen sehr heftigen Protesten der Landwirtschaft kommen?

Aus politischer Sicht ist die Tatsache von Interessenwidersprüchen zwischen gesellschaftlichen Gruppen weder überraschend noch zwingend mit politischem Protest verbunden. Im Zentrum der Auseinandersetzung stehen die Verteilung von Ressourcen und/oder Fragen gesellschaftlicher Anerkennung. Die thematisierten Widersprüche können somit materieller, aber auch ideologischer Natur sein. Das demokratische System ist darauf ausgelegt, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen in geregelten Verfahren abzuwägen und dann Entscheidungen im Sinne eines wie auch immer zu definierenden, gesellschaftlichen Interesses zu treffen. Protest ist in diesem demokratischen Verständnis eine politische Strategie außerhalb der geregelten, institutionellen Verfahren, die darauf abzielt, diese politischen Verfahren zu beeinflussen, indem sie die öffentliche Meinung zu verändern versucht.

Protest entsteht zum Beispiel dann, wenn aus Sicht der Beteiligten wichtige Themen politisch nicht oder nicht hinreichend bearbeitet werden. Hierfür wird in den Politikwissenschaften der Begriff des „Agenda Setting" verwendet, was bedeutet, ein Thema auf die (politische) Tagesordnung, die „Agenda", zu setzen. Nach Ansicht des Soziologen Niklas Luhmann (1996) ist zu vermuten, dass mit der wachsenden gesellschaftlichen Differenzierung und Komplexität, wegen des Auseinanderfallens von Ursachen und Folgen, derartige Protestanlässe an Bedeutung zunehmen. In diesem Sinne haben politische Proteste einen funktionalen Charakter, da sie der Politik helfen, sich auf neue Probleme einzustellen.

Auf den ersten Blick haben die landwirtschaftlichen Proteste im Winter 2023/24 jedoch einen anderen Charakter. Sie dienten dazu, den politischen Status quo, die Rechte und Privilegien einer gesellschaftlichen Gruppe zu verteidigen, auch wenn deren gesellschaftlicher Sinn und ihre Effektivität infrage gestellt werden. Die Beiträge in diesem Band legen allerdings nahe, dass die Abschaffung des Agrardiesels als solche das Ausmaß der Proteste allein nicht zu begründen scheint. Vielmehr machen die Proteste auf tiefer liegende Ursachen aufmerksam, die so politisch bisher nicht hinreichend beachtet wurden.

Mit Blick auf diese politische Stellung scheint die wahrgenommene „Überraschung“ vieler politischer Beobachter:innen und auch der Politik selbst aus der nach wie vor vorherrschenden Annahme zu resultieren, dass es den landwirtschaftlichen Interessenorganisationen der (konventionellen) Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten sowohl auf nationaler, als auch auf europäischer Ebene gelungen ist, die ökonomischen Belange der Landwirtschaft trotz ihres stark gesunkenen wirtschaftlichen Stellenwerts zu vertreten. Erklärungen für diese relativ starke politische Stellung des Agrarsektors wurden in wissenschaftlichen Analysen der 1980er und 1990er Jahre aus dem Zusammenspiel politischer und institutioneller Faktoren herausgearbeitet (Keeler 1994; Hagedorn 1996). Institutionell begünstigten in vielen Ländern, so der damalige Stand der Analyse, korporatistische Politikmodelle, die auf die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Unternehmen angewiesen sind, eine hohe Organisationsfähigkeit des Agrarsektors, bis hin zu den Entscheidungsverfahren und Entscheidungsregeln im politischen Mehrebenensystem der Europäischen Union, und somit einen anhaltend hohen Einfluss von landwirtschaftlichen Interessengruppen. Politisch werde die Sonderstellung durch eine dem Agrarsektor wohlwollend gegenüberstehenden Bevölkerung sowie eine hohe Mobilisierung der Landwirt:innen und ihres Umfeldes bei Wahlen gestützt. Zudem lassen sich Produzent:innen immer leichter organisieren und mobilisieren als Konsument:innen.

Diese Konstellation habe eine Situation geschaffen, in der der Landwirtschaft politisch eine Sonderstellung eingeräumt wurde und wird, die Daugbjerg & Feindt (2017) als einen „politischen Exzeptionalismus“ bezeichnen. Dieser landwirtschaftliche Exzeptionalismus basiere aus ihrer Sicht auf der Annahme,

dass sich die Landwirtschaft von anderen Wirtschaftssektoren in modernen Gesellschaften aufgrund ihrer Naturabhängigkeit, einem im Strukturwandel begründeten anhaltenden Einkommensproblem sowie der Erbringung besonderer, gesellschaftlicher Leistungen (Ernährungssicherheit, Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln) unterscheide. Nach ihrer Meinung verliere die Landwirtschaft jedoch zunehmend ihre politische Sonderstellung. Sie sehen die Agrarpolitik in einer Phase des „Post-Exzeptionalismus“, in dem der politische Einfluss der Landwirtschaft schwinde und die legitimationsfördernden Narrative nicht mehr ihre gesellschaftliche Bindewirkung entfalten. Sie argumentieren, dass es den Landwirtschaftsverbänden in den vergangenen Jahren immer schwerer gefallen sei, die Vielfalt der politischen Interessen innerhalb der Landwirtschaft ausreichend abzubilden. Es stellt sich mithin die Frage, wie der politische Protest der Landwirtschaft zum Jahreswechsel 2023/2024 einzuordnen ist – als ein Aufbäumen gegen diesen Verlust der Sonderstellung der Landwirtschaft, als Zeichen einer Rückkehr zu alter Stärke oder als ein charakteristisches Ereignis, eine Form der agrarpolitischen Auseinandersetzung, das möglicherweise diese Phase des „Post-Exzeptionalismus“ auch weiterhin kennzeichnen wird.

Wie oben bereits angesprochen ist politische Einflussnahme nicht gleichzusetzen mit politischem Protest. Nicht jeder Konflikt oder Widerspruch führt zu Protest. Oft reicht es, Proteste glaubhaft anzudrohen. Aus einer politisch-institutionellen Perspektive wird die Häufigkeit und Heftigkeit von Protesten daher als Folge unzureichender Partizipation der Betroffenen an den politischen Entscheidungen wahrgenommen. Wenn in Deutschland große landwirtschaftliche Proteste eher die Ausnahme waren, was hat sich in der politischen Kommunikation verändert, dass Landwirt:innen glaubten, Proteste organisieren zu müssen? Die Proteste im Winter 2023/24 erschienen – zumindest in Deutschland – auch insofern überraschend, als die bundespolitischen Akteure in den letzten Jahrzehnten begonnen hatten, die Komplexität des Wandels in der Land- und Ernährungswirtschaft anzuerkennen und in Form dialogischer Verfahren (Zukunftskommission, Borchert-Prozess) Zukunftsszenarien und -pfade sowie eine Strategie für den Ausbau des Tierschutzes in der landwirtschaftlichen Tierhaltung gemeinsam mit der Landwirtschaft zu entwickeln.

Die Protestierenden empfanden allerdings den Beschluss der Regierungskoalition zum Abbau der Subventionen als einseitige Aufkündigung der in diesen Prozessen verhandelten Ergebnisse. Es ist eine offene Frage, inwieweit es gelingen kann, zu dem dialogischen Prozess der Politikformulierung zurückzukehren oder ob wir vor einer Phase konfrontativer politischer Auseinandersetzungen stehen, zumal die politische Mobilisierung der landwirtschaftlichen Beschäftigten für Protestaktionen durch die Nutzung der sozialen Medien erleichtert wird.

Protest bedeutet Aufwand. Daher protestieren nicht immer diejenigen Gruppen, die den größten Problemdruck erleben, sondern diejenigen, die in der Lage sind Proteste zu organisieren. Protest ist in sozialwissenschaftlicher Sicht eine besondere Form des kollektiven Handelns und setzt die Mobilisierung und Koordination einer großen Zahl von Beteiligten voraus. Dazu bedarf es Ressourcen, einer großen individuellen Betroffenheit, Gelegenheiten, einer ausgeprägten Gruppenidentität und/oder effektiver, überzeugender Narrative (Opp 2009).

In der Landwirtschaft ist der Grad der Verbandsbindung nach wie vor hoch, was für die Organisierbarkeit von Protest eindeutig ein Vorteil ist. Einige Gruppen in der Landwirtschaft haben allerdings in den letzten Jahrzehnten eigene Interessenvertretungen aufgebaut, die oft diverse Ziele verfolgen und dem Deutschen Bauernverband zuweilen sehr kritisch gegenüberstehen. Proteste der Landwirtschaft in den letzten Jahren waren dann auch oft nicht von den Bauernverbänden selbst organisiert, sondern folgten neuen Formen der Mobilisierung und des Protests (Daugbjerg & Feindt 2017).

Wer zu Protest aufruft, muss darauf vertrauen, dass möglichst Viele dem Aufruf folgen. Motivationen können daraus resultieren, dass die einzelnen Akteure sich mit den gemeinsamen Anliegen, den „Narrativen“ identifizieren können, die ähnliche materielle und ideelle Interessen verfolgen und die Gelegenheit haben, sich am Protest zu beteiligen. Die Agrardieselförderung ist, wie oben gezeigt, eine Maßnahme, die jeden landwirtschaftlichen Betrieb betrifft, und es existiert damit ein gemeinsames, materielles Interesse, das Landwirt:innen über die von Daugbjerg & Feindt (2017) angesprochenen, wachsenden Unterschiede innerhalb der Landwirtschaft verband.

Für einen kurzen Moment schien zum Jahreswechsel 2023/24 somit etwas zu entstehen, was kaum noch für möglich gehalten worden war: Eine bäuerliche Protestbewegung, die über die verschiedenen Lager innerhalb der Landwirtschaft hinweg ihre Unterstützer:innen mobilisierte. Es ist den Fragen nachzugehen, ob es denn so war, ob sich zumindest kurzfristig so etwas wie eine Einheit, eine gemeinsame Identität der Landwirtschaft (wieder) hergestellt hat und, wenn ja, ob diese auch dauerhaft tragen und sich verstärken wird.

Mit Blick auf die Gelegenheit war es aus Sicht der damaligen Bundesregierung ungünstig, dass der Beschluss, den Agrardiesel abzuschaffen, im November 2023 getroffen wurde – eine Zeit, in der viele Landwirte über verhältnismäßig viel freie Zeit verfügen, um sich an Protesten beteiligen zu können.

Eine relativ neues, aber zunehmend wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ist auch die Bedeutung der sozialen Medien. Ökonomisch betrachtet, senken die sozialen Medien die Kosten der Organisation von Protesten insbesondere dann, wenn digitale Plattformen und Netzwerke existieren, die die Akteur:innen verbinden. So können in der Rückschau die Bauernproteste im Jahre 2019 als „Testfall“ für die Ereignisse im Winter 2023/24 gesehen werden. 2019 gelang es einer bis dahin kaum bekannten Gruppe „Land schafft Verbindung“ vornehmlich über Facebook und WhatsApp erstmalig dezentrale Bauernproteste gegen die Verschärfung der Düngeverordung und andere Umweltauflagen zu organisieren (siehe auch den Beitrag von Heinze in diesem Band).

Der Philosoph Jürgen Habermas (2022) hat in diesem Zusammenhang auf die ausschlaggebende Bedeutung des Mediensystems für den demokratischen politischen Dialog aufmerksam gemacht. Die neuen digitalen „Plattformen liefern ihren emanzipierten Nutzern keinen Ersatz für die professionelle Auswahl und diskursive Prüfung der Inhalte anhand allgemein anerkannter kognitiver Maßstäbe. (…) daraus ergibt sich für die politische Meinungs- und Willensbildung im politischen Gemeinwesen die Gefahr der Fragmentierung in Verbindung mit einer gleichzeitig entgrenzten Öffentlichkeit. Die grenzenlosen Kommunikations-

netze, die sich spontan um bestimmte Themen oder Personen bilden, können sich zentrifugal ausbreiten und gleichzeitig zu Kommunikationskreisläufen verdichten, die sich dogmatisch voneinander abschotten.“ (Habermas 2022, S. 39f)

Ein wichtiges weiteres Element von Protesten ist daher auch, dass die Protestierenden auf eine Zustimmung in weiten Teilen der Bevölkerung stoßen. So resultiert der von Daugbjerg & Feindt (2017) beschriebene Wandel insbesondere auch aus einer sich verändernden Wahrnehmung der Landwirtschaft in großen Teilen der Bevölkerung, die vor allem die ökologischen Folgen der landwirtschaftlichen Produktion und die Tierhaltung zunehmend kritischer sieht. Zwischen ihrer Veröffentlichung und den Bauernprotesten im Winter 2023/24 haben jedoch einige gesellschaftliche Großereignisse und Debatten die Wahrnehmung der Landwirtschaft verändert. Im Zuge der Corona-Krise wurde mit einem Schlag die Fragilität der Ernährungslieferketten deutlich und das Thema der Ernährungssicherung rückte wieder in das gesellschaftliche Bewusstsein. Der Zustand der öffentlichen Infrastrukturen und zunehmende Klagen über eine vermehrte „Bürokratisierung“ haben in den letzten Jahren zu wachsendem Unmut in der Bevölkerung geführt. Mit dem Ukrainekrieg hat sich Letzteres noch verschärft, die Inflationsängste sind stark angewachsen und weitere wirtschaftliche Probleme hinzugekommen. In dieser Lage profitierten die Bauernproteste von einer gesellschaftlichen Stimmung, die sich zunehmend gegen die regierende Koalition richtete und in der zugleich die Ernährungssicherung im Verhältnis zur Umwelt wieder höher priorisiert wurde. Den landwirtschaftlichen Interessenvertretungen und den politischen Gruppen gelang es dabei, die Bauernproteste in der Öffentlichkeit sozusagen als stellvertretende Proteste für die Gesamtbevölkerung und sich selbst als deren Repräsentation, insbesondere mit Blick auf die ländlichen Räume, zu positionieren.

Politische Proteste sind aus Sicht der Beteiligten mit der Erwartung verknüpft, politische Entscheidungen zu verändern. In der medialen Debatte geht dabei oft die europäische Dimension der landwirtschaftlichen Proteste unter. Zwar ist die Agrardieselförderung eine nationale Politik, aber in den politischen Protesten wurden auch weitergehende Forderungen formuliert. So wurden offene Forderungen der Deregulierung von Umwelt- und Naturschutz als

Entbürokratisierung formuliert. Hier wird die politische Kommunikation dadurch erschwert, dass die Agrar- und Umweltpolitik in weiten Bereichen auf Ebene der Europäischen Union entschieden wird.

In einem Beitrag zeigen Finger et al. (2024) auf, wie die deutschen Bauernproteste sozusagen zu einem Transmissionsriemen für die von Frankreich ausgehenden Bauernproteste in ganz Europa wurden. An dieser Stelle ist ein zeitlicher Zusammenhang zu den Wahlen im Europäischen Parlament sicher nicht zufällig (Matthews 2024). Die Annahme liegt daher nahe, dass die politischen Strategen in den landwirtschaftlichen Interessenorganisationen auch dann versucht hätten, Proteste im Vorfeld der Wahlen zu mobilisieren, wenn die Entscheidung der Bundesregierung, die Agrardieselsubventionen zu streichen, nicht gefallen wäre.

Nach Ansicht von Finger et al. (2024) waren die Proteste sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene sehr erfolgreich. So zog die deutsche Bundesregierung ihre Pläne zur Abschaffung der Kraftstoffsubventionen teilweise zurück. Die neue Regierungskoalition verabredete sogar, die Agrardieselsubvention wieder einzuführen (CDU, CSU & SPD 2025, S. 43). In Frankreich scheiterte der Versuch, die Agrardieselsubvention abzuschaffen, und auf EU-Ebene wurde die Verordnung über den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden vom Europäischen Parlament abgelehnt und schließlich von der Europäischen Kommission zurückgezogen (Matthews 2024). Diese Wirksamkeit spricht dafür, dass auch in Zukunft Bauernproteste als Mittel der politischen Auseinandersetzung genutzt werden, anstatt den politischen Dialog zu suchen.

Die politischen Reaktionen sind aber auch Ausdruck eines sich wandelnden gesellschaftlichen Umfeldes: dem Aufkommen nationalistischer Bewegungen. So stellt sich die Frage, inwiefern es nur (noch) um die Landwirtschaft geht oder ob die agrarpolitischen Debatten zu Symbolthemen einer breiteren gesellschaftlichen Auseinandersetzung werden bzw. bereits geworden sind. Agrarpolitische Entscheidungen werden damit noch stärker von Erwägungen abhängig sein, Landwirt:innen nicht in rechte Milieus abrutschen zu lassen.

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Selbstbild und Rechtfertigungen der protestierenden Landwirt:innen

Der erste Beitrag ist der Nachdruck einer Veröffentlichung von Rolf G. Heinze, in dem er die Bauernproteste im Jahre 2019 analysiert, die in der Rückschau als eine Art Testfall – insbesondere in Hinblick auf die Nutzung der sozialen Medien – für die Proteste zum Jahreswechsel 2023/24 gesehen werden können. Als ein zentrales Handlungsmotiv beschreibt er „meist das schwindende Ansehen, ein in der Öffentlichkeit gezeichnetes Bild, das Bauern als subventionierte Tierquäler und Umweltvergifter erscheinen lässt, das den Befragten zu schaffen macht“. Aus seiner Sicht zeigen die Proteste im Agrarsektor, „dass der klassische Entwicklungspfad in eine Sackgasse geführt hat und die etablierten agrarpolitischen Strategien brüchig geworden sind.“ Es bedürfe daher einer zentral koordinierten, „konzertierte[n] Aktion“.

Heinzes Beschreibung der Proteste von 2019 macht jedoch auch Unterschiede zu den Bauernprotesten 2023/24 deutlich. Zum einen gelang es dem Deutschen Bauernverband 2023/24, sich wieder an die Spitze der Proteste zu setzen und damit auch gewisse Auswüchse einzuhegen. Zum anderen waren die Proteste im Jahr 2019 (noch) nicht erfolgreich, während Bäuerinnen und Bauern 2023/24, nicht zuletzt befördert durch ein sich insgesamt wandelndes Stimmungsbild in der Bevölkerung und einen Rechtsruck bei der Europawahl, viele ihrer Ziele erreichen konnten und absehbar erreichen werden.

Der Beitrag Marie von Meyer-Höfers richtet auf der Grundlage von Erfahrungen des Verbundforschungsprojekts SocialLab den Fokus auf die Situation in der Tierhaltung. Sie zeichnet die Konfliktlinien und den Verlauf der Tierwohl-Debatte nach. Sie kritisiert, dass nach den erfolgreichen dialogischen Formaten (Borchert-Kommission, Zukunftskommission), in denen das Tierwohl verhandelt und Maßnahmen erarbeitet wurden, bisher keinerlei politische, praktische Umsetzung folgte. In Hinblick auf die Akzeptanz innerhalb der Landwirtschaft, die Tierhaltung zu verändern, wertete sie die Befunde einer Befragung von ca. 2.500 Landwirt:innen aus und kommt vergleichbar mit Heinze zu dem Schluss, dass die Ursachen für die Protestbereitschaft eher kul-

tureller als wirtschaftlicher Natur sind. Die Landwirt:innen identifizieren eine wahrgenommene „Entfremdung“ der Bevölkerung „von der landwirtschaftlichen Praxis und die daraus resultierende unzureichende Darstellung der landwirtschaftlichen Tierhaltung in der Öffentlichkeit“ als wichtigste Hemmnisse.

Diese durch die Landwirt:innen wahrgenommene „Entfremdung“ wurde in den Bauernprotesten 2023/24 durch eine deutliche Distanzierung der Protestierenden „von den „Klimaklebern“, „den Grünen“ oder „den Bürokraten in Brüssel“ deutlich. Das beschreibt der Beitrag von Fickel in diesem Band, der sich auf Interviews mit an den Protesten beteiligten Landwirt:innen stützt. Er geht der These nach, dass sich in der gesellschaftlichen Debatte „mehrere gesamtgesellschaftliche und landwirtschaftlich spezifische Konfliktlinien überlagern“ und dadurch negative Wahrnehmung tendenziell stabilisieren. Fickel arbeitet verschiedene Differenzierungslinien (Stadt-Land, Abgrenzung zu Akademikern/Bürokraten, Selbstverständnis als Teil der „arbeitenden Bevölkerung“, inkonsistentes Nachhaltigkeitsverhalten der Konsument:innen und Kritiker:innen) heraus. Er deutet diese Ergebnisse als „tieferliegende Konfliktstrukturen“, die sich nur langsam verändern. Auch er begrüßt grundsätzlich Ansätze deliberativer Politik, verweist aber darauf, dass zu prüfen sei, welche (wahrgenommenen) „Unterschiede wirkliche Interessen- oder Repräsentationskonflikte darstellen, die überbrückt oder ausgehandelt werden müssen“.[3]

Imaginäre Einheit der Landwirtschaft und politische Mobilisierung

Die oben beschriebenen Beiträge, wie oft in der politischen (und auch in der wissenschaftlichen) Kommunikation, betrachten Landwirt:innen als Einheit, die gemeinsame Überzeugungen und Standpunkte teilen. Häufig gerät dabei die Heterogenität der Akteure aus dem Blick. Realistischer ist, Protestierende als (temporäre) Koalitionen von Akteur:innen mit unterschiedlichen Zielen zu begreifen, deren Einheit für den Prozess hergestellt und aufrechterhalten werden muss.[4] Auch der politische Anspruch des Deutschen Bauernverbandes,

[3] Eine ähnliche Schlussfolgerung zieht Laschewski (2015), der die wahrgenommene „Entfremdung“ von Landwirtschaft und Gesellschaft aus systemtheoretischer Perspektive kritisch diskutiert.

[4] In den Politikwissenschaften wird hier im Anschluss an Sabatier oft von einer „advocacy coalition“ (Sabatier 1998) gesprochen.

die Landwirtschaft insgesamt zu vertreten, kann nur dann aufrechterhalten werden, wenn es ihm gelingt, die widerstreitenden Einzelinteressen zu verbinden und die Illusion der Einheit herzustellen. Die drei folgenden Beiträge spiegeln diese Problematik in unterschiedlicher Weise wider.

Zunächst ordnet der Präsident des Landvolks Niedersachsen, Holger Hennies, im Rahmen eines Interviews im Mai 2024 mit Oliver Klein, Geschäftsführer der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., die Bauernproteste ein. Das Interview gibt sehr interessante Einblicke, wie aus Sicht eines führenden Verbandsfunktionärs Koalitionen innerhalb und über die Grenzen der Landwirtschaft hinaus geschmiedet und Protestierende mobilisiert werden konnten, wobei – wie aus den Schilderungen deutlich wird – eine zentrale Herausforderung war, die Meinungsführerschaft der „normalen“ Landwirtschaft gegenüber „radikalen Stimmen“ zu behaupten. Insgesamt bewertet Hennies die Proteste als nur teilweise erfolgreich.

Während Hennies die „normalen“ Landwirt:innen als Träger:innen der Proteste beschreibt, ziehen Hajo Holst, Steffen Niehoff und Martin Franz diesen Anspruch in Zweifel. Basierend auf der Analyse von einer im 2024 durchgeführten Online-Befragung und qualitativer Interviews identifizieren die Autoren vier unter Landwirt:innen verbreitete Haltungen zur sozial-ökologischen Transformation, wovon jeweils zwei dieser Transformation der Landwirtschaft „offen“ bzw. „kritisch“ gegenüberstehen. Ihr Befund zeige, dass „die beiden offen transformationskritischen Perspektiven die Proteste im Winter 2023/24 dominierten. Neun von zehn protestierenden Landwirt:innen gehörten zu den klimawandelskeptischen Transformationsgegner:innen oder den liberalen Bevormundungskritiker:innen“. Dieser Befund lege den Schluss nahe, dass es sich bei den Bauernprotesten 2023/24 „um eine Gegenbewegung gegen die sozial-ökologische Transformation handelte – und zwar angesichts der zahlenmäßig breiten Beteiligung an den Protesten um eine Gegenbewegung aus der Mitte der Landwirtschaft“.

In einem dritten Beitrag rekonstruieren Matthias Kussin und Rebekka Hinckers anhand von narrativ angelegte Experteninterviews mit Landwirtinnen, wie „die Protestdynamik aus dem Erleben der Beteiligten rekonstruiert und ver-

standen wird. Es geht mehr um das ‚wie' und weniger um das ‚warum' der Proteste". Ihr Beitrag schließt an die Prozessbeschreibungen von Hennies an und vertieft diese aus Sicht der Interviewten z. B. in Hinblick auf die bei ihm angedeuteten, sich im Lauf der Proteste entwickelnden kollektiven Emotionen – in den Interviews findet sich „Überraschendes, Bewegendes und Begeisterndes". Ihre Befunde bestätigen unter anderem auch das aus Sicht der Landwirtinnen erfolgreiche Bemühen des Deutschen Bauernverbandes, die Meinungsführerschaft übernommen und behauptet zu haben. Die überwiegend positiven Emotionen resultieren nach Ansicht der Autor:innen aus dem Erleben von nicht oder nicht-mehr vorhanden geglaubten Emotionen, besonders dem Gefühl von Einheit, gesellschaftlicher Anerkennung und Selbstwirksamkeit. Dennoch bleibt die Befürchtung eines „womöglich stattfindende[n] Verlust[s] dieser imaginierten Einheit der Landwirtschaft" lebendig. Langfristig bestehe die Aufgabe darin, „Verbundenheit und Selbstwirksamkeit nicht über ein Gefühl der Einheit, sondern (...) in Form von Vielheit zu denken".

Proteste in Frankreich und in Polen

Die folgenden Beiträge thematisieren die zeitlich nahezu parallel verlaufenden Proteste der Landwirtschaft in Frankreich und in Polen. Sie machen nationale Besonderheiten sowohl in der Protestdynamik als auch in den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und in der Art und Weise, wie der öffentliche Diskurs geführt wird, deutlich. Im Kern zeigen sich zwischen den Ländern große inhaltliche Parallelen und auch Verbindungen.

Jean-Marie Séronie hebt in seinem Beitrag die Bedeutung der anstehenden Landwirtschaftskammerwahlen als Kontext hervor, in denen mehrere Agrarverbände um ihre Positionen im Mitbestimmungssystem der Landwirtschaft konkurrieren. Séronie sieht einen wesentlichen Auslöser in dem missglückten Versuch der Regierung, die zunächst eher moderaten Proteste durch Umgehung der etablierten Kommunikationswege zu beruhigen, was diese in der Konsequenz jedoch erst richtig anfachte. Der Umfang der Proteste sei dadurch aber nicht zu erklären, sondern resultiere aus einer „Vertrauenskrise zwischen den Landwirten und der Gesellschaft", die nicht in erster Linie ökonomisch motiviert ist, sondern sich aus einer wachsenden Flut von Vorschriften und

Verwaltungsmaßnahmen und aus einem Gefühl der Landwirt:innen begründet, im Stich gelassen worden zu sein. Ein Schlüsselkonzept der französischen Debatte ist die „Ernährungssouveränität“, die aus Sicht der Protestierenden nicht mit einer Ökologisierung vereinbar sei. Séronie zufolge thematisiere der Protest den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, mehr zu produzieren, und den Normen, die in den Augen der Landwirt:innen die Produktivität einschränken.

Sandrine Benoists Beitrag schließt an diesen Befund nahtlos an. Aus ihrer Sicht sehen die Landwirt:innen sich mit paradoxen Erwartungen konfrontiert. Zwar sei die Mehrheit ihrer Mitbürger:innen und der Regierenden der Ansicht, dass die Landwirtschaft geschützt und durch den Konsum regionaler und saisonaler Produkte unterstützt werden müsse, zugleich wenden sie sich vermehrt dem Konsum deterritorialisierter, massenhaft verfügbarer und kostengünstiger Lebensmittel zu. Einerseits würden die Landwirt:innen in wachsendem Maße bürokratischen Kontrollen unterworfen, die ihre Praktiken unter Generalverdacht stellten, andererseits würden sie einem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, der nicht den gleichen Umweltstandards unterliege. Die Protestbewegungen seien in dieser Situation zudem ein Indikator für die strukturellen Transformationen, denen der landwirtschaftliche Sektor gerade selbst ausgesetzt ist, was durch Stichworte wie schrumpfende Beschäftigung, sinkende Betriebszahlen, Konzentration der bewirtschafteten Flächen bis hin zu neuen Organisations- und Beschäftigungsformen (Gesellschaften, Lohnarbeit) gekennzeichnet ist (siehe ausführlich dazu auch Laschewski et al. 2024). Auch wenn die Proteste 2024 die Landwirtschaft wie selten zuvor vereinten, so zeige die sorgfältige Analyse jedoch, dass die französische Landwirtschaft stark fragmentiert sei. Die Proteste stellen die Rolle und den Platz der (französischen) Landwirtschaft im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gefüge infrage und machen auf ihre diversen Realitäten, ihre konkreten und alltäglichen Schwierigkeiten sowie ihre gegenwärtigen und zukünftigen Erwartungen aufmerksam. Dadurch seien sie nicht nur als Widerstand, sondern auch als Katalysatoren für umfassendere Veränderungen zu verstehen.

In dem darauffolgenden Beitrag betrachtet Wojciech Knieć den Wandel der Bauernproteste in Polen seit den 1980er Jahren, einer Epoche in der sich die Landwirt:innen mit mehreren grundlegenden strukturellen Umbrüchen und politischen Reformen konfrontiert sahen (Ende des Sozialismus/Liberalisierung; Beitritt zur EU/Green Deal der EU). In seinem Beitrag vergleicht er die Anlässe, Forderungen, Protestformen und Wirkungen der Proteste. Die Proteste 2024 richteten sich aus seiner Sicht gegen die über den Green Deal der EU an die Landwirtschaft adressierten Umweltauflagen und den mit der europäischen Politik verbundenen Verwaltungsaufwand sowie gegen die Importe aus der Ukraine. Umwelt- und Klimaschutz haben insgesamt keinen hohen Stellenwert auf der nationalen, politischen Agenda und werden zum Teil als unnötig betrachtet, die Bedeutung der Landwirtschaft als Element der nationalen Sicherheit ebenfalls unterbewertet. Aus Sicht von Knieć sind die Proteste der Landwirt:innen ein Element des politischen und sozialen Lebens und haben sich zu einem festen, zunehmend professionalisiert organsierten Bestandteil der aktuellen Konfliktlandschaft in Polen entwickelt. Sie resultieren aber auch aus der Unfähigkeit der Regierung(en), einen konstruktiven Dialog mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu entwickeln.

Bauernproteste und nationale Bewegungen

Die letzten beiden Beiträge greifen auf unterschiedliche Weise ein Thema auf, das in den Beschreibungen der landwirtschaftlichen Proteste in Deutschland, aber auch in den anderen europäischen Staaten mitschwingt: die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft und die Sorge um den wachsenden Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen.

Wolfgang Reimer geht in seinem Beitrag der Frage nach, welche gesellschaftlichen Entwicklungen dazu geführt haben könnten, dass die „Bäuer:innen“, die einst die konservative Mitte der Gesellschaft bildeten, sich politisch zunehmend den Rechtspopulisten zuwenden. Er sieht die Ursachen in einem Zusammenspiel von wirtschaftlichen mit Status- und Identitätsproblemen. Die Folgen der Ukrainekrise haben die Vulnerabilität großer Teile der Bevölkerung trans-

parent gemacht. Zugleich scheinen sich die Landwirt:innen als Teil einer im Sinne des Soziologen Reckwitz (2017) „alten“ Mittelklasse den dominierenden kulturellen Vorstellungen einer neuen, urban-liberalen Mittelklasse erwehren zu wollen. In diesem Prozess werden die „Grünen“ zum Feindbild und auch für alle „Probleme der Umweltgesetzgebung und alle Greening- oder Öko-Regelungen der europäischen GAP verantwortlich gemacht“ – selbst wenn diese seit Jahrzehnten von den Konservativen zu verantworten seien.

Im letzten Beitrag unternimmt Onno Poppinga einen historischen Rückblick auf die Weimarer Republik und das Verhältnis der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur NSDAP. Er argumentiert am Beispiel der Landvolkbewegung, dass der Staat in der Agrarkrise nach 1926 zunächst gegenüber landwirtschaftlichen Protesten und politischen Forderungen mit Härte reagierte, dann aber mit der Einführung eine Ostpreußenhilfe 1928 Großbetriebe einseitig begünstigte. Die letztlich erfolglose Landvolkbewegung wurde so „eine leichte Beute der NSDAP“.

Zur weiterführenden Diskussion

Rückblickend waren die landwirtschaftlichen Proteste ein effektives Instrument der politischen Auseinandersetzung. Die Ampelkoalition versuchte, die Folgen ihrer Entscheidung durch einen stufenweisen Abbau der Subventionen und ein „Agrarpaket“ abzumildern. Auch auf europäischer Ebene wurden zahlreiche geplante Maßnahmen gestoppt oder abgemildert. Die neue Bundesregierung plant, die Agrardieselförderung wieder ganz zurückzunehmen. Die, zum eigenen Erstaunen der Beteiligten selbst, erfolgreiche Aktivierung der Landwirt:innen für die Proteste lässt zudem vermuten, dass die landwirtschaftlichen Proteste zum Jahreswechsel 2023/24 keine Ausnahme bleiben werden.

Die Autor:innen in diesem Band sind sich weitgehend einig, dass eine Nichtbeachtung der landwirtschaftlichen Probleme keine wirkliche Option darstellt. Vielmehr solle die Politik einen aktiven Dialog suchen und die artikulierten Belange ernst nehmen. Durch die Beiträge in diesem Band zieht sich auch die

Beobachtung eines Politikversagens in der Form mangelnder Dialogbereitschaft und eines Implementationsdefizits bei politischen Maßnahmen, die auch teilweise schon das Ergebnis eines gemeinsamen gesellschaftlichen Dialoges waren.

Inwieweit derartige Dialoge allerdings im Ergebnis nicht nur zu Absicherung landwirtschaftlicher Privilegien führen, sondern auch Spielräume für notwendige gesellschaftliche Anpassungen eröffnen, ist eine offene Frage. Die Analysen in diesem Band verweisen auf eine Reihe von Herausforderungen. Eine davon ist die komplizierte europäische Politikverflechtung gerade in den Bereichen, die für die Landwirtschaft von großer Bedeutung sind. In Deutschland ist die Neigung, diese Proteste mit der nationalen Brille zu betrachten, nach wie vor sehr ausgeprägt. Die Beiträge aus Frankreich und Polen machen die europäischen Verflechtungen zwischen den Protesten und den zeitlichen Bezug zur Europawahl deutlich.

Eine weitere Herausforderung ist die kulturelle Dimension der Proteste. Durch die Beiträge ziehen sich wie ein roter Faden Fragen der gesellschaftlichen Anerkennung und Identität. Es geht zwar auch, aber nicht nur um Ökonomie. Wenn die gesellschaftliche Auseinandersetzung allerdings Ausdruck einer kulturellen Differenz ist, wird die Frage evident, ob Probleme auf der Sachebene überhaupt lösbar sind. Gegenwärtig scheint es schwer zu unterscheiden, wo die Grenze zwischen Bürokratiekritik und grundsätzlicher Ablehnung von Umwelt- und Klimapolitik verläuft.

Zu guter Letzt sind es auch die neuen sozialen Medien, die den politischen Protest der Landwirtschaft und auch den agrarpolitischen Dialog gravierend verändern. Die rasche und umfassende Mobilisierung der Landwirt:innen für die Proteste ist ohne neue Medien nicht vorstellbar. Dadurch erleichtern sie es kleineren protestorientierten Gruppen, sich von den zentralen Verbänden zu emanzipieren. In Deutschland ist es dem Deutschen Bauernverband durch die Übernahme einer nicht kompromissbereiten Position gelungen, die Illusion der Einheit der Landwirtschaft für einen Moment aufrechtzuerhalten. Früher oder später, so hat es den Anschein, wird er aber wieder zu einem politischen

Kompromiss gezwungen sein, der es radikaleren Kräften erlaubt, sich loszulösen. Auch dazu bieten die Vergleiche mit Frankreich und Polen interessante Einblicke.

Die Beiträge in diesem Band geben auf die zu Anfang gestellte Frage, ob es sich bei diesen Protesten um ein einmaliges Ereignis handelte oder ob sich derartige Proteste wiederholen werden, keine eindeutige Antwort. Manches spricht auch vor dem Hintergrund des hier Erläuterten dafür, dass es sich nicht um eine Episode handelt, sondern um eine Zäsur. Deren Bedeutung weist möglicherweise sogar über den agrarpolitischen Kontext hinaus, da es sich nicht nur um eine Frage der sektoralen Interessenvertretung handelt, sondern tiefer liegende gesellschaftliche Verwerfungen transparent werden, die die Funktionsfähigkeit demokratischer Entscheidungsprozesse zur Bewältigung gesellschaftlicher Problemlagen infrage stellen. Wir verstehen diesen Band daher als Einladung an die Sozialwissenschaften und politisch Interessierte, sich (wieder) intensiver mit der sozialen Lage der Landwirtschaft auseinanderzusetzen und die hier aufgeführten Themen tiefer zu ergründen. <

Lutz Laschewski

Dr. agr. Lutz Laschewski ist ein interdisziplinär ausgerichteter Agrarwissenschaftler/-soziologe mit den Arbeitsschwerpunkten Ländliche Entwicklung sowie Landwirtschaft und Umwelt. Er war zuletzt am Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Braunschweig tätig und leitet seit Sommer 2022 eine neue Abteilung „Regionalentwicklung und Minderheitenschutz“ am Sorbischen Institut in Bautzen/Cottbus. Er ist einer der Sprecher:innen der Sektion Land-, Agrar- und Ernährungssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Literatur

Balmann, A. (2024): Kürzung und Streichung der Agrardiesel-Beihilfe – Eine Einordnung. Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags zu den steuerrechtlichen Gesetzesänderungen im Rahmen des Bundeshaushalts 2024 am 15. Januar 2024. Leibniz-Instut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO), Halle a.d.S.

Bundesministerium der Finanzen (2019): Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2017 bis 2020. (27. Subventionsbericht).

Burdick, B. & Lange, U. (2003): Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten bei Subventionen – Sektorstudie Agrarwirtschaft, Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau.

CDU; CSU & SPD (2025). Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode. https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf (letzter Zugriff: 28.08.2025).

Daugbjerg, C. & Feindt, P. H. (2017): Post-exceptionalism in public policy: transforming food and agricultural policy. In: Journal of European Public Policy 24 (11), 1565-1584. https://doi.org/10.1080/13501763.2017.1334081

Finger, R.; Fabry, A.; Kammer, M.; Candel, J.; Dalhaus, T. & Meemken, E. M. (2024): Farmer Protests in Europe 2023-2024. In: Eurochoices 23(3), 59-63. https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/1746-692X.12452 (letzter Zugriff: 28.08.2025).

Habermas, J. (2022): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Suhrkamp.

Hagedorn, K. (1996): Das Institutionenproblem in der agrarökonomischen Politikforschung. J.C.B. Mohr.

Keeler, J. T. S. (1993): Explaining the Enduring Power of a Declining Sector: Political and Institutional Bases of European Agriculture´s Success in Resisting Liberal Reform. In: Hagedorn, K.; Isermeyer, F.; Rost, D. & Weber, A. (Hrsg.): Gesellschaftliche Forderungen an die Landwirtschaft. In: Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V. 30. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag, 13–27.

Laschewski, L. (2015): Landwirtschaft in einer differenzierten Gesellschaft. In: Laschewski, L. & Wendt, W. (Hrsg.): Die Zukunft der Landwirtschaft als dialogisches Verfahren. Hanseatic Institute for Entrepreneurship and Regional Development an der Universität Rostock, 69-101. https://doi.org/10.17605/OSF.IO/TPD2K (letzter Zugriff: 28.08.2025).

Laschewski, L.; Egartner, S.; Eller, L.; Putzing, M. & Wiesinger, G. (2023): Einleitung: Landwirtschaftliche Arbeit/Landarbeit im 21. Jahrhundert – eine Zeitenwende? In: Laschewski, L.; Putzing, M.; Wiesinger, G.; Egartner, S. & Eller, L. (Hrsgs.): Abhängig Beschäftigte in der Landwirtschaft. Agrarsoziale Gesellschaft, 8–31.

Luhmann, N. & Hellmann, K.-U. (2016): Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Suhrkamp.

Matthews, A. (2024): Farmer Protests and the 2024 European Parliament Elections. In: Intereconomics 59(2), 83–87.

Opp, K.-D. (2009): Theories of political protest and social movements a multidisciplinary introduction, critique, and synthesis. Routledge.

Reckwitz, A. (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Suhrkamp.

Sabatier, P. A. (1998): The Advocacy Coalition Framework. In: Journal of European Public Policy 5, 98–130.

Thöne, M. (Hrsg., 2019): Evaluierung von Steuervergünstigungen Evaluierungsgruppe A: Energie- und Stromsteuer 2019. FiFo-Berichte Nr. 28-A. Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln. Köln.

Umweltbundesamt (2016): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Aktualisierte Ausgabe 2016.

Zentgraf, L. L. & Kalix Garcia, T. (2023): Food Movements, Resistance, and new digital repertoires in (post-)pandemic times. In: The International Journal of Sociology of Agriculture and Food, 133–156. https://doi.org/10.48416/IJSAF.V29I2.523

> Bauernproteste

Seismografen für Transformationsprobleme

Von Rolf G. Heinze

Dieser Beitrag ist vor den Protesten zum Jahreswechsel 2023/2024 erschienen und bezieht sich im Wesentlichen auf die Proteste im Jahr 2019. Damit wird deutlich, dass die Aktionen 2023/2024 nichts grundsätzlich Neues sind, sondern dass sie eine schon längere Entwicklung (logisch?) fortsetzen. Diese Entwicklung gilt es zu verstehen, um Lösungen für die sich verschärfenden Konflikte zwischen weiten Teilen der Landwirtschaft und einer städtisch dominierten Gesellschaft zu finden. Agrarsoziologische Forschung gab es bisher zu diesem Thema kaum. Der folgende Text versucht einen Beitrag zu leisten, um diese Lücke zumindest ansatzweise zu schließen.

Der Text ist der Nachdruck eines Beitrags aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung. Landwirtschaft. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 15 –17/2022

In den vergangenen Jahren haben Bäuerinnen und Bauern mit spektakulären Protestaktionen wie Sternfahrten mit Traktoren und Blockaden einige Aufmerksamkeit erregt. Was sind die Gründe für ihre Unzufriedenheit und wo lassen sich die Protestierenden politisch verorten?

Bäuerliche Proteste hat es in der bundesdeutschen Geschichte schon mehrfach gegeben, doch haben sie in den vergangenen Jahren durch ihre oft spektakuläre Art eine neue Qualität und mediale Aufmerksamkeit gewonnen. So rollte ab Herbst 2019 eine dezentral organisierte Protestwelle durchs Land, bei der Landwirtinnen und Landwirte mit Demonstrationen und unkonventionellen Inszenierungen öffentlichkeitswirksam in Erscheinung traten – und zwar ohne die Beteiligung des einflussreichen Deutschen Bauernverbandes (DBV). Über soziale Medien und andere digitale Kommunikationswege entfalteten die Protestnetzwerke breite Mobilisierungskraft und sorgten auf diese Weise dafür, dass zahlreiche Bäuerinnen und Bauern sich an groß angelegten Sternfahrten

mit Traktoren in Großstädte beteiligten, Molkereien, Schlachthöfe und Handelsunternehmen blockierten oder grüne Kreuze auf Feldern aufstellten, um ein größeres gesellschaftliches Bewusstsein für ihre Lage zu schaffen.

Trotz einzelner Allianzen hat sich bislang jedoch kein neuer organisationspolitischer Rahmen entwickelt; eher ist eine fragmentierte Empörungskultur mit Ad-hoc-Zusammenschlüssen zu beobachten, die aber jeweils eine Eigendynamik entfalten. Fragmentierung und Mobilisierung stehen hier also nicht im Widerspruch zueinander, vielmehr werden die analogen Protestformen digital stabilisiert. Die „Kommunikation im Internet (kann) den Face-to-Face-Charakter analoger Vergemeinschaftung (zumindest zeitweise) ersetzen und eine tragfähige Protestkultur auf Dauer stellen“ (Seeliger & Sevignani 2021, S. 32; vgl. auch Nassehi 2020). Die oftmals symbolischen Aktionen passen insofern zum gegenwärtigen Trend einer emotionalisierten politischen Öffentlichkeit, als die Kommunikation bei vielen Gruppen nur in der eigenen Blase verläuft und etablierter Politik kaum noch vertraut wird, was soziale Zersplitterungen nach sich zieht (Heinze 2019).

Was treibt die protestierenden Bäuerinnen und Bauern an? Welche Ursachen gibt es für bestehende Unzufriedenheiten? Wie lassen sich die Beteiligten politisch verorten und welche Perspektiven bieten sich nach dem Abebben der ersten Protestwelle? Da es bei den Protestaktionen um mehr als Landwirtschaft geht und Grundprinzipien der Ernährung und des Umgangs mit der Natur berührt werden, ist es überraschend, dass diese Fragen und die Proteste an sich von der Forschung bislang kaum betrachtet wurden. Während die Umwelt- und Klimaproteste der vergangenen Jahre sowie die Demonstrationen gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen auch in der Wissenschaft viel Widerhall fanden, liegen zu den Akteuren und Hintergründen der Bauernproteste keine empirischen Analysen vor. Wie im Allgemeinen spielen der Agrarsektor und der ländliche Raum auch in den Sozialwissenschaften nur eine randständige Rolle. In einem vierköpfigen Team der Ruhr-Universität Bochum und der Fachhochschule Münster haben wir versucht, diese Forschungslücke durch eine Online-Befragung ein Stück weit zu schließen (Heinze et al. 2021). Im Folgenden werden zunächst einige Entwicklungslinien des Agrarsektors in Deutschland skizziert, anschließend Ergebnisse der Studie vorgestellt und darauf aufbauend die genannten Fragen aus agrarsoziologischer Perspektive diskutiert.

Strukturwandel als Verlusterfahrung

Die Sorgen und die Unzufriedenheit der protestierenden Bäuerinnen und Bauern können nur vor dem Hintergrund des umfassenden Strukturwandels des Agrarsektors und der ökologischen Belastungen, die mit den hochtechnisierten Produktionsformen oft einhergehen, interpretiert werden. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich in der Landwirtschaft in den zurückliegenden Jahrzehnten ein tiefgreifender Wandel vollzogen, der viele Millionen Menschen direkt berührt. In den vergangenen Jahren hat sich zudem die Situation im global aufgestellten Ernährungsgewerbe durch die Macht der großen Handelsketten und das Verbraucherverhalten weiter in Richtung niedriger Preise vor allem für Milch und Fleisch zugespitzt. Viele Agrarbetriebe aus diesen Sparten können nicht mehr wirtschaftlich arbeiten, nicht wenige müssen ihren Hof früher als geplant aufgeben.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik ist von 1950 bis Ende der 1980er Jahre von rund 1,6 Millionen auf 0,7 Millionen gesunken und lag nach Angaben des jüngsten Agrarberichts der Bundesregierung von 2019 bei 275 000. Die Zahl der Erwerbstätigen lag in der Landwirtschaft im Jahr 2020 bei 580 000 Personen, das sind 1,3 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland und bedeutet ein Minus von 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wenn allerdings die gesamte Lebensmittelkette betrachtet wird, also das „Agribusiness“ von der Urproduktion über das Ernährungsgewerbe und den Handel bis hin zum Verbraucher, dann waren dort 2020 rund 4,4 Millionen Menschen beschäftigt. Zugleich ist die landwirtschaftliche Effizienz seit den 1950er Jahren enorm gestiegen: Während damals in der Bundesrepublik ein Bauer zehn Menschen ernährte, sind es 70 Jahre später rund 135 Menschen. Dies hat aber nicht verhindert, dass bei den Bauern finanziell immer weniger hängen bleibt: Während 1950 beim Broteinkauf noch 45 Prozent des gezahlten Ladenpreises beim Bauern verblieben, sind es derzeit nur noch vier Prozent (BMEL 2019; DBV 2021; Poppinga 2021).[1]

[1] Zu den Daten vgl. auch: Statistisches Bundesamt, Betriebsgrößenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe nach Bundesländern, 22.11.2021, http://www.destatis.de/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Landwirtschaftliche-Betriebe/Tabellen/betriebsgroessenstruktur-landwirtschaftliche-betriebe.html.

Im Rückgang der Erwerbstätigen spiegelt sich auch die geschmolzene „Konfliktfähigkeit“ agrarischer Interessen wider, die ein Indikator für die Interessendurchsetzung in politischen Entscheidungsprozessen ist. Dies spüren auch die Protestierenden. Während es jungen Klimaaktivistinnen und -aktivisten oftmals gelingt, mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, weil sie ein globales Problem thematisieren, müssen Bäuerinnen und Bauern für ein bisschen Berichterstattung in der Regel sehr viel mehr Aufwand betreiben, weil ihre Anliegen als Partikularinteressen gedeutet werden. Neben der Organisationsfähigkeit beweist sich die Konfliktfähigkeit von Interessen in Entzugsmöglichkeiten gegenüber staatlichen Instanzen, anderen Interessengruppen oder der Öffentlichkeit: Ein wirksames Druckmittel ist die Zurückhaltung von Kapital oder Arbeit, wie sie etwa von Unternehmen und Gewerkschaften in Konflikten eingesetzt wird. Vor einigen Jahren setzten auch einige bäuerliche Protestakteure auf einen „Milchstreik“, konnten damit allerdings kaum Wirkung erzielen. Ein weiteres Druckmittel von Verbänden gegenüber politischen Parteien ist die Drohung mit dem Entzug von Wählerstimmen. Durch den massiven Rückgang der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft kann diese Drohung bei politischen Parteien jedoch kaum noch ein Entgegenkommen bewirken. Auch dramatisierende Argumente, etwa, dass die Ernährung der Bevölkerung auf dem Spiel stehe, übersetzen sich nicht in mehr mediale Aufmerksamkeit oder politische Durchsetzungsmacht. Eher nutzen sie sich ab und ziehen symbolische Beschwichtigungen nach sich. Demgegenüber wird in der Öffentlichkeit viel stärker auf die Qualität und Nachhaltigkeit der Ernährung geachtet (vgl. APuZ 2021).[2]

Die derzeitige Lage in der Landwirtschaft stellt sich folglich spannungsreich und oft subjektiv widersprüchlich dar, zumal es sich um einen globalen Wandel des Agrar- und Ernährungssystems handelt. Einerseits steigen die Anforderungen aus ökologischer und tierethischer Sicht, andererseits ist es für landwirtschaftliche Betriebe wegen der niedrigen Lebensmittelpreise immer schwieriger, überhaupt profitabel zu arbeiten. Es lässt sich somit von einem „Zangengriff von Ökonomie und Ökologie“ sprechen, der sich im Landwirtschaftssektor unmittelbar bemerkbar macht, aber auch allgemein krisenhafte „Störungen der Gesellschafts-Natur-Beziehungen“ kennzeichnet (Dörre 2022, S. 4).

[2] Wie sich die Nutztierhaltung etwa von Schweinen sowohl stärker am Tierwohl orientieren als auch die in Deutschland starke Exportabhängigkeit verringert werden kann, zeigt die finnische Landwirtschaft (vgl. Jakob 2022, S. 33 f.). Vgl. hierzu auch BMEL (2015).

Wer protestiert?

Die Daten zu Teilnehmendenstruktur und Beweggründen der Bauernproteste stammen zum einen aus der Online-Befragung Ende 2020, zum anderen aus begleitenden qualitativen Interviews. Der Teilnahmeaufruf für die Befragung wurde über diverse Kanäle und Foren in sozialen Medien verbreitet, in denen Bäuerinnen und Bauern sich organisieren. Gleichzeitig wurde die Umfrage über eine landwirtschaftliche Fachzeitschrift und einen Newsletter verbreitet, um Personen zu erreichen, die nicht in den genannten Gruppen aktiv sind, aber trotzdem Sorgen und Forderungen äußern wollen.

Insgesamt verzeichneten wir 603 gültige Teilnahmen, wovon 492 genauer betrachtet wurden, da diese Personen sich selbst als Landwirtinnen und Landwirte im Voll- oder Nebenerwerb einordneten (n = 396) beziehungsweise eine Tätigkeit oder einen Beruf in Bezug zur Landwirtschaft angaben (n = 96). Über 82 Prozent der Befragten waren männlich, rund 17 Prozent weiblich. Das Medianalter lag bei 44 Jahren. Von den Befragten betrieben zum Zeitpunkt der Erhebung 93,9 Prozent konventionelle Landwirtschaft, 14,6 Prozent boten Dienstleistungen an (etwa einen Hofladen) und 4,3 Prozent betrieben ökologische Landwirtschaft.

Der überwiegende Großteil der befragten Voll- und Nebenerwerbstätigen ist von grundlegenden ökonomischen Existenzfragen belastet: Über 95 Prozent gaben an, sich einige oder große Sorgen um die persönliche wirtschaftliche Zukunft zu machen, 98 Prozent sorgen sich über die generelle Zukunft der Landwirtschaft. Zudem machen sich über 83 Prozent einige oder große Sorgen um das Ansehen aufgrund des Berufs. Über 85 Prozent gaben einige oder große Sorgen wegen der Klimawandelfolgen an, über 77 Prozent sorgen sich um die Umwelt. Die größten Sorgen beziehen sich allerdings auf mögliche neue Vorgaben der Politik für die Landwirtschaft: Über 87 Prozent machen sich deshalb große, weitere über 9 Prozent einige Sorgen.

Bei der Frage nach der parteipolitischen Repräsentation der Interessen der Landwirtschaft sehen 40 Prozent der Befragten diese am ehesten von der FDP vertreten, dahinter folgen CDU/CSU mit 18,4 Prozent. Die übrigen Parteien spielen kaum eine Rolle – und überhaupt sehen 37,4 Prozent der Befragten ihre

Interessen durch keine Partei vertreten. Gründe hierfür könnten sein, dass sich die Liberalen als die Partei der Selbstständigen definieren und somit an die kulturelle Tradition des „freien“ Bauern erinnern, der eigenständig entscheidet und sensibel auf die Ausweitung bürokratischer Auflagen reagiert. Aus dem hohen Anteil der Personen, die die Interessen der Landwirtschaft von keiner politischen Partei repräsentiert sehen, lassen sich zudem Hinweise auf Repräsentationsdefizite und ein Vertrauensverlust in die traditionellen politischen Institutionen ableiten. Misstrauen und Politik(er)verdrossenheit zeigen sich auch in der schwindenden Bindekraft der traditionell in der landwirtschaftlichen Berufsgruppe stark verankerten Unionsparteien: Laut Forschungsgruppe Wahlen machten bei der Bundestagswahl 2021 zwar immer noch 45 Prozent der Landwirtinnen und Landwirte ihr Kreuz bei CDU/CSU, zugleich bedeutete dies aber einen massiven Verlust im Vergleich zu den vorherigen Bundestagswahlen (2017: 61 Prozent; 2013: 75 Prozent) (Michael 2021).

Bei der Beobachtung der Proteste im Agrarmilieu taucht immer wieder die Frage auf, inwieweit es populistischen Kräften gelingt, die Unzufriedenheit und den Zorn der Protestierenden in ihren Organisationen zu bündeln. Beispiele aus anderen Ländern legen nahe, dass sich aus dem traditionellen Mittelstand heraus, zu dem auch die bäuerliche Bevölkerung zählt,[3] nicht nur individuelle Rückzugstendenzen verstärken, sondern auch politische Ressentiments ausbreiten, die von populistischen Bewegungen instrumentalisiert werden können. Vor dem Hintergrund sozialräumlicher Fragmentierungsprozesse hat sich etwa in Frankreich und den Niederlanden ein lebendiges und partiell aggressives Protestmilieu etabliert (van der Ploeg 2021). Auch in Deutschland, vorwiegend im Osten, sind in einigen „abgehängten“ Dörfern Versuche rechtsnational-völkischer Gruppen zu beobachten, sich in traditionellen ländlichen Sozialmilieus auszubreiten (Röpke & Speit 2019). Bislang bleibt der überwiegende Großteil der protestierenden Bäuerinnen und Bauern gegenüber rechtspopulistischen Strömungen jedoch weitgehend resistent, wie die angegebenen Parteipräferenzen in unserer Befragung zeigen. Die Protestgruppen neigen zwar zu Forderungen gegenüber „Anderen“, beharren auf der Fortführung ihres Berufsstatus, wünschen sich

[3] Dass Bauern sich zu den Modernisierungsverlierern zählen, belegen zahlreiche Untersuchungen (u. a. Pongratz 1987, S. 522ff.) Der traditionelle Mittelstand wird von jeher in soziologischen Studien zu den „Unzufriedenen“ gezählt. (vgl. Heinze 2011, S. 107ff.; Reckwitz 2019, S. 97ff.).

Stabilität und wehren sich gegen die Abschmelzung ihrer sozialmoralischen Milieus – insofern gibt es durchaus ähnliche Wahrnehmungen wie in rechtspopulistischen Kreisen, etwa ein starkes Misstrauen gegenüber der etablierten Politik und den öffentlich-rechtlichen Medien –, aber es haben sich bislang keine Allianzen herausgebildet. Gleichwohl ist auch aus diesem Blickwinkel heraus eine weitere empirisch fundierte Einschätzung der bäuerlichen Proteste erforderlich.

Protestmotive

Hinsichtlich der Existenzsorgen zeigen sich erhebliche Differenzen zwischen den verschiedenen ländlichen Regionen. Denn es gibt weder „die“ Landwirtschaft, noch „den“ ländlichen Raum. Eher ist eine zunehmende Zerrissenheit der landwirtschaftlichen Lebenswelten zu beobachten, was auch auf die Protestbewegungen ausstrahlt. Während es in sozioökonomisch „erfolgreichen“ ländlichen Räumen mehr Optionen für eine Diversifizierung gibt und berufliche Alternativen leichter zu finden sind, ballen sich die Problemlagen in peripheren Regionen, die somit von weiterer Entwertung bedroht sind (vgl. Krajewski & Wiegandt 2020; Bätzing 2016). In nahezu allen Regionen wird aber die Fortführung des traditionellen Agrar- und Ernährungssystems von immer mehr Bevölkerungsgruppen infrage gestellt. Die Kritik an der konventionellen Landwirtschaft und der Missachtung ökologischer Handlungsmaximen kommt längst nicht mehr nur aus alternativen Milieus, sondern auch aus linksliberal-intellektuellen und konservativ-etablierten Kreisen. Zu den (weitgehend passiven) Unterstützern der konventionellen Landwirtschaft zählt nur noch das traditionalistische Milieu und dieses schrumpft ebenso wie der alte Mittelstand.

Die Umfrageergebnisse und weitere Interviews zeigen, dass es neben den Existenzängsten und der Wut über immer mehr Regulierung – etwa durch Insektenschutz oder Düngeverordnungen – eine weitere wichtige Triebkraft für die Proteste gibt: „Die niedrigen und oft ausbleibenden Erlöse frustrieren viele Landwirte, ebenso wie die bürokratischen Dokumentationspflichten – sie werden teilweise als große Zumutung wahrgenommen. An erster Stelle ist es jedoch meist das schwindende Ansehen, ein in der Öffentlichkeit gezeichnetes Bild, das Bauern als subventionierte Tierquäler und Umweltvergifter erscheinen

lässt, das den Befragten zu schaffen macht.“[4] Durch die breit kommunizierten Forderungen an eine naturverträgliche und tierethisch vertretbare Landwirtschaft fühlen sich viele Bäuerinnen und Bauern in einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft gedrängt, was ihnen oft missfällt, weil hierüber ihre Autonomie als „Selbstständige“ tendenziell geschwächt würde. Viele Bäuerinnen und Bauern fühlen sich zudem persönlich angegriffen und in die Rolle als Sündenböcke für ökologische Verfehlungen gedrängt. Die bäuerliche Bevölkerung aus den nicht ökologisch wirtschaftenden Agrarbetrieben, und dies ist immer noch die große Mehrheit, empfindet die veränderten Konsumwünsche und Bewertungsmaßstäbe oft als Bedrohung ihrer Lebenswelten und reagiert mit Rückzug oder eben Protest.

Genährt wird die Unzufriedenheit auch durch pauschale Verurteilungen, wenn die Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Betriebe nicht wahrgenommen wird und höchstens zwischen „der“ Biolandwirtschaft und „der“ traditionellen Landwirtschaft unterschieden wird. Denn auch unter den nicht ökologisch zertifiziert arbeitenden Betrieben gibt es regional orientierte, die sich ihrer Verantwortung für Mensch und Umwelt bewusst sind. In den vergangenen Jahrzehnten war der Trend zur auf Effizienz getrimmten und global operierenden Hochleistungslandwirtschaft – die niedrige Lebensmittelpreise ermöglicht, aber auch Umweltgefährdungen und Ressourcenverschwendung mit sich bringt – jedoch politisch gewollt und wurde vom DBV und den Agrarverwaltungen entsprechend forciert. Die Großbetriebe aber profitieren bislang am stärksten von den milliardenschweren EU-Subventionen, die primär von der Größe der bewirtschafteten Fläche abhängen. „Längst führen die Produktionsformen einer Landwirtschaft, die unter globalisierten Marktbedingungen strikt auf die kontinuierliche Steigerung der quantitativen Erträge pro Flächeneinheit beziehungsweise Nutztier ausgelegt ist, vielfältig zur Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen.“ (Strohschneider 2021, S. 199).

Die ökologischen Herausforderungen sind auch dadurch gewachsen, weil sie jahrzehntelang in der agrarpolitischen Arena ignoriert wurden. Dass die

[4] „Die Hofnachfolge gehört zu den zentralen Fragen“, Interview mit dem Volkskundler Thomas Schürmann, o. D., https://hofuebergabe.agrarzeitung.de/grundlagen/die-hofnachfolge-gehoert-zu-den-zentralen-fragen. Vgl. auch Schürmann (2021).

Protesthaltungen der Landwirtinnen und Landwirte allerdings in der Öffentlichkeit bislang auf wenig Entgegenkommen stoßen, liegt auch an den Skandalen in der Fleischindustrie und anderen ethisch fragwürdigen Vorkommnissen in der Hochleistungslandwirtschaft. Viele konventionell wirtschaftende Betriebe lehnen diese Produktionsmethoden jedoch ebenfalls ab, womit insgesamt die internen Spannungen in der Landwirtschaft immer stärker hervortreten: Über die Differenzierung zwischen ökologischer, konventioneller und industrialisierter Landwirtschaft hinaus unterscheiden sich die ökonomischen Lagen zwischen Groß- und Kleinbetrieben, Viehhaltern und Getreidewirtschaft, Höfen mit Zusatzeinnahmen aus Tourismus und Sport oder bestimmten Lebensmitteln.

Zukunft in Zeiten schwindender Systemakzeptanz

Die Proteste im Agrarsektor zeigen, dass der klassische Entwicklungspfad in eine Sackgasse geführt hat und die etablierten agrarpolitischen Strategien brüchig geworden sind. Anschaulich wird dies anhand der über Jahrzehnte gepflegten Vorbehalte etwa vom DBV gegenüber der Ökolandwirtschaft, obgleich diese einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad aufzeigt, während der bisherige Ansatz nur noch den Bestand weniger Großbetriebe zu sichern vermag. Diese allerdings werden kaum die über Jahrhunderte landwirtschaftlich geprägte Kulturlandschaft bewahren.

Manche Bäuerinnen und Bauern glaubten jahrelang, sie seien als „Ernährer der Bevölkerung“ ganz besonders „systemrelevant“ und ihre Interessen müssten entsprechend berücksichtigt werden. Diese überhöhte Selbstwahrnehmung wurde sowohl vom DBV, der als mitgliederstarker Verband an allen wichtigen agrarpolitischen Entscheidungen aktiv beteiligt war (vgl. Heinze 1992; Rieger 2007; Leibfried 2017), als auch von den traditionell stark mit der Bauernschaft verbundenen konservativen Parteien unterstützt. Diese Ordnungsmächte sind inzwischen aber erheblich geschwächt und hinterlassen eine politische Repräsentationslücke, die ebenfalls mitverantwortlich für die Proteste ist. Das Beharren auf traditionellen verbandspolitischen Positionen konnte keine Lösung für die sozioökonomische und kulturelle Zersplitterung der Landwirtschaft bieten. Je ausgeprägter die Unterschiede im Agrarsektor werden, desto stärker wird die strategische Positionierung der Verbandspolitik des DBV

sichtbar, die traditionell stets zugunsten der ökonomisch starken Betriebe ausgerichtet war.

Im Zuge der Proteste seit 2019 hat es insbesondere das Netzwerk „Land schafft Verbindung“ geschafft, sich als oppositionelle Agrarbewegung zu etablieren. Der eingetragene Verein sieht sich selbst als verbandsübergreifende und parteineutrale Instanz. Die Ausdifferenzierung in Untergruppen birgt indes die Gefahr, sich als bäuerliche Protestbewegung bald wieder selbst zu „zerlegen“. Von außen betrachtet wirken die Aktivitäten oftmals diffus und die Interessenformierung ähnelt eher zufälligen Schwärmen denn strategisch geleiteten Organisationen. Dies kann zu Rückzügen in geschlossene Teilgesellschaften führen, die den Blick auf gesamtgesellschaftliche Dynamiken verengen. Dadurch driften die Lebenswelten weiter auseinander, und statt auf Kommunikation miteinander und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu setzen, gewinnen Rückzugstendenzen und Abgrenzungen an Bedeutung, um den Statuserhalt zu sichern. Derartige Prozesse sind auch bei anderen abschmelzenden Gruppen aus dem alten Mittelstand zu beobachten: In Zeiten wachsenden Misstrauens gegenüber politischen Institutionen sind negative Allianzen leichter zu positionieren als konstruktive Angebote, denn sie kommen ohne ein kohärentes mehrheitsfähiges Konzept aus.

Nach dem Auslaufen der ersten Protestwelle merken die Bäuerinnen und Bauern indes, dass ihre Forderungen nicht erfüllt wurden, und beklagen sich in den sozialen Medien über die nachlassende Sichtbarkeit in der Medienöffentlichkeit. Insofern wirkten die Proteste als Themengenerator, lösten allerdings keine Problemlösungsresonanz aus, sodass weitere Enttäuschungen und wohl auch Konflikte bereits programmiert sind. Proteste von Bäuerinnen und Bauern können jedoch als seismografische Warnsignale für den konfliktbeladenen Wandel des Landwirtschaftssektors angesehen werden. Die Schrumpfungsprozesse in der konventionellen Landwirtschaft vollziehen sich zwar im Stillen, müssen aber individuell verarbeitet werden, denn viele Betroffene sehen darin aufgrund der sozialräumlichen Verbundenheit ein Auslaufmodell der traditionellen ländlichen Lebensform und damit ihrer Identität. Nicht zuletzt auch deshalb sollte diesen Transformationsprozessen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden – sowohl seitens der Medien als auch der Politik.

Da die ökologische Transformation des Agrar- und Ernährungssystems die landwirtschaftspolitische Agenda der nächsten Jahre mutmaßlich bestimmen wird, sind die Protestierenden somit gefordert, sich über die Artikulation von Verlustängsten hinaus konstruktiv daran zu beteiligen. Hierfür braucht es jedoch eine Arena, in der die Sorgen und Nöte der Protestgruppen gehört und berücksichtigt werden, eine bessere Vernetzung der verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure (Zukunftskommission Landwirtschaft 2021; Feindt et al. 2019; Poppinga 2022) sowie strategische Räume, um systematische Lernprozesse auszulösen (vgl. zur soziopolitischen Steuerung Heinze 2020, S. 185ff.).

Ein institutioneller Rahmen hierfür wäre zum Beispiel eine neue, zentral koordinierte „Konzertierte Aktion". In der Zukunftskommission Landwirtschaft ist es bereits gelungen, sowohl die Agrarverbände, allen voran den DBV, als auch Umwelt- und Naturschutzverbände sowie weitere maßgebliche Organisationen auf eine gemeinsame Strategie festzulegen. Dieser Konsens sollte nicht nur für einen ökologisch ausgerichteten Umbau des Agrarsystems genutzt, sondern hierüber könnten auch die Sorgen und Frustrationen der Bäuerinnen und Bauern aufgegriffen werden, damit diese nicht in Apathie oder politische Radikalisierung umschlagen. Der Handlungskonsens auf Regierungsebene ist zudem in einen Umsetzungskonsens zu transferieren. Gleichzeitig sind dezentrale Impulse wichtig; Handlungsfelder gibt es genug: von der Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes bis hin zu den existenziellen ökonomischen Problemen einzelner Gruppen. <

Rolf G. Heinze

Prof. Dr. Rolf G. Heinze war von 1988 bis 2021 Lehrstuhlinhaber für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum (2021–2024 dort Seniorprofessor und weiterhin wiss. Direktor des Instituts für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS). Mit dem Deutschen Bauernverband hat er sich schon seit den 1990er Jahren in der Forschung beschäftigt, hat als Mitautor 2019/20 eine empirische Studie zu den Bauernprotesten durchgeführt und beobachtet weiter, wie der Strukturwandel auf dem Land verläuft und welche politische Geografie sich abzeichnet.

Literatur

APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte (2021): Fleisch. 51–52

Bätzing, W. (2016): Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform. In: APuZ – Aus Politik und Zeitschichte (2016): Land und Ländlichkeit. 46–47.

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2015): Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung – Gutachten. Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Berlin.

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2019): Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2019. Berlin.

DBV – Deutscher Bauernverband (Hrsg., 2021): Situationsbericht 2021/2022

Dörre, K. (2022): Alle reden vom Klima. Perspektiven sozial-ökologischer Transformation. In: APuZ 3–4, 4–10.

Feindt, P.; Krämer, C.; Früh-Müller, A.; Heißenhuber, A.; Pahl-Wostl, C.; Purnhagen, K. P.; Thomas, F.; van Bers, C. & Wolters, V. (2019): Ein neuer Gesellschaftsvertrag für eine nachhaltige Landwirtschaft. Berlin.

Heinze, R. G. (1992): Verbandspolitik zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl – Der Deutsche Bauernverband. Gütersloh.

Heinze, R. G. (2011): Die erschöpfte Mitte. Weinheim–Basel.

Heinze, R. G. (2019): Sozioökonomische Zersplitterung und Digitalisierung: Auf dem Weg zur granularen Gesellschaft. In: Lange, H.-J.; Model, T. & Wendekamm, M. (Hrsg.): Zukunft der Polizei. Wiesbaden, 11–34.

Heinze, R. G. (2020): Gesellschaftsgestaltung durch Neujustierung von Zivilgesellschaft, Staat und Markt. Wiesbaden.

Heinze, R. G.; Bieckmann, R.; Kurtenbach, S. & Küchler, A. (2021): Bauernproteste in Deutschland. Aktuelle Einblicke und politische Verortung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 3, 360–379.

Jakob, K. (2022): Bleibt dran! In: Die Zeit, 17.2.2022.

Krajewski, C.; Wiegandt, C.-C. (2020, Hrsg.): Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung. Bonn.

Leibfried, S. (2017): Agrarpolitik als Sozialpolitik. In: Hoose, F.; Beckmann, F. & Schönauer, A.-L. (Hrsg.): Fortsetzung folgt. Kontinuität und Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Wiesbaden, 289–308.

Michel, J.: Bundestagswahl: Diese Parteien haben die Landwirte gewählt. www.agrarheute.com/politik/bundestagswahl-diese-parteien-haben-landwirte-gewaehlt-585757. (letzter Zugriff: Datum 28.09.2021)

Nassehi, A. (2020): Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests. Hamburg.

Pongratz, H. (1987): Bauern – am Rande der Gesellschaft? In: Soziale Welt 4/1987, S. 522 ff.

Poppinga, O. (2022): Entwicklungen & Trends 2021: Witterung, Bodennutzung, Tierhaltung, Einkommen. In: AgrarBündnis (Hrsg.): Der kritische Agrarbericht 2022. Konstanz, 155–170.

Reckwitz, A. (2019): Das Ende der Illusionen. Berlin.

Rieger, E. (2007): Bauernverbände. Agrarische Interessenpolitik, institutionelle Ordnung und politischer Wettbewerb. In: Von Winter, T. & Willems, U. (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland. Wiesbaden, 294–315.

Röpke, A. & Speit, A. (2019): Völkische Landnahme. Berlin.

Schürmann, T. (2021): Höfe vor der Nachfolge. Landwirtschaft und bäuerliches Selbstverständnis im Oldenburger Münsterland. Cloppenburg.

Seeliger, M. & Sevignani, S. (2021): Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie. Ein neuer Strukturwandel? In: Dies (Hrsg.): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Leviathan Sonderband 37, 9–40.

Strohschneider, P. (2021): Ökologisierung von Landwirtschaft – zur gesamtgesellschaftlichen Agenda. In: Grimm, V.; Lang, J.; Messner, D.; Meyer, D.; Meyer, L.; Nikutta, S. & Schaible, S. (Hrsg.): Deutschlands Neue Agenda: Die Transformation von Wirtschaft und Staat in eine klimaneutrale und digitale Gesellschaft. Berlin, 199–219.

Van der Ploeg, J. D. (2021): Die Bauern und „die Anderen". Über Bauernrevolte und Populismus in den Niederlanden und Frankreich. In: AgrarBündnis (Hrsg.): Der kritische Agrarbericht 2021. Konstanz, 81–87.

Zukunftskommission Landwirtschaft (2021): Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Berlin.

Der Originaltext wurde unter der Creative Commons-Lizenz „CC BY-NC-ND 3.0 DE – Namensnennung – Nichtkommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland" veröffentlicht. Link: https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de

> Bauernproteste und Tierhaltung

Woher kommt die Wut?

Von Marie von Meyer-Höfer

Was steckt wirklich hinter der Wut der Landwirtinnen und Landwirte, die sich in den Bauernprotesten entlädt? Ist es ein Transformationskonflikt? Sind es die wirtschaftlichen oder die politischen Hemmnisse? Ist es die viel beklagte fehlende Planungssicherheit oder ist es zu viel Bürokratie? Oder sind es Faktoren, die sich eher im Persönlichen verorten lassen, wie Ohnmachtsgefühle oder Schwierigkeiten bei der Kommunikation der eigenen Ansprüche und Erwartungen an die Politik bzw. die Gesellschaft? Der folgende Beitrag fußt auf Erfahrungen des Verbundforschungsprojekts SocialLab und richtet den Fokus auf die Situation in der Tierhaltung.

Die Situation: Vielfältige Konfliktlinien

Welt im Wandel

Die Land- und Ernährungswirtschaft wird durch einen Transformationsprozess hin zu mehr Nachhaltigkeit herausgefordert. Dessen Ursachen sind unter anderem der Klimawandel, der Verlust von Artenvielfalt oder Missstände beim Tierwohl (Patay et al. 2025; Moberg et al. 2021; Chaudhary et al. 2018). Es gehören aber auch die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen dazu, wie zum Beispiel der Wandel in der Beziehung zwischen Landwirtschaft und den Teilen der Gesellschaft, die keinen direkten Bezug zu diesem Sektor (mehr) haben. Viele dieser Herausforderungen sind global, schon lange bekannt, komplex und müssen dennoch vor Ort und gerade auf den landwirtschaftlichen Betrieben praktisch angegangen werden.

Zunehmende Aufmerksamkeit

Das stetig wachsende Interesse mancher gesellschaftlichen Gruppen an den oben genannten Themen sowie die Möglichkeiten der heutigen Medienlandschaft und der Digitalisierung erzeugen bzw. erhöhen den Veränderungsdruck und

verhindern das passive Aussitzen des Transformationsdrucks (Sonntag et al. 2021). Konnten es sich führende Vertreter landwirtschaftlicher Interessenverbände vor einigen Jahren noch leisten, den aufkommenden gesellschaftlichen Erwartungen an eine nachhaltigere Lebensmittelproduktion insbesondere im Bereich der Herstellung tierischer Produkte skeptisch bis verächtlich gegenüberzutreten, ist eine solche Haltung heute, zumindest offiziell, kaum mehr denkbar.

Nur oberflächlicher Konsens

Trotz der Bemühungen, sich den veränderten Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Erwartungen anzupassen, bleibt bei vielen Landwirtinnen und Landwirten die Skepsis, ob sich ihre Bemühungen und teuren Investitionen in die vorhergesagte Zukunft wirklich lohnen. Denn die gesellschaftspolitische Debatte über die landwirtschaftliche Nutztierhaltung in Deutschland ist hoch konfliktär. Selbst scheinbar konsensuale Zielparameter wie „mehr Tierwohl“ verdecken meist unterschiedliche Zielsetzungen, die sich für die verschiedenen Akteure dahinter verbergen. Auch in breit angelegten Multi-Stakeholder-Prozessen erzielte Kompromisse sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Debatte um die Zukunft der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Deutschland noch nicht beendet ist (von Gall et al. 2023; 2024). Der Konflikt zieht sich quer durch die Gesellschaft und findet zwischen Individuen genauso statt wie zwischen Unternehmen, Wirtschafts- bzw. Interessengruppen und Parteien. Die Einigung auf meist eher vage Zukunftsperspektiven ist in der Regel noch relativ einfach, während die Einigung auf konkrete Umsetzungswege und -instrumente deutlich komplizierter ist (von Gall et al. 2023).

Massive Kritik und zunehmender Wettbewerbsdruck

Die geäußerte gesellschaftliche Kritik an den Zuständen in der landwirtschaftlichen Tierhaltung und bei der Erzeugung tierischer Lebensmittel ist in Deutschland sehr umfangreich. Sie richtet sich oft pauschal gegen die sogenannte „Massentierhaltung“ und damit gegen zu wenig Tierschutz bzw. Tierwohl. Die Kritik reicht von der Anpassung der Tiere an die Haltungssysteme (nicht-kurative Eingriffe, Antibiotikaeinsatz) über deren Fütterung bis hin zu ihrem Transport und der Schlachtung. Der Tierhaltung werden außerdem der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen, der Eintrag von Nitrat ins Grundwasser, eine Beteiligung am Problem der Antibiotikaresistenz und viele weitere negative

Wirkungen angelastet. Gleichzeitig wird der internationale Wettbewerb schärfer und die Tierhalterinnen und Tierhalter benötigen Sicherheit und Planbarkeit, um sich für die Zukunft gut aufzustellen.

Wunsch nach Veränderung und Transformationsbarrieren

Gegenwärtig wird in unserer Gesellschaft die Situation in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung mehrheitlich sehr kritisch gesehen, aber dennoch meist hingenommen. Dies wird jedoch an die Bedingung geknüpft, dass wahrnehmbare Veränderungen angestrebt werden (Gier-Reinartz & Harms 2024). Bürgerinnen und Bürger nehmen ein erhebliches Verbesserungspotenzial der aktuellen landwirtschaftlichen Tierhaltung wahr. Gewünscht werden mehr Platz und Einstreu für die Tiere sowie – wenn möglich – der Zugang ins Freie bzw. auf die Weide. Diese Wunschvorstellungen teilen auch viele Landwirtinnen und Landwirte (Faletar et al. 2024; Schmitz et al. 2024).

Die Akteure der landwirtschaftlichen Tierhaltung stehen vor der Herausforderung, Vertrauen und die gesellschaftliche Akzeptanz für ihre Produktionssysteme zurückzugewinnen (Kothe et al. 2023). Dafür müssen neben der Kommunikationsarbeit auch glaubwürdige praktisch Veränderungen der Tierhaltung stattfinden (Sonntag et al. 2021).

Anders als Bürgerinnen und Bürger werden Landwirtinnen und Landwirte jedoch mit den realen Umsetzungsbarrieren direkt konfrontiert und können, selbst wenn sie wollten, ihre Tiere oft nicht einfach sofort besser halten. Die Transformationsbarrieren sind nur zum Teil wirtschaftlicher und praktischer Natur; wie Fragen der Finanzierung oder der technischen und rechtlichen Umsetzung. Hinzu kommen die fehlende Planungssicherheit sowie persönliche und kommunikative Verunsicherungen.

Wandel der Ernährungsgewohnheiten als zusätzliche Bedrohung

Während der Konsum von Fleisch in den letzten Jahren in Deutschland gesunken ist, steigen die Akzeptanz und die Nachfrage nach Alternativen zu tierischen Produkten (Schulze et al. 2023).[1] Dies geht einher mit zusätzlichen

1 Informationen zur Versorgungsbilanz Fleisch für das Jahr 2023 gibt es unter www.ble.de/fleisch sowie www.bmel-statistik.de/fleisch.

Verlust- und Existenzängsten von Landwirtinnen und Landwirten (von Gall et al. 2023). Rieger et al. 2023 zeigen jedoch auf, dass eine stärker pflanzenbasierte Ernährung in Zukunft die landwirtschaftlichen Einkommen steigern könnte – auch in Regionen, in denen aktuell die Tierhaltung überwiegt. Durch eine Umstellung der Ernährung könnten bis 2050 in der deutschen Landwirtschaft die Einkommen um bis zu 20 Prozent und in der Europäischen Union um bis zu 70 Prozent steigen. Regionen mit intensiver Tierhaltung würden kurzfristig Verluste erleiden, aber langfristig von der Anpassung profitieren. Die Autoren empfehlen zusätzlich, die Transformation politisch sowie finanziell zu unterstützen und Angebote zur Umschulung zu fördern.

Entwicklung der Tierwohl-Debatte

Bereits 2015 hat der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (WBAE) in seinem Gutachten zur Zukunft der Nutztierhaltung in Deutschland auf erhebliche Defizite vor allem im Tier- und Umweltschutz, aber auch auf die veränderte Einstellung zur Mensch-Tier-Beziehung in der Bevölkerung und auf die Gefahren einer verringerten gesellschaftlichen Akzeptanz der Nutztierhaltung verwiesen. In den im Gutachten entwickelten Leitlinien und Empfehlungen für eine gesellschaftlich akzeptierte Nutztierhaltung empfahl der WBAE ein umfangreiches Maßnahmenbündel und zudem einen intensiven Diskurs zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik unter Einbeziehung der Wissenschaft. Angesichts des globalen ökologischen Fußabdrucks und der negativen gesundheitlichen Effekte eines sehr hohen Fleischkonsums sprach sich der Beirat für die Strategie einer tiergerechteren und umweltfreundlicheren Produktion bei gleichzeitiger Reduktion der Konsummenge aus. Es gelte ökonomische Chancen für die notwendigen Veränderungen der Tierhaltung zu erschließen und eine neue Kultur der Erzeugung und des Konsums tierischer Produkte einzuleiten.

2018/2019 spitzten sich Proteste gegen die Politik und die Erwartungen an die landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland erheblich zu. Von staatlicher Seite wurden daraufhin zwei medial viel beachtete Beratungsgremien einberufen, die für die Zukunft der landwirtschaftlichen Tierhaltung von großer Bedeutung sind: Das 2019 berufene Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, nach seinem

Vorsitzenden auch „Borchert-Kommission“ genannt, und die 2020 von der Bundesregierung unter Angela Merkel eingesetzte Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL). Parallel dazu fand im Rahmen des vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) geförderten SocialLab-Projektes[1] ein breit angelegter Forschungs- und Dialogprozess zur Zukunft der landwirtschaftlichen Tierhaltung statt. Darüber hinaus gab es eine Reihe von großen Verbundprojekten rund um die Tierhaltung mit unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen Forschungsansätzen (BMEL 2023).

2020 hat die Borchert-Kommission ein Konzept für den Umbau der gesamten deutschen Nutztierhaltung hin zu einem deutlich höheren Tierwohlniveau vorgelegt. Dies war ein Durchbruch in der aufgeheizten Debatte um die Tierhaltung. Denn die Empfehlungen wurden gemeinsam von Interessenvertreterinnen und -vertretern der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft, der Umweltverbände und zahlreichen weiteren Akteuren aus Wertschöpfungsketten und Verwaltung sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erarbeitet. Sie haben Impulse für die Bundes- und auch die Landespolitik gesetzt und werden bis heute weit über das Netzwerk hinaus unterstützt. Die Empfehlungen verlangen den tierhaltenden Betrieben in Deutschland tiefgreifende und mit hohen investiven und laufenden Kosten verbundene Veränderungen ab. Mit den vorgeschlagenen politischen Maßnahmen würde dieser Umbau jedoch in der breiten Praxis ermöglicht und die erforderliche Planungssicherheit und Verlässlichkeit geschaffen. Kern der Empfehlungen ist die Einführung langfristiger staatlicher Tierwohlprämien bei schrittweiser Erhöhung des Tierwohlniveaus. Erforderlich wären die Ausgestaltung der laufenden Tierwohlprämien im Rahmen langfristiger und rechtssicherer Verträge sowie eine ausreichende Finanzausstattung für die Umstellung einer jährlich steigenden substanziellen Anzahl von ökologischen und konventionellen Betrieben.

Auch die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) bezog sich auf diese Empfehlungen der Borchert-Kommission. Das Mandat der ZKL bestand darin, „Empfehlungen und Vorschläge zu erarbeiten, um eine nachhaltige, d. h. ökologisch und ökonomisch tragfähige, sowie sozial verträgliche Landwirtschaft in

[1] www.sociallab-nutztiere.de

Deutschland auch in Zukunft zu ermöglichen“. 2021 wurde der Abschlussbericht der Kommission vorgestellt. Zu den Kernbotschaften zählt, dass die ökologische und (tier-)ethische Verantwortbarkeit der Landwirtschaft am effektivsten und dauerhaftesten zu verbessern ist, indem die Vermeidung ihrer derzeitigen beträchtlichen volkswirtschaftlichen Kosten in betriebswirtschaftlichen Nutzen überführt wird. Außerdem wird folgende Rechnung aufgestellt: Die Ökologisierung einer ökonomisch ertragsstarken Landwirtschaft am Gunststandort Deutschland hat ihren Preis. Sie zu unterlassen ist aber teurer. Sehr viel teurer – für die Landwirtschaft, für die Volkswirtschaft und für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft auch in Zukunft.

Obwohl sich an der Dringlichkeit der Veränderungen nichts getan hat, bleiben die von den Kommissionen und Forschungsprojekten geforderten politischen bzw. praktischen Umsetzungen bisher weitgehend aus. 2023 hat das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung seine Arbeit eingestellt, da die politischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung seiner Empfehlungen nicht geschaffen wurden. Die ZKL hat Ende 2024 strategische Leitlinien und Empfehlungen mit dem Titel „Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in schwierigen Zeiten“ veröffentlicht. Diese bauen auf dem Bericht von 2021 auf und unterstreichen erneut dessen Gültigkeit.

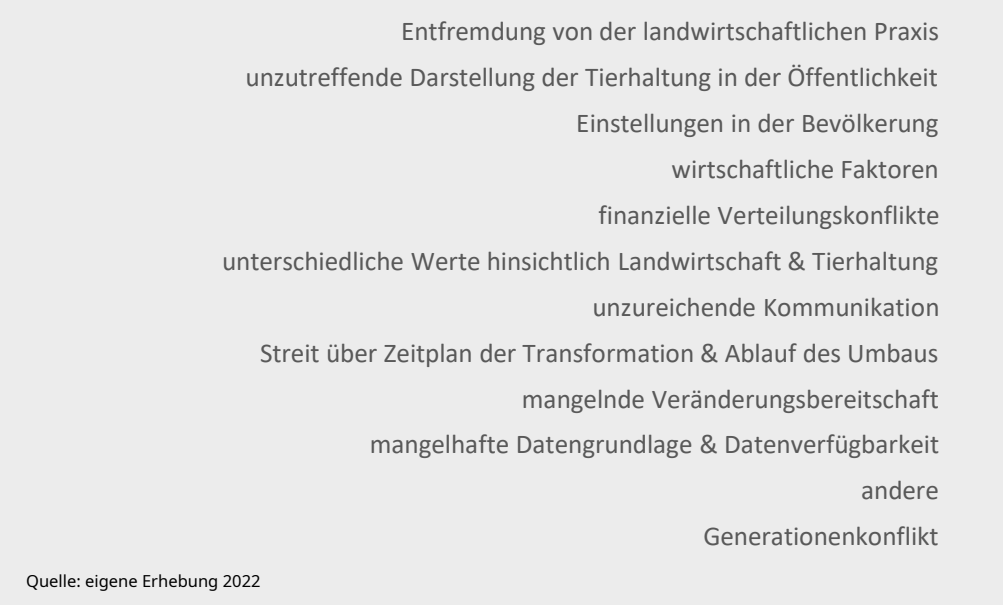
Insgesamt lässt sich mit der Rückschau auf die vergangenen zehn Jahre gesellschaftspolitischer Debatte um die landwirtschaftliche Tierhaltung festhalten, dass diese längst nicht abgeschlossen ist und ihre grundlegenden Fragestellungen politisch weiter ungelöst bleiben. Ebenso hat sich für die Landwirtinnen und Landwirte keine nennenswerte Verbesserung ergeben, um ihre Betriebe den gesellschaftlichen Erwartungen entsprechend umzubauen.

2023/2024 gab es noch massivere Bauernproteste als 2018/19. Tausende Landwirtinnen und Landwirte protestierten deutschlandweit. Die ungewohnte Heftigkeit der Proteste überraschte zunächst. Angesichts der Tatsache, dass seit über zehn Jahren nur Konzepte zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung vorgelegt werden, aber die Politik immer noch keine akzeptablen Rahmenbedingungen für die praktische Umsetzung der geforderten Veränderungen geliefert hat, scheint jedoch Überraschung wenig angebracht.

Akzeptanz von Veränderung: Das Verbundforschungsprojekt SocialLab

Im Verbundforschungsprojekt SocialLab (Laufzeit 2015–2023) konnten viele der in der Tierhaltung drängenden Fragestellungen aus der Perspektive ganz unterschiedlicher Fachrichtungen untersucht werden. Über diese rein wissenschaftliche Herangehensweise hinaus hat das SocialLab eine Forschungsinfrastruktur aufgebaut, mit der Entwicklungen rund um die gesellschaftliche Wahrnehmung und Akzeptanz über einen Zeitraum von ca. 10 Jahren hinweg beobachtet wurden. Dabei wurde immer eine möglichst große Bandbreite von Interessengruppen und deren Perspektiven berücksichtigt. Die umfangreichen Erkenntnisse aus dem Projekt sind der Politik im Jahr 2023 vorgestellt worden. Eine Verlängerung der Förderung dieser wertvollen Monitoringarbeiten wurde jedoch bisher nicht erreicht. Die Forschungsergebnisse (SocialLab-Konsortium 2019) liegen in Einzelpublikationen, in einer frei zugänglichen Spezialausgabe des Fachmagazins Journal of Consumer Protection and Food Safety sowie als Projektberichte vor.

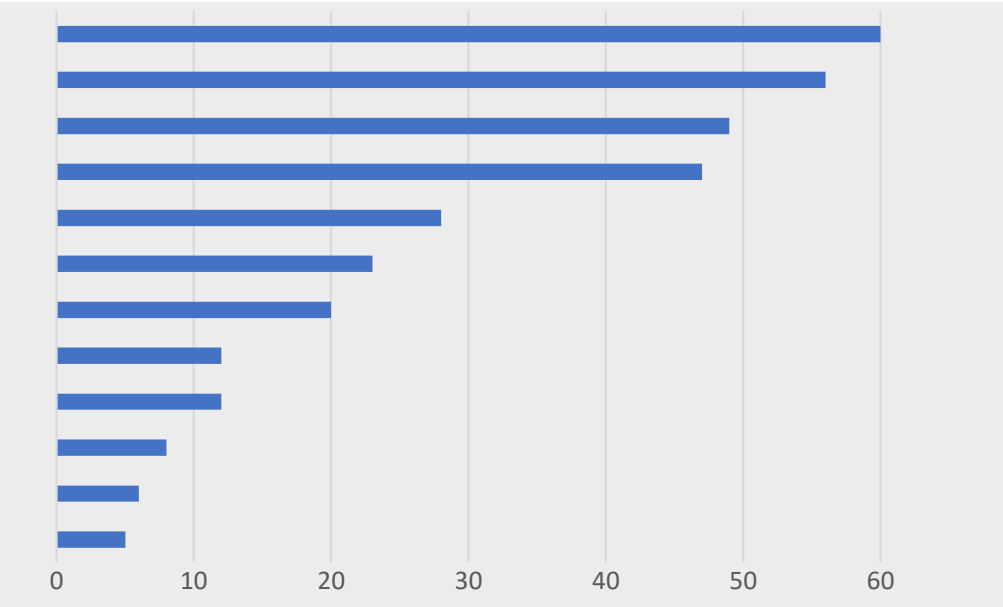
Abb. 1: Auswertung der Antworten auf die Frage: Was denken Sie: Welche Faktoren hemmen bislang eine nachhaltige Transformation des Landwirtschafts- und Ernährungssektors?



Quelle: eigene Erhebung 2022

Darüber hinaus sind die Daten einer Befragung von Landwirten und Landwirtinnen ausgewertet worden, die im Juli 2022 stattgefunden hat und an der sich mehr als 2 500 Personen beteiligt haben. Teilgenommen hatten Landwirtinnen und Landwirte unterschiedlichster Produktions- und Tierhaltungsformen. Auf die Frage: „Was denken Sie: Welche Faktoren hemmen bislang eine nachhaltige Transformation des Landwirtschafts- und Ernährungssektors?“ konnten zwölf Antworten ausgewählt werden (s. Abb. 1). Zusätzlich gab es die Möglichkeit, einen die Auswahl erklärenden Kommentar abzugeben. Diese Möglichkeit wurde oft sehr ausführlich genutzt und wurde im Anschluss inhaltsanalytisch ausgewertet.

Am deutlichsten wird die Entfremdung von der landwirtschaftlichen Praxis und die daraus resultierende unzureichende Darstellung der landwirtschaftlichen Tierhaltung in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Nicht nur den Medienschaffenden wird mangelndes Fachwissen zugesprochen, bzw. ein Bestreben unterstellt, die landwirtschaftliche Tierhaltung besonders negativ darzustellen. Auch Politikern und Politikerinnen wurde zu Zeiten der Ampelkoalition beson-



ders wenig Wissen und echtes Interesse an praxisnahen Lösungen für die Weiterentwicklung der Tierhaltung in Deutschland vorgeworfen. Zusätzlich wird die Einstellung der Bevölkerung zur Landwirtschaft bzw. zur landwirtschaftlichen Tierhaltung von vielen konventionell tierhaltenden Landwirtinnen und Landwirten als besonders herausfordernd empfunden. Erst nach diesen eher akzeptanz- und kommunikationsbezogenen Hemmnissen werden wirtschaftliche Faktoren als Hemmnis gesehen.

Es ist interessant, dass die zu „wirtschaftliche Faktoren“ eingegangenen Kommentare oftmals gar keine rein wirtschaftlichen Faktoren benennen. Auch hier finden sich empfundene Ohnmacht und der Vorwurf, nicht-landwirtschaftliche Interessengruppen aus dem Bereich des Tier- oder Umweltschutzes würden besonders starken Einfluss auf Politik und Gesellschaft nehmen. Darüber hinaus werden Bürokratieabbau und eine stärkere Planungssicherheit gefordert. Konkret geht es dabei meist um die Reduzierung von Problemen bei Investitionen in den Um- oder Neubau von Ställen.

Neue Formen der Kommunikation

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors hat über Jahre stark nachgelassen. Das ist eine Entwicklung, die auch etwas mit dem Selbstverständnis und dem Selbstwertgefühl von Landwirtinnen und Landwirten macht: es belastet viele. Es entwickeln sich Ohnmachtsgefühle und Orientierungskrisen im stetig weiterlaufenden Transformationsprozess, der letztlich auf jedem einzelnen Betrieb individuell bewältigt werden muss. Jede Landwirtin und jeder Landwirt hat seine eigene Strategie, um mit dem Veränderungsdruck auf die landwirtschaftliche Tierhaltung umzugehen. Manche sehen unternehmerische Chancen, andere blockieren oder versuchen es sogar mit aktiver Gegenwehr (von Davier et al. 2023).

Landwirtinnen und Landwirte, die sich überhaupt nicht kritisch mit ihren derzeitigen Produktionsweisen und den Entwicklungsmöglichkeiten auseinandersetzen wollen oder können, interpretieren die Dringlichkeit der Transformation oft zu ihren Gunsten um. Ihnen geht es dann nicht mehr um die Anpassung an die sich verändernden gesellschaftlichen Erwartungen. Sie versuchen statt-

dessen, diese durch Aufklärung und mehr Information an die Gesellschaft über die aktuelle Produktionsweise abzuwehren (von Davier et al. 2023). Dabei verkennen sie, dass gut informierte Bürgerinnen und Bürger oft eine eher kritische Einstellung zur konventionellen, sich nicht verändernden Landwirtschaft haben (Sonntag et al. 2021). Ehrliche Anpassungsbemühungen, und seien sie noch so klein, können die Akzeptanz der Tierhaltung jedoch erhöhen. Bei einem ehrlichen Austausch auf Augenhöhe wird einzelnen Landwirtinnen und Landwirten auch von kritischen Bürgerinnen und Bürgern durchaus großer Respekt zugesprochen und ihre verzwickte Lage in einem sich gegen nachhaltige Veränderungen verwehrenden System anerkannt. Die Unterscheidungsfähigkeit von Bürgerinnen und Bürgern zwischen den Sorgen und Nöten einzelner Landwirte und Landwirtinnen und den Unzulänglichkeiten des aktuell vorherrschenden Systems der Landwirtschaft in Deutschland ist beachtlich und wichtig, um zukünftig zu Kompromissen zu kommen.

Etwa seit der Jahrtausendwende ist ein wachsendes politisches Bestreben wahrzunehmen, die kritisierte Entwicklung der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung zu korrigieren. Die Problematik ist jedoch außerordentlich komplex und weil die landwirtschaftliche Nutztierhaltung bzw. die Produktion tierischer Lebensmittel meist auf niedrige Kosten und Preise ausgerichtet ist, ist diese zudem sehr resistent gegen Veränderungen, die nicht darauf abzielen, die Effizienz zu steigern (von Meyer-Höfer et al. 2024).

Der Transformationskonflikt rund um die Entwicklungen in der Tierhaltung kann also als sogenanntes „wicked problem“, also als vertracktes Problem angesehen werden. Das erschwert eine einfache Problemlösung durch die gängigen politischen oder technischen Verfahren (Fernandes et al. 2019; Sonntag et al. 2021). Um mit dieser Art von komplexen Problemen umgehen zu können, ist ein gut auf die jeweiligen Betroffenen und Anspruchsgruppen angepasster Ansatz nötig (Sonntag et al. 2021). Insbesondere der Politik kommt die Aufgabe zu, den Konflikt zu deeskalieren und sich dabei wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Transformationsforschung zunutze zu machen. Das bedeutet, nicht vorschnell Lösungen vorzugeben, sondern Dialog-Plattformen anzubieten bzw. bestehende Kommissionen und Netzwerke wiederzubeleben, in denen sich unter professioneller Moderation und Mediation gesellschaftliche Kompromisse entwickeln können.

Es müssen Transformationskompetenzen entwickelt werden (von Davier et al. 2023). Dazu sind „Leitplanken, Orientierungen und Zielbilder“ wichtig, die von einem möglichst breiten Spektrum von Anspruchsgruppen, Betroffenen und Beteiligten anerkannt werden. Dabei müssen die Ziele und Maßnahmen der Tierhaltung mit denen zur Entwicklung des Lebensmittelkonsums noch stärker in Einklang gebracht werden.

Multi-Stakeholder-Dialoge sollten daher Raum für unterschiedliche Entwicklungspfade bieten und sich auf strategische Allianzen zwischen Akteuren, die unterschiedliche Werte und Ziele tolerieren, konzentrieren.

Sogenannten „Change Agents“ kommt hier eine besonders wichtige Rolle für das Entwicklungspotenzial zu. Im Sinne einer transformativen Landwirtschaftspolitik gilt es, die beharrenden, skeptischen Landwirte und Landwirtinnen abzuholen und mitzunehmen. Gleichzeitig können die „Veränderungsbereiten“ zu „Change Agents“ – also zur sozio-ökologischen Avantgarde – einer nachhaltigen Landwirtschaft werden (von Davier et al. 2023). Soziale Innovationen ermöglichen dann die Entwicklung einer überzeugenden Zukunftsvision und erster Ideen für deren Umsetzung. Die Akteure der ersten Stunde vernetzen sich im Idealfall daraufhin und gewinnen wichtige Mitstreiter. So schaffen sie es, die kritische Masse für die Veränderung zu gewinnen. Danach entwickeln sie die Ideen in Schritten gemeinsam weiter. Die Veränderung von Routinen, der Rahmenbedingungen, die Bildung neuer Institutionen, ein Paradigmenwechsel schließen den Prozess ab. So kann man den bestanzunehmenden Transformationsprozess skizzieren (von Davier et al. 2023). <

Marie von Meyer-Höfer

Dr. agr. Marie von Meyer-Höfer ist Wissenschaftlerin am Thünen-Institut für Marktanalyse. Ihr Forschungsschwerpunkt sind die gesellschaftlichen Erwartungen an die Land- und Ernährungswirtschaft. Sie analysiert die Wahrnehmung, Präferenzen und Akzeptanz verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gegenüber unterschiedlichen Produktionsverfahren und ihren Erzeugnissen. Außerdem beschäftigt sie sich mit transdisziplinären und transformativen Forschungs- und Entwicklungsmöglichkeiten sowie den sich daraus ergebenden praktischen und politischen Handlungsempfehlungen für den Sektor.

Literatur

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2023): Referat 321 – Tierschutzbericht 2023 der Bundesregierung. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/tierschutzbericht-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=9 (letzter Zugriff: 14.04.2025).

Chaudhary, A.; Gustafson, D. & Mathys, A. (2018): Multi-indicator sustainability assessment of global food systems. Nature Communications. https://doi.org/10.1038/s41467-018-03308-7

Faletar, I.; von Meyer-Höfer, M. & Christoph-Schulz, I. (2024): Sicht der Bürgerinnen und Bürger auf Tierwohl: Wahrnehmung, Bewertung, Vorstellung und Finanzierung einer verbesserten Nutztierhaltung. Journal of Consumer Protection and Food Safty 19 (Supplement 1), 13-19. https://doi.org/10.1007/s00003-024-01482-z

Fernandes, J.; Blache, D.; Maloney, S. K.; Martin, G. B; Venus, B.; Walker, F. R.; Head, B. & Tibrook, A. (2019): Addressing Animal Welfare through Collaborative Stakeholder Networks. Agriculture 2019 (9), 132.

Gier-Reinartz, N. R. & Harms, R. (2024): Social Acceptance Scale—development of an instrument for the differentiated measurement of social acceptance in agricultural livestock farming. Journal of Consumer Protection and Food Safty 19 (Supplement 1), 29 – 47. https://doi.org/10.1007/s00003-024-01490-z

Kothe, C.; von Meyer-Höfer, M. & Mergenthaler, M. (2023): Zielgruppenspezifische kommunikative Herausforderungen und Lösungsansätze bei Organisationen im Umfeld der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Berichte über Landwirtschaft 101 (3). https://doi.org/10.12767/buel.v101i3.494

Moberg, E. et al. (2021): Combined innovations in public policy, the private sector and culture can drive sustainability transitions in food systems. Nature Food. Https://doi.org/0.1038/s43016-021-00261-5

Patay, D.; Reeve, E; Thow, A.M.; Baker, P und Farrell, P. (2025):Whole-of-food system governance for transformative change. Nature Food. https://doi.org/10.1038/s43016-025-01196-x

Rieger, J.; Freund, F.; Offermann, F.; Geibel, I. & Gocht, A. (2023): From Fork to Farm: Impacts of more sustainable diets in the EU-27 on the agricultural sector. Journal of Agricultural Economics. https://doi.org/10.1111/1477-9552.12530

Schmitz, L.; Kemnade, M. & Mergenthaler, M. (2024): Ausgewählte Sichtweisen von Landwirtinnen und Landwirten auf die Nutztierhaltung in Deutschland. Journal of Consumer Protection and Food Safty 19 (Supplement 1): 69 – 74. https://doi.org/10.1007/s00003-024-01491-y

Schulze, M.; Sonntag, W. & von Meyer-Höfer, M. (2023): Is less more? Investigating citizen and consumer preferences for the future direction of livestock farming policy. Journal of Cleaner Production 390:136136. https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2023.136136

SocialLab-Konsortium (Hrsg., 2019): Ergebnisbroschüre zum SocialLab I – Nutztierhaltung im Spiegel der Gesellschaft. https://www.sociallab-nutztiere.de/fileadmin/sociallab/Dokumente/F_SocialLab_25-Februar-2019_web.pdf (letzter Zugriff: 04.07.2025).

Sonntag, W. I.; Ermann, M.; Spiller, A. & von Meyer-Höfer, M. (2021): Im Streit um die Nutztierhaltung. Gesellschaftsorientierte Kommunikationsstrategien für die Agrar- und Ernährungswirtschaft. Journal of Agricultural Economics 70. Number 1: 1–16. https://doi.org/10.30430/70.2021.1.1-16

von Davier, Z.; Padel, S.; Edebohls, I.; Devries, U. & Nieberg, H. (2023): Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland – Leben und Arbeit, Herausforderungen und Wünsche. Befragungsergebnisse von über 7.000 Frauen. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Working Paper 207. https://doi.org/10.3220/WP1675324892000

von Gall, P.; Bardusch, B. & von Meyer-Höfer, M. (2023): Ziele für die Zukunft der Tierhaltung – gelingt der staatlich initiierte Dialog? Erkenntnisse aus der SocialLab Zukunftswerkstatt Landwirtschaftliche Tierhaltung. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Working Paper 216. https://doi.org/10.3220/WP1689231389000

von Gall, P.; Luy, J.; Köder, M. & von Meyer-Höfer, M. (2024): How – and how much? An analysis of major conflict lines regarding the transformation of German animal farming. German Journal of Agricultural Economics 73 (1). https://doi.org/10.52825/gjae.v73i1.1318

von Meyer-Höfer, M.; Hartmann, M.; Kenning, P.; Luy, J.; Mergenthaler, M.; Roosen, J.; Spiller, A. & Christoph-Schulz, I. B. (2024): Editorial. SocialLab: Durch Forschung und Zusammenarbeit hin zu einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Nutztierhaltung. Journal of Consumer Protection and Food Safty 19 (Supplement 1): 1–6. https://doi.org/10.1007/s00003-024-01484-x

von Meyer-Höfer, M.; von Gall, P.; Bardusch, B.; Faletar, I.; Mergenthaler, M.; Luy, J.; Christoph-Schulz, I.B. (2024): Zukunft durch Beteiligung – landwirtschaftliche Tierhaltung im Dialog. Journal of Consumer Protection and Food Safty 19 (Supplement 1): 101–110. https://doi.org/10.1007/s00003-024-01483-y

> Die Wahrnehmung von Differenz

Wie an den Bauernprotesten Beteiligte die progressiven sozial-ökologischen Bewegungen wahrnehmen

Von Thomas Fickel

Obwohl progressive sozial-ökologische Bewegungen bei der Transformation des Agrar-Sektors die Position eines großen Teils der Bäuer:innen stärken wollen, manifestiert sich in den Bauernprotesten ein erheblicher Widerstand gegen erstere. Argumente und Sichtweisen, die dazu von Landwirt:innen vorgetragen werden, werden dokumentiert. Des Weiteren werden diese Abgrenzungen theoretisch mit zugrunde liegenden stabilen gesellschaftlichen Konfliktstrukturen erklärt.

Einleitung

Eine sozial-ökologische Transformation des Agrarsektors ist notwendig, um sowohl die Klima- wie die Biodiversitätskrise anzugehen und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland zu sichern. Gleichzeitig mobilisierten die vergangenen Landwirtschaftsproteste unter Führung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und Land schafft Verbindung (LsV) im Winter 2023/24 viele landwirtschaftliche Betriebe in einem Maße, wie es progressive[1] sozial-ökologische Protestbündnisse und Bewegungen wie „Wir haben es satt!“, die sich mit anderen Bewegungen wie der Klima- und Umweltbewegung verbünden, in der Vergangenheit nicht vermocht haben. Dabei distanzierten sich die Landwirtschaftsproteste deutlich von den progressiven Bewegungen. So grenzte man sich bei den Landwirtschaftsprotesten 2023/24 von den „Klimaklebern“, „den Grünen“ oder „den Bürokraten in Brüssel“

[1] Ich bezeichne die Klimabewegung, Umweltbewegung und die Agrarbewegung „Wir haben es satt!“ als progressiv im demokratisch-politischen Sinne, da in ihnen eine Ausweitung demokratischer Rechte oder Schutzrechte gefordert wird. Dies kann Rechte für zukünftige Generationen, andere Spezies, Ökosysteme und/oder marginalisierte Gruppen in der Landwirtschaft, wie beispielsweise Saisonarbeitende, queere Menschen oder agrarökologisch wirtschaftende Kleinbäuer:innen, betreffen. Ich beziehe mich hier daher nicht auf eine Deutung von „Progressivität“, die sich auf technische oder prozessuale Effizienzsteigerungen stützt.

scharf ab und bei den heterogenen Protesten wurden in der Mehrzahl konservative, national-protektionistische und stellenweise rechtspopulistische Positionen artikuliert.

Diese deutliche Abgrenzung ist auf der Ebene einzelner Landwirt:innen verwunderlich, denn sie könnte für einen großen Teil der in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen langfristig gesehen negative Auswirkungen haben. Um sich aus der „sozial-ökologischen Zangenkrise“ (Dörre 2022) zwischen Marktdruck und ökologischem Umbau herauszumanövrieren, könnte sich ein breites klassenübergreifendes gesellschaftliches Bündnis für die Landwirtschaft als sinnvoll erweisen. Erstens wäre die Forderung nach mehr Geld- und Investitionssicherheit für den sozial-ökologischen Umbau mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis im Rücken leichter durchzusetzen. Zweitens gibt es Forderungen der progressiven sozial-ökologischen Bewegungen, die in großen Teilen der Landwirtschaft einen starken Widerhall finden, jedoch vom DBV auf den Protesten umschifft wurden. Hier seien die ökonomische Machtlosigkeit bei der Gestaltung der Lebens- und Arbeitskosten aufgrund der ökonomischen Macht von Konzernen im vor- und nachgelagerten Gewerbe, deutliche Kritik an Freihandelsabkommen wie Mercosur, Bodengerechtigkeitsargumente und die Forderungen nach starken regionalen Märkten genannt.

Warum bildet sich trotzdem dieser starke Gegensatz „auf der Straße“ ab? Ich habe in der Vergangenheit (Fickel & Anderl 2024) argumentiert, dass eine „Affektsperre“ – verfestigte negative Affekte, die eine Offenheit gegenüber Ideen der sozial-ökologischen Bewegung verhindern – zu diesem Gegensatz beiträgt. In diesem Beitrag will ich diese etwas genauer untersuchen und in die Betrachtung größerer Konfliktstrukturen einbetten. Meine These ist, dass sich jene aufseiten der protestierenden Landwirt:innen damit erklären lässt, dass sich zwischen den Bewegungen mehrere gesamtgesellschaftliche und landwirtschaftlich spezifische Konfliktlinien überlagern und somit die erlebte Plausibilität negativer Wahrnehmung stark erhöhen.

Ich schließe damit an Literatur an, die einen ähnlichen Untersuchungsgegenstand hatte, beispielsweise Pieper (2021) oder Menauer und Schweiger (2023). Während Pieper die negativen Affekte mit einer historisch stabilen

„Deep Story“ erklären kann, haben Menauer und Schweiger sie mit Kommunikationsproblemen im Konflikt rückgebunden. Im Gegensatz zu diesen beiden Erklärungsmustern plausibilisiere ich den Grund der Affekte in einer Betrachtung stabiler Konfliktstrukturen. Um dies zu tun, verfolge ich zwei aufeinander aufbauende Forschungsfragen:

- Welche Argumente und Sichtweisen werden von Landwirt:innen vorgetragen, die aus ihrer Sicht zu einer wahrgenommenen politischen Differenz mit progressiven sozial-ökologischen Bewegungen führen?
- Wie lassen sich diese in Bezug auf stabile Konfliktstrukturen erklären?

Vorgehen

Um sich Antworten zu diesen Fragen explorativ zu nähern, wurden mit 29 Landwirt:innen, die zu großen Teilen an den Landwirtschaftsprotesten beteiligt waren, zwischen Juni und November 2024 Interviews geführt und ihre Sichtweise auf die Proteste und die progressiven sozialen Bewegungen erfragt. Die Gesprächsdauer lag dabei zwischen 20 und 180 Minuten, je nach zeitlicher Verfügbarkeit und Interesse der Gesprächspartner:innen. Drei sind Mitglied bei der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), zehn bei Land schafft Verbindung. Ein Großteil hat eine passive oder aktive Mitgliedschaft im Bauernverband. Zwei Interviewte sind bei den Freien Bauern aktiv. Einige der Interviewten betreiben große Agrargenossenschaften mit tausenden Hektar Land. Andere wiederum bewirtschaften kleine Betriebe mit unter hundert bis wenigen hundert Hektar. 20 der Betriebe liegen in den neuen Bundesländern und neun in den alten. Da einige Gesprächspartner:innen Vorbehalte gegen eine Tonaufnahme hatten, wurden die Interviews zu großen Teilen nicht aufgenommen und transkribiert, sondern es wurden während des Gesprächs Notizen festgehalten und direkt im Anschluss ein Gedankenprotokoll angefertigt. Die im nächsten Kapitel genannten Zitate basieren somit auf Gedankenprotokollen und sind nicht wortgetreu. Nichtsdestoweniger geben sie den Kerninhalt und den Ton der Aussagen wieder. Die Interviews wurden inhaltsanalytisch (Kuckartz 2018) strukturiert, zentrale Kategorien herausgearbeitet und diese im Wechselspiel mit theoretischer Lektüre und eigenen dokumentierten Protestbeobachtungen aus den Monaten Dezember 2024 und Januar 2025 ausformuliert.

In vielen der Gespräche zeigte sich eine skeptische oder distanzierte Haltung gegenüber der Umwelt-, Klima- und der progressiven Landwirtschaftsbewegung. Die einfachste Erklärung dafür war, dass entweder wenig bis gar kein Wissen über diese Bewegungen vorhanden war. So kannten manche die „Wir haben es satt!"-Demonstration, während andere entweder nichts davon wussten oder angaben, dass diese unter ihren Kolleg:innen nicht bekannt sei. Die Klimaproteste sowie Biodiversitätspetitionen oder -demonstrationen waren hingegen fast allen Gesprächspartner:innen bekannt. Auffällig war jedoch, dass ein Großteil der Gesprächspartner:innen diese Bewegungen als ein breites Spektrum von Akteuren und Personen wahrnimmt, ohne diese ausdrücklich voneinander zu unterscheiden. Dies macht dahingehend Sinn, da beispielsweise auf der „Wir haben es satt"-Demonstration zentrale Akteure aus der Klimabewegung (wie Fridays for Future) und große Umweltorganisationen (wie NABU, BUND) teilnehmen. Die Akteure bilden also ein übergreifendes Netzwerk von Gruppierungen und Programmatiken und werden auch so von außen wahrgenommen.

Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass nicht alle der folgenden genannten Aussagen von allen Landwirt:innen in gleicher Weise geteilt werden. Vielmehr bilden sie ein Spektrum von Gedanken und Argumenten, die immer wieder in unterschiedlichen Formen und Intensitäten in den Gesprächen auftauchen und häufig miteinander verknüpft sind. Oft werden auch positive Aussagen geäußert, doch ich will mich hier, um die Differenz zu erklären, nur auf die negativen, abgrenzenden Beschreibungen fokussieren. Um den Zusammenhang von Konfliktstruktur und Deutung zu umreißen, werde ich bei jedem Thema zuerst die grobe Konfliktstruktur skizzieren und dann auf die empirischen Befunde eingehen.

Konfliktstrukturen und deren Deutung

Wie beschreiben Landwirt:innen ihre Differenz zu den progressiven sozial-ökologischen Bewegungen? Welche Vorstellungen stützen ihre Einschätzung, dass die anderen Bewegungen etwas sind, mit denen sie „nichts am Hut haben" oder zu denen sie sich sogar als Widerpart sehen? Auf welche Erfahrungen beziehen sie sich dabei? Wie deuten Landwirt:innen ihre Situation und ihre

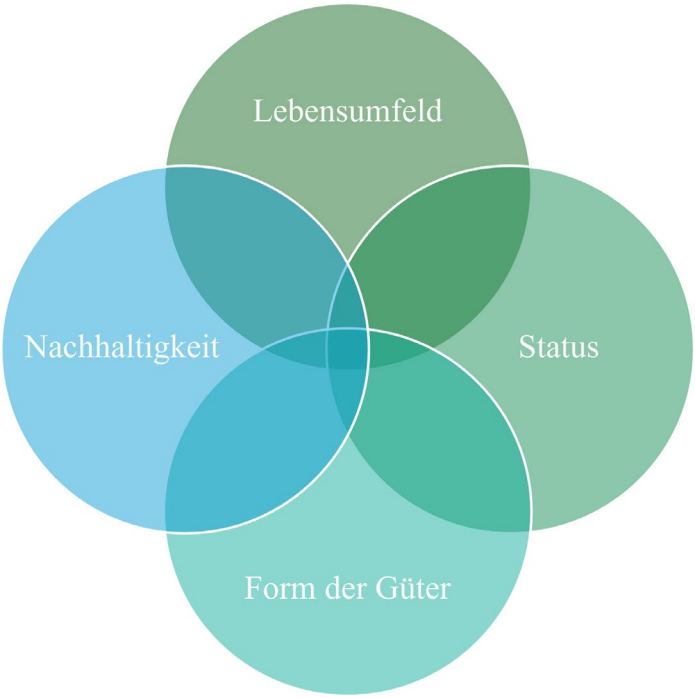
Rolle im Konfliktgeschehen und wie hängt dieses mit einer zugrunde liegenden Konfliktstruktur zusammen?

Im Laufe der Analyse schälten sich vier wiederkehrende Vorstellungen und Erfahrungen heraus, die im Folgenden näher erläutert werden (s. Abb. 1).

Lebensumfeld

Ein eindeutig wiederkehrendes Thema ist die Wahrnehmung, dass progressive sozial-ökologische Bewegungen *„von denen aus der Stadt gemacht werden"*. Diese Gegenüberstellung von Menschen auf dem Land und Menschen aus der

Abb. 1: Vier Bereiche, in denen Landwirt:innen Unterschiede zu progressiven sozial-ökologischen Bewegungen wahrnehmen



Quelle: eigene Darstellung

Stadt stellt eine der deutlichsten Ansichten über die bestehenden Unterschiede dar. Diese Unterscheidung ist Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Konfliktstruktur, die Haffert (2022) ausführlich beschrieben hat. Der Autor geht davon aus, dass sich die zentrale Konfliktstruktur westlicher liberaler Demokratien nicht mehr als der Gegensatz von Arbeit und Kapital begreifen lässt, sondern mit „den Gewinnern und Verlierern ökonomischer Modernisierungsprozesse, die mit Globalisierung, technischem Wandel und der Entstehung einer Wissensökonomie zu tun haben“ (Haffert 2022, s. Kapitel 1: „Drei Grundannahmen“) charakterisierbar ist und sich im Gegensatz von Stadt und Land abbildet.

Ein Indikator dieser Achse ist die einflussreiche Protestbewegung Land schafft Verbindung, die einen Hinweis direkt im Namen trägt und „das Land“ als aktiven, verbindenden Bestandteil der Stadt-Land-Beziehung markiert. Schauen wir nun in das Datenmaterial der Interviews, dann zeigt sich, dass diese Stadt-Land-Konfliktachse deutlich zutage tritt und sich die Landwirt:innen selbst als Repräsentant:innen des „Landes“ verstehen. Wie wird der Unterschied zwischen den Protesten von Landwirt:innen erlebt und gedeutet? Wo liegt hier der zentrale Konflikt? Ein Gesprächspartner drückt es deutlich aus:

„Ja, wir haben manchmal das Gefühl, dass die sogenannte sozial-ökologische Wende bei Euch in der Stadt entschieden wird und wir auf dem Land sie aber umsetzen müssen. Wir machen hier den Biodiversitätsschutz in der Fläche oder Klimaschutz mit Windrädern. Wir haben hier einen Großteil der Flächen, können aber selbst immer weniger darüber bestimmen.“

Die Vorstellung, dass Landwirt:innen immer mehr dazu da sind, *„städtische Träume“* umzusetzen, die auch mit den Forderungen der progressiven sozial-ökologischen Bewegungen deckungsgleich erscheinen, verdeutlicht auch ein Plakat, das auf einer Landwirtschaftsdemo in Berlin zu sehen war. Dort stand:

„Wir auf dem platten Land sollen Eure grünen Träume erfüllen? #Photovoltaik auf Acker? #Windräder? #Niedermoorrenaturierung? #Flächenstilllegung? #Wölfe? Und ihr streicht uns den Agrardiesel? Wollt das grüne Kennzeichen abschaffen?“

Das Plakat verdeutlicht, dass viele Landwirt:innen Umweltschutz- und Klimaschutzforderungen als städtische Forderungen wahrnehmen. Als beson-

ders widersprüchlich erscheinen diese Forderungen, da sich Landwirt:innen selbst als besonders nah an der Natur verstehen, während Menschen aus der Stadt als naturfern eingeschätzt werden. Ein Gesprächspartner bringt es so auf den Punkt:

„Wir schützen die Natur, nicht die! Die sitzen in den Städten mit ihrem Kaffee Latte und denken, sie wüssten, was man auf dem Land tun müsste.“

Ein anderer sagt im gleichen Grundton:

„Das städtische Milieu hat keine Ahnung von der Landwirtschaft.“

Die Expertise zur Gestaltung der Landschaft wird daher bei den Menschen gesehen, die auf dem Land arbeiten. Das führt auch zu dem starken Verweis auf die *„eigene Fachlichkeit“* und Pragmatismus als Landwirt:in, der den *„Fantasten in der Stadt“* entgegengesetzt wird. Gerade der Wolf ist dabei einer der zentralen Konflikte und Triggerpunkte, den viele Landwirt:innen ansprechen. So ein Landwirt:

„Und das beste Beispiel für mich ist immer der Wolf. […] Die meisten Städter […], die dafür sind, dass der Wolf hier in Deutschland wieder eingeführt wird und dass er hier leben kann und sich ungehemmt vermehren kann, haben in ihrem Leben noch nie ein totes Kalb gesehen, […]. Aber sie setzen sich dafür ein und finden das richtig toll. Aber mit den Problemen, die sich daraus ergeben, lassen sie uns hier auf dem Land alleine.“

Trotz der städtischen Zumutungen und der Härten der Landarbeit ist das naturnahe und ländliche Leben eine positive Kontrastfolie zum städtischen Leben. Die sich daraus ergebende Verbindung zu nicht-menschlichem Leben wird als Gut beschrieben, das Menschen aus der Stadt fehlt:

„Die Städter leben nicht im Einklang mit der Natur, wie wir das tun. Ich bin jeden Tag bei meinen Tieren, bei meinen Pflanzen draußen und sorge mich um sie. Letztens sagte mein Cousin, er beneide mich um die Tiere, das habe ihn berührt. Die beneiden uns um unser Leben.“

So dreht sich eine von der Umweltbewegung oft getroffene Einschätzung der Entfremdung von der Natur durch die moderne Landwirtschaft in der Selbstbeschreibung um. Hier dient die Kontrastfolie „der Städter“ für eine naturnahe Selbstbeschreibung.

Die Ansicht, dass die Proteste in der Kommunikation des Stadt-Land-Konfliktes ihr Ziel erreicht haben, teilen viele Gesprächspartner:innen. Das Generieren von Anerkennung für ländliche Lebensweisen war vor diesem Hintergrund ein zentrales Anliegen. Eine:r der Gesprächspartner:innen drückt es so aus:

„Die ganze Problematik der Landwirtschaft haben wir, denke ich, dem ein oder anderen auch nähergebracht, auch dem ein oder anderen Berliner. Und wir haben uns hier gefreut und waren auch überrascht über die Zustimmung, die wir auf den Straßen bekommen haben."

Die Daten zeigen also, dass Landwirt:innen die Konfliktstruktur „Stadt-Land" als einen zentralen Bestandteil der eigenen Konfliktwahrnehmung hervorheben und die Tendenz besitzen, sich und die sozial-ökologischen progressiven Bewegungen an unterschiedlichen Enden einzuordnen.

Statusorientierung

Auch Unterschiede im Status spielen eine zentrale Rolle. Eversberg et al. (2024) zeigen in ihrer Studie zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt, dass sich Konflikte zwischen Gruppen entfalten, die ihren Status primär entweder aus materiellem Eigentumsbesitz oder aus Bildung herleiten (ebd., S. 113f.). Während die einen ihren Status eher halten können, wenn die Wirtschaft „gut läuft", können dies die anderen, wenn es eine ausgebaute öffentliche Verwaltungs- oder Bildungsstruktur gibt. Zwar können beide Gruppen ähnliche finanzielle Mittel aufbringen, doch ihre Anerkennung und ihr Erfolg ist von unterschiedlichen Strukturen abhängig. Gleichzeitig sind beide Gruppen unterschiedlich betroffen von gesellschaftlichem Wandel. Erstere haben vor allem ein Interesse daran, dass der sozial-ökologische Wandel sich nicht negativ auf ihren Besitz auswirkt; ihnen fällt es nicht immer leicht, ihre Produktionsformen anzupassen, um die Wirtschaftlichkeit zu erhalten. Letztere können sich prinzipiell leichter an den Wandel anpassen, da sie materiell nicht direkt an einen Produktionsort fixiert sind. Gleichzeitig identifizieren die Autor:innen einen Lebensweisenkonflikt zwischen beiden gesellschaftlichen Sphären. Vordergründig geht es bei diesem Konflikt um Formen der Lebensführung (beispielsweise Lastenräder vs. Geländewagen). Dahinter verbirgt sich jedoch auch ein ökonomischer Konflikt zwischen Präferenzen für Vergemeinschaftung von Ressourcen und deren Privatisierung (ebd.).

Auch diese Konfliktstruktur tritt in den Interviews deutlich zutage. Viele der befragten Landwirt:innen fühlen sich von progressiven sozialen Bewegungen aufgrund der zentralen Aspekte des eigenen Status distanziert. So antwortet ein Landwirt auf die Frage, warum er und seine Kollegen nicht bei „Wir haben es satt!“ mitdemonstrieren: *„‚Wir haben es satt‘ ist zu akademisch“*. Dabei werden „Akademiker“ und „Bürokraten“ von den Gesprächspartner:innen oft zusammengedacht. Bei Landwirt:innen ergibt sich der wahrgenommene Status oft aus dem Besitz, was zu den genannten Erfahrungen von Unterschiedlichkeit führt.

In welcher Weise Akademiker:innen und Bürokrat:innen negativ wahrgenommen werden, fächert sich in unterschiedliche Punkte auf. Erst einmal wird die Arbeit in der Verwaltung als etwas grundlegend anderes als Landwirtschaft beschrieben. Viele der Gesprächspartner:innen beschreiben Behördenmitarbeiter:innen und Akademiker:innen ohne Erfahrungen mit körperlicher Arbeit und Entbehrungen in der Landwirtschaft. Sie haben tendenziell sicherere Jobs, geregelte Arbeitszeiten, mehr Freizeit, soziale Absicherung und weniger leistungsintensive Arbeit. Landwirt:innen jedoch sind *„alle Unternehmer und wir müssen gucken, wo wir bleiben.“* Auf Bürokrat:innen dagegen trifft dies nicht zu: *„Die sichern auch nur ihre Posten.“* Landwirt:innen wiederum müssten im Alltag mit enormen körperlichen Widrigkeiten umgehen. So spitzt ein Landwirt zu:

„Wir arbeiten hart und sind weniger krank. In der Stadt zelebrieren die ihre Krankheiten. Wir gehen trotzdem aufs Feld und die Krankheiten sind dann irgendwann weg.“

Darüber hinaus zeichnen sich ihrer Meinung nach Akademiker:innen und Bürokrat:innen durch Praxisferne aus. So formuliert eine Landwirtin:

„Es gibt eine Politiker- und Bürokratenkaste, die in anderen Welten leben. Die haben keine Ahnung, was in der landwirtschaftlichen Realität passiert.“

Ein anderer junger und ökologisch arbeitender Landwirt, der nebenbei studiert, beschreibt das Problem so:

„Ich studiere ja Naturschutz, weil es mich interessiert. Aber ich weiß auch, wie es in der Praxis ist in der Landwirtschaft. Im Naturschutzstudium sind viele aus der Stadt, die lernen die ökologische Theorie und sitzen dann in Ministerien, aber die wissen nicht, wie man das in der Landwirtschaft umsetzt.“

Dabei werden jene Studierenden, die sich auf progressiven Demonstrationen finden, als genauso praxisfern wahrgenommen. Plakativ formuliert es ein weiterer Gesprächspartner:

„Frisch Studierte aus Berlin versuchen Landwirt:innen ihre Meinungen aufzudrücken: ‚Du musst das so machen, sonst gehen wir unter.‘“

In ähnlicher Weise äußert sich eine andere Landwirtin, die ebenfalls auf das Fehlen von Erfahrung bei jungen Menschen in anderen Bewegungen hinweist. Sie betont, dass sie vor allem Menschen respektiere, die sich selbst etwas aufgebaut und sich selbst finanziert haben. Für sie ist dies ein Indikator für eine gewisse Lebenserfahrung und Verantwortung, die junge Aktivist:innen nicht besitzen:

„Das sind junge Menschen, die keine Ahnung haben. Die haben noch nichts aufgebaut, die finanzieren sich nicht selbst, vielleicht macht das die Oma.“

Ein anderer Landwirt äußert sich in Bezug auf die Klimabewegung und beschreibt die Beteiligten als *„Kinder reicher Eltern!“* Diese Privilegierung geht in den Augen vieler mit einer gewissen Entfremdung von der tatsächlichen Lebensrealität *„der arbeitenden Bevölkerung“* einher.

Hinzu kommt zugespitzte, plakative Kommunikation der progressiven Bewegungen, die einige Landwirt:innen stört. So antwortet beispielsweise ein Landwirtin auf die Frage, wie sie die „Wir haben es satt!“-Demonstration wahrnimmt:

„Es gibt zu viele Schreibtischtäter, die noch nicht in der Praxis gearbeitet haben und nichts aufgebaut haben. […] Da wird auch sonst viel übertrieben. Wenn ich dann so Tierschützer auf der Demo mit Säcken von Antibiotika sehe, dann haben die doch von der Praxis keine Ahnung. Ich darf als Landwirt den Schweinen doch selbst gar keine Antibiotika geben, dass muss ein Arzt machen.“

Die Interviews zeigen damit deutlich ein gängiges Narrativ, durch das sich viele befragte Landwirt:innen von Gruppen abgrenzen, die ihren Status über Bildung sichern und welches auf die progressiven sozial-ökologischen Bewegungen projiziert wird.

Form der Güter

Eine mit dem Wandel von Anerkennung verbundene Konfliktstruktur beschreibt Reckwitz in seinen Studien (2021a; 2021b), indem er nachzeichnet, wie sich die westlichen demokratischen Gesellschaften von einer kapitalistischen Industriegesellschaft zu einem kognitiv-kulturellen Kapitalismus entwickeln. Ein zentraler Gedanke dieser Theorie ist, dass sich die Struktur der Güter, die in der kapitalistischen Wirtschaft die meiste Anerkennung erfahren, verändert. Die Anerkennung für materielle, standardisierte Güter, die einen direkten Gebrauchsnutzen haben (wie beispielsweise konventionell produzierte Grundnahrungsmittel oder Energiepflanzen), ist demnach im Sinken begriffen. Dementgegen machen immaterielle Güter – mit steigender Tendenz – einen Großteil der Wertschöpfung aus und finden parallel steigende gesellschaftliche Anerkennung. Kognitiv sind diese letztgenannten Güter, denn ein Großteil der Investitionen betreffen beispielsweise Humankapital, Urheberrechte, Netzwerke, Patente und Datensätze. Kulturell sind sie im Hinblick darauf, dass Konsument:innen als Teil der Produktstruktur verstärkt einen kulturellen Wert oder kulturelle Einzigartigkeit – beispielsweise individuelle Sinnsuche, Erfahrung, künstlerischen Ausdruck oder Ästhetik – erwarten. Dieser von Reckwitz diagnostizierte Strukturwandel überlagert sich mit einem Strukturwandel in der Landwirtschaft, die weiterhin größtenteils materielle Güter produziert, als Primärsektor mit Blick auf die Gesamtökonomie dramatisch an Bedeutung verliert und deren Unternehmenseinheiten sich weiter konzentrieren. Das produktivistische Selbstbild vieler Landwirt:innen (Burton 2004) ist daher einem Anpassungsdruck ausgesetzt.

Dieser Wandel spiegelt sich deutlich in den Interviews wider. So wird die Entfremdung mit der Gesellschaft im landwirtschaftlichen Alltag besonders an der Frage der Attraktivität landwirtschaftlicher Arbeit deutlich. Ein Landwirt bringt es so auf den Punkt, dass viele junge Menschen *„lieber Influencer werden wollen“* und nicht mehr im Handwerk oder in der Landwirtschaft arbeiten wollen. Diese Einschätzung hängt mit dem starken Erleben von Arbeitskräftemangel und Nachfolgeproblemen auf den Betrieben zusammen. Die Gesprächspartner:innen bemerken, dass junge Menschen weniger in der Landwirtschaft arbeiten wollen und schließen daraus, dass deren Wertschätzung in der Gesell-

schaft weiter abnimmt. So beschreibt ein Landwirt die Situation in seiner Region folgendermaßen:

„Und mehr Landwirte zu haben geht auch nicht, weil niemand die Arbeit machen will. Ich könnte allein jetzt fünfzehn Stellen bei Bekannten im Umkreis vermitteln."

Es gebe viel Arbeit, *„aber keiner bewirbt sich drauf"*, da der Beruf unattraktiv sei. Ein anderer Landwirt erzählt, dass er einen jungen Geflüchteten als Mini-Jobber auf seinem Hof angestellt habe und ihm auch gerne eine Ausbildungsstelle angeboten hätte. Doch dieser habe – so erzählt er kopfschüttelnd – nach einem Tag abgelehnt, *„weil die Arbeit nichts für ihn sei."* Dass die anderen Bewegungen von vielen jungen, städtischen Akademiker:innen und weniger von Auszubildenden getragen zu sein scheinen, macht sie daher zu einer guten Projektionsfläche für diese im Alltag erlebten Enttäuschungen.

Hinzu kommen Erfahrungen gesellschaftlicher Anfeindung: *„Man hat das Gefühl, als Landwirt sei man Bürger zweiter Klasse."* So berichten viele Gesprächspartner:innen von Beleidigungen und Unterstellungen, die sie bei ihrer Arbeit oder auf den Demonstrationen aushalten müssen. Dabei sei vor allem viel Unwissen über die eigene praktische Arbeit in der Natur die Ursache:

„Weil für die Bevölkerung waren wir damals immer schon die Bösen, wir waren diejenigen, die das Wasser vergiftet haben, die das Grundwasser schädigen, die die Böden schädigen und so weiter."

Zwei Landwirt:innen sagen im Gespräch direkt:

„Die von Fridays for Future und die Klimakleber in Berlin, die verteufeln uns."

Aufgrund dieser Grundwahrnehmung ist es nicht verwunderlich, warum Aussagen von Schauspielern wie Sky DuMont und Hannes Jaenicke zur Milchviehhaltung oder Maria Furthwängler zum Insektenschwund in Talkshows bei Landwirt:innen so sehr polarisieren, wie es in den Gesprächen immer wieder hervorscheint: Sie werden als Produzent:innen immaterieller Güter wahrgenommen, die sich erlauben, fachfremd (über materielle Produktion) zu urteilen und Konkurrenten um Anerkennung sind. Ihnen werden ähnliche Eigenschaften wie den oben erwähnten akademischen Teilnehmer:innen bei den anderen sozialen Bewegungen zugeschrieben.

Die Erfahrung der Entfremdung von jungen, städtischen und akademischen Milieus führt dazu, dass ein Bündnis mit dem Speditionsgewerbe und Handwerker:innen für viele Landwirt:innen naheliegender erscheint. Das hat sich auf den Demonstrationen 2023/24 eindrücklich gezeigt. Hinzu kommt, dass viele der Gesprächspartner:innen der Ansicht sind, dass die Produktion von Lebensmitteln auch ökonomisch wenig wertgeschätzt wird. Eine Gesprächsteilnehmerin fasst dies mit Blick auf die gesamte wirtschaftliche Lage knapp zusammen, wenn sie sagt: *„Es geht nicht mehr um das Erschaffen, sondern um das Abschaffen!“* Der wahrgenommene Anerkennungsverlust ist mit handfesten wirtschaftlichen Nöten verbunden und die Proteste bringen beide Punkte zum Ausdruck, wie ein anderer Gesprächspartner betont:

„Und diese Proteste entwickelten sich ja letzten Endes nicht aus Spaß heraus, sondern wirklich eben aus handfesten, wirtschaftlichen Zahlen letzten Endes, aus Existenzängsten.“

Dabei klingt in vielen Gesprächen ein nationalistisches Framing durch. So wird betont, dass *„sich niemand um die arbeitende Bevölkerung im Inland“* kümmert, und sich damit vor allem auf Handwerker:innen und Landwirt:innen bezogen. Ein anderer Gesprächspartner betont: *„Dem eigenen Volk wird nicht geholfen.“* Weltweite Probleme wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust oder globale Ungleichheit werden zwar oft als wichtige Themen verstanden, die sich in der Relevanz jedoch hinter der Ernährungssicherheit, also der Produktion serieller materieller Güter, einzuordnen hätten. Ein junger Landwirt bringt diesen Gedanken mit Bezug auf gleichaltrige Klima-Aktivist:innen bewusst überspitzt zum Ausdruck:

„In der Schule ist alles noch einfach. Mama kocht das Essen und man hat sehr viel Zeit, sich um Themen zu kümmern, die wenige betreffen. Als ich angefangen habe zu arbeiten, habe ich gemerkt, dass die Themen des arbeitenden Mannes ganz andere sind.“

Auch hier schwingt die Unterscheidung zwischen „Arbeitenden“, die für die Produktion der Lebensgrundlagen zuständig sind und ökonomischem Druck ausgesetzt sind, und sozial-ökologischen progressiven Aktivist:innen, die sich mit Themen beschäftigen, die für die Produktion materieller Güter nicht zentral sind, mit.

Nachhaltigkeit

Eine vierte Konfliktstruktur, die hier benannt werden soll und die sich spezifisch im landwirtschaftlichen Sektor herausbildet, ist – wie Velten et al. (2015) zeigen – der Gegensatz zweier Argumentationskomplexe in Bezug auf die Definition von „Nachhaltigkeit“ in der Landwirtschaft. Die Autor:innen benennen die beiden Komplexe als eine techno-ökonomische und eine agroökologisch-rurale Position. Während erstere Nachhaltigkeit durch Produktivitätssteigerung, technischen Fortschritt und Marktmechanismen erreichen will, favorisiert letztere eine Begrenzung der materiellen Produktivität, die Extensivierung von Praktiken und ökologische und gemeinschaftliche Mechanismen. Den beiden Perspektiven liegen unterschiedliche Werte, Weltbilder und analytische Modelle zugrunde. Dies wird durch Ergebnisse von Debuschewitz und Sanders (2022) bestätigt, die aufzeigen, dass auch in aktuellen wissenschaftlichen Debatten beispielsweise noch nicht geklärt ist, inwieweit ökologische Landwirtschaft das zentrale Mittel zur Erreichung von Nachhaltigkeit sein kann, da in den Debatten unterschiedliche Prämissen gelten, beispielsweise ob Verlagerungseffekte in andere Weltregionen einbezogen werden oder nicht.

Die Abgrenzung zu einem ökologisch-ruralen Modell findet sich in den Interviews deutlich. Es zeigt sich, dass vor allem konventionelle Betriebsleiter:innen, die selbst oft technisch-ökonomisch in Bezug auf Nachhaltigkeit argumentieren, sich nicht von den progressiven Bewegungen vertreten fühlen. So wird in den Gesprächen oft die Einschätzung vertreten, dass „Wir haben es satt!“ und einer der Hauptorganisatoren, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, vorrangig ökologische Betriebsinteressen vertreten. Hinzu kommt die Wahrnehmung, dass die progressiven sozial-ökologischen Bewegungen konventionelle Landwirt:innen generell ablehnen. Doch auch andersherum wird generelle Ablehnung konstatiert: So sagt ein Interviewpartner: „*‚Grün‘ ist ein Schimpfwort bei den Kollegen*“. Gleichzeitig wird in einigen Gesprächen betont, dass die Ernährungssicherung durch rein ökologischen Landbau nicht funktioniert. Oft werden die Forderungen der anderen Bewegungen und anderer transformatorisch wirkender Akteure als „*Grüne Ideologie*“ bezeichnet, die dem realistisch-pragmatischen und fachlichen Wirtschaften der Landwirt:innen entgegengesetzt wird. So äußert ein Landwirt:

„Wir haben doch schon die besten Standards hier weltweit! Wenn das so weitergeht, wandert nur noch mehr Wirtschaft ins Ausland ab und dort wird dann mit weniger Umweltschutz produziert.“

Dieser Verweis auf diese sogenannten Leakage-Effekte taucht als Argument immer wieder auf. Hinzu kommen deutliche Konflikte in Bezug auf die Interpretation von Forschungsdaten. Dass die Landwirtschaft beispielsweise einen grundlegenden Anteil am Insektenrückgang hat oder entscheidend zur hohen Nitratbelastung im Grundwasser beiträgt, wird in manchen Gesprächen angezweifelt oder relativiert. Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen der negativen Effekte konventioneller Landwirtschaft führen zu grundlegenden Differenzen mit den progressiven sozialen Bewegungen.

Eine Variation dieser Konfliktstruktur ist es, dass die progressiven Bewegungen nicht als kohärent in Bezug auf ihr eigenes ökologisches Weltbild wahrgenommen werden. So sagt ein Landwirt: *„Das passt nicht. Wissen Sie, wir fliegen nicht ins Ausland, aber die fliegen dreimal im Jahr.“* Eine andere Landwirtin erzählt:

„Und ich brauche die nicht, um mir sagen zu lassen, dass ich klimabewusster sein soll. Solange Kurzflüge weiter existieren und Kerosin nicht besteuert ist, ist das doch alles sinnlos. Aber da sagt niemand was.“

Des Weiteren wird oft unterstellt, dass die junge, städtische Generation immer mobiler wird und die Welt bereist und viel Kohlenstoffdioxid ausstößt, Landwirt:innen dagegen aufgrund ihrer Arbeit nicht mobil sind. So erzählt eine weitere Person:

„Ich habe letztens mit einem Freund geredet, der wohnt jetzt in Berlin, das ist ja auch eher so grün angehaucht. Der hat jetzt eine Freundin, die in Prag ein Start-up gegründet hat und dann hatten die ein Projekt außerhalb Europas, wo sie dann hingeflogen ist. Und ich hab’ ihm gesagt, dass seine Vielfliegerei überhaupt nicht zu seinen Ansichten passt.“

In dieser Argumentation werden die Vorzüge einer ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalkulation in Bezug auf den individuellen CO_2-Fußabdruck dargelegt, die moralischen Einstellungen und ökologischen Lebensstilen überlegen sei, und gleichzeitig die Widersprüche der „anderen“ Lebensweisen aufdeckt.

Eine ähnliche Wahrnehmung ist, dass trotz aller Forderungen nach mehr biologischer Landwirtschaft und lokalen Produkten die Nachfrage ausbleibe. Ein vielzitierter Spruch ist daher *„Die Moral endet am Regal“*. Er verweist darauf, dass die Gesellschaft zwar eine ökologischere Bewirtschaftung will, die Produkte aber nicht kauft, wenn es darauf ankommt. Interessant ist hierbei, dass das agrarökologisch-rurale Modell nicht generell abgelehnt wird. Es wird vielmehr unterstellt, dass seine Vertreter:innen im Privaten selbst dem Grundsatz einer ökonomischen Kostenminimierung folgen. Dies zeigt sich auch in der Erfahrung eines Landwirts, der an der Ernsthaftigkeit der jungen Aktivist:innen zweifelt. Er erzählt von einer Erfahrung auf der „Wir haben es satt!“-Demonstration:

„Wir sind ja mal auf die ‚Wir haben es satt!‘-Demo gefahren, weil uns das interessiert hat. Aber dann haben wir gesehen, dass die jungen Menschen danach zu McDonald’s gefahren sind. Da haben wir gedacht: ‚Die meinen das nicht richtig ernst.‘“

Ein weiterer Landwirt sieht fehlende Konsequenz auf der Ebene der Forderungen. Progressive sozial-ökologische Bewegungen müssten doch im ökonomischen Denken ein Mehr an landwirtschaftlichen Flächen fordern, da biologische Landwirtschaft weniger ertragreich sei:

„Wo sind die Naturschützer und Klimaschützer, wenn Ackerland versiegelt wird? Das ist hier in der Gegend letztens passiert und da war niemand von denen. Dabei brauchen wir, wenn wir mehr Öko machen wollen, doch noch mehr Flächen, um die Bevölkerung zu ernähren.“

Zusammengefasst zeichnet sich die Konfliktstruktur unterschiedlicher Argumentationsmuster in Bezug auf Nachhaltigkeit sowohl in inhaltlichen Differenzen sowie der Zuschreibung einer fehlenden inneren Konsequenz der anderen Seite aus.

Fazit

Ich habe in diesem Artikel argumentiert, dass sich die tendenziell negative Wahrnehmung der sozial-ökologischen progressiven Bewegungen durch Landwirt:innen als Ausdruck und Interpretation von tieferliegenden Konfliktstrukturen deuten lässt, die negative Affekte stabilisieren. Das stellt beide

Bewegungen vor Herausforderungen, da beide auf die jeweils andere für ihre Zielerreichung angewiesen sein könnten.

Doch was kann man weiterhin aus den hier vorgestellten Ergebnissen für eine konstruktive Transformation des Agrarsektors lernen? Die Ausführungen weisen durchaus Gemeinsamkeiten mit den eingangs genannten Thesen von Menauer und Schweiger (2023) auf. So spiegelt sich in den Gesprächen Frustration über nicht gelingende konstruktive Kommunikation und gleichzeitig verdeutlichen einige Vorurteile der Gesprächspartner:innen, dass jene auch weiterhin (und das sicherlich auch auf Seiten der progressiven Bewegungen) abgebaut werden müssen. Gleichzeitig finden sich in der Analyse Parallelen zu Piepers (2021) „Narrativen der Abwehr“, sodass der Vorschlag der Autorin, „Politiken der Anerkennung“ sowie deliberative, niedrigschwellige Partizipationsangebote für Landwirt:innen zu erhöhen, auch in Bezug auf die Verringerung der negativen Affekte sinnvoll ist.

Doch die hier hergestellte Rückführung auf tieferliegende Konfliktstrukturen will auch etwas Weiteres verdeutlichen: Die Abgrenzung der Landwirt:innen zu den sozial-ökologischen progressiven Bewegungen basiert (zumindest teilweise) auf tieferliegenden gesellschaftlichen Strukturen, die sich nur langsam verändern. Das bedeutet einerseits, dass die vorgestellten, bereits eingespielten Wahrnehmungen mit Verweis auf diese zugrunde liegenden Konflikte leicht von politischen Akteuren wieder hervorgerufen werden können. Will man also vermitteln, kommt man um kreative Aushandlungen zu den genannten Strukturen nicht herum und muss im Konkreten analysieren, welche wahrgenommenen Unterschiede wirkliche Interessen- oder Repräsentationskonflikte darstellen, die überbrückt oder ausgehandelt werden müssen. Gleichzeitig sollten Kommunikationsangebote diese Konflikte berücksichtigen und daraufhin geprüft werden, inwieweit sie überhaupt anschlussfähig an bereits gesetzte landwirtschaftliche Positionen sind. <

Thomas Fickel

Dr. phil. Thomas Fickel ist freiberuflicher Konfliktforscher mit Forschungsschwerpunkten auf Landwirtschaftsprotesten und Biodiversitätskonflikten und Gastwissenschaftler am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

Literatur

Burton, R. J. F. (2004): Seeing Through the ‚Good Farmer's' Eyes: Towards Developing an Understanding of the Social Symbolic Value of ‚Productivist' Behaviour. In: Sociologia Ruralis 44 (2), 195 – 215. https://doi.org/10.1111/j.1467-9523.2004.00270.x

Debuschewitz, E. & Sanders, J. (2022): Environmental impacts of organic agriculture and the controversial scientific debates. In: Org. Agr. 12 (1), 1–15. https://doi.org/10.1007/s13165-021-00381-z

Dörre, K. (2022): Gesellschaft in der Zangenkrise. Vom Klassen- zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt. In: Dörre, K.; Holzschuh, M.; Köster, J. & Sittel, J. (Hrsg.): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. 2., aktualisierte Aufl. Frankfurt, New York: Campus Verlag (International Labour Studies – Internationale Arbeitsstudien, 26), 23 – 69.

Eversberg, D.; Fritz, M.; Faber, L. & Schmelzer, M. (2024): Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts- und Interessensgegensätze im Streit um Transformation. Frankfurt am Main.

Fickel, T. & Anderl, F. (2024): Markt, Macht und Affekt. Ein Erklärungsversuch der widersprüchlichen Landwirtschaftsproteste in Deutschland. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 37 (2), 174 –195. https://doi.org/10.1515/fjsb-2024-0018

Haffert, L. (2022): Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung. Originalausgabe. München.

Kuckartz, U. (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Grundlagentexte Methoden).

Menauer, V & Schweiger, W. (2023): Kommunikationsprobleme zwischen Landwirtschaft und Naturschutz in Deutschland. Eine Diskursanalyse. In: Berichte über Landwirtschaft (1).

Pieper, J. L. (2021): Frauen in der Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Klimakrise und Existenzangst. Narrative der Abwehr. In: Blättel-Mink, B. (Hrsg.): Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020.

Reckwitz, A. (2021a): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin.

Reckwitz, A. (2021b): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin.

Velten, S.; Leventon, J.; Jager, N. & Newig, J. (2015): What Is Sustainable Agriculture? A Systematic Review. In: Sustainability 7 (6), 7833-7865. https://doi.org/10.3390/su7067833

> Einordnung der Bauernproteste 2023/2024

Dr. Holger Hennies im Gespräch über politische Wirkungen und öffentliche Wahrnehmung

Nach den bundesweiten Protestaktionen im Winter 2023/2024 auf den Straßen schlossen sich Gespräche auf politischer und gesellschaftlicher Ebene, vor allem mit der berufsständischen Vertretung, an. Der Präsident des Landvolks Niedersachsen, Dr. Holger Hennies, ordnete im Mai 2024 in einem Interview mit Dr. Oliver Klein, Geschäftsführer der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., die Bauernproteste ein und beleuchtete deren Wirkung auf politische Entscheidungen.

Die Statistiken für die letzten Wirtschaftsjahre 2021 bis 2023 zeigen für die Landwirtschaft sehr gute Zahlen. Wie schätzen Sie die Lage auf den Betrieben ein – ist sie entsprechend positiv?

Die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaftsbetriebe war im Durchschnitt der letzten Jahre gut. Aktuell ist die wirtschaftliche Stimmung eher mittelmäßig und nicht mehr so euphorisch wie noch vor einem Jahr. Besorgniserregend ist, dass wir einen Rückgang der Investitionen von ungefähr 60 Prozent haben: Vor allem Investitionen im Bereich Tierhaltung, zur Ausweitung der Produktion oder auch größere Ersatzinvestitionen finden aktuell kaum statt. Das zeigt die große Unsicherheit auf den Betrieben.

Ein Punkt dabei ist noch, dass wir weiterhin einen Zuwachs von 20 Prozent bei den Ausbildungsverträgen hatten. Auf den Betrieben sehen wir die jungen Leute dann aber nicht wieder. Das hängt wiederum mit den Investitionen zusammen. Wenn die jungen Menschen nicht auf die Betriebe gehen, um Verantwortung zu übernehmen, wird auch nicht investiert. Es fehlt zurzeit das Signal für Investitionen. Und das macht uns natürlich mittelfristig Sorgen, denn dann fehlt irgendwann auch die Basis für die Produktion in Deutschland.

Mit der Entscheidung der Bundesregierung, die Agrardiesel-Subvention zu kippen, ist auch die Stimmung gekippt. Welche tieferliegenden Ursachen stecken dahinter?

Tatsächlich ist die Stimmung nicht gekippt, sie ist nur sichtbar geworden. Zurzeit haben wir bei eher mittelmäßigen Ergebnissen eine desaströse Stimmung und die Tendenz, dass sich die Zukunftsperspektiven für Tierhaltung wie auch intensiven Ackerbau verschlechtern. Seit Anfang 2019 geht die Stimmung auf den landwirtschaftlichen Betrieben kontinuierlich bergab, unabhängig von der aktuellen wirtschaftlichen Situation, weil die Landwirtinnen und Landwirte sagen, die Rahmenbedingungen sind so schlecht für uns, aber auch das Ordnungsrecht erschwert die Planbarkeit. Wer sich erinnert, 2019 wurden die Düngeverordnung mit den roten Gebieten und ihre nochmalige Verschärfung sowie das Insektenschutzpaket vorgelegt. Das hat in 2019 auch zu den ersten großen Bauernprotesten geführt. Der Agrardiesel hat jetzt so eine Art Rückzündung erzeugt. Bei vielen Landwirtinnen und Landwirte war der Auslöser, dass die Regierung ihnen auf den Kopf zugesagt hat, also Habeck hat das wörtlich gesagt, „um die Allgemeinheit nicht zu belasten, haben wir uns einzelne Bereiche richtig intensiv vorgenommen“, und das war in diesem Fall die Landwirtschaft. Das war wirklich nur noch der Auslöser, das Fass war vorher schon übervoll.

Das Landvolk Niedersachsen hat die Bauernproteste in Niedersachsen organisiert und getragen. Die Resonanz war enorm, unzählige niedersächsische Landwirtinnen und Landwirte haben sich an den Protesten beteiligt. Wie ist es gelungen, sie in diesem Ausmaß zu mobilisieren?

Die Motivation der Landwirtinnen und Landwirte kam durch die sehr schnelle Reaktion mit der sofortigen Demonstration in Berlin direkt drei Tage oder vier Tage nach Verkündung des Kürzungsbeschlusses. Bei dieser Kürze des Vorlaufs hat alle überrascht, wie schnell die Bäuerinnen und Bauern mobilisiert werden konnten. Die Wut hatte sich so lange aufgestaut. Das war dann auch der selbstverstärkende Effekt, der sich bis in die sogenannte Aktionswoche vom 8. bis zum 15. Januar gehalten hat. Am 8. Januar 2025 war der Großteil der Landwirtschaft unterwegs, nach Angaben der Polizei 200 000 Menschen. Das konnte man auch an der Verkehrslage in ganz Deutschland sehen. Von den meisten Betrieben war irgendjemand unterwegs. Das war dann meist so: einer

blieb zuhause und passte auf die Tiere auf und der andere aus der Familie, der ist dann demonstrieren gefahren. Das war schon eine enorme Mobilisierung. In Niedersachsen war fast die ganze Landwirtschaft unterwegs. Unsere dezentrale Struktur ist dabei eine echte Stärke gewesen. Wir haben Kreisverbände, die aktionsfähig sind, die die Leute vor Ort mobilisieren, die Demonstrationen anmelden, sodass wir auch demokratisch legitimiert und geordnet zu Protesten kommen. Wir haben versucht, alle möglichen Trittbrettfahrer auszuschließen, die sich anhängen wollten. Auch sind wir als Bauernverband enorm breit aufgestellt und wir haben uns Verbündete gesucht, u. a. die Landjugend sowie den Verein Landwirtschaft verbindet Deutschland e.V., die zwar wenige Mitglieder haben, aber WhatsApp- oder andere Social-Media-Gruppen mit einem hohen Mobilisierungspotenzial. Eine Wahrnehmung auf den Demonstrationen war auch der großer Frust in der Gesellschaft: 15 bis 20 Prozent waren nicht aus der Landwirtschaft, das waren Handwerker, die einfach sagten, „wir unterstützen euch, weil wir auch sehen, dass die aktuelle Politik sehr stark über die Menschen hinweg regiert, gerade was Ordnungsrecht und Vorschriften angeht." Da ist das Wutpotenzial sogar noch deutlich höher als bei den Landwirtinnen und Landwirten. Das hat mich teilweise etwas erschreckt.

Wie haben Sie die Stimmung bei den Protesten persönlich erlebt?

Bei dem ersten Auflauf vor Weihnachten war die Stimmung total positiv. Da hatten alle wirklich Lust, ein Zeichen zu setzen. Die dabei waren, waren froh, dass sie dabei waren und die, die nicht dabei waren, die waren besonders traurig, dass sie diesen ersten Auflauf nicht mitgemacht haben. Die Stimmung war im Großen und Ganzen positiv. In den Kommunikationsgruppen äußerten sich über die Weihnachtsfeiertage einzelne radikale Stimmen, häufig auch gar keine Landwirte, die versuchten, die Stimmung Richtung Umsturz und so weiter anzuheizen. Das ist dann aber wieder abgeflacht, sobald auch die „normale" Landwirtschaft wieder präsenter war. Wir haben vom Bauernverband deutlich signalisiert: Damit wollen wir nichts zu tun haben; das ist nicht unser Ansinnen, sondern es geht uns um eine andere Politik. Das hat der allergrößte Teil der Landwirtinnen und Landwirte so auch mitgetragen. Ich habe die Proteste

teilweise auch als sehr fröhlich erlebt. Es hat vielen auch einfach Spaß gemacht, selbst aktiv zu werden, z. B. bei Mahnfeuern, nicht nur passives Opfer von Politik zu sein oder sich so fühlen, sondern auch mal seine Meinung gemeinsam mit anderen Landwirtinnen und Landwirten kundzutun.

Einige Gruppierungen aus dem rechtsextremen Spektrum haben versucht, die Proteste für sich zu vereinnahmen. Andere zeigten eine hohe Gewaltbereitschaft. Das Landvolk hat sich mit einer klaren Haltung distanziert. Wo liegt Ihrer Meinung die größte Gefahr?

Die erste Gefahr war tatsächlich, dass bestimmte Gruppierungen, hauptsächlich aus dem rechten Spektrum, teilweise auch linksradikale Gruppen, versucht haben, die Proteste für ihre Umsturzphantasien zu instrumentalisieren. Die Gefahr besteht natürlich, dass der rechte Rand ständig versucht, dieses Narrativ „die da oben machen ja nichts für die Bevölkerung“ zu nähren und diese Politikverdrossenheit zu schüren. Das sehe ich schon. Was die Aktionen bei den Protesten angeht, macht mir aber auch die Berichterstattung in den Medien Sorge. Ein Beispiel aus der Region Hannover: Hier haben 500 Landwirtinnen und Landwirte ein Luftbild gestellt mit einer konkreten Aufforderung direkt an den Ministerpräsidenten. Gleichzeitig hat in derselben Nacht eine kleine radikale Gruppe Mist und Hölzer auf der Autobahn verteilt. Darüber wurde in der Zeitung groß berichtet und kaum über die positive Aktion. Die radikalen Aktionen haben viele Unbeteiligte in Gefahr gebracht und sie lenken auch von den Anliegen der Bauern ab. Es wird nur noch über Radikale geredet, die weniger als ein Prozent der Landwirtschaft ausmachen. Aber diese Gruppen, die meinten, immer härter, immer radikaler noch mehr Aufmerksamkeit zu erringen, galt es auch einzufangen oder zumindest innerhalb der Landwirtschaft zu isolieren. Das kann nicht unser Weg sein. Dafür sind wir als Bäuerinnen und Bauern viel zu bewahrend und bodenständig, um dabei mitzugehen. Das ging ja in Richtung Terrorismus. Wer nachts Gülle auf einer Bundesstraße verteilt, nimmt in Kauf, dass da Menschen ums Leben kommen. Wer so was macht, der will Menschen gefährden. Das schadet unserem Staat, das schadet aber auch uns Landwirtinnen und Landwirten und unseren Anliegen.

Foto: Sebastian Saager

Leuchtende Botschaft der niedersächsischen Landwirtinnen und Landwirte

Foto: Sebastian Saager

Die Bauernproteste haben die Unzufriedenheit mit der Politik sehr deutlich gemacht. Wie bewerten Sie den Kompromiss der Bundesregierung, die Steuerbefreiung bei landwirtschaftlichen Kfz aufrechtzuerhalten, aber den Agrardiesel schrittweise zu besteuern?

Es ist ein Teilerfolg, aber natürlich ein Kompromiss. Mit uns wurde auch nicht darüber gesprochen, sondern die Entscheidung wurde von der Regierung kurz vor der größten Demonstrationswelle spontan verkündet. Dabei war auch das Timing sehr unglücklich. Dass wir die Kfz-Steuer verhindert haben, ist ein Erfolg. Gerade weil damit auch ein enormer Bürokratieaufwand für die Betriebe selber, aber auch für die Behörden verbunden gewesen wäre. Beim Agrardiesel haben wir unser Ziel nicht erreicht. Es geht darum, für die Landwirtschaft eine faire Lösung zu finden. Das heißt, dass wir im Durchschnitt der europäischen Agrardieselpreise liegen. Zurzeit sind wir zusammen mit ein, zwei anderen Ländern die, die am härtesten besteuert werden sollen. Der Agrardiesel ist ein Baustein bei der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern. Dass sie nicht mehr im europäischen Wettbewerb mithalten können, hat die Landwirtinnen und Landwirte auch auf die Straße getrieben. Die schlechtere Wettbewerbsfähigkeit ist ebenfalls ein Auslöser für fehlende Investitionen. Gerade beim Ackerbau, dem energieintensiven Obst- und Gemüseanbau, aber auch bei der Milchviehhaltung wird von den Betrieben mit großer Sorge gesehen, dass sie gegenüber ihren europäischen Wettbewerbern deutlich schlechter gestellt werden.

Die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) wurde nun wieder einbezogen und von der Bundesregierung um konkrete Vorschläge gebeten. Inwieweit werten Sie das als einen Erfolg der Bauernproteste?

Es ist eine Folge und zeigt vor allem die Ratlosigkeit dieser Regierung. Die Zukunftskommission sollte die groben Leitlinien für den Umbau der Landwirtschaft bestimmen. Es ist ungewöhnlich, dass diese nun für die Regierung, auch für den Bundeskanzler, politische Vorgaben erstellen soll. Vor allem, wenn man sich ihre Zusammensetzung anschaut. Nur vier der 32 dort vertretenen Organisationen – die Landjugend, der Bauernverband, die Landfrauen und Landwirtschaft verbindet Deutschland – waren an den Bauernprotesten beteiligt. Die

ZKL ist eine wichtige Einrichtung, aber für die konkrete Regierungsarbeit wurde sie eigentlich nie gemacht.

Viele Beteiligte haben das Gefühl, mit den Protesten nichts erreicht zu haben, obwohl die EU-Kommission in den letzten Wochen im Schnellverfahren umweltpolitische Regelungen zurückgenommen und auch umweltpolitische Vorgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik wie die obligatorische Flächenstilllegung ausgesetzt hat. Was hätte passieren müssen, um den Protestierenden das Gefühl zu geben, etwas erreicht zu haben?

Viele Landwirtinnen und Landwirte hätten eine deutlich stärkere Reaktion der Bundesregierung erwartet. Die EU hat auf die europaweit aufgeflammten Bauernproteste reagiert, die von Deutschland ausgegangen sind. Das hat zu deutlichen Veränderungen geführt. In Deutschland merkt man der jetzigen Regierungskoalition an, dass sie sich sehr schwer tut, auf solche Proteste überhaupt zu reagieren, weil sie selber regierungsintern schwer Kompromisse findet, sodass die Konsenssuche mit Beteiligten außerhalb der Regierung schon fast unmöglich ist. Die Regierung hätte einen konkreten Stufenplan für Entlastungen im Energiesteuerbereich vorlegen müssen. Wichtig wäre gewesen, alle vorgesehenen Vorhaben der Regierung auf den Prüfstand zu stellen. Wir haben einige große Punkte, wie z. B. die Bürokratie in der GAP-Abwicklung, aber vor allem auch das Düngerecht, dessen Abwicklung viele Betriebe überfordert. Sie steigen aus dem System aus, da sie es nicht mehr überblicken können. Diese Nöte, die hat die Regierung noch viel zu wenig aufgenommen, das sehen wir noch gar nicht.

Die Proteste haben sehr viel Verständnis in der Bevölkerung ausgelöst, man könnte fast von einer Solidarisierungswelle sprechen. Könnte dies ein Fundament sein, um in Zukunft eine höhere Wertschätzung für die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte in der Gesellschaft zu bewirken? Oder ist es eher ein Kurzzeit-Effekt?

Ich glaube nicht, dass es kurzzeitig ist. Eine Grundsympathie für die Landwirtschaft war auch vorher schon vorhanden. In den Hintergrundbefragungen im Rahmen unserer Imagekampagnen zeigt sich ein Anteil von 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung, die insbesondere den einzelnen Landwirtinnen und

Landwirten sehr positiv gegenüberstehen. In der öffentlichen Wahrnehmung der Medienlandschaft zeigt sich eine deutlich schlechtere Stellung. Im Rahmen der Proteste ist die hohe Grundsympathie in der Bevölkerung sichtbar geworden: in ländlichen Gebieten teilweise bei 90 Prozent, im städtischen Bereich aber immerhin noch bei 70 Prozent, also deutlich positiv. Das liegt auch daran, dass viele andere aus Handwerk und Mittelstand sowie in der Bevölkerung sehr große Sympathie und dieselben Anliegen haben: dieses Gefühl der unfairen Behandlung, der Überfrachtung mit Auflagen und mit Vorschriften. Wenn die Regierung nichts unternimmt, endlich einmal den Dschungel der Auflagen zu durchforsten, dann wird auch diese Solidarisierung in der Bevölkerung gegen die Regierung leider bleiben. Und das kann auf die Dauer dann auch zu einer deutlichen Verschiebung der politischen Verhältnisse in Richtungen führen, die dann vielleicht nicht mehr so sympathisch sind. <

Holger Hennies

Dr. Holger Hennies studierte in Göttingen Agrarwissenschaften und hat am dortigen Institut für Agrarökonomie promoviert, bewirtschaftet zusammen mit seiner Frau in vierter Generation den in der Region Hannover gelegenen 90 ha großen Familienbetrieb mit Reitbetrieb, Direktvermarktung und „Lernort Bauernhof"-Angebot. 700 ha Ackerfläche werden im Rahmen einer Betriebsgemeinschaft bewirtschaftet. Hennies ist seit 1996 berufsständisch engagiert, war u. a. von 2015 – 2023 Vorsitzender des Landvolks Hannover und von 2018 – 2021 Vizepräsident des Landvolks Niedersachsen. 2021 übernahm er das Amt des Präsidenten des Landvolks Niedersachsen und ist zugleich seit 2022 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands.

> Demonstrieren für ein „Weiter so“

Die Landwirtschaftsproteste 2023/24 als Ausdruck von Transformationskonflikten

Von Hajo Holst, Steffen Niehoff und Martin Franz

Den deutschlandweiten Proteste von Landwirt:innen im Winter 2023/24 wurde eine große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit entgegengebracht. Auf der Grundlage einer empirischen Studie (Online-Survey mit 1.018 Landwirt:innen und 34 qualitative Interviews) untersucht der Beitrag den Charakter der Proteste. Dazu wird eine Typologie der in der Landwirtschaft existierenden Perspektiven auf die sozial-ökologische Transformation vorgestellt. Dominiert wurden die Proteste von Landwirt:innen mit transformationskritischen Haltungen, die die Ökologisierung skeptisch sehen, eine aktive Rolle des Staates in der Transformation ablehnen und ein „Weiter so“ für die Landwirtschaft fordern. Soll der ökologische Umbau des Agrarsektors gelingen, muss die Transformation am Interesse der Landwirt:innen an angemessenen Preisen ansetzen und ein „gutes“ Leben in und mit der Landwirtschaft ermöglichen.

Im Winter 2023/24 erschütterten Proteste von Landwirt:innen die Bundesrepublik. Zwischen Mitte Dezember und Anfang März wurde fast täglich an irgendeinem Ort des Landes öffentlichkeitswirksam demonstriert. Über mehrere Monate prägten Bilder von Demonstrationen mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Straßenblockaden die mediale Berichterstattung. Vor dem Hintergrund, dass deutsche Landwirt:innen in der Vergangenheit, im Unterschied zu ihren französischen und spanischen Kolleg:innen, nicht als besonders protestaffin galten, waren Intensität und Frequenz der Landwirtschaftsproteste 2023/24 bemerkenswert (Fickel & Anderl 2024; Matthews 2024).

Auslöser der Protestwelle waren Pläne der Bundesregierung, Subventionen für landwirtschaftliche Betriebe zu kürzen. Im November 2023 hatte das Bundes-

verfassungsgericht einen Nachtragshaushalt für verfassungswidrig erklärt und die Regierung damit indirekt zu Sparmaßnahmen gezwungen. Teil des von der Regierung vorgeschlagenen Sparpakets war auch die Abschaffung von zwei landwirtschaftlichen Subventionen, der Kfz-Steuererleichterung für landwirtschaftliche Maschinen und des sogenannten „‚Agrardiesels'", der Energiesteuerrückerstattung für landwirtschaftlich verbrauchten Kraftstoff. Oberflächlich betrachtet handelte es sich bei den Kürzungsplänen der Regierung um eine Steilvorlage für eine breite, alle landwirtschaftlichen Gruppen umfassende Protestbewegung. Zum einen betrafen die Kürzungen nahezu die gesamte Landwirtschaft, einzig Betriebe ohne landwirtschaftliche Fahrzeuge zählten nicht zum Kreis der potenziellen Empfänger:innen der zur Kürzung vorgeschlagenen Zahlungen. Zum anderen wurden die Kürzungspläne mitten im Winter verkündet – und damit in jener Jahreszeit, in der die meisten Landwirt:innen erheblich mehr Zeit zum Demonstrieren haben als im Rest des Jahres.

Die nahezu universelle Betroffenheit und das besondere Timing gaben den angedrohten Subventionskürzungen das Potenzial für einen perfekten Sturm. Bislang fehlt es allerdings an Analysen, die die Protestbeteiligung unter Landwirt:innen empirisch beleuchten. Welche Landwirt:innen haben sich tatsächlich an den Protesten beteiligt? Dieser Frage gehen wir nach, um den Charakter der Proteste zu beleuchten. Um was für eine Art von politischer (Un-)Willensbekundung handelte es sich eigentlich bei den Landwirtschaftsprotesten im Winter 2023/24? Im Folgenden argumentieren wir, dass die Beteiligung an den Protesten einen deutlich begrenzteren Personenkreis umfasste, als es die nahezu universelle Betroffenheit von den Subventionskürzungen nahelegt. Anhand einer Analyse der subjektiven Haltungen der protestierenden Landwirt:innen zur sozial-ökologischen Transformation wird gezeigt, dass die Proteste primär von einem spezifischen Ausschnitt der Landwirtschaft getragen wurden, und zwar von Landwirt:innen, die erstens die Ökologisierung der Landwirtschaft skeptisch sehen, zweitens eine aktive Rolle der Staates in der Transformation ablehnen und drittens für die Landwirtschaft ein „Weiter so" fordern, das die ökologischen Nebenfolgen der industrialisierten Landwirtschaft letztlich ignoriert. Landwirt:innen, die einer Ökologisierung des Agrarsektors offen gegenüberstehen, spielten in der Protestwelle nur eine Nebenrolle.

Unsere Analyse der Transformationsperspektiven der Protestierenden legt den Schluss nahe, dass es sich bei der Protestwelle im Winter 2023/24 um Anti-Transformationsproteste handelte, um eine aus der Mitte der Landwirtschaft stammende Gegenbewegung gegen die sozial-ökologische Transformation.

Entwickelt wird diese Argumentation wie folgt. Nach einer Einführung in die Forschung zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten werden die empirische Basis und die verwendeten Methoden vorgestellt. Die empirische Analyse vollzieht sich dann in zwei Schritten. Zunächst werden jene Haltungen zur sozial-ökologischen Transformation vorgestellt, die unabhängig von der Protestbeteiligung unter Landwirt:innen in Deutschland verbreitet sind: die klimawandelskeptische Transformationsopposition, die liberale Bevormundungskritik, die ökologisierungsaffine Bürokratiekritik und die ökosoziale Systemkritik. Im zweiten Schritt arbeiten wir heraus, dass die Proteste im Winter 2023/24 primär von den beiden transformationskritischen Gruppen getragen wurden, den Transformationsgegner:innen und den Bevormundungskritiker:innen. Aus den Gemeinsamkeiten der beiden protesttragenden Transformationsperspektiven und den Differenzen zu den Bürokratiekritiker:innen und den Systemkritiker:innen, die sich deutlich weniger beteiligt haben, lassen sich Rückschlüsse auf den Charakter der Proteste ziehen. Abschließend wird ein Fazit gezogen und ein Ausblick in die Zukunft riskiert.

Sozial-ökologische Transformationskonflikte

Die sozialwissenschaftliche Forschung hat sich in den letzten Jahren vermehrt mit subjektiven Perspektiven auf die beginnende sozial-ökologische Transformation beschäftigt (unter anderem Bose et al. 2020; Dörre et al. 2024; Eversberg et al. 2024; Gazmararian & Krashinsky 2023; Yazar 2024). Zugrunde liegt dieser Forschungsrichtung die Erkenntnis, dass eine Umstellung der auf fossilen Energieträgern und einer Übernutzung natürlicher Ressourcen basierenden Wirtschafts- und Lebensweise der Gesellschaften des Globalen Nordens nur mit den von der Transformation besonders betroffenen Akteur:innen gelingen kann. Wenn es nicht gelingt, relevante Akteursgruppen aus dem Feld zu

Träger:innen der Transformation zu machen, dann kann die Konflikthaftigkeit von Umstellungsprozessen, nicht zuletzt aufgrund der erforderlichen „tiefgreifende[n] Veränderungen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen“ (Sommer & Schad 2022, S. 453), die sozial-ökologische Transformation verlangsamen oder sogar vollständig ausbremsen (Patterson 2023; Lockwood 2018).

Aus der empirischen Forschung zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten sind vor allem zwei Erkenntnisse relevant für die Analyse der Transformationsperspektiven von Landwirt:innen. Erstens zeigt die Forschung, dass ökologische Umstellungen häufig mit sozialen Konflikten einhergehen, die gegenüber der ökologischen Dimension ein Eigenleben führen können. Umweltschützer:innen und die von der Transformation direkt Betroffenen stehen sich in diesen Fällen fast unversöhnlich gegenüber (Bose et al. 2020; Dörre et al. 2024). Die sozialen Konflikte stellen jedoch nicht nur eine soziale Herausforderung dar, sie besitzen auch das Potenzial, auf die Dynamik der Transformation zurückzuwirken (Geels 2014; Martin & Islar 2021). Zweitens wird gezeigt, dass von Umstellungsprozessen tangierte Akteur:innen die eigene Perspektive auf die sozial-ökologische Transformation vor dem Hintergrund ihrer erwerbsbiographischen Erfahrungen entwickeln. Die Polarisierungseffekte von Transformationskonflikten werden noch verstärkt, wenn sich betroffene Gruppen gesellschaftlich im Niedergang wähnen. Für die betroffenen Akteure steht dann häufig nicht nur das wirtschaftliche Überleben – ihr Einkommen, die Altersabsicherung oder auch die Zukunftsperspektiven der eigenen Kinder – auf dem Spiel, es steht auch „die Geltung ihrer kulturell verankerten Lebensführung zur Disposition“ (Neckel 2020, S. 96).

Die hier diskutierten Befunde der Forschung zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten sind auch für die Beschäftigung mit den Transformationsperspektiven von Landwirt:innen relevant. Auch für die Landwirtschaft gilt, dass eine Umstellung zu mehr Nachhaltigkeit nur mit den Akteur:innen des Feldes gelingen kann. Ohne signifikante Unterstützung von Landwirt:innen kann insbesondere ein schneller Umbau des Agrarsektors nicht gelingen. Stattdessen drohen Widerstände, die die sozial-ökologische Transformation der Landwirtschaft zumindest verlangsamen, vielleicht sogar insgesamt ge-

fährden können. Bisherige agrarsoziologische Befunde sprechen dafür, dass auch in der Landwirtschaft eine Verbindung von Abstiegs- und Abwertungserfahrungen und negativen Transformationserwartungen zu finden ist. Das vom anhaltenden Strukturwandel forcierte Höfesterben ist nur ein Hinweis auf die sich verschärfenden wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft, vor allem kleiner Familienbetriebe (Hirte 2014). Landwirt:innen – darauf deuten verschiedene Befunde hin – machen jedoch nicht nur materielle Abstiegserfahrungen: Einst angesehene Oberschicht im ländlichen Raum (Frie 2024), fühlen sich Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung seit Jahren an den Rand der Gesellschaft gedrängt (Heinze 2022; Pongratz 1987). Der eigene Berufsstand hat in ihren Augen an gesellschaftlicher Anerkennung verloren. Allerdings basieren diese Deutungen bislang überwiegend auf anekdotischen Befunden, eine systematische Kartographierung der in der Landwirtschaft existierenden Perspektiven auf die sozial-ökologische Transformation steht noch aus.

Projekt, Daten und Methoden

Empirisch basiert der Beitrag auf den quantitativen und qualitativen Daten des Projekts „Landwirtschaft in der Krise?“, in dem wir uns anlässlich der Proteste im Winter 2023/24 aus der Perspektive von Landwirt:innen mit der Transformation des Agrarsektors beschäftigen. Dazu wurden im ersten Halbjahr 2024 ein Online-Survey und qualitative Interviews durchgeführt. An dem Survey beteiligten sich insgesamt 1.018 selbstständige Landwirt:innen, mithelfende Familienangehörige und angestellte Betriebsleiter:innen. Von diesen haben 755 an einer oder mehreren Protestveranstaltungen mitgewirkt. Zusätzlich zu dem Survey wurden 34 narrationsorientierte Interviews geführt, darunter einige explorative Interviews, die wir zu Beginn des Projekts zur Vorbereitung des Surveys geführt haben. Das Gros der Interviews fand jedoch parallel zum Survey statt. Knapp 20 Interviews wurden direkt auf den Höfen geführt, um den Landwirt:innen die Chance zu geben, eigene Themen zu setzen. In der folgenden Analyse nutzen wir diese Interviews, um die Wahrnehmung des Verhältnisses von Landwirtschaft und Gesellschaft, die Flugbahn der eigenen Erwerbsbiographie sowie den Blick auf die Zukunft der Landwirtschaft zu rekonstruieren.

Die im Zentrum des Beitrags stehende Typologie subjektiver Perspektiven auf die Transformation der Landwirtschaft basiert methodisch auf einem Mixed-Methods-Ansatz. Im ersten Schritt wurden mit Hilfe einer Clusteranalyse auf der Basis von 14 Likert-skalierten Items vier distinkte Einschätzungsmuster zur Ökologisierung der Landwirtschaft, zur Agrarpolitik und zur Ökonomie identifiziert. Die Items sind überwiegend Eigenentwicklungen auf der Basis von thematisch offenen, narrationsorientierten Interviews, die wir zu Beginn der Proteste geführt haben. Die vier Cluster differieren stark in der Wahrnehmung der Ökologisierung der Landwirtschaft und den Bewertungen der Agrarpolitik, bei den Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage zeigen sich hingegen bemerkenswerte Übereinstimmungen. Um zu rekonstruieren, wie die beginnende Transformation von den Landwirt:innen subjektiv erlebt wird, wurden im zweiten Schritt jene qualitativen Interviews hinzugezogen, die direkt mit den Surveydaten verknüpft sind. Dabei zeigt sich, dass die Cluster mit deutlichen Differenzen in den Vorstellungen vom Verhältnis von Landwirtschaft und Gesellschaft einhergehen.

Transformationsperspektiven von Landwirt:innen

Zunächst beleuchten wir die unter Landwirt:innen verbreiteten Transformationsperspektiven (für eine ausführliche Analyse der Haltungen von Landwirt:innen zur Transformation: Holst et al. 2025a). Dazu wird die bereits angesprochene Typologie von Haltungen zur sozial-ökologischen Transformation vorgestellt. Die vier Sichtweisen unterscheiden sich deutlich in den Einschätzungen zum menschengemachten Klimawandel und zur aktuellen Agrarpolitik sowie in der Wahrnehmung des Verhältnisses von Landwirtschaft und Gesellschaft, weisen zugleich aber auch auffällige Gemeinsamkeiten in der Kritik an den niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und an der Macht des Lebensmitteleinzelhandels auf. Die Tabelle auf der nächsten Seite gibt einen Überblick über die Grundelemente der Transformationsperspektiven der vier Gruppen. Die sozial- und betriebsstrukturelle Verbreitung der vier Haltungen deutet zudem auf einen Zusammenhang zwischen subjektiver Haltung und sozioökonomischer Position hin: Die Transformationsperspektiven sind jeweils in verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft stärker verbreitet.

Tab. 1: Subjektive Perspektiven von Landwirt:innen auf die Transformation

	Ökologisierung	Agrarpolitik	Ökonomie
Klimawandel-skeptische Transformations-gegner:innen	Relativierung oder Leugnung des Klimawandels	Transformation als ideologisch motivierter Angriff auf die Landwirtschaft	Scharfe Kritik an niedrigen Preisen und Macht des Einzelhandels
Liberale Bevormundungs-kritiker:innen	Externalisierung der Verantwortung für ökologische Probleme	Transformation als Bevormundung durch die Agrarpolitik	Scharfe Kritik an niedrigen Preisen und Macht des Einzelhandels
Ökologisierungs-affine Bürokratie-kritiker:innen	Ökologisierung der Landwirtschaft als Notwendigkeit	Bürokratie als institutionalisiertes Misstrauen der Agrarpolitik	Scharfe Kritik an niedrigen Preisen und Macht des Einzelhandels
Ökosoziale Systemkriti-ker:innen	Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftliche Über-lebensnotwendigkeit	Agrarpolitische Verschleppung der Transformation	Deutliche Kritik an den niedrigen Preisen und der Macht des Einzelhandels

Quelle: Gekürzte Fassung aus Holst et al. 2025b

Klimawandelskeptische Transformationsgegner:innen – Relativierung des menschengemachten Klimawandels und Kulturkampf zwischen Stadt und Land

Die erste Gruppe lehnt, ausgehend von einer Relativierung, zum Teil sogar Leugnung des menschengemachten Klimawandels, die Ökologisierung der Landwirtschaft kategorisch ab. Die beginnende Transformation des Agrarsektors wird von den klimawandelskeptischen Transformationsgegner:innen als kollektiver Angriff von außen auf die Landwirtschaft erlebt. Nichtregierungsorganisationen, Umweltschützer:innen und die Partei Bündnis 90/Die Grünen treiben in ihren Augen die Transformation aus rein ideologischen Gründen und ohne landwirtschaftliches Fachwissen voran:

„Wir Landwirte werden nicht mehr als Experten für Landwirtschaft angesehen, sondern als Laien, die von der Politik ihren Beruf erklärt bekommen müssen, das verärgert mich im täglichen Leben. [...] Umweltschützer werden als Experten für Landwirtschaft und Umwelt akzeptiert, auch wenn sie absolut keine Ahnung haben.

Die Politik hört dann auf die lauten Umweltschützer, anstatt sich an Fakten zu orientieren. Die politischen Entscheidungen sind einfach zu realitätsfern und widersprüchlich und reine Schikane.“ (konventioneller Landwirt)

Agrarpolitische Maßnahmen wie die verpflichtende Flächenstilllegung zum Schutz der Biodiversität, die Einschränkungen der Gülleausbringung in der Düngeverordnung oder das Verbot von als besonders schädlich eingestuften Pflanzenschutzmitteln werden von den Transformationsgegner:innen als rein ideologisch motivierte, gegen die „gute fachliche Praxis“ verstoßende Einschränkungen der bäuerlichen Handlungsspielräume wahrgenommen. Eingebettet ist die Diagnose einer der Landwirtschaft von außen aufgezwungenen Transformation in das Bild eines Kulturkampfes zwischen Stadt und Land, der die Landwirtschaft in eine kollektive Defensivstellung zwingt. Die Interviews mit den klimawandelskeptischen Transformationsgegner:innen wurden von einer besonderen Emotionalität und einer häufig radikalisierten Sprache geprägt. Keine andere Gruppe fühlt sich durch die Transformation derart in die Enge getrieben. Die Landwirt:innen stehen nicht nur wirtschaftlich unter Druck, sondern sehen die eigene kulturelle Lebensführung gesellschaftlich abgewertet. Die klimawandelskeptischen Transformationsgegner:innen nehmen die beginnende Transformation als zusätzliche Bedrohung ihrer wirtschaftlich und kulturell sowieso schon prekären gesellschaftlichen Lage wahr. Nur ein Drittel der Betriebe steht wirtschaftlich auf sicheren Füßen, eine Mehrheit berichtet von individuellen Abstiegssorgen. Die von der Forschung hervorgehobenen Wechselwirkungen zwischen Abstiegserfahrungen und antizipierten Transformationsverlusten zeigen sich deutlich in der Gruppe der klimawandelskeptischen Transformationsgegner:innen; eine vergleichbare Verbindung von wirtschaftlichen Sorgen und Klimawandelskepsis findet sich in den anderen Gruppen nicht. Unsere Befunde sprechen auch für einen Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Position und Transformationshaltung: Unter den Transformationsgegner:innen sind konventionelle Großbetriebe überrepräsentiert, die in den vergangenen Jahren Kredite aufgenommen haben. Die kategorische Ablehnung eines ökologischen Umbaus des Agrarsektors findet sich also häufiger bei Landwirt:innen, die in der Vergangenheit wahrscheinlich vieles von dem gemacht hat, was ihnen die Agrarpolitik unter dem Diktum „Wachsen oder Weichen“ geraten hat.

Liberale Bevormundungskritiker:innen – Verantwortungsexternalisierung und unternehmerische Autonomie

Auch die zweite Gruppe schaut kritisch auf die Ökologisierung der Landwirtschaft. Allerdings basiert die Skepsis dieser Landwirt:innen nicht auf einer Relativierung des menschengemachten Klimawandels. Die liberalen Bevormundungskritiker:innen sehen durchaus die ökologischen Probleme der Gegenwart, wälzen die Verantwortung für Umweltverschmutzung, Biodiversitätsverluste und Ressourcenübernutzung jedoch auf andere Branchen und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ab. Im Zentrum ihrer Kritik steht der verbindliche Charakter der Transformation. Subjektiv erleben die Bevormundungskritiker:innen die beginnende Transformation als Übergriff des Staates in ihre unternehmerische Freiheit:

„Das größte Problem ist der übermäßige Eingriff der Politik in die Wirtschaftsweise der Betriebe. Dadurch wird oft das Gegenteil dessen erreicht, was eigentlich gewollt ist, z. B. die Abschaffung kleinerer Betriebe durch immer höhere Auflagen und mehr Bürokratie.“ (konventioneller Landwirt)

Eingebettet ist die Wahrnehmung einer Bevormundung durch die Agrarpolitik in die Vorstellung von strukturellen Interessengegensätzen zwischen Stadt und Land. Dieses Bild ist zwar nicht so emotional aufgeladen wie der Kulturkampf – eine den Transformationsgegner:innen vergleichbare Radikalisierung der Sprache zeigte sich in den Interviews nicht –, trotzdem prägen die Stadt-Land-Gegensätze die politische Dynamik der Gesellschaft: In den Augen der Bevormundungskritiker:innen hat sich in der aktuellen Agrarpolitik die Stadtbevölkerung mit ihrem Nachhaltigkeitsverständnis durchgesetzt. Wirtschaftlich stehen die liberalen Bevormundungskritiker:innen etwas besser da als die klimawandelskeptischen Transformationsgegner:innen. Wirtschaftliche Probleme und individuelle Abstiegsängste sind aber immer noch weiter verbreitet als in den beiden ökologisierungsaffinen Gruppen. Die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Macht des Lebensmitteleinzelhandels kritisieren sie letztlich genauso vehement wie die Transformationsgegner:innen. Auch unter den Bevormundungskritiker:innen sind Landwirt:innen von größeren konventionellen Betrieben stärker vertreten.

Ökologisierungsaffine Bürokratiekritik – Transformationsbefürwortung und Gefühl bürokratischer Gängelung

Während die ersten beiden Gruppen die Transformation grundsätzlich ablehnen, stehen die ökologisierungsaffinen Bürokratiekritiker:innen einer Ökologisierung grundsätzlich offen gegenüber. In ihren Augen fehlt vielen Kolleg:innen das Bewusstsein für die ökologischen Probleme. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie der beginnenden Transformation der Landwirtschaft uneingeschränkt positiv gegenüberstehen, vielmehr erleben sie die Umsetzung der Transformation als bürokratische Gängelung. In den wachsenden Dokumentationsauflagen drückt sich für sie das institutionalisierte Misstrauen der Agrarpolitik aus:

„Was soll das? Der Dokumentationsaufwand steigt von Jahr zu Jahr. Ich verbringe viel zu viel Zeit im Büro. Alleine schaffe ich das nicht mehr. Ich wirtschafte seit langem ökologisch. Die Gesellschaft gratuliert mir, wie ich das mache. Die Leute kommen in meinen Hofladen. Ich weiß, was ich tue. Aber der ganze Papierkram signalisiert mir, dass man mir nicht vertraut. Dieses Misstrauen tut weh.“ (Bio-Landwirt)

Die Vorstellungen vom Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft enthalten in diesem Cluster deutlich weniger Spannungspotenzial als in den ersten beiden Gruppen. In den Interviews betonen die ökologisierungsaffinen Bürokratiekritiker:innen, wie wichtig gute Beziehungen zur regionalen Gesellschaft für sie sind. Viele Betriebe öffnen sich gezielt für Besuche von Schulklassen oder Kindergartengruppen. Die größere Nähe zur Gesellschaft hat auch eine wirtschaftliche Funktion: Über die Hälfte der Betriebe vermarktet zumindest einen Teil der Produkte direkt, was sie jedoch nicht davon abhält, die niedrigen Preise und die Preissetzungsmacht des Einzelhandels zu kritisieren. Wichtig: Unter den ökologisierungsaffinen Bürokratiekritiker:innen sind Bio-Betriebe zwar überrepräsentiert, ungefähr die Hälfte der Landwirt:innen kommt jedoch von konventionellen Höfen. Eine ökologisierungsaffine Haltung ist somit nicht mit Bio gleichzusetzen. Auch die Zukunftserwartungen der Landwirt:innen werden von einem ausgeprägten ökologischen Bewusstsein und dem Gefühl bürokratischer Überregulierung geprägt. Die Landwirt:innen in diesem Cluster machen sich um ein Vielfaches stärker Sorgen vor Extremwetterereignissen als ihre transformationskritischen Kolleg:innen, zugleich äußern sie die Sorge, dass die behördlichen Auflagen immer weiter steigen werden.

Ökosoziale Systemkritik – Transformation der Landwirtschaft als gesellschaftliche Überlebensnotwendigkeit

Aufgrund der besonderen Verantwortung der Landwirtschaft für Umweltverschmutzung, Ressourcenübernutzung, Biodiversitätsverluste und Tierwohlgefährdungen sehen die ökosozialen Systemkritiker:innen die Notwendigkeit eines tiefgreifenden Umbaus der Branche, der bislang allerdings viel zu langsam vonstattengeht. Im Fokus der Kritik stehen nicht nur der eigene Berufsstand, sondern die in das agrar-industrielle System aus Einzelhandel, Nahrungsmittelindustrie, Agrartechnikherstellern, Agrarchemieunternehmen und Saatgutlieferanten eingebettete industrialisierte Landwirtschaft:

„Die Großfelderwirtschaft ist ein Problem für die Gesellschaft und für jeden Einzelnen im Land. Wir brauchen nicht wirklich z. B. Müllermilch mit einer Stundenleistung an Molkereiprodukten von weit über 1.000 Europaletten, und das 24/7. Wir brauchen auch keine Flugzeuge, die die Felder überfliegen und Dünger ausbringen. Wir brauchen auch keine Ställe mit weit über 2.000 Kühen oder 20.000 Mastschweinen im Jahr. [...] Wir brauchen eine andere Landwirtschaft." (Bio-Landwirtin)

Für die ökosozialen Systemkritiker:innen beschränkt sich der dringend notwendige Umbau der Landwirtschaft nicht auf ökologische Anpassungen der Anbau- und Tierhaltungspraktiken. In ihren Augen ist vielmehr ein weitreichender Umbau der gesellschaftlichen Organisation der Nahrungsmittelproduktion erforderlich. Ökologisch wirtschaftende Kleinbetriebe mit regionaler Vermarktung sind in dieser Gruppe deutlich überrepräsentiert. Die Interviews deuten darauf hin, dass die regionale Vermarktung zum einen wirtschaftliche Gründe hat, können sich die Betriebe doch dadurch ein Stück weit dem Preisdruck und der Macht des Lebensmitteleinzelhandels entziehen. Zum anderen stellt die Verankerung in der regionalen Ökonomie auch ein politisches Statement gegen die globalisierte, von den Gewinninteressen von Großunternehmen geprägte Landwirtschaft dar.

Die Landwirtschaftsproteste als Anti-Transformationsproteste

Im vorherigen Abschnitt haben wir gezeigt, dass unter Landwirt:innen in Deutschland vier zum Teil sehr unterschiedliche Haltungen zur sozial-ökologi-

schen Transformation verbreitet sind: die klimawandelskeptische Transformationsopposition, die liberale Bevormundungskritik, die ökologisierungsaffine Bürokratiekritik und die ökosoziale Systemkritik. Im folgenden Abschnitt gehen wir der Frage nach, von welchen Transformationsperspektiven die Landwirtschaftsproteste im Winter 2023/24 getragen wurden. Die Antwort auf diese Frage fällt relativiert eindeutig aus, die Proteste wurden nämlich von den beiden transformationskritischen Gruppen dominiert: Neun von zehn der protestierenden Landwirt:innen gehörten zu den Transformationsgegner:innen oder den Bevormundungskritiker:innen. Die Haltungen der Protestierenden verteilten sich wie folgt: 44 Prozent klimawandelskeptische Transformationsgegner:innen, 44 Prozent liberale Bevormundungskritiker:innen, 10 Prozent ökologisierungsaffine Bürokratiekritiker:innen und nur 2 Prozent ökosoziale Systemkritiker:innen. Der Blick auf die gruppenspezifische Protestbeteiligung bestätigt die These, dass die Proteste von den beiden transformationskritischen Gruppen getragen wurden: 89 Prozent der Transformationsgegner:innen und 84 Prozent der Bevormundungskritiker:innen in unserem Sample haben sich an den Protestaktivitäten im Winter 2023/24 beteiligt. Die beiden im Sample deutlich seltener vertretenen ökologisierungsaffinen Gruppen weisen zudem deutlich niedrigere Beteiligungsquoten auf: Unter den Bürokratiekritiker:innen lag die Protestbeteiligung bei 53 Prozent , unter den Systemkritiker:innen sogar bei nur 19 Prozent. Die Proteste wurden – das lässt sich festhalten – von beiden ökologisierungsskeptischen Gruppen dominiert, den Transformationsgegner:innen, die den Klimawandel relativieren, und den Bevormundungskritiker:innen, die die ersten Transformationsschritte als staatlichen Übergriff erleben.

Was lässt sich nun aus dem Blick auf die Haltungen der Protestierenden zur beginnenden Transformation über den Charakter der Landwirtschaftsproteste im Winter 2023/24 lernen? Aufschlussreich ist sowohl der Blick auf die Gemeinsamkeiten der beiden protesttragenden Gruppen als auch auf die Differenzen zu jenen Gruppen, die sich nicht oder nur wenig an den Protesten beteiligt haben.

Träger:innen der Proteste: Transformationsgegner:innen und Bevormundungskritiker:innen

Der Vergleich der beiden protesttragenden Gruppen – der klimawandelskeptischen Transformationsgegner:innen und der liberalen Bevormundungs-

kritiker:innen – zeigt deutliche Gemeinsamkeiten, die die beiden transformationskritischen Haltungen zugleich von den ökologisierungsaffinen Bürokratiekritiker:innen und den ökosozialen Systemkritiker:innen unterscheiden. Zwar kritisieren alle vier Gruppen die Agrarpolitik, allerdings werden die Kritiken jeweils aus unterschiedlichen Richtungen formuliert. Insbesondere drei Aspekte einen die klimawandelskeptischen Transformationsgegner:innen und die liberalen Bevormundungskritiker:innen (und trennen sie zugleich von den transformationsoffenen Gruppen, die in den Protesten im Winter 2023/24 nur eine nachgeordnete Rolle gespielt haben): die grundlegende Skepsis gegenüber der Ökologisierung der Landwirtschaft, die Ablehnung einer aktiven Rolle des Staates in der Transformation und die Forderung eines „Weiter so" für die Landwirtschaft.

Die beiden protesttragenden Gruppen zeigen sich erstens ausgesprochen kritisch gegenüber der Ökologisierung an sich. Diese Skepsis speist sich aus unterschiedlichen Quellen: Die Transformationsgegner:innen halten eine Ökologisierung für ein rein ideologisches Projekt, weil sie nicht von der Dringlichkeit der ökologischen Probleme überzeugt sind, während die Bevormundungskritiker:innen die Verantwortung für Biodiversitätsverluste, Umweltverschmutzung und Ressourcenübernutzung bei anderen Branchen sehen. Während die ökologisierungsaffinen Bürokratiekritiker:innen und die ökosozialen Systemkritiker:innen das Ziel einer Ökologisierung der Landwirtschaft teilen, halten Transformationsgegner:innen und Bevormundungskritiker:innen eine Ökologisierung der Landwirtschaft für unnötig und zudem für wirtschaftlich schädlich, wie ein zu den Transformationsgegner:innen zählender konventioneller Landwirt ausführt:

„Die künstlich von den Regierenden gepuschte Ökologische Landwirtschaft ist völlig am Markt vorbei. Die Auflagen in Deutschland sind im Verhältnis zu anderen EU-Ländern zu hoch. Es ist nicht möglich, die Produkte kostendeckend oder mit Gewinn zu produzieren."

In diesem Zitat ist zugleich auch die zweite Gemeinsamkeit der beiden transformationskritischen Haltungen erkennbar. Transformationsgegner:innen und Bevormundungskritiker:innen eint zweitens eine Aversion gegen eine aktive staatliche Rolle in der Transformation. Auch in diesem Aspekt zeigen sich Diffe-

renzen zwischen den beiden Gruppen: Die klimawandelskeptischen Transformationsgegner:innen erleben die aktuellen Ökologisierungsschritte als ideologisch motivierten Angriff von Umweltschützer:innen, die die Agrarpolitik gekapert haben, die liberalen Bevormundungskritiker:innen als Übergriff des Staates in die eigene unternehmerische Freiheit. In der Kritik der agrarpolitischen Ökologisierungsmaßnahmen kommen die sehr unterschiedlichen Perspektiven jedoch zusammen. Beide Gruppen lehnen den – in den Worten eines Bevormundungskritikers – „staatlichen Zwang" ab. Die Ökologisierungsskepsis und die Aversion gegen staatliche Eingriffe führt die beiden protesttragenden Gruppen drittens zur geteilten Forderung eines „Weiter so" für die Landwirtschaft. Transformationsgegner:innen und Bevormundungskritiker:innen eint der Wunsch, die agrarpolitische Uhr gewissermaßen wieder zurückzudrehen. Beide wollen Landwirtschaft so betreiben, wie sie es in der Vergangenheit getan haben – also wie vor den als ideologischen Angriff auf die Landwirtschaft oder als staatlichen Übergriff auf die unternehmerische Freiheit empfundenen Ökologisierungsmaßnahmen.

Geringe Protestbeteiligung: Ökologisierungsaffine Bürokratiekritiker:innen und ökosoziale Systemkritiker:innen

Die beiden ökologisierungsoffenen Gruppen – die ökologisierungsaffinen Bürokratiekritiker:innen und die ökosozialen Systemkritiker:innen – unterscheiden sich in den drei angesprochenen Punkten fundamental von den beiden protesttragenden Gruppen: Die Landwirt:innen stehen erstens einer Ökologisierung der Landwirtschaft zumindest offen gegenüber, beide Gruppen kritisieren zum Teil in deutlichen Worten den eigenen Berufsstand für das fehlende ökologische Bewusstsein, sie kritisieren zweitens zwar die aktuelle Agrarpolitik, befürworten explizit oder implizit jedoch eine stärkere Rolle staatlicher Rahmensetzung in der Transformation und fordern drittens einen deutlichen Wandel der Landwirtschaft in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit. Aus den Interviews wird deutlich, dass die geringe Protestbeteiligung in diesen beiden Gruppen vor allem durch die Sorge erklärt werden kann, dass die Proteste zu Rückschritten bei der Ökologisierung führen könnten. Eine konventionelle Landwirtin, die zu den ökologisierungsaffinen Bürokratiekritiker:innen zählt, führt diesen Punkt aus:

„Uns stören die Dokumentationsaufgaben auch. Das Weidetagebuch ist wirklich ein Witz. […] Wenn die [Protestierenden, HNF] aber sagen, dass die Auflagen lästig sind, dann wollen sie die Standards schleifen, wieder ungestört von Natur- und Klimaschutz wirtschaften."

Ähnliche Aussagen haben wir in vielen Interviews gehört. Faktisch sehen die allermeisten Landwirt:innen durchaus Gründe für Proteste gegen die europäische und nationale Agrarpolitik, letztlich – das hat auch unsere Analyse der Transformationsperspektiven gezeigt – kritisiert fast die gesamte Landwirtschaft die Agrarpolitik, die geringen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Macht des Lebensmitteleinzelhandels. An der Protestwelle im Winter 2023/24 haben sich jedoch jene Landwirt:innen deutlich weniger beteiligt, die einer Ökologisierung der Landwirtschaft positiv gegenüberstehen und einen Wandel des bisherigen Modernisierungspfades einer auf Produktivitätssteigerungen getrimmten intensiven Landwirtschaft fordern.

Fazit und Ausblick

Ausgehend von der Forschung zu sozial-ökologischen Transformationskonflikten hat sich der Beitrag mit den Landwirtschaftsprotesten in Deutschland im Winter 2023/24 beschäftigt. Um den Charakter der Proteste zu beleuchten, also der Frage nachzugehen, welche Art von politischer (Un-)Willensbekundung der über mehrere Wochen anhaltenden Protestwelle zugrunde lag, wurden die Haltungen der Protestierenden zur sozial-ökologischen Transformation beleuchtet. Eine solche Perspektive kann eine Analyse der Mobilisierung für die Demonstrationen und des Framings der Proteste nicht ersetzen. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass der Blick auf die subjektiven Perspektiven der protestierenden Landwirt:innen – und auch ihrer den Protesten eher ferngebliebenen Kolleg:innen – aufschlussreich ist.

Auffällig ist, dass von den vier unter Landwirt:innen verbreiteten Haltungen zur sozialökologischen Transformation die beiden offen transformationskritischen Perspektiven die Proteste im Winter 2023/24 dominierten. Neun von zehn protestierende Landwirt:innen gehörten zu den klimawandelskeptischen Transformationsgegner:innen oder den liberalen Bevormundungskritiker:innen. Nur jede:r zehnte Protestierende zählte zu einer der beiden Gruppen, die der sozial-ökolo-

gischen Transformation der Landwirtschaft offen gegenüberstehen. Die beiden transformationskritischen Gruppen sind zwar insgesamt in unserem Sample zahlenmäßig stark vertreten; unter denjenigen, die sich an den Protesten beteiligt haben, sind ihre Anteile jedoch noch größer als im Gesamtsample. Auch die ökologisierungsaffinen Bürokratiekritiker:innen und die ökosozialen Systemkritiker:innen kritisieren vehement die (aktuelle) Agrarpolitik, die Notwendigkeit einer Ökologisierung der Landwirtschaft stellen sie jedoch nicht infrage. Die Proteste lassen sich zweifelsohne als Ausdruck von Transformationskonflikten beschreiben. Unsere Analyse zeigt aber, dass es sich dabei um einen spezifischen Ausschnitt der in der Landwirtschaft verbreiteten Wahrnehmungen des Transformationskonflikts handelte. Der Blick auf die Gemeinsamkeiten der Haltungen der beiden protesttragenden Gruppen und der Differenzen zu den in den Demonstrationen nur randständig involvierten Gruppen legt den Schluss nahe, dass es sich bei der über mehrere Wochen anhaltenden Protestwelle im Winter 2023/24 um eine Gegenbewegung gegen die sozial-ökologische Transformation handelte – und zwar, angesichts der zahlenmäßig breiten Beteiligung an den Protesten, um eine Gegenbewegung aus der Mitte der Landwirtschaft. Die beiden protesttragenden Gruppen, die klimawandelskeptischen Transformationsgegner:innen und die liberalen Bevormundungskritiker:innen, eint die grundlegende Skepsis gegenüber der Ökologisierung der Landwirtschaft, die Ablehnung einer aktiven staatlichen Rolle in der Transformation und der Wunsch nach einem „Weiter so“ für die Landwirtschaft, das allerdings die unübersehbaren ökologischen Nebenfolgen der intensiv-industrialisierten Landwirtschaft ausblendet.

Wie geht es in Zukunft weiter? Einerseits wirken die für die Landwirt:innen unmittelbar spürbaren Auswirkungen der Proteste im Verhältnis zum Aufwand eher klein. Die Abschaffung des „Agrardiesels“ wurde zwar temporär zurückgenommen, aber gegenüber dem großen Thema der Zukunft der Landwirtschaft erscheinen die Steuererleichterungen für landwirtschaftlich verbrauchten Kraftstoff doch eher marginal. Andererseits haben die Landwirt:innen für ihre Proteste in der Gesellschaft große symbolische Unterstützung erfahren. Im Unterschied zur Klimabewegung hat die Gesellschaft auf die Demonstrationen und Straßenblockaden lange Zeit sehr positiv reagiert – und das obwohl viele Landwirt:innen davon überzeugt sind, dass die Gesellschaft Erwartungen an sie hat, die sie nicht erfüllen können. Trotz des gesellschaftlichen Rückhalts für die Proteste

sind die Konflikte rund um die Transformation der Landwirtschaft allerdings keineswegs gelöst. Im Gegenteil, durch das politische Aussitzen der Konflikte sind viele landwirtschaftliche Akteure weiterhin mit den sozialen Konsequenzen der beginnenden Transformation konfrontiert, mit realen Einkommensverlusten und Abstiegsängsten. Zugleich sind auch die ökologischen Nebenfolgen der industrialisierten Landwirtschaft wie Biodiversitätsverluste, Grundwasserbelastung oder Ressourcenübernutzung nicht verschwunden (Boix-Fayos & de Vente 2023; Finger 2022). Die bisherige politische Bearbeitung der Proteste hat weder die Widersprüchlichkeit noch die Konflikthaftigkeit der sozial-ökologischen Transformation der Landwirtschaft auflösen können. Damit der dringend erforderliche ökologische Umbau des Agrarsektors gelingen kann, braucht es eine Transforma-

Hajo Holst

Nach seinem Studium an den Universitäten in Marburg und Oslo promovierte Hajo Holst in Osnabrück und legte seine Habilitation in Jena ab. Seit 2014 ist er Professor für Wirtschaftssoziologie an der Universität Osnabrück. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen neben der sozial-ökologischen Transformation und agrarsoziologischen Themen der Wandel von Arbeit, die digitale Transformation sowie die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Von 2021 und 2024 war Hajo Holst Sprecher der Sektion für Arbeits- und Industriesoziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Steffen Niehoff

Steffen Niehoff studierte an der Universität Jena Soziologie, Psychologie und Wirtschaftswissenschaften. Seit 2015 arbeitet er an der Universität Osnabrück im Fachgebiet für Wirtschaftssoziologie als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Lehre und in verschiedenen Forschungsprojekten, u. a. zur Organisation von Arbeit und den arbeitsweltlichen Folgen der Corona-Pandemie. Sein methodischer Arbeitsschwerpunkt liegt in der Analyse quantitativer Daten.

Martin Franz

Nach dem Studium der Geographie, Soziologie und Kartographie in Bochum arbeitete Martin Franz von 2002 bis 2006 am Zentrum für Interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (heute Regionalforschung) in Bochum. Anschließend wechselte er an den Fachbereich Geographie der Philipps-Universität Marburg, wo er 2008 promovierte und 2011 habilitierte. Nach einer Vertretungsprofessur für Wirtschaftsgeographie an der Universität Bayreuth 2013/14 hat er seit Oktober 2014 die Professur für Humangeographie mit wirtschaftsgeographischem Schwerpunkt an der Universität Osnabrück inne.

tion, die an den Interessen der Landwirt:innen an angemessenen Preisen ansetzt und ein „gutes“ Leben in und mit der Landwirtschaft ermöglicht. Solange die große Mehrheit die Transformation als der Landwirtschaft von außen aufgezwungen erlebt, ist Widerstand aus den Reihen der Landwirt:innen zu erwarten. <

Literatur

Boix-Fayos, C. & de Vente, J. (2023): Challenges and potential pathways towards sustainable agriculture within the European Green Deal. Agricultural Systems 207, 103634.

Bose, S.; Dörre, K.; Köster, J. & Lütten, J. (2020): Nach der Kohle II. Konflikte um Energie und regionale Entwicklung in der Lausitz. Rosa-Luxemburg-Stiftun. Berlin.

Dörre, K.; Liebig, S.; Lucht, K. & Sittel, J. (2024): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie. In: Berliner Journal für Soziologie 34 (1), 9–46.

Eversberg, D.; Fritz, M.; von Faber, L. & Schmelzer, M. (2024): Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um die Transformation. Frankfurt am Main: Campus.

Fickel, T. & Anders, F. (2024): Markt, Macht und Affekt: Ein Erklärungsversuch der widersprüchlichen Landwirtschaftsproteste in Deutschland. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 37 (2), 174–195.

Finger, R. (2022): Klimawandel und die europäische Landwirtschaft: Auswirkungen und Anpassungsmaßnahmen. Ifo-Schnelldienst 8, 5–10.

Frie, E. (2024): Ein Hof und elf Geschwister. Der stille Abschied vom bäuerlichen Leben in Deutschland. München: DTV.

Gazmararian, A. F. & Krashinsky, L. (2023): Driving Labor Apart: Climate Policy Backlash in the American Auto Corridor. In: SSRN Electronic Journal. Princeton.

Geels, F. W. (2014): Regime Resistance against Low-Carbon Transitions: Introducing Politics and Power into the Multi-level Perspective. Theory, Culture & Society 31 (5), 21–40.

Heinze, R. G. (2022): Bauernproteste: Seismographen für Transformationsprobleme. Aus Politik und Zeitgeschichte 72 (15–17), 21–26.

Hirte, K. (2014): Agrargiganten im Osten – zur neuerlichen Transformation der transformierten ostdeutschen Agrarstrukturen. In: Brähler, E. und Wagner, W. (Hrsg.): Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West. Gießen: Psychosozial-Verlag, 277–290.

Holst, H.; Niehoff, S. & Franz, M. (2025a): Rückwärts in die Zukunft – die Landwirtschaftsproteste 2023/24 und das Greening des landwirtschaftlichen Modernisierungspfades. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 38 (4) (im Erscheinen).

Holst, H.; Niehoff, S. & Franz, M. (2025b): Umkämpfte Transformation(en) – Wie Landwirte und Landwirtinnen auf die Ökologisierung schauen. In: Henkel, A.; Kussin,M.; Brandhuber, H.; Hirte, K. & Scheler, L. (Hrsg.): Agrarwissen in der Reflexion. Sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation von Landwirtschaft. Bielefeld: transcript, 237–254.

Lockwood, M. (2018): Right-wing populism and the climate change agenda: exploring the linkages. Environmental Politics 27 (4), 712–732.

Martin, M. & Islar, M. (2021): The ‚end of the world’ vs. the ‚end of the month’: understanding social resistance to sustainability transition agendas, a lesson from the Yellow Vests in France. Sustainability Science 16 (2), 601–614.

Matthews, A. (2024): Farmer Protests and the 2024 European Parliament elections. Intereconomics 59(2), 83–87.

Neckel, S. (2020): Der Streit um die Lebensführung. Nachhaltigkeit als sozialer Konflikt. Mittelweg 36, 29 (6), 82–100.

Patterson, J. J. (2023): Backlash to climate policy. Global Environmental Politics 23 (1), 68–90.

Pongratz, H. (1987): Bauern am Rande der Gesellschaft? Eine theoretische und empirische Analyse zum gesellschaftlichen Bewußtsein von Bauern. Soziale Welt 38 (4), 522–544.

Sommer, B. & Schad, M. (2022): Sozial-ökologische Transformationskonflikte: Konturen eines Forschungsfeldes. In: Zeitschrift für Politik 69 (4), 451–468.

Yazar, M. (2024): Episodic populist backlashes against urban climate actions. Urban Studies 61 (12), 2452–2466.

> Ein kollektives Gefühl von Überraschung, Einigkeit und Wirksamkeit

Zur Bedeutung von Resonanz und Unverfügbarkeit im Kontext der Bauernproteste

Von Matthias Kussin und Rebekka Hinckers

Der Beitrag rekonstruiert die Dynamik der Bauernproteste Ende 2023/Anfang 2024 aus einer prozessorientierten Perspektive unter Rückgriff auf theoretische Konzepte der Protestkommunikation und kollektiver Emotionen. Anhand der Auswertung von Interviews mit Landwirtinnen wird die These ausgearbeitet, dass nicht allein rationale Interessen, sondern vielmehr auch kollektive Affekte – Überraschung, Verbundenheit und Selbstwirksamkeit – den Protest trugen. Zentral war das situative Erleben von Einheit und Zusammenhalt, das als eigenständiger sozialer Mechanismus die Intensität der Proteste und ihre spätere positive Bewertung maßgeblich bestimmte. Abschließend wird die Herausforderung skizziert, solche kollektiven Erfahrungen in einer womöglich zunehmend differenzierten Landwirtschaft künftig produktiv zu gestalten.

Die Bauernproteste als Reaktion auf die Ankündigung einer Abschaffung der Agrardieselrückvergütung haben Ende 2023 und Anfang 2024 in der Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit gesorgt. Auch in den Politik- und Sozialwissenschaften sind diese Proteste Gegenstand verschiedener Untersuchungen und öffentlicher Stellungnahmen gewesen (Läpple & Kirsch 2024; Sprehe 2024; Agra Europe 2024; ZDF 2024), ebenso wie die Proteste von 2019 und 2020 (Heinze et al. 2021). Diese Analysen und Bewertungen gehen dabei vor allem der Frage nach den Protestmotiven bzw. -folgen nach – und sie arbeiten sozialstrukturelle sowie kulturelle Hintergründe landwirtschaftlicher Proteste heraus. Es geht darum, ihre Dynamik, Intensität aber auch das künftige Protestpotenzial in der Landwirtschaft zu erklären und in einigen Fällen von Protestmotiven und -bereitschaften auf die Situation und Entwicklung in der Landwirtschaft insgesamt zu schließen.

Im folgenden Beitrag wird ein anderer Zugang gesucht: So soll folgend die Protestdynamik aus dem Erleben der Beteiligten rekonstruiert und verstanden werden. Es geht mehr um das „wie“ und weniger um das „warum“ der Proteste. Der Soziologe Niklas Luhmann hat in seiner Gesellschaftstheorie auf die spezifische Form von Protestkommunikation jenseits der Kommunikation von Organisationen, aber auch bloßer Interaktion hingewiesen (Luhmann 1996, S. 202–203). Daran anschließend soll gezeigt werden, wie auch in diesem konkreten Fall die Bauernproteste eine Eigendynamik entfalteten, die weder allein mit den strategischen Zielen der landwirtschaftlichen Verbände, noch anhand einer Aggregation der individuellen Motive von Protestbeteiligten erklärt werden kann. In den Blick geraten Aspekte einer spezifisch agrarischen „Protestkultur“ (Rucht 2015, S. 266). Deutlich wird, wie der Einsatz drastischer Mittel sowie der massenhafte Einsatz von Körpern (Luhmann 1996, S. 205) – in diesem Fall der Traktoren – für die Einordnung entscheidend ist und welche Rolle vor allem drei Ausprägungen kollektiver Affekte als relevante und generative Mechanismen für die Protestdynamik und -bewertung durch die Landwirtschaft spielen:

1. Überraschung,
2. (wiedererlangte) Verbundenheit,
3. kollektive Selbstwirksamkeitserfahrung.

Die dieser Untersuchung zugrunde liegenden Daten stammen aus dem Frühsommer 2024. Es handelt sich um halbstandardisierte, in weiten Teilen narrativ angelegte Experteninterviews[1], die zunächst im Rahmen einer wissenschaftlichen Qualifikationsarbeit, die eine andere Fragestellung bearbeitete, erhoben wurden: die ‚weibliche‘ Perspektive in der Landwirtschaft auf die Bauernproteste (Hinckers 2024). Daher handelt es sich bei allen Befragten um Landwirtinnen, die zudem alle über eine landwirtschaftliche Ausbildung verfügten. Ein drittes gemeinsames Merkmal war der Wohn- und Arbeitsort, der sich in der Region Westfalen-Lippe befindet. Zugleich bildete die Stichprobe im Sinne einer Fallkontrastierung auch die Unterschiede in der Landwirtschaft ab:

[1] Dabei wird ein weiter Expertenbegriff zugrunde gelegt (Bogner et al. 2014, S. 10–11), demzufolge jede Person Expert:in ist, weil sie über ein besonderes Wissen bzw. über besondere Erfahrungen zu bestimmten Sachverhalten, in diesem Fall Landwirt:innen zu den Bauernprotesten, verfügen.

hinsichtlich des Alters (zwischen 26 und 59 Jahre), der Rolle auf dem Betrieb (Einheirat, Hofübernehmerin), der Ausrichtung (ökologisch und konventionell), der Betriebsschwerpunkte (u. a. Ackerbau, Tierhaltung, Direktvermarktung), aber auch des ehrenamtlichen Engagements in landwirtschaftlichen Verbänden (vom Amt auf Bundesebene bis zu keiner Funktion in landwirtschaftlichen Verbänden). Sechs der acht Interviewten unterstützten aktiv die Proteste, eine Befragte nahm aus Zeitgründen, eine andere dagegen aus Überzeugung nicht daran teil.

In der Analyse der Daten zeigte sich, dass die weibliche Perspektive eine untergeordnete bis gar keine Rolle im Protesterleben der Befragten spielte. Ob Frau oder anderes Geschlecht – das war, wie Landwirtin Heinz[2] ihr „Gefühl" und ihre „Wahrnehmung" pointiert ausdrückte, *„schittegal" (Heinz, Z. 252)*. Diese Einordnungen waren insofern bemerkenswert, da von den Befragten grundsätzlich die Rolle von Frauen in der Landwirtschaft als weiterhin spezifisch eingeordnet wurde[3] – was womöglich eine erste Indikation für die spezifische Protestsituation liefert. Die Auswertung, insbesondere der Narrationen, ermöglichte weitergehende Einblicke in das Protesterleben. Diese werden im Folgenden anhand der drei oben genannten relevanten und generativen Mechanismen ausgeführt.

Protestgenese: Überraschung und Verunsicherung als prägende Affekte

Dass Öffentlichkeit und Teile der Politik von der massiven Reaktion der Landwirtschaft auf die Ankündigungen der Bundesregierung überrascht gewesen sein dürften, legen Medienberichte nahe (Reimer & Teigeler 2024). Die Beschreibungen der Landwirtinnen verdeutlichen zugleich, dass auch für die Landwirtschaft selbst der Beginn der Proteste von Überraschung und Verunsicherung geprägt war – und dies in dreifacher Hinsicht: Überrascht waren sie (1) von der

[2] Bei diesen als auch allen weiteren Namen der befragten Landwirtinnen handelt es sich um Pseudonyme. Auch weitere Orts- und Namensangaben wurden, sofern es sich nicht um Personen öffentlichen Interesses handelt, pseudonymisiert.

[3] Eine interessante Interpretation mit Blick auf Geschlechterdifferenzen zeigt sich gleichwohl mit Blick auf rechtspopulistische Tendenzen. Frau Ulrich zeigte auf, *„dass ich mich auf jeden Fall davon distanziere, von den extremistischen Geschichten, was da kommt, weil ich find das nicht gut und ich glaube, das ist gefühlt dann wieder so ein Männerding, die dann noch mal sich noch mal wieder produzieren müssen" (Ulrich, Z. 206–208)*.

Entscheidung der Bundesregierung, (2) von der Dynamik und der Solidarisierung mit den Protesten und (3) von der Tonalität des Deutschen Bauernverbands.

(1) Landwirtin Schmitz schildert, wie die Reaktionen auf die politische Ankündigung in der Landwirtschaft aufgenommen wurde:

„(...) das war ja wirklich so Schlag wo jeder gedacht hat: ‚An den Agrardiesel geht keiner dran.' Und dann sowas unüberlegt in Nacht und Nebel rauszuhauen, da merkte man, da war unfassbar viel Emotionalität da drin bei allen, die gesprochen haben, und bei allen, die auch so zugehört haben" (Schmitz, Z. 95–98).

Landwirtin Weber erlebte es als *„unwirklich, wie diese Entscheidung tatsächlich kam, dass der Agrardiesel kippen soll, und das ist zwar alles so plötzlich und holterdiepolter und genau, es war dann ziemlich schnell irgendwo bei allen glaub ich auch so eine gewisse Wut im Bauch, dass das einfach so gemacht wird und auch ein großes Unverständnis und ja" (Weber, Z. 36–39)*.

Was sich hier zeigt, kann mit dem Begriff der „Erwartungsenttäuschung" bezeichnet werden (Luhmann 1999, S. 452). Die hier kommunizierte Ankündigung wird nicht als Darstellung einer politisch legitimen Entscheidung, sondern als politischer Unfall, als Wertverletzung wahrgenommen, weil – wie typischerweise für Krisen kennzeichnend – ein „eingelebtes Anspruchsniveau" als gefährdet betrachtet wird (Luhmann 2007, S. 16).

(2) Dass in dieser überraschenden Situation eine eigene Dynamik entstand, in der rationale Maßstäbe bei Deutung und Einordnung der Geschehnisse sowie daraus resultierender Folgen versagten, lässt sich anhand folgender Schilderungen von Landwirtin Borgmann nachvollziehen:

„Der allererste Gedanke war: Naja, unsere Betriebe hier haben meistens Tierhaltung als Schwerpunkt. Der Ackerbau spielt nicht so eine große Rolle; das heißt, dementsprechend spielen auch Treckerstunden nicht ganz so eine große Rolle, jetzt mal über die Gesamtheit der Landwirte gesehen. Hier sind auch eher von der Fläche her noch kleinere Betriebe. Und dann haben wir gedacht, das Thema berührt unsere Landwirte hier insgesamt nicht so, aber man hat schon gemerkt, dann sehr schnell, also innerhalb von einem Tag, so ungefähr, dass das Thema einfach so die Gesamtheit der Landwirtschaft betroffen hat" (Borgmann, Z. 75–81).

Auch eine Deutung von Landwirtin Heinz zu Protestbeginn illustriert, in welchem Ausmaß die anfängliche Dynamik unterschätzt und wie schnell eigene rationale Erwartungen von einer Protestdynamik überholt wurden. So schildert sie damalige Erwartungen wie folgt:

„Ach, wir könnten uns ja vielleicht hier so mit vier bis fünf Leuten treffen und dann noch ins nächste Dorf und von da dann nach Mühlenkamp und vielleicht zu dieser – zu der Treckerdemo und vielleicht haben wir ja dann Glück und können dann vielleicht so mit, naja ich weiß nicht, 15 Leuten oder so vielleicht dann hinfahren. Und dann hat sich das total schnell, total krass entwickelt und wir haben uns schon in Hasenkamp mit 40 Schleppern getroffen (lacht). Weil die auch noch von Eschdorf und was-weiß-ich-wo kamen, und der Bürgermeister hat uns morgens im Dunkeln um 6 noch einen Kaffee gekocht, bevor wir los sind. Und ab Lauenberg, also unserem Nachbardorf, hatten wir dann schon Polizeikonvoi, die uns schon begleitet haben, die uns aber mega auch zugejubelt haben, weil wir schon als so eine eigene kleine Demo zur Demo gefahren sind. Das hat mich total berührt, ich fand es mega krass" (Heinz, Z. 97–106).

Landwirtin Heinz zeigte sich beeindruckt, *„wie schnell da irgendwie diese Kommunikation so entfacht ist"*, für sie war *„extrem zu sehen, wie dieser Anteil, also wie groß die Anteilnahme war (...), alle einfach gesagt haben ‚Es reicht! So, ich halte es nicht mehr aus, ich fahr jetzt auch los'" (Heinz, Z. 109–113)*.

Landwirtin Ulrich teilt diese Sichtweise. Ihre Perspektive ist interessant, da sie selbst nicht an den Protesten teilnahm, aber deren Dynamik reflektiert:

„Ich war selber sehr erstaunt darüber, dass auf einmal so eine soziale Bewegung stattfinden kann und wie, wenn alle irgendwie auf, also (...), also ich frag mich immer, welcher Auslöser, worüber auf einmal so ein Bruch entsteht, dass die Leute alle gemeinsam auf die Straße gehen. Das hat natürlich eine unheimliche Wirkung, eine unheimliche Power" (Ulrich, Z. 127–130).

Die von Landwirtin Ulrich aufgeworfene und unbeantwortet gebliebene Frage nach dem Auslöser zeigt, dass diese Dynamik für die Betroffenen selbst im Rückblick ein stückweit unerklärlich bleibt. Dass dem „Unheimlichen" in der „Wirkung" und der „Power" mit Faszination und zugleich mit Respekt begegnet wird, lässt sich auch an den Schilderungen von Landwirtin Heinz nachvollziehen. Für sie gab es *„Momente dazwischen" (Heinz, Z. 113)*, wo sie dachte:

„Ach du meine Güte. Bei manchen bin ich auch froh, wenn die sich nicht zusammentreffen und auf wilde Ideen kommen" (Heinz, Z. 114–115).

Die Ausführungen illustrieren damit eine Entwicklung der Proteste, deren Dynamik mit dem soziologischen Begriff der ‚kollektiven Emotionen' verständlich wird. Für kollektive Emotionen ist charakteristisch, dass sie mehr sind, als die Summe individueller Emotionen. Denn sie haben ihren Ursprung nicht in einem isolierten Subjekt, sondern (erst) in sozialen Interaktionsverhältnissen, in „dynamischen Begegnungen von Körpern und Ereignissen menschlicher Interaktionsketten" (Seyfert 2011, S. 75), aus denen sich die Euphorie der Protestgenese erklären lässt. Ihre Situationsgebundenheit lässt sie zu überindividuellen „Stimmungen" werden (Renda 2018, S. 640), die sich damit auch den strategischen Überlegungen von Einzelakteuren sowie den Pfadabhängigkeiten ansonsten geltender Regeln und Normen entziehen.

(3) Als ein weiteres überraschendes Moment in der Protestgenese wird schließlich die Positionierung des Deutschen Bauernverbands mit seinem Präsidenten Joachim Rukwied beschrieben. Von Frau Weber wird ihm zugestanden, ein *„Ausrufezeichen" (Weber, Z. 40)* gesetzt zu haben. Frau Schmitz charakterisiert seine Rede als *„sehr stark" (Schmitz, Z. 94)* in ihren Äußerungen.

Dass damit nicht gerechnet wurde, und dass dieser ‚Stärke' mit Euphorie, aber auch Respekt begegnet wird, verdeutlichen die Aussagen von Landwirtin Borgmann:

„Noch mal besonders, da war auch die erste große Rede von Rukwied, die, glaube ich, viele beeindruckt hat. Ich muss sagen, mich hat es auch ein bisschen überrascht. Mit der Härte von Rukwied hätte ich nicht so gerechnet. Und so ganz wohl war mir in dem Moment auch nicht dabei, muss ich auch sagen. Viele sagen ja immer, der DBV muss stärker auf den Putz hauen, muss mal lauter sein, muss mal klare Kante zeigen. Ich find das auch wichtig. Aber das dann in so einer Rede vorm Brandenburger Tor so mitzubekommen, da habe ich so gedacht so: Puh, das hat mich überrascht. Und vielleicht war es mir in dem Moment auch ein bisschen drüber" (Borgmann, Z. 96–102).

Die Überraschung dieser besonderen Rolle lässt sich nachvollziehen vor dem Hintergrund der Rolle, die Verbänden wie dem Deutschen Bauernverband

typischerweise zugerechnet wird: die des Intermediärs, der im Rahmen institutionalisierter politischer Kommunikation zwischen Mitgliederinteressen und politischen Entscheidungsträgern vermittelnd operiert (Hoffjann 2010, S. 61). Und auch wenn sich die Kommunikation des Verbands in seiner Nachkriegsgeschichte durch eine pointierte Ausdrucksweise auszeichnete, kam ihm zugleich immer die Rolle zu, das Protestpotenzial der Landwirt:innen einzuhegen (Patel 2010, S. 171).

Gleichgültig, ob der Rede von Präsident Rukwied ein spontaner Affekt oder eine wohlkalkulierte, rational abgewogene Strategie zugrunde lag – das Ergebnis, so legen es die Ausführungen hier nahe, hinterließ Eindruck; und beförderte ein zweites kollektives Gefühl, das für den Verlauf der Proteste konstitutiv und charakteristisch wurde: das Gefühl der Einheit und Verbundenheit.

Proteststabilisierung: Wahrnehmung von Zusammenhalt und Einigkeit

In den Beschreibungen der Befragten finden sich drei Aspekte, die aus ihrer Sicht eine Rolle spielten, um kollektive Emotionen von Zusammenhalt und Einigkeit hervorzurufen: (1) die strategische Ausrichtung der Akteure, (2) das Thema der Proteste, (3) die situative Eigendynamik des Protestgeschehens, in dem wiederum kollektive Emotionen als Ergebnis, aber auch als Treiber für das Erleben von Zusammenhalt hervortraten.

(1) Aus Sicht von Frau Borgmann *„ist der DBV vorweg gegangen, hat auch sofort alle anderen Verbände mit ins Boot genommen“ (Borgmann, Z. 256–257)*. Darin sieht sie ebenso einen Unterschied zu den Protesten in 2019. Einen ähnlichen Blick auf die Kooperation vermittelt Landwirtin Weber, die im Jahr 2019 mehr *„Reibung zwischen Bauernverband und LSV“ (Weber, Z. 144–147)* ausmachte, diesmal aber mehr Gemeinsamkeit erkannte. Die gute Zusammenarbeit zwischen den Verbänden deutet auch Landwirtin Schmitz als einen Einflussfaktor für den Zusammenhalt. Und auch sie zieht in diesem Punkt einen Vergleich zu den Protesten von 2019: *„(...) ich fand trotzdem, dass der Zusammenhalt diesmal viel größer war (...) es gab auch eine Demo in Berlin damals, aber irgendwie war mein Gefühl, diesmal ist es, ist die Betroffenheit viel größer“ (Schmitz, Z. 220–228)*. Diese

Beobachtungen der Beteiligten werden durch eine Analyse der Veröffentlichungen zentraler landwirtschaftlicher Akteure während der Proteste gestützt. Die Analyse zeigt, dass während der Protestphase bis zum 18. Januar 2024 keine öffentlich ausgetragenen Unstimmigkeiten vernehmbar waren und die Verbände ihre Differenzen im Detail dem gemeinsamen strategischen Ziel unterordneten, die Bundesregierung von ihrem Vorhaben abzubringen (Kussin et al. 2025).

(2) Die Möglichkeit des Erlebens von Zusammenhalt wird dabei nicht nur den Organisationen und ihren gewählten Slogans, sondern auch dem Thema zugerechnet.

„Damals[4] war es vielleicht so allgemeiner Unmut und jetzt konnte man sich wirklich auf dieses Thema KFZ-Besteuerung und Agrardiesel so fokussieren, was so alle betrifft. Also im Trecker muss jeder irgendwann mal fahren und wenn es der Hoftrac auf dem Hof zum Futtervorlegen ist oder was auch immer. Also das war ein Thema, wo so viele rein passten, auch ob jetzt biologisch, konventionell, Tierhaltung oder eben nicht, passte. Deshalb waren viele da und ich fand das Thema Zusammenhalt diesmal noch mehr getroffen" (Schmitz, Z. 228–233).

An dieser Aussage von Landwirtin Schmitz fällt auf, dass das Thema nicht nur als Grund oder Anlass, sondern vor allem auch als kommunikativer Rahmen der Proteste dargestellt wird; ein Rahmen, in den *„so viele rein passten" (Schmitz, Z. 234)* und der den Zusammenhalt möglich machte. Der Rahmen hat aus Sicht von Landwirtin Mohn die *„verschiedensten Berufsstände innerhalb der Landwirtschaft zusammengeholt. Also, dass man da auch Biobauern hat oder, keine Ahnung, die hardcore-konventionellsten Betriebe, die ja auch sagen: ‚Tierwohl ist mir egal'" (Mohn, Z. 208–210)*. Auch Landwirtin Borgmann bestätigt, dass das *„eigentlich alles keine Rolle mehr gespielt" (Borgmann, Z. 265)* hat.

Ausführungen von Landwirtin Ottmann lassen erkennen, dass sich diese Verbundenheit vor allem durch Interaktion[5] über Themen generierte:

[4] Mit ‚damals' bezieht sich die Interviewte – wie der Kontext der Aussage deutlich macht – auf die Proteste in den Jahren 2019/20 [Anm. MK/RH].

[5] Mit Interaktion ist hier Kommunikation gemeint, die unter Anwesenden stattfindet – anders als zum Beispiel textliche oder andere medienvermittelte Kommunikation. Für diesen Typus von Kommunikation ist charakteristisch, dass diese nur für die Zeit der Zusammenkunft von Menschen besteht und dass zugleich die Anwesenden während der Zusammenkunft aufeinander angewiesen sind (Kieserling 1999, S.17)

„Und dann sind da wieder behördliche Dinge, irgendwelche Anträge, und da redest du natürlich mit denen drüber, und meistens regst du dich mit denen zusammen auf, also untereinander finde ich das Gemeinschaftsgefühl ziemlich stark, ehrlich gesagt" (Ottmann, Z. 113–115).

(3) Die situative Eigendynamik kollektiver Emotionen im Rahmen von Interaktion erscheint dabei als ein dritter Aspekt. Er zeigt, dass sich Einheit und Verbundenheit weder allein mit Blick auf das strategische Verhalten der Verbände noch ausschließlich mit Bezug auf den thematischen Rahmen[6] verstehen lassen.

„Wie ich das gerade schon meinte: und wie schnell sich da zusammengefunden wurde und wie alle das Gefühl hatten, wenn wir jetzt nicht wirklich ein Zeichen setzen, und wenn wir jetzt nicht wirklich alle losgehen, dann sind wir irgendwie – dann geben wir uns ein Stück weit selber auf. So hatte ich das Gefühl, also da natürlich ganz extrem" (Heinz, Z. 140–143).

In dieser Beschreibung von Landwirtin Heinz spiegelt sich die Befriedigung eines kollektiven existenziellen Bedürfnisses wider, das aus der Situation entstand. Auch Frau Schmitz berichtet von *„einer tollen Erfahrung zu wissen, da sind viele, die an einem Strang ziehen, die los wollen" (Schmitz, Z. 61)*. Auch für sie stellt Einigkeit nicht ‚nur' ein Mittel dar, um ein bestimmtes agrarpolitisches Ziel zu erreichen. Vielmehr geht es ihr darum, *„aber auch die ganze Fahrt und das Ganze (als) ein sehr großartiges Zusammenhaltsthema" (Schmitz, Z. 63)* einzuordnen.

Die Erinnerungen von Frau Ottmann verdeutlichen, wie das Gefühl von Verbundenheit (auch) der Situation zugerechnet wurde: *„(…) haben wir da ein bisschen Straßen blockiert, sind halt rumgefahren, nicht blockiert, aber sind langsam gefahren und haben dadurch halt den Stau ausgelöst. Das war in der Situation wirklich aufregend natürlich total, weil man fühlt sich total verbunden mit seinen anderen Arbeitskollegen, weil alle wegen der gleichen Sache mal endlich was machen" (Ottmann, Z. 72–76)*. Landwirtin Heinz berichtet, sie hatte *„dann auch total Lust da drauf, da selber auch ein Teil von zu sein und irgendwas mit anzustoßen"*

[6] Systemtheoretisch reformuliert haben wir es hier mit unterschiedlichen Systemebenen zu tun. Im ersten Fall mit der entscheidungsbasierten Zweckrationalität von Organisationen (Verbände im Schulterschluss, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen); im zweiten Fall mit der medienbasierten Systemrationalität von Funktionssystemen (die Sorge um finanzielle Einbußen durch Subventionsstreichungen ist kommunikativ anschlussfähig für viele Landwirt:innen). Jedes für sich, aber auch beides zusammen erklärt jedoch nicht die Eigendynamik der Proteste.

(Heinz, Z. 94 – 95). Auch Frau Borgmann berichtet davon, wie die Vorbereitung und Erarbeitung der Proteste *„zusammengeschweißt“ (Borgmann, Z. 165)* hat. Sie erinnert sich an Einigkeit und dass alle *„einfach unfassbar toll“ (Borgmann, Z. 167)* mitgezogen haben.

Was in ihren Beschreibungen zum Ausdruck kommt, lässt sich soziologisch mit dem Resonanzbegriff von Hartmut Rosa beschreiben, als eine Form des aufeinander Einschwingens (Rosa 2016, S. 285). Die Relevanz von Resonanz wird dabei auch von Landwirtin Schneider hervorgehoben, die bewusst nicht dabei war aufgrund des Nichtteilens dieses Gemeinschaftsgefühls.

„Ich war da echt nicht so involviert, dass ich jetzt das Gefühl hätte, mich hätte diese Gemeinschaft abgeholt. (...) Ich hab das nicht so empfunden, ich wollte mich aber auch nicht so absetzen zu sagen: Ihr macht das jetzt alles falsch. Jetzt einfach nur an der Stelle haben sie mich nicht abgeholt und ich brauchte da auch kein Gemeinschaftsgefühl. Und was ich verstehen kann, ist tatsächlich diese Bürokratisierung, klar, das ist nervig“ (Schneider, Z. 192 – 199).

Landwirtin Schneider verdeutlicht damit, dass sie sich bewusst gegen eine Teilnahme entschied, obwohl sie den wichtigsten Protestgrund nachvollziehbar fand. An ihren Erläuterungen zeigt sich, die „Unverfügbarkeit“ von Resonanz auf Protest, für die es eben nicht nur guter Gründe, sondern auch „Antennen“ bedarf (Rosa 2016, S. 476).

Was sich dann aber beim aufeinander Einschwingen entfaltet, ist ein sozialer Mechanismus, den Hartmut Rosa eng mit der kollektiven Selbstwirksamkeit verknüpft (Rosa 2016, S. 274) – und so mit einem Begriff, mit dem sich im maßgeblichen Sinne ein drittes kollektives Gefühl während der Bauernproteste beschreiben lässt.

Protestentfaltung: Kollektive Selbstwirksamkeitserfahrungen

In den Schilderungen von Landwirtin Schmitz zeigt sich, wie Landwirt:innen erst während der Demos von ihrer eigenen Wirksamkeit in Form von „kollektiven Selbstwirksamkeitserfahrungen“ (Rosa 2016, S. 275) beeindruckt wurden:

„Neben dem, was Auslöser war, dass wir losgefahren sind, war es auch großartig zu merken, wie stark wir sind, wenn wir für die Themen zusammenhalten. (...) Und dann so diese Dynamik hautnah erleben können, die einem von den Demonstrierenden auch entgegenkam. Also erstmal diese unfassbare Menge an Menschen, die da waren in einer unfassbaren Vielfalt, was sehr beeindruckt hat. Und das hat auch gezeigt, wieviel Kraft und Energie so da ist, wenn der Bauernstand zusammensteht" (Schmitz, Z. 56–71).

Auch Landwirtin Weber stellt heraus, dass sie erst und nur im Vollzug des Protests ein Gefühl von der Wirksamkeit im Sinne einer Resonanz von außerhalb der Landwirtschaft entwickelt hat:

„In dem Moment, wo wir demonstriert haben, wo wir da waren, da habe ich das echt so empfunden, dass wir da wirklich von den aller-, allermeisten wirklich Zuspruch bekommen haben. Und alle sagten ‚Ja, das ist richtig' und also sehr, sehr positiv habe ich das empfunden" (Weber, Z. 73–76).

Dabei maßen die Befragten auch der Wirkung der Proteste auf ihr ‚Selbst' eine hohe Bedeutung zu. Landwirtin Heinz erinnert sich:

„Ja, also ich fand das die ganze Zeit über total bewegend. Ich habe so voll gemerkt, dass mich ganz viel davon voll eingenommen hat. (...) und ich habe so voll gemerkt, wie ich mich so voll krass da reingehangen habe. Wie ich so alles mitkriegen wollte, wie ich mega fasziniert war von allen möglichen Bewegungen, die irgendwie stattgefunden haben. Ich war voll emotional, so voll dabei. Ich war total beeindruckt. Ich war oftmals total gerührt" (Heinz, Z. 87–92).

Dieses Erleben von Überraschung und Begeisterung wird dabei, so legen es Narrationen nahe, auch von Hoffnungen bis hin zu Sorgen begleitet – einer Sorge vor der Drastik der Ausdrucksmittel, wie sie für Protestkommunikation nicht unüblich ist. Dies veranschaulicht zugleich den ambivalenten Blick der Interviewten auf Wirkung und Wirksamkeit von Protestdynamik: *„Dann ist natürlich die Hoffnung da, dass das alles ruhig abläuft und gesittet abläuft, keiner über die Stränge schlägt. Und das hat vorher auch Kommunikation bedurft" (Borgmann, Z. 171–172)*. Es ist die Sorge von Landwirtin Borgmann, *„so ein bisschen so ein mulmiges Gefühl auch, muss ich sagen, weil man das vorher so nicht kannte" (Borgmann, Z. 129–130)*. Dies illustriert eine Entwicklung, die zumindest aus

Sicht der hier Befragten nicht intendiert war und die sich mit der bereits oben aufgeführten Beschreibung der „unwirklichen Wirkung“ und „Power“ von Landwirtin Ulrich trifft. Diese Sorge beschäftigte Landwirtin Borgmann auch in Berlin:

„Ja, im Nachhinein habe ich oft gedacht, ich habe vorhin schon gesagt, ich fand die Zeit auch einfach sehr zehrend und das war irgendwie ganz viel, was man auch erst mal verarbeiten musste. Auch gerade so diese Fahrt nach Berlin, die zweite, wo man ja schon dachte: Was ist das hier für eine Stimmung in Berlin? Man kam aus der U-Bahn raus am Potsdamer Platz und da standen die Trecker und ich hatte die eigentlich nur auf der Straße des 17. Juni erwartet und da ging es schon los. Aber tatsächlich hörte man dann noch sofort ein paar Böller und sah Hubschrauber über den Hochhäusern kreisen, und da habe ich gedacht, hoffentlich geht das alles gut. Also das ist einfach mega beeindruckend gewesen und man musste es einfach hinterher auch irgendwie erstmal ein Stück weit verarbeiten“ (Borgmann, Z. 345–352).

Jenseits des Protests: Zur Unverfügbarkeit von Einheit und Selbstwirksamkeit

In den Darstellungen der Landwirtinnen finden sich damit Überraschendes, Bewegendes und Begeisterndes, was die breite Beteiligung, die Einigkeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl, aber auch die Wahrnehmung von Energie und Wirksamkeit betrifft. Die Darstellungen zeigen zudem, dass neben dem manifesten, von den Verbänden ausgegebenen agrarpolitischen Ziel einer Beibehaltung der Agrardieselsubventionen ebenso das vormals latente Bedürfnis nach Einigkeit und Zusammenhalt, das sich zum Teil erst während der Proteste entfaltete, die Dynamik der Proteste verständlich macht. Daraus leiteten sich kollektive Erfahrungen von Selbstwirksamkeit ab, die von Euphorie, aber zugleich von Sorge und Respekt begleitet waren – eine Reflexion, die letztlich den Status der ‚Unverfügbarkeit‘ dieser Stimmungen unterstreicht.

Agrarhistorische und -soziologische Beiträge lassen dabei die These plausibel erscheinen, dass ‚Unverfügbarkeit‘ von Zusammenhalt und kollektiver Selbstwirksamkeit bei den Interviewten, aber auch in der Landwirtschaft insgesamt vor allem im Sinne einer ‚Nicht-mehr-Verfügbarkeit‘ erlebt wird. Lange

ermöglichten Semantiken, wie zunächst ‚Bauerntum' und später ‚moderne Landwirtschaft' die Selbstbeobachtung und -beschreibung einer weitgehend geeinten und damit auch einflussreichen und respektierten Branche – und das in drei Hinsichten:

1. auf einer kognitiv-fachlichen Ebene wirkungsvoll über das Erleben eines ‚kanonisierten' Produktionswissens, das – den Ökolandbau ausgenommen – vom Großbetrieb bis zum kleinen Nebenerwerb zu gelten hatte (Uekötter 2010, S. 30);

2. auf einer strategisch-kommunikativen Ebene über die Aktivitäten des agrarpolitischen Netzwerks aus Bauernverbänden, Genossenschaften und Kammern, die mit einem geschlossenen und entschiedenen Auftreten die Agrarpolitik beeinflussten (Kussin & Berstermann 2022, S. 5);

3. auf einer kulturell-emotionalen Ebene über die Schaffung einer Selbstvergewisserung innerhalb der Branche sowie die Schaffung und Stabilisierung einer „imaginierten Einheit aller landwirtschaftlich Tätigen" (Uekötter 2010, S. 440). Das heißt, Landwirt:innen sahen sich selbst zugehörig zu einem besonderen „Wir" der Lebensform Landwirtschaft, das sich stark von anderen Lebensformen in der Gesellschaft abgrenzte und gerade auch durch diese Abgrenzung eine „Wir"-Identität herausbildete (Kölsch 1990, S. 90).[7]

Der womöglich stattfindende Verlust dieser imaginierten Einheit der Landwirtschaft kann dabei auf sehr verschiedene Aspekte zurückgeführt werden, die ihre Wurzeln in agrarpolitischen, technologischen, aber auch gesellschaftlichen sowie ökonomischen Wurzeln haben (Kussin 2025). Und so, wie sich mit Rosa das Gefühl der Einheit, des Zusammenhalts und der Selbstwirksamkeit als agrarisches Kollektiv als ‚unverfügbar' bezeichnen lässt, so wäre dem Soziologen Andreas Reckwitz zufolge eben auch die Verlusterfahrung als ‚unverfügbar' einzuordnen – in dem Sinne, dass sie sich der Steuerung und dem Gestaltungsanspruch der Landwirtschaft und ihrer Akteure entzieht und damit ein Gefühl des Ausgeliefertseins produziert (Reckwitz 2024, S. 56). Der

[7] Diesem „Wir" fühlten sich auch viele ökologisch arbeitende Betriebe trotz Unterschieden in den Arbeitsweisen zugehörig, eben auch aufgrund vergleichbarer Abgrenzungserfahrungen zu anderen Teilen der Gesellschaft (Kölsch 1990, S. 91).

Verlust einer „Wir“-Identität als Selbstverlust einer sozialen Gruppe stellt demzufolge die wichtigste Ursache für eine ausgeprägte negative Affektivität dar (Reckwitz 2024, S. 57). Selbstverlust in dieser Form fungiert damit gewissermaßen als Kehrwert einer positiven Affektivität, wie sie sich im Zuge der Proteste aus den Narrationen der Befragten ableiten ließ.

Fazit und Ausblick:

In dem Beitrag wurde aufgezeigt, in welcher Hinsicht Protestdynamiken womöglich komplexer sind als in einem reinen Aktio-Reaktio-Modell (Ankündigung der politischen Entscheidung → Protestverlauf) darstellbar und inwieweit die Intensität der Proteste auch aus ihrer operativen Dynamik und nicht allein aus der (wahrgenommenen) Relevanz und Dringlichkeit des darin zum Ausdruck gebrachten Anliegens begriffen werden kann. Es ist die in der Situation sich stabilisierende Stimmung von Einheit und Verbundenheit im Zusammenwirken mit der Entfaltung von Selbstwirksamkeitserfahrungen, die den Protest in seinem Verlauf und seiner Wirkung verständlich machen. Diese Perspektive ermöglicht zugleich die Antwort auf eine Frage, auf die ein rein teleologisches Verständnis der Proteste keine Antwort zu finden vermag: warum nämlich die Proteste im Nachhinein in der Landwirtschaft in Teilen positiv bewertet werden (Straub 2024), obwohl zunächst weder beim ausgegebenen agrarpolitischen Ziel (vollständige Rücknahme der Subventionsstreichungen), aber auch mit Blick auf die vordringlichsten impliziten Protestmotive (Bürokratieabbau) Nennenswertes erreicht wurde.

„Protest und Zusammenhalt“ wirken dabei, erstens, instrumentell als Mittel zur Verfolgung agrarpolitischer Ziele. Sie stellen, zweitens, einen Grund für die Protestierenden dar, wie aus einer Ex-post-Befragung ersichtlich wird (Läpple und Kirsch 2024). Aber sie schaffen, drittens, eben auch Situationen für kollektive Affekte für die Beteiligten, in denen sich bestimmte Stimmungen von Zusammengehörigkeit und Wirksamkeit entfalten.

In der Praxis wird dabei die Relevanz von kollektiven Gefühlen wie Einheit, Verbundenheit und Selbstwirksamkeit auch jenseits eines ‚dagegen‘ im Protest betont. Lässt sich diese Stimmung auch in anderen Situationen herstellen, also

gewissermaßen – wie eine interviewte Landwirtin es ansprach – *„vom Demonstrationsbauern zum Zukunftsbauern“ (Schmitz, Z. 163)* ‚mitnehmen‘? Der oben getroffene Verweis auf die Unverfügbarkeit von Resonanz lässt den Schluss zu, dass sich solche Effekte von Verbänden oder anderen strategischen Akteuren nur begrenzt planen oder gar direkt verordnen lassen. Zugleich zeigt sich, dass das Setzen eines ‚richtigen‘ kommunikativen Rahmens die Entfaltung kollektiver Emotionen ermöglicht. Dabei wird die Aufgabe darin bestehen, Verbundenheit und Selbstwirksamkeit nicht über ein Gefühl der Einheit, sondern – angesichts der Differenzierungsprozesse in der Landwirtschaft – in Form von Vielheit zu denken und möglich werden zu lassen. <

Matthias Kussin

Prof. Dr. Matthias Kussin lehrt und forscht als Professor für Medien- und CSR-Kommunikation an der Fakultät Agrarwissenschaften und Landschaftsarchitektur der Hochschule Osnabrück. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen sozial- und kommunikationswissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation des Agrar- und Ernährungssystems.

Jüngste Veröffentlichungen: Kussin, M. (2025): Transformation als Imagination. Zur Semantik einer „zukunftsfähigen Landwirtschaft“, in: Blättel-Mink et al. (Hrsg): Transformationen in Krisenzeiten. Wiesbaden: Springer VS (im Erscheinen). Kussin, M. & Berstermann, J. (2024): Appreciation for Agriculture in Public Communication. A Content Analysis of the Influence of the First Lockdown on Reporting About Agriculture in the Mass Media. German Journal of Agricultural Economics, 73 (1). 1–25.

Rebekka Hinckers

Rebekka Hinckers arbeitet als Projektmanagerin für die Öko-Modellregion Münsterland. Im vergangenen Jahr hat sie ihren Master an der Hochschule Osnabrück abgeschlossen. Während der Zeit der Forschung war sie von 2021 bis Ende 2024 beim Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband tätig. Nach einem Bachelorabschluss in Erwachsenenbildung ist sie der Landwirtschaft seit jeher durch ihr Aufwachsen auf einem Bauernhof am Niederrhein verbunden. Im Rahmen ihrer Masterarbeit widmete sie sich den Themen des ländlichen Raums und untersuchte die Rolle von Landwirtinnen in Protestbewegungen der Landwirtschaft unter dem Titel „Zwischen Acker und Aktivismus: Weibliche Perspektiven in Protestbewegungen der Landwirtschaft“.

Literatur

Agra Europe (2024): „Wendepunkt in der Agrarpolitik“. Prof. Peter Feindt zu den Winterdemos. In: Agra Europe 51, 28–31.

Bogner, A.; Littig, B. & Menz, W. (2014): Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung. Wiesbaden.

Heinze, R. G.; Bieckmann, R.; Kurtenbach, S. & Küchler, A. (2021): Bauernproteste in Deutschland. Aktuelle Einblicke und politische Verortung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 34 (4), 360–379.

Hinckers, R. (2024): Zwischen Acker und Aktivismus: Weibliche Perspektiven in Protestbewegungen der Landwirtschaft. Masterarbeit. Hochschule Osnabrück, Lingen.

Hoffjann, O. (2010): Verbandskommunikation und Kommunikationsmanagement: eine systemtheoretische Perspektive. In: Hoffjann, O. & Stahl, R. (Hrsg.): Handbuch Verbandskommunikation. Wiesbaden, 59–80.

Kieserling, A. (1999): Kommunikation unter Anwesenden. Studien über Interaktionssysteme. Frankfurt, 73–88.

Kölsch, O. (1990): Die Lebensform Landwirtschaft in der Modernisierung. Frankfurt: Peter Lang.

Kussin, M. & Berstermann, J. (2022): Agrarkommunikation. Eine Einführung in Theorie, Konzeption und Umsetzung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Kussin, M. (2025): Transformation als Imagination. Zur Semantik einer ‚zukunftsfähigen Landwirtschaft‘. In: Blättel-Mink, B.; Onnen, C.; Noack, T.; Opielka, M.; Späte, K. & Stein-Redent, R. (Hrsg.): Transformationen in Krisenzeiten. Wiesbaden, im Erscheinen.

Kussin, M.; Langosch, R.; Hähner, L.; Vater, J.; Becke, H.; Wilking, J. &r Pfeifer, K. (2025): Transformation aktiv (mit-) gestalten, Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Eine akteurs- und medientheoretische Analyse des öffentlichen Diskurses zu den Protesten der Landwirtschaft Ende 2023 und Anfang 2024. In: Landwirtschaftliche Rentenbank (Hrsg.): Transformierte Landwirtschaft im globalen Wettbewerb. Schriftenreihe der Rentenbank 41. Berlin, im Erscheinen.

Läpple, D. & Kirsch, C. (2024): Deutschlands Bauernproteste: Stimmen aus der Landwirtschaft (Göttinger Agrardebatten). https://agrardebatten.de/agrarzukunft/deutschlands-bauernproteste-stimmen-aus-der-landwirtschaft/ (letzter Zugriff: 16.07.2025).

Luhmann, N. (2007): Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung. Wiesbaden.

Luhmann, N. (1996): Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Herausgegeben und eingeleitet von Kai-Uwe Hellmann. Frankfurt am Main.

Luhmann, N. (1999): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main.

Patel, K. K. (2010): Der Deutsche Bauernverband 1945 bis 1990. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 58 (2). https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2010_2_1_patel.pdf (letzter Zugriff: 16.07.2025).

Reckwitz, A. (2024): Verlust. Ein Grundproblem der Moderne. Berlin: Suhrkamp.

Reimer, J. & Teigeler, M. (2024): Warum die Bauern auf der Straße sind. https://www.deutschlandfunk.de/bauernproteste-102.html (letzter Zugriff: 16.07.2025).

Renda, C. (2018): Einige Überlegungen zu Stimmung als situationssoziologischer Kategorie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70, 629–654.

Rosa, H. (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.

Rucht, D. (2015): Zum Wandel von Protestkulturen. Inklusion, Differenzierung, Professionalisierung. In: Rössel, J. & Roose, J. (Hrsg.): Empirische Kultursoziologie. Festschrift für Jürgen Gerhards zum 60. Geburtstag. Wiesbaden: Springer VS, 265–290.

Seyfert, R. (2011): Atmosphären – Transmissionen – Interaktionen: Zu einer Theorie sozialer Affekte. In: Soziale Systeme 17 (1), 73–96.

Sprehe, D. (2024): Proteste vor einem Jahr: Was trieb die Bauern auf die Straße? https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Bauernproteste-Studie-der-Uni-Osnabrueck-erklaert-Hintergruende,bauern-proteste618.html (letzter Zugriff: 16.07.2025).

Straub, D. (2024): Ein Jahr danach. „Sind aus der Defensive gekommen“: Was ist von den Bauernprotesten wirklich hängengeblieben? https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/bauernprotest-landwirte-was-haben-proteste-gebracht-100.html (letzter Zugriff: 18.12.2024).

Uekötter, F. (2010): Die Wahrheit ist auf dem Feld. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

ZDF (2024): Experte: Gibt nicht „den einen“ Bauernprotest. https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bauern-proteste-blockade-habeck-faehre-gruppen-100.html (letzter Zugriff: 07.01.2025).

> Wie erklärt sich die Wut der französischen Landwirte im Jahr 2024

Von Jean-Marie Séronie[1]

Anfang 2024 kam es in Frankreich zu massiven Bauernprotesten, die im Südwesten begannen und sich landesweit ausbreiteten. Höhepunkt war die Pariser Landwirtschaftsmesse, wo es zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Die Proteste richteten sich weniger gegen niedrige Einkommen – die wirtschaftliche Lage war teils positiv –, sondern vor allem gegen übermäßige Bürokratie, strenge Umweltauflagen und ein tief empfundenes Gefühl mangelnder Anerkennung. Viele Landwirte klagten über einen zunehmenden Verwaltungsaufwand und sahen sich durch staatliche Vorschriften und EU-Vorgaben in ihrer Arbeit eingeschränkt.

Die Bewegung begann unabhängig von den großen Bauernverbänden und wurde später, im Vorfeld der Landwirtschaftskammerwahlen 2025, von diesen aufgenommen. Die FNSEA verlor dabei an Einfluss, während andere Verbände wie die Coordination Rurale Stimmengewinne erzielten. Die Regierung reagierte mit Maßnahmen zur Vereinfachung von Vorschriften und einem neuen Agrargesetz, das jedoch kaum strukturelle Reformen beinhaltete.

Die Proteste machten eine tiefgreifende Vertrauenskrise zwischen Landwirten, Politik und Gesellschaft sichtbar. Die Forderung nach mehr Unterstützung, Planungssicherheit und politischer Anerkennung der Landwirtschaft bleibt bestehen. Die langfristigen Auswirkungen auf Agrarpolitik und Verbandslandschaft sind weiterhin offen.

Zu Beginn des Jahres 2024 kam es in vielen Ländern der Europäischen Union zu heftigen landwirtschaftlichen Protesten. In Frankreich machte sich die Wut

[1] Wir bedanken uns für die Unterstützung bei der Übersetzung bei Christian Lippert.

der Landwirtinnen und Landwirte zunächst im Südwesten in der Nähe von Toulouse Luft und breitete sich dann fast über das ganze Land aus. Dies geschah in Form von Demonstrationen, oft in der Nähe von Großstädten wie Toulouse, Bordeaux, Lyon usw., aber auch in Form von Traktorkonvois, die Paris als Ziel hatten. Das erklärte Ziel einiger Verbandsvertreter war nichts Geringeres als die Blockade und das „Aushungern“ der Hauptstadt. Die Situation spitzte sich 20 km südlich von Paris, in der Nähe des Großmarktes Rungis[2], zu. Die Polizei hinderte die Traktoren daran, zu diesem symbolträchtigen Ort vorzudringen, und zwang sie umzukehren.

Die Pariser Landwirtschaftsmesse als Symbol

Die Wut erreichte ihren Höhepunkt während der Pariser Landwirtschaftsmesse Ende Februar 2024. Die Pariser Landwirtschaftsmesse ist die größte landwirtschaftliche Fachveranstaltung in Frankreich. Mit mehr als 600.000 Besuchern ist sie auch ein beliebter Ort der Begegnung und des Austauschs zwischen Landwirten und Stadtbewohnern. Traditionell wird diese Großveranstaltung vom Staatspräsidenten eröffnet, der, begleitet von zahlreichen Fernsehkameras, den ganzen Tag über Stände besucht, um mit allen Akteuren des ländlichen Raums ins Gespräch zu kommen. Am Eröffnungstag kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen einigen Verbänden und den Sicherheitskräften, die den Rundgang fast unmöglich machten. Der Präsident wurde massiv angegangen und konnte sich nur in Gebäuden bewegen, die durch ein beeindruckendes Aufgebot an Sicherheitskräften fast vollständig von Besuchern geräumt waren. Diese starke Anspannung am ersten Tag verhinderte zwar nicht einen ansonsten gastfreundlichen Messeverlauf, aber die Bilder haben einen starken Eindruck in den Köpfen der Menschen hinterlassen. Ein Jahr später, im Februar 2025, fand die Landwirtschaftsmesse in einem wesentlich ruhigeren Umfeld statt. Dennoch sind die Fragen, die die Landwirte im vergangenen Jahr aufgeworfen haben, für viele noch offen. Die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern, die Ende Januar 2025 stattfanden, haben zudem zu einer deutlichen Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den wichtigsten Bauernverbänden geführt.

[2] Der Großmarkt Rungis (Marché d’intérêt national de Rungis) ist der Großmarkt von Paris und der größte Großmarkt weltweit (Anmerkung der Herausgeber).

Wir werden versuchen zu verstehen, woher diese Wut kommt, wie die Behörden darauf zu reagieren versuchen und welche mittelfristigen Folgen diese Bewegung haben wird.

Ein Agrarsektor, der durch drei verbandspolitische Pole charakterisiert ist

Zunächst ist es wichtig, die strukturellen Besonderheiten des französischen Agrarsektors zu erläutern. Seine institutionellen Grundlagen wurden Anfang der 1960er Jahre gelegt, als Edgar Pisani, der berühmte Landwirtschaftsminister unter General De Gaulle und einer der Väter der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), beschloss, mit dem Berufsstand der Landwirte eine große Modernisierungsbewegung der Landwirtschaft auszuhandeln. Daraus ergab sich das, was man Mitbestimmung nannte. Das bedeutet, dass viele strategische Entscheidungen auf nationaler Ebene, aber auch Entscheidungen, die Einzelfälle von Landwirten auf Departement-Ebene betreffen (z. B. Beihilfen für Junglandwirte), nach Stellungnahme einer Kommission getroffen werden, in der der Berufsstand und die Verwaltung vertreten sind. Diese Mitbestimmung wurde später etwas abgeschwächt, existiert aber immer noch. Ursprünglich war die FNSEA (Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles = Nationaler Zusammenschluss der Landwirtschaftsverbände) der einzige Ansprechpartner des Staates. Dieser 1946 gegründete Zusammenschluss war die Nachfolgerin der Organisationen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Eher am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt, war die FNSEA lange Zeit der einzige von der Regierung anerkannte Gesprächspartner. Daneben konstituierten sich nach und nach weitere Gruppierungen, die in der Tradition der bäuerlichen Linken standen, wie die MODEF (Mouvement de défense de l'exploitation familiale = Bewegung zur Verteidigung des Familienbetriebs), die in Gegenden mit kommunistischer Tradition verankert war, und die Landarbeiter, die sich im Zuge der Protestbewegung vom Mai 1968 organisierten.

Mit der Regierungsübernahme der Linken 1981 wurde der Verbandspluralismus offiziell anerkannt. Die Coordination Rurale, der jüngste der landwirtschaftlichen Verbände, entstand 1992 aus dem Protest gegen die große Reform der GAP und stützt sich auf einen kleinen, recht alten Verband, die

FFA (Fédération Française de l'Agriculture = Französischer Landwirtschaftsverband). Er wird eindeutig der Rechten zugerechnet, obwohl er in Wirklichkeit in einer eher libertären Tradition steht. Seit seiner Gründung setzt er sich für die „exception agricole" ein, also dafür, die Landwirtschaft von Freihandelsabkommen auszunehmen. Heute bekennen sich einige seiner Anführer zur extremen Rechten.

Die Minderheitsverbände nehmen heute an den offiziellen Konsultationen teil, aber die eigentlichen Verhandlungen finden immer noch in direkter Konfrontation zwischen der FNSEA und der Regierung statt. Die Gewichte der einzelnen Verbände (gemessen an den Wahlergebnissen zu den Landwirtschaftskammern im Jahr 2019) ergeben sich auf nationaler Ebene im Jahr 2024 zu etwa 55 Prozent für die FNSEA und ihren Jugendverband JA (Jeunes Agriculteurs), jeweils 20 Prozent für die Confédération Paysanne[3] und die Coordination Rurale, 1,5 Prozent für den MODEF und 3,5 Prozent für verschiedene andere Listen. Damit weist die Gewichtung der Verbände im Vergleich zu den letzten Wahlen 2013 kaum Veränderungen auf.

Es ist wichtig, diese Verbandslandschaft zu verstehen, um den Verlauf der Krise zu analysieren. Sie fällt nämlich in die Zeit vor den Wahlen. Im Januar 2025 fanden, wie alle sechs Jahre, die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern statt. Die Kammern setzen sich aus mehreren Kollegien zusammen, von denen das größte dasjenige der Landwirte ist (18 von 33 Sitzen). In diesem Kollegium finden die Wahlen auf der Grundlage von Listen statt, die in der Regel von den Verbänden aufgestellt werden. Dies ist somit die einzige Möglichkeit, die Repräsentativität jeder Verbandsorganisation sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene zu messen. Das Ergebnis dieser Wahlen dient auch als Grundlage für die Verteilung der staatlichen Mittel für die Verbandsarbeit. Für die Verbände steht also viel auf dem Spiel und ihre Strategie während der Krise zu Beginn des Jahres 2024 hat natürlich diesen sehr nahen Wahltermin berücksichtigt. Wir werden später in diesem Artikel sehen, dass die Wahlen im Januar 2025 die bisherigen Gleichgewichte zwischen den Verbänden erschüttern werden.

[3] Die Confédération Paysanne ist 1973 aus dem Zusammenschluss der Confédération des syndicats de travailleurs paysans CNSTP und der Fédération nationale des syndicats paysans (FNSP) entstanden. Sie ist kapitalismuskritisch und steht für eine kleinbäuerliche Landwirtschaft (Anmerkung der Herausgeber).

Eine Bewegung, die überraschend am Rande der Verbandsorganisationen ihren Ausgang nimmt

Die Bewegung beginnt überraschend im Südwesten Frankreichs, kurz nach den großen Demonstrationen in Deutschland Ende Januar. Dort nehmen die Minderheitsverbände heutzutage an den offiziellen Verhandlungen teil. Die erste Demonstration war eine Straßenblockade auf der Autobahn nach Spanien. Anekdotisch sei daran erinnert, dass der Landwirtschaftsminister Marc Fesneau, obwohl er dank seines über das ganze Land verteilten Netzwerkes von Ingenieuren in der Regel gut informiert ist, bei seiner Neujahrsbotschaft an die Landwirtschaft am 15. Januar 2024 mit keinem Wort, mit keiner einzigen Andeutung auf ein Unbehagen in der Landwirtschaft hingewiesen hatte.[4] Annähernd hundert Traktoren blockierten am 18. Januar die Autobahn A64 bei Carbonne südlich von Toulouse, nachdem sie am 16. Januar im Stadtzentrum von Toulouse demonstriert hatten.[5]

Umgedrehtes Ortseingangsschild im Dorf Gariès in Tarn-et-Garonne, Gascogne (französische Bauernproteste 2024)

Quelle: Luka Martin 01, CC0, via Wikimedia Commons, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:On_marche_sur_la_t%C3%AAte_en_Occitanie.jpg

Eine erste Warnung hatte es jedoch bereits im Herbst 2023 gegeben, als die FNSEA und die Jeunes Agriculteurs eine „ruhige“ Bewegung initiiert hatten, um friedlich und gewaltfrei zu protestieren. In Tausenden von Gemeinden hatten die Landwirte die Ortseingangsschilder gemäß dem Slogan „On marche sur la tête“ (Wir gehen auf dem Kopf) abgeschraubt und umgedreht. Diese friedliche und sehr sichtbare Bewegung wurde wegen ihres Humors sehr geschätzt, hatte aber keinen Einfluss auf die administrativen und politischen Führungspersonen, die die Bewegung eindeutig nicht ernst nahmen.

[4] https://agriculture.gouv.fr/voeux-du-ministre-en-charge-de-lagriculture-au-monde-agricole

[5] https://www.lemonde.fr/economie/article/2024/01/21/a-carbonne-haute-garonne-les-agriculteurs-prets-a-prolonger-le-blocage-de-l-a64_6212116_3234.html

Die erste symbolträchtige Straßenblockade südlich von Toulouse wurde gegen den Rat der örtlichen FNSEA von einem vom Mehrheitsverband abtrünnigen Landwirt geleitet. Die Verbände waren also von Anfang an nicht an der Bewegung beteiligt und erschienen zunächst etwas zurückhaltend. Als sie mit vollendeten Tatsachen konfrontiert wurden, übernahmen sie nach und nach die Kontrolle, immer darauf bedacht, jegliche Entgleisung zu vermeiden.

Merkwürdigerweise begab sich der Premierminister am 26. Januar persönlich zur Blockade der FNSEA-Dissidenten. In einer sehr gut durchdachten, aber etwas lächerlichen Inszenierung mit einem Strohballen als Rednerpult besuchte er in Begleitung des Landwirtschaftsministers einen landwirtschaftlichen Betrieb in der Nähe von Toulouse. Hier teilte er in einer Live-Schaltung die ersten getroffenen Maßnahmen mit, um anschließend mit einem lokalen Anführer der Proteste zu den Straßenblockaden zu gehen.

Sogleich verkündet der örtliche Verantwortliche an der Straßenblockade die sofortige Einstellung der Aktion. Im Gegensatz hierzu verkünden am nächsten Tag die Präsidenten der FNSEA und der JA jedoch die Fortsetzung der Aktion!

Letztendlich ist diese Episode, die von agrarsoziologisch wenig bewanderten Regierungsberatern sicher ausführlich geplant war, kläglich gescheitert, und die entsprechenden Bilder werden wohl noch lange als markantes Negativbeispiel in den Kommunikationsvorlesungen zu sehen sein. Es bleibt die Frage, ob es ein Fehler oder eine bewusste Entscheidung war, die landwirtschaftlichen Führungspersonen zu umgehen, den abtrünnigen Anführer des Mehrheitsverbandes durch einen ministeriellen Besuch aufzuwerten und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Blockade Frankreichs in allen landwirtschaftlichen Köpfen präsent war. Die zweite Hypothese ist plausibler, wenn man die häufig beobachtete Abneigung Präsident Macrons gegenüber zwischengeschalteten Organen bedenkt.

Somit beginnt ein ziemlich heftiges Kräftemessen zwischen der Mehrheitsorganisation FNSEA und der Regierung vor dem Hintergrund des Wahlkampfes. Die Coordination Rurale ihrerseits startet von ihrer Hochburg im Departement Lot et Garonne aus eine Traktorenkolonne in Richtung Paris – ein deutliches Zeichen für die wachsende Spannung. Die Bewegung breitete sich schnell über

ganz Frankreich aus. Laut La Dépêche du Midi gab es in 85 Départements Aktionen, an denen mehr als 41.000 Traktoren und mehr als 72.000 Landwirte beteiligt waren.[6] In Paris fanden zahlreiche Treffen mit den nationalen Verantwortlichen statt, um vor der Eröffnung der Pariser Landwirtschaftsmesse am 20. Februar 2024 einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Die Bewegung ist wegen ihres Ausmaßes bemerkenswert. Eine vom Centre de recherches politiques de Sciences Po (CEVIPOF)[7] im April 2024 durchgeführte Umfrage zeigt, dass fast alle Landwirte angeben, die Bewegung zu unterstützen, und dass fast 40 Prozent der Befragten angeben, an mindestens einer Demonstration teilgenommen zu haben – auch wenn diese Angaben zweifellos zu hoch sind, tritt das Phänomen klar zu Tage. Sie weist mehrere neue Merkmale auf: Drei Bauernverbände haben sich an der Bewegung beteiligt, wenn auch auf unterschiedliche Weise, was in Frankreich praktisch einmalig ist. Abgesehen von dem Überbietungs- und Konkurrenzkampf, der im Vorfeld der Wahlen herrschte, konnte es dabei vorkommen, dass mehrere Verbände sich auf derselben Straßenblockade trafen. Alle Regionen und Produktionssektoren wurden mobilisiert. In mehreren Gesprächen mit lokalen Verantwortlichen an den Blockaden wurde auch auf die Anwesenheit zahlreicher nicht in einem Verband organisierter Jugendlicher hingewiesen, die einen starken Wunsch nach „Konfrontation“ hatten, wobei die Rolle der Verantwortlichen vor allem darin bestand, die Situation zu beruhigen und die Wut zu kanalisieren.

Eine Fülle an gleichgerichteter Wut mit sehr unterschiedlichen Motivationen

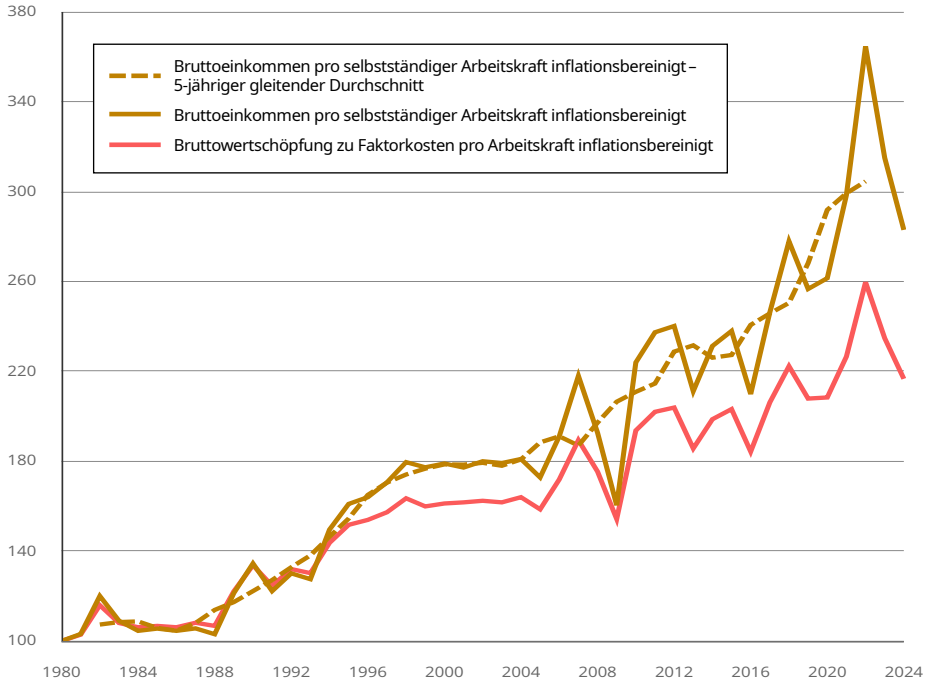
Die Motivationen in einer sozialen Bewegung sind ein bisschen wie ein Eisberg: Es gibt die Ebene über der Wasseroberfläche und die Realität darunter, die viel wichtiger ist. Zu Beginn der Krise erklärten viele Kommentatoren, dass die Bauern gegen ihre niedrigen Einkommen demonstrierten. Dies bezog sich natürlich auf die weit verbreitete Annahme, dass die Landwirte in Armut leben.

[6] Rioux, Philippe: DOSSIER. „Colère des agriculteurs : Gabriel Attal joue les démineurs dans une ferme de Haute-Garonne, le bras de fer continue“; La Dépêche du Midi (24.01.2024): https://www.ladepeche.fr/2024/01/27/dossier-colere-des-agriculteurs-gabriel-attal-joue-les-demineurs-dans-une-ferme-de-haute-garonne-le-bras-de-fer-continue-11723766.php

[7] https://www.sciencespo.fr/cevipof/fr/actualites/les-agriculteurs-et-les-europeennes

Die Realität ist jedoch ganz anders. Es ist offensichtlich kein Zufall, dass die Bewegung im Südwesten begann, einer Region, die im Jahr 2023 von mehreren Tierseuchenkrisen (EHD, BT[8], Vogelgrippe) heimgesucht wurde und die zudem mit voller Wucht die Krise des Weinbaus zu spüren bekam. Es handelte sich jedoch nicht um eine Bewegung, die in erster Linie durch Einkommensforderungen motiviert war, da die zwei oder drei Wirtschaftsjahre vor dieser Krise in fast allen landwirtschaftlichen Produktionszweigen eher gut oder – was das Jahr 2022 anbelangt – sogar außergewöhnlich gut waren. Die folgende Grafik aus der amtlichen Agrarstatistik des Landwirtschaftsministeriums verdeutlicht die Situation (s. Abb. 1). Das reale Bruttoeinkommen in der Landwirtschaft je nicht entlohnter Arbeitskraft entspricht in etwa dem inflationsbereinigten Einkommen des einzelnen Landwirts.

Abb. 1: Indikator pro Arbeitskraft inflationsbereinigt von 1980 bis 2024 in Frankreich, Basis 100 in 1980



Quelle: Insee, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung von 1980 bis 2024. Schätzung 2024, die im November 2024 beschlossen wurde.

[8] EHD (Episodische hämorrhagische Krankheit) und BT (Blauzungenkrankheit) sind Viruserkrankungen, die Wiederkäuer befallen und durch Vektorinsekten übertragen werden. Die Ausbreitung dieser Insekten ist wahrscheinlich eine der Folgen der globalen Erwärmung. Diese Krankheiten führen in der Regel nicht zum Tod der Tiere, sondern zu Produktionsverlusten. Sie sind heute Gegenstand von präventiven Impfkampagnen.

In den letzten zehn Jahren hat sich das landwirtschaftliche Einkommen im Durchschnitt positiv entwickelt, wobei von Jahr zu Jahr erhebliche Schwankungen zu verzeichnen waren. Diese Zahlen sind Durchschnittswerte, hinter denen sich immer größer werdende Unterschiede zwischen den Landwirten einer bestimmten Produktionsrichtung und innerhalb eines bestimmten Departements verbergen.

Wenn der Hauptgrund für die Wut der Landwirte nicht ihr Einkommen ist, warum haben sie dann so heftig und überall im Land demonstriert? Natürlich haben die Verbände ein Jahr vor einer für sie wichtigen Wahl den Wahlkampf nicht aus den Augen verloren. Aber dieser Aspekt kann eine so breite Mobilisierung nicht erklären.

Die bereits zitierte CEVIPOF-Umfrage zeigt, dass auf die Frage „Welches sind Ihrer Meinung nach die Hauptgründe, die die Landwirte dazu bewegen, ihre Unzufriedenheit zu äußern?“ 12 Prozent der Landwirte die Sorge um ihr Einkommen nennen, 49 Prozent die Nase voll haben von Vorschriften und Verwaltungsmaßnahmen und schließlich 37 Prozent sich im Stich gelassen fühlen und das Gefühl haben, das System sei am Ende. Hier wird deutlich, dass es tatsächlich eine tiefe Vertrauenskrise zwischen den Landwirten und der Gesellschaft gibt.

Wenn die Landwirte gegen Vorschriften protestieren, zielen sie in Wirklichkeit auf bestimmte Verbote von Praktiken oder Pflanzenschutzmitteln ab, auf die zulässigen Höchstmengen von Düngemitteln, auf bestimmte Verpflichtungen wie die Einhaltung unbebauter Gewässerrandstreifen, Mindestabstände zu Wohnhäusern bei der Behandlung von Kulturen, Zeiträume, in denen bestimmte Tätigkeiten verboten sind (Heckenschneiden, Dungausbringung usw.). Sie protestieren auch gegen die administrativen Formulare, die sie ausfüllen müssen (zur Rückverfolgbarkeit der Produkte, zur Aufzeichnung der Dünge- und Pflanzenschutzpläne, zur Überwachung des Viehbestands und zu den Geburtsmeldungen), gegen die Regeln, die sie einhalten müssen, um Anspruch auf die Beihilfen im Rahmen der GAP zu haben, aber auch gegen die Kontrollen, denen sie seitens verschiedener Behörden unterworfen sind. Letztendlich rebellieren die Landwirte häufig gegen den Verwaltungsaufwand, der ihnen in immer stärkerem Maße abverlangt wird. In diesem Zusammenhang darf nicht

vergessen werden, dass es sich um TPE[9] oder sogar Einpersonenunternehmen handelt. Sie empfinden die gesetzlichen Anforderungen oft als ungerecht im Vergleich zu den Vorschriften in anderen EU-Ländern oder in Drittländern. Sie werfen der französischen Umweltgesetzgebung vor, restriktiver zu sein als anderswo.

In einer Zeit, in der die Geopolitik die Nahrungsmittelwaffe wieder ganz oben auf die strategische Agenda setzt, in einer Zeit, in der Frankreich ständig die Bedeutung der Ernährungssouveränität betont, bringen sie ihr Unverständnis gegenüber den Umweltnormen zum Ausdruck, die sie oft als Produktionsbremse betrachten. In gewisser Weise prangern sie den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, mehr zu produzieren, und den Normen an, die in ihren Augen die Produktivität einschränken. Aus der Sicht der Landwirte „vor Ort" gehen landwirtschaftliche Produktivität und Ökologie nicht Hand in Hand und es ist der Vorrang der Ökologie, den sie anprangern. In diesem Sinne ist ihre Wut Ausdruck der Verunsicherung über die ihrer Meinung nach unüberbrückbare Kluft zwischen der Forderung, mit weniger chemischen und mehr natürlichen Mitteln zu produzieren, und den in ihren Augen geringen Mitteln, die von der öffentlichen Hand für Forschung, Modernisierung der Beratung und finanzielle Unterstützung bereitgestellt werden. Sie bringen somit das reale Gefühl, vernachlässigt zu werden, zum Ausdruck. Es ist anzumerken, dass diese stark negativen Gefühle alle Kategorien von Landwirten betreffen, unabhängig von der Größe ihrer Betriebe oder der Produktionsrichtung. Viele äußern auch Misstrauen gegenüber ihrer Berufsvertretung. Den Bauernverbänden wird vorgeworfen, die Vielfalt der französischen Landwirtschaft nicht ausreichend zu repräsentieren, und auch die Mitbestimmung wird häufig infrage gestellt. Schließlich fühlen sich viele Landwirte als Spielball, insbesondere im Falle von Freihandelsabkommen wie Mercosur, gegen das sich die Landwirtschaft einhellig ausspricht. Die öffentliche Hand und alle Parlamentarier schließen sich dieser Einstimmigkeit an, sei es aus Taktik oder aus Überzeugung.

[9] TPE: très petite entreprise (= Kleinstunternehmen)

Die extreme Schwierigkeit, die Wut in Forderungen umzuwandeln und darauf zu reagieren

Wir haben gerade erklärt, dass diese Bewegung unserer Meinung nach gleichzeitig eine tiefe Verunsicherung, einen sehr großen Wunsch nach Anerkennung, aber auch ein Misstrauen gegenüber den politisch Verantwortlichen zum Ausdruck brachte. Für die Verbandsfunktionäre war es daher äußerst schwierig, diese Verunsicherung, fast eine moralische Krise, in einen Forderungskatalog zu übersetzen.

Ein erster Brand war schnell gelöscht. Der Wirtschaftsminister hatte im Herbst angekündigt, die Steuerbefreiung für Dieselkraftstoff, von der die Landwirte in Frankreich, aber auch in anderen europäischen Ländern seit Jahren profitieren, abschaffen zu wollen. Diese Maßnahme ist strategisch nicht abwegig, denn in Zeiten der Dekarbonisierung der Wirtschaft ist es schwer nachvollziehbar, warum die Nutzung fossiler Brennstoffe subventioniert werden soll. Ökonomisch ist sie kaum akzeptabel, da sie eine Vergünstigung von fast 1,5 Milliarden Euro darstellt, was etwa 5 Prozent des Nettoergebnisses des französischen Agrarsektors (vor der Entlohnung der Betriebsleiter) oder etwa 3.700 Euro pro Betrieb entspricht. Mehr oder weniger hinter verschlossenen Türen wurde dann direkt zwischen den Verantwortlichen der FNSEA und der Regierung ein ziemlich raffiniertes Abkommen ausgehandelt, um den Abbau dieses Steuervorteils zu begrenzen, ihn zeitlich zu strecken und vor allem das so eingesparte Budget in direkte Beihilfen an die Landwirte für Maßnahmen des agrarökologischen Transformationsprozesses umzuwandeln. Angesichts des Aufstands in der Landwirtschaft gegen das, was als Kostensteigerung bei nicht für die Straße bestimmtem Dieselkraftstoff erachtet wurde, kündigte die Regierung schnell an, diese Steuervergünstigung (vorläufig?) nicht anzutasten. Dies wurde von den Landwirten als ein erstes Einlenken der Regie-rung empfunden, das aber bei Weitem nicht ausreichte. Der eigentliche Nebeneffekt war, dass eine Verlagerung von Fördermitteln „aus der Vergangenheit“ hin zu zukunftsweisenden Maßnahmen zur Unterstützung der Agrarökologie wegfiel.

In dem Bemühen, bei den konkreten Forderungen eine Vorreiterrolle zu übernehmen, haben die Verantwortlichen der FNSEA dann auf der Grundlage der Rückmeldungen aus dem Land eine Bestandsaufnahme und einen Katalog mit unzähligen Maßnahmen oder punktuellen Kleinmaßnahmen erstellt, die dann mit den zuständigen Ministern in einem turbulenten politischen Umfeld hart verhandelt und bewertet wurden. Zwei Forderungen standen ganz oben auf der Liste: die Lockerung der Umweltstandards und die Vereinfachung der Verwaltung. Bis heute ist das „Spiel“ nicht zu Ende, denn mit der Auflösung der Nationalversammlung Mitte 2024 nach den Europawahlen und dem Misstrauensvotum gegen die Regierung Barnier[10] im Herbst konnten die angekündigten Maßnahmen, die eine Gesetzesänderung erfordert hätten, nicht zügig umgesetzt werden. Ein Jahr später, kurz vor der Eröffnung der Landwirtschaftsmesse Ende Februar 2025, wurde im Eilverfahren ein Gesetz, das sogenannte Gesetz zur Ausrichtung der Landwirtschaft (Loi d’orientation de l’agriculture) verabschiedet, das einige Grundsätze, wie z. B. die Unumkehrbarkeit des Rechts auf Ernährungssouveränität festschreibt, und den „bedeutenden Gemeinwohlcharakter der Landwirtschaft“ anerkennt, was zweifellos das juristische Gewicht von Agrarbelangen bei rechtlichen Entscheidungen erhöhen wird. Umweltschützer kritisieren, dass das Gesetz einige umweltfreundliche und innerhalb der Landwirtschaft umstrittene Bestimmungen zurücknimmt. Tatsächlich greift das Gesetz viele punktuelle, gewiss interessante Bestimmungen auf, enthält jedoch praktisch kaum strukturelle Maßnahmen oder den Ausdruck einer strategischen Vision.

Jenseits von Agenda-Effekten und Ankündigungen sollten wir uns abschließend fragen, was von dieser tiefgreifenden Bewegung zu Beginn des Jahres 2024 übrigbleiben wird, die im Übrigen im Herbst 2024 einen kleinen Wiederaufschwung erfahren hat und vielleicht noch nicht abgeschlossen ist.

[10] Michel Barnier wurde nach den Parlamentswahlen im Juli 2024, die keine Mehrheit ergaben, zum Premierminister ernannt. Seine Regierung wurde in einem Misstrauensvotum bald überstimmt und er trat von seinem Amt zurück. Sein Nachfolger wurde François Bayrou.

Zweifellos bleibende Folgen und vielleicht eine „unter der Oberfläche schwelende“ Wut

Man kann sich leicht vorstellen, dass es mit den angekündigten praktischen Maßnahmen schwerfallen wird, die Verbindung zwischen den Landwirten und der Gesellschaft wiederherzustellen und ein dauerhaftes Vertrauen aufzubauen. Angesichts des Ausmaßes der erforderlichen Veränderungen wird die gesamte Beratungskette infrage gestellt und von den Landwirten herausgefordert, die mehr Mittel für Unterstützung fordern. Es scheint, dass sich die Verantwortlichen dieser Herausforderung zurzeit allmählich bewusst werden, aber der Weg ist noch lang und kompliziert. Die Herausforderung für die öffentliche Hand besteht heute darin, einer wünschenswerten Zukunft wieder einen Sinn zu geben, und zwar durch einen klaren und stabilen politischen Diskurs, an dem es immer noch mangelt. Dieses Thema wird mit den Verhandlungen über die GAP nach 2027 wieder auf den Tisch kommen.

Eine der ersten greifbaren Folgen der Wut war schließlich eine recht markante Stimmenverschiebung zwischen den Verbänden bei den Wahlen zu den Landwirtschaftskammern im Januar 2025. Der Stimmenanteil der FNSEA ging um neun Prozentpunkte zurück. In den großen Getreideanbaugebieten im Norden des Pariser Beckens und im Nordosten Frankreichs hat sie nach wie vor eine sehr starke Position. Fast überall sonst fällt sie unter die symbolische 50-Prozent-Marke in den Kollegien der Landwirte, auch wenn sie auf Departement-Ebene weiterhin eine große Mehrheit an Kammern behält. Die Coordination Rurale verzeichnet einen starken Anstieg von 20 auf 30 Prozent der Stimmen und ist in etwa 15 Landwirtschaftskammern, vor allem im Südwesten Frankreichs, führend. Die Confédération Paysanne hat ihre Präsenz im Südosten und im Westen verstärkt, während sie in den anderen Regionen zurückgegangen ist. Sie hat zwei Landwirtschaftskammern gewonnen.

Diese Umverteilung wird in den Gebieten, aber auch auf nationaler Ebene Folgen haben, die heute noch schwer abzusehen sind. Man kann sich vorstellen, dass die nationale Mitbestimmung immer schwieriger wird und man kann spekulieren, wie sich das Verhältnis zwischen dem Landwirtschaftsministerium und den verschiedenen Verbandsorganisationen entwickeln wird.

Möglicherweise wird es zu internen Auseinandersetzungen kommen, in denen es um unterschiedliche Auffassungen über die von den Verbänden zu verfolgende Linie geht. Dies könnte die Bedeutung offensiver Aktionen vor Ort betreffen, wie sie von der Coordination Rurale durchgeführt wurden, was sich bei den Wahlen ausgezahlt hat. Die FNSEA hat dies in der Vergangenheit häufig getan, aber seit etwa 20 Jahren bevorzugt sie eine „verantwortungsbewusste, lösungsorientierte und Vorschläge unterbreitende“ Verbandsarbeit.

Schließlich fanden 2024 in vielen europäischen Ländern zahlreiche Agrarproteste statt. Die Europäische Kommission trägt dem nun Rechnung. Agrarkommissar Christophe Hansen hat dies offensichtlich in seine Vision für die Landwirtschaft aufgenommen, die er am 19. Februar 2025 vorgestellt hat. Er stellt ganz klar die Bedeutung der Produktion wieder in den Vordergrund und verspricht wichtige Maßnahmen zur Vereinfachung. Wir sollten jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass die Gründe für die landwirtschaftliche Wut von einem Mitgliedsstaat zum anderen sehr unterschiedlich sind. Was Frankreich anbelangt, haben wir es mit einer echten Vertrauenskrise zwischen den Landwirten und der Gesellschaft zu tun. <

Jean-Marie Séronie

Jean-Marie Séronie ist in den Bereichen Beratung, Studien, Ausbildung und Konferenzen tätig. Er befasst sich mit Zukunftsforschung in der Landwirtschaft, der öffentlichen Politik, von Märkten und landwirtschaftlichen Unternehmen. Er wird zu zahlreichen Rundtischgesprächen eingeladen und nimmt regelmäßig an Fernsehdiskussionen über die Agrarwirtschaft teil. Er ist Jahrgang 1956, Agraringenieur (Paris, 1976) und Wirtschaftsprüfer (2007). Nach einer Laufbahn in der Beratung, Verwaltung und im Bankwesen leitete er 20 Jahre lang den Cerfrance de la Manche (1994–2014). Zehn Jahre lang war er für die Wirtschaftsbeobachtung des Cerfrance-Netzwerks verantwortlich und Mitglied des Verwaltungsrats sowie des nationalen Vorstands des Netzwerks. Derzeit ist er Vorsitzender der 2016 gegründeten SAS Champs d’Avenirs – Gesellschaft für landwirtschaftliche Beratung und Expertise.

Er leitet die Wirtschaftsabteilung der Académie d’Agriculture de France, ist Verwalter von Agridées, Mitglied des wissenschaftlichen Ausschusses der Société Française d’Économie Rurale und Schatzmeister der Association Française d’Agronomie.

Er ist Vater von drei Kindern und lebt seit 30 Jahren in Bayeux in der Normandie, wo er von 2014 bis 2020 Mitglied des Stadtrats und des Gemeinschaftsrats war.

Die Protestbewegungen der französischen Landwirte:

> *Ein Weg des Widerstands und des Empowerments?*

Überlegungen und kritische Perspektiven

Von Sandrine Benoist[1]

Die französischen Landwirte werden als essenziell wahrgenommen und es herrscht Einigkeit darüber, dass man die Landwirtschaft und die Landwirte unterstützen sollte, indem man französisch, lokal und saisonal konsumiert. Dennoch werfen sie Widersprüche innerhalb zahlreicher Interessengruppen auf und sind Teil eines instabilen und gespaltenen gesellschaftlichen Umfelds, das Gefühle von Ohnmacht und Wut hervorruft. Die jüngsten Protestbewegungen spiegeln diese Spannungen wider, deuten aber auch auf Auseinandersetzungen innerhalb des Berufsstandes hin, die die Heterogenität von Produktionsweisen und -modellen unterstreichen. Mit anderen Worten: Auch, wenn diese Protestbewegungen nicht alle Schwierigkeiten lösen, sind sie sowohl ein Hebel für Kampf und Widerstand als auch ein Spiegel der laufenden identitären und kollektiven Übergänge. Sie tragen dazu bei, die Landwirte wieder in den Mittelpunkt der Debatten und des öffentlichen Handelns zu rücken. In diesem Zusammenhang sind agrarökologische Produktionsverfahren ein interessantes Grenzgebiet, als Raum für Kontroversen und die Verschiebung konventioneller landwirtschaftlicher Normen.

Die französischen Landwirte verkörpern ein Paradoxon. Sie werden von der Mehrheit ihrer Mitbürger und von den Regierenden als unverzichtbar angesehen und alle sind sich einig, dass man die Landwirtschaft und die Landwirte unterstützen muss, indem man französische, lokale und saisonale Produkte konsumiert. Gerade während der Covid-19-Pandemie haben sich Verbraucher in ihrem Konsumverhalten den landwirtschaftlichen Betrieben in ihrer Nähe und einer vor ihrer Haustür zugänglichen Produktion angenähert. Nun sind die Masken gefallen

[1] Wir bedanken uns für die Unterstützung bei der Übersetzung bei Amanda Sahrbacher.

und mit einer galoppierenden Inflation kehrten Konsumenten zu Gewohnheiten zurück, die sich auf ein extraregionales, massenhaft verfügbares und kostengünstiges Lebensmittelangebot konzentrieren. Landwirte prangern das Verhalten der großen Handelsketten an, die einerseits Preisverhandlungen führen, die es den Produzenten nicht erlauben, ihre Arbeit angemessen zu entlohnen, und die andererseits die Märkte mit importierten Produkten beliefern. Sie verurteilen auch ein Übermaß an bürokratischen Normen, die sie als inkohärent empfinden, und ein Übermaß an Kontrollen, die ihre Praktiken unter Generalverdacht stellen. Sie empfinden den internationalen Wettbewerb als unfair, da die Produktionsbedingungen nicht den gleichen Umweltstandards unterliegen. Schließlich bedauern sie den Mangel an politischem Willen und Klarheit, um die Landwirtschaft und die Landwirte zu unterstützen, ihre Anpassung an den Klimawandel und an ein komplexes internationales Umfeld zu gewährleisten und die demografischen Herausforderungen zu bewältigen, die sie erwarten.

Dieser paradoxe Kontext (De Gaulejac 2005; Dujarier 2017) bildet den Nährboden für die jüngsten bäuerlichen Protestbewegungen und die Wurzeln unserer Fragestellung: Was ist von diesen Bewegungen zu halten? Was sagen sie über unsere französische Landwirtschaft aus? Was bedeuten sie für die Landwirte und ihre Interessenverbände? Bedeutet das regelmäßige Wiederaufleben dieser Bewegungen, dass sie nicht die erwarteten Veränderungen herbeiführen?

Die Forschung, die wir seit 2018 (Benoist 2024) mit französischen Landwirten durchführen, stellt ein geeignetes Untersuchungsfeld für diese Fragen dar. Einerseits repräsentieren die 43 Landwirte aus Zentralfrankreich, die an unserer Längsschnittforschung teilnehmen, sehr unterschiedliche Formen der Landwirtschaft, Geschichten, ideologische Positionierungen und Projekte. Darüber hinaus ermöglicht uns die Methode der Lebensgeschichte (Bertaux 1997; Rouleau 2002; Bah et al. 2015) den Zugang zu den Diskursen und Sichtweisen der Landwirte über einen langen Zeitraum und in ihrer ganzen Komplexität. Andererseits sind unsere Begegnungen von markanten Protestbewegungen durchzogen: 2021 mit „La Bio à Poil“ (Die biologische Landwirtschaft steht nackt auf der Straße), 2023 mit „On marche sur la tête“ (Wir gehen auf dem Kopf), 2024 mit der aufsehenerregenden nationalen und europäischen Bewegung (Boutelet et al. 2024) und ihren jüngsten französischen Anklängen (Girard 2024).

Während einige Landwirte unserer Stichprobe aktiv an einer oder mehreren dieser Bewegungen teilnehmen oder sie zumindest begrüßen, halten sich andere von ihnen fern oder kritisieren sie. Einige sprechen über diese Bewegungen, während andere sie verschweigen. Neben den Befragungen führen wir zahlreiche Beobachtungssequenzen (Baumard et al. 2014) auf landwirtschaftlichen Betrieben, bei verschiedenen landwirtschaftlichen Veranstaltungen, aber auch bei den Protestbewegungen der Landwirte selbst durch. Die Lektüre und Analyse der lokalen und nationalen französischen Presse sowie der wissenschaftlichen Literatur vervollständigen unser Instrumentarium. Anschließend erstellen wir einen Datensatz (Eisenhardt 1989; Miles & Huberman 2003), der eine Interpretation der gestellten Fragen auf mehreren Ebenen ermöglicht.

Im Folgenden werden in einem ersten Schritt die inhärenten Spannungen aufgezeigt, die sich für die Landwirte bei ihrer Positionierung innerhalb der Landwirtschaft ergeben. Dann gehen wir auf die jüngsten Protestbewegungen ein und fragen, was sie zum Ausdruck bringen. Wir heben demnach Übergänge hervor, die Fragmentierungen in der Landwirtschaft selbst, aber auch in unseren Institutionen hervorrufen. Schließlich fragen wir aus einer kritischen Perspektive nach den Chancen, die diese Bewegungen bieten, vielleicht für die Landwirte selbst und für den agrarökologischen Übergang im Kontext des Klimawandels.

Protestbewegungen als Stimme der Bauern unter Druck

Ein Spannungsfeld

Die Landwirtschaft steht im Spannungsfeld zahlreicher Herausforderungen (Mouriaux & Laurent 1999; Van der Ploeg et al. 2009; Darnhofer et al. 2015): Ernährung, Gesundheit, Umweltschutz, Bewältigung des Klimawandels, Wettbewerbsfähigkeit, Sicherung der Ernährungssouveränität des Landes. Sie steht auch im Zentrum von Spannungen, die sich aus ihrer eigentlichen Aufgabe ergeben: der Produktion von qualitativ hochwertigen und für alle zugänglichen Nahrungsmitteln, der Pflege und Gestaltung der Landschaft unter Wahrung der natürlichen Ressourcen, der Arbeit mit Lebewesen unter Berücksichtigung der mit dieser Aufgabe verbundenen ethischen Aspekte, der Positionierung auf einem internationalen Schachbrett, das die Landwirtschaft zu einem Markt macht, der der Spekulation und den Gesetzen der Ökonomie unterworfen ist.

Dies verdeutlicht die vielfältigen Rollen der Landwirtschaft (Gasson 1988; Plumecocq et al. 2018; Condor & Lavissière 2023) und damit auch die vielfältigen Erwartungen (Katz & Kahn 1966; Ashforth 2000), mit denen Landwirte tagtäglich konfrontiert sind. In einem schnelllebigen Umfeld über einen längeren Zeitraum hinweg arbeiten, Entscheidungen treffen, die verbindlich sind, auch wenn klimatische Unwägbarkeiten in wenigen Minuten alles zunichtemachen könnten, strategische und damit langfristige Entscheidungen treffen, obwohl sich die Erwartungen der Verbraucher oder die Gesetze des Marketings ohne Vorwarnung ändern können. Es spiegelt darüber hinaus die Vielschichtigkeit des Berufs und die tiefgreifenden Veränderungen wider, denen er unterliegt: zeitgleich taktisch und strategisch handeln, nicht nur Landwirt, sondern auch Unternehmer sein.

Obwohl die Landwirtschaft von Natur aus mit Unsicherheiten konfrontiert ist, befindet sie sich in einer neuartigen, multifaktoriellen und multidimensionalen Krise (Hervieu & Purseigle 2022), die ihre Resilienz infrage stellt (Darnhofer 2014). Wie können tiefgreifende klimatische, politische oder technologische Veränderungen, neue gesellschaftliche Erwartungen an das Tierwohl oder einen besseren Konsum gleichzeitig bewältigt und dabei die wirtschaftliche Existenz der Betriebe und ein angemessenes Einkommen für die Landwirte gesichert werden? Welche Lösungen gibt es für den beispiellosen Bevölkerungsrückgang oder für die Schwierigkeit, Zugang zu Land und damit zum Produktionsmittel zu erhalten oder ganz einfach einen Landwirt zu finden, dem man seinen Betrieb übergeben kann?

Angesichts politischer Instabilität und einer inflationären Gesetzgebung entsteht auch ein Gefühl der Unmöglichkeit und der Unsicherheit: Unmöglichkeit, von seiner Arbeit gut leben und sich entwickeln zu können angesichts der Verteuerung von Rohstoffen und ungleicher Machtverhältnisse bei Vertragsverhandlungen. Hinzu kommt, dass zumindest ein Teil der Landwirte das Vertrauen in diejenigen Institutionen verloren hat, die für die Kontrolle der natürlichen Ressourcen zuständig sind. Sie haben das Gefühl, dass es zu viel Europa und zu viele Kontrollen gibt und sehen sich nicht in der Lage, sich an Vorschriften zu halten, die sie als verwirrend oder gar unverständlich empfinden.

Dieses Umfeld begünstigt, dass Landwirte zahlreiche Spannungen wahrnehmen (Djabi & Perrot 2016; Benoist 2024) und erklärt – zumindest teilweise – die Verschärfung der Protestbewegungen, die in den letzten Jahren in Frankreich zu beobachten waren (Hervieu & Purseigle 2013). Auch wenn diese Bewegungen nicht neu sind, so erregen sie doch durch ihr wiederholtes Auftreten, ihre Formen, ihre Dauer und ihre Resonanz Aufmerksamkeit.

Protestbewegungen mit neuartigem Auftreten, Ausmaß und Resonanz

Die Protestbewegungen des ersten Quartals 2024 haben aufgrund ihres Ausmaßes und ihrer öffentlichen Wirkung einen bleibenden Eindruck hinterlassen. In Frankreich fuhren an einem einzigen Tag fast 500 Traktoren in die Hauptstadt und mehr als 10.000 Landwirte demonstrierten im ganzen Land (Benoist 2024). Sie lösten damit eine Bewegung aus, die mehrere Wochen lang die französischen und europäischen Medien beherrschte. Sie zwangen die Behörden, sich ihre Verbundenheit mit dem, was das französische Landwirtschaftsmodell ausmacht, in Erinnerung zu rufen: eine überwiegend konventionelle, stark subventionierte Landwirtschaft, die sich auf den Ackerbau konzentriert und von Landwirten verkörpert wird, die noch dem Familienmodell nahestehen, d. h., die das Kapital und die Führung des Betriebs besitzen. Sie wiesen auch auf die Schwächen des Modells hin: ungleiche Einkommen zwischen den Landwirten, Verwaltungsinstabilität, Verlust der Wettbewerbsfähigkeit.

Zuvor sorgten zwei weitere Bewegungen in der französischen Landwirtschaft für Aufsehen und fanden großen Anklang in der Bevölkerung und den Medien: „La Bio à Poil" einerseits und „On marche sur la tête" andererseits.

Mit der ersten Aktion, die im Mai/Juni 2021 stattfand, wollten die Biobauern ihren Widerstand gegen eine undifferenzierte finanzielle und symbolische Unterstützung der als „Agriculture Biologique" zertifizierten Landwirtschaft[2]

[2] AB-Zertifizierung (Agriculture Biologique) in Frankreich ist ein Kennzeichen für ökologischen Landbau (Anmerkung der Herausgeber).

und der Betriebe mit „Haute Valeur Environnementale“[3] (HVE, Hoher Umweltwert) zum Ausdruck bringen (Benoist 2025). Diese Bewegung, bei der sich Biobauern nackt auf einem Feld fotografierten (Girard, 2021), wurde lokal von Biobauernkollektiven initiiert und dann von der Fédération Nationale de l’Agriculture Biologique (FNAB) (Nationaler Zusammenschluss der Biolandwirtschaftsverbände) und der Confédération Paysanne durch eine originelle Kommunikationskampagne und weitere Protestaktionen verbreitet mit dem Ziel, ihnen ein großes Echo und Reichweite zu verleihen.

Die zweite Bewegung „On marche sur la tête“, die im letzten Quartal 2023 von der FNSEA, dem größten französischen Landwirtschaftsverband, und dem ihm nahestehenden Jugendverband „Jeunes Agriculteurs“ getragen wurde, zielte darauf ab, gegen ein Übermaß an Normen zu protestieren, indem Straßenschilder in französischen Städten und Gemeinden umgedreht wurden (Beaudoin 2023). Hier ging es darum, gegen für absurd gehaltene Normen, Regeln und Steuern in einem als ungerecht und unfair empfundenen Umfeld zu protestieren. Auch hier berichteten sie über ihre Aktionen in den sozialen Netzwerken und in der lokalen Presse: Somit bildeten sie die Vorstufe zu der aufsehenerregenden Protestbewegung Anfang 2024.

Diese Bewegungen erzeugten Zustimmung innerhalb der Bevölkerung und forderten Behörden, politische Parteien und auch Verbraucher auf, zu bestimmten Fragen Stellung zu beziehen, wie: Welche Landwirtschaft wollen wir? Wie können wir die Produktionsweise „grüner“ machen und nachhaltige Ernährungssysteme für alle erreichen? Wollen wir unsere Landwirte überhaupt noch haben?

Diese Fragen, die der Öffentlichkeit gestellt werden, konfrontieren aber auch die französische Landwirtschaft und die französischen Landwirte mit ihren eigenen Widersprüchen, denn sie zeugen von beruflichen Kontroversen, die keineswegs neu oder anekdotisch sind (Laferté 2021).

[3] „Haute Valeur Environnementale“ ist ein Umweltzertifikat für landwirtschaftliche Betriebe, das sich an Ergebnisindikatoren im Bereich Biodiversität, Pflanzenschutzstrategie, Düngemanagement und Bewässerungsmanagement orientiert (Anmerkung der Herausgeber).

Protestbewegungen als Indikator einer Landwirtschaft im Wandel

Proteste, die Praktiken und Kulturen widerspiegeln

Die französischen Protestbewegungen sind mit der spezifischen nationalen oder europäischen politischen Agenda sowie mit gewerkschaftlichen oder beruflichen Themen eng verbunden. Insofern erinnern sie daran, dass die zentrale und brisante Agrarfrage nicht losgelöst von ihrem Umfeld zu sehen ist.

So entstand die Bewegung „La Bio à Poil“ als Protest auf den Entwurf des nationalen Strategieplans für die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2023 – 2027 und die Bewegung „On marche sur la tête“ ist eine Reaktion auf die Absicht, eine Ökosteuer einzuführen. Die Proteste von 2024 sind ihrerseits im Zusammenhang mit den bevorstehenden Europawahlen zu sehen und dem Scheitern früherer Diskussionen zum Steuerwesen, zu Verwaltungsvorschriften oder auch zur ökologischen Transformation. Einige Monate später spiegeln sie die Frustrationen, die durch die Auflösung der Assemblée nationale[4] und die Aussetzung des Landwirtschaftsrahmengesetzes hervorgerufen wurden, wider. All dies ist vor dem Hintergrund einer beispiellosen Zunahme der klimatischen und gesundheitlichen Risiken für die landwirtschaftlichen Betriebe zu sehen: Dürren, Überschwemmungen, Stürme oder auch Tierseuchen.

Diese Protestaktionen sind auch eine Reaktion auf die grundlegenden Merkmale unseres französischen Modells (Laferté 2024). Die Behinderung des Straßenverkehrs durch Traktoren oder das Abladen von organischen Abfällen vor staatlichen Gebäuden sind klassische Mittel, mit denen Landwirte ihren Unmut zum Ausdruck bringen. Sie bringen aber auch die Ablehnung einer als übertrieben oder ungerecht empfundenen Bürokratie zum Ausdruck (Mesnel 2017). Ebenso deuten sie darauf hin, dass Protest und Machtkampf Voraussetzungen oder Alternativen zu Verhandlungen sind (Fillieule & Tartakowsky 2013).

Damit verdeutlichen diese Proteste auf ihre Weise auch die kontinuierliche Schwächung des Mitbestimmungs- und Verhandlungsprinzips, das dem franzö-

[4] Französischer Bundestag (Anmerkung der Herausgeber).

sischen Agrarmodell der Nachkriegszeit zugrunde lag (Sencébé et al. 2013). In diesem Zusammenhang zeigen sie die französischen Ambiguitäten oder sogar Widersprüche auf, geprägt durch einen historisch gewachsenen starken politischen Interventionismus (Jollivet 1972; Laroche-Dupraz & Ridier 2021; Piet et al. 2021): mit bestimmten strategischen Betriebsmodellen verbundene Erwartungen und Abhängigkeiten, ein allgemeines Gefühl des Autonomieverlusts zugunsten Europas und der Welt bei einem letztlich als sehr gering wahrgenommenen Gewinn für die Landwirte.

Diese Bewegungen zeigen die Vielfalt, sogar die Heterogenität unserer landwirtschaftlichen Welten innerhalb des „Französischen Bauernhofs" und die Kämpfe um Einfluss in einem instabilen und gespaltenen politischen, gewerkschaftlichen und medialen Raum. Schließlich stellen sie die Machbarkeit und Nachhaltigkeit eines gemeinsamen agrarökologischen Modells vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen des Berufsstandes infrage. So ist neben der Abkehr von einem Beruf, der mit einem beispiellosen Bevölkerungsrückgang konfrontiert ist, auch eine Umstrukturierung der Betriebe zu beobachten (Agreste 2022; Insee 2024): Rückgang der mittelgroßen Betriebe und Konzentration der bewirtschafteten Flächen, der beschäftigten Arbeitskräfte oder der Standardbruttoerzeugung zugunsten größerer Betriebe. Die Landwirtschaftszählung 2020 hebt daneben die Entwicklung neuer Beschäftigungsformen hervor: Gesellschaften, Lohnarbeit. Auch wenn Familienbetriebe weiterhin eine wichtige Rolle unter den landwirtschaftlichen Betrieben spielen (Temple & Sourisseau 2017; Cochet 2018), scheint sich eine Form der sozialen Entgrenzung und der Normalisierung (Dubuisson-Quellier & Giraud 2010) abzuzeichnen. In diesem Zusammenhang sind die Proteste der Landwirte sowohl ein Symptom für diese Spannungen als auch ein Symbol für die Veränderungen, die sich vollziehen.

Merkmale einer fragmentierten Welt der Landwirtschaft

Eine sorgfältige Analyse dieser Protestbewegungen und der Aussagen der Landwirte zeigt, dass die französische landwirtschaftliche Welt stark fragmentiert ist (Hervieu & Purseigle 2013; 2022). Ob es um ihre Produktionsweise, ihre Zukunft oder ihren Platz am Tisch der sie betreffenden Diskussionen geht, die Protestbewegungen sind sowohl ein Spiegel der internen Zerrissenheit als auch eine eigenständige soziale Tatsache.

Die 2024 von der FNSEA initiierten Proteste in Frankreich vereinten die Stimmen der Coordination Rurale und der Confédération Paysanne, wurden aber auch von Landwirten unterstützt, die sich keinem der beiden Verbände zugehörig fühlten. Unterschiedliche Sichtweisen auf die Landwirtschaft und den Beruf des Landwirts finden sich hier wieder und hinterfragen unser gegenwärtiges und zukünftiges Ernährungssystem, Pflanzenschutzstrategien, den Umgang mit natürlichen Ressourcen oder auch die Schwierigkeiten, mit denen die Landwirte im Alltag konfrontiert sind. Sie spiegeln Widersprüche und Erwartungen an Europa und die Gemeinsame Agrarpolitik wider. Sie deuten auch auf Meinungsverschiedenheiten über die Entlohnung der Landwirte und auf Debatten über das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Politik hin.

Die Bewegung „La Bio à Poil“ vereint Landwirte aus Bewegungen am linken Rand des politischen Spektrums, die eine ökologische Umgestaltung des Agrarsystems verfolgen. Sie äußert hohe Erwartungen an den politischen Willen, fordert die Beschleunigung und die effektive Umsetzung des „ÉGalim“-Gesetzes[5] (Loi États Généraux de l’Alimentation/Generalstände für den Nahrungsmittelsektor) und eine stärkere Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft (FNAB 2023).

Schließlich vereint die Bewegung „On marche sur la tête“ die Junglandwirte in ihrer Ablehnung der Besteuerung, der Ökologisierung und ganz allgemein der Bürokratie, die sie alle drei als Strafe in einem globalisierten Markt ansehen, der nicht denselben Regeln und derselben Moral folgt wie der inländische Markt (FNSEA 2024).

Jede dieser Bewegungen ist in einem vielfältigen Kontext verankert und spiegelt unterschiedliche Realitäten wider, die auf gemeinsamen Fragen basieren: Welchen Stellenwert haben die Landwirtschaft und die Landwirte in der Gesellschaft? Wie kann man von diesem Beruf (gut) leben und sich auf einem umkämpften Markt mit gleichen Waffen verteidigen? Wie geht man mit den Auswirkungen des Klimawandels um? Wie können der Generationswechsel

[5] Das ÉGalim-Gesetz vom Oktober 2023 gestattet es der französischen Regierung, die Artikel des französischen Handelsgesetzbuches zu Transparenz, wettbewerbsbeschränkenden Praktiken und anderen verbotenen Praktiken durch eine Verordnung zu reformieren. Ziel ist es, das Gleichgewicht der Handelsbeziehungen im Agrar- und Nahrungsmittelsektor herzustellen (Anmerkung der Herausgeber).

und die Hofübergabe gesichert werden? Welche Rolle sollen der Staat, die öffentliche Politik und die Landwirte in dieser Debatte spielen? Ist die Landwirtschaft ein öffentliches Gut oder ein Markt wie jeder andere?

Jede dieser Bewegungen sagt etwas über den Beruf, seine verschiedenen Gesichter und seine Zukunft aus. In diesem Sinne stellen sie einen interessanten Weg und eine Möglichkeit der Meinungsäußerung dar. Und was ist, wenn Protest auch Empowerment bedeutet?

Die bäuerlichen Protestbewegungen: Stimme des Widerstandes und des Empowerments?

Landwirte, die berufliche Streitigkeiten riskieren

Die Protestbewegungen stellen für die französischen Landwirte eine Möglichkeit dar, sich auszudrücken und auf ihre Realitäten, ihre konkreten und alltäglichen Schwierigkeiten sowie ihre gegenwärtigen und zukünftigen Erwartungen aufmerksam zu machen. Auf diese Weise tragen sie dazu bei, die Schwierigkeiten, das Leiden, das Unbehagen und die Selbstmorde[6] in der Landwirtschaft zur Sprache zu bringen (Deffontaines 2014; 2019). Über diese Realitäten hinaus bieten die Proteste Raum, um weitere Aspekte der heutigen französischen Landwirtschaft in den Vordergrund zu rücken: die Vielzahl der Herausforderungen und der beteiligten Akteure, ihre konkreten Auswirkungen auf die Betriebe und die berufliche Praxis. Sie zeigen auch den Wunsch der Landwirte, sich an den Debatten und Projekten, die sie betreffen, zu beteiligen: Aus ihrer Perspektive ist es undenkbar, von den Diskussionen über die Zukunft der Landwirtschaft oder über die Notwendigkeit, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten sowie die zwingende Nachhaltigkeit für die betroffenen Menschen, Betriebe und Ressourcen zu sichern, ausgeschlossen zu werden. Somit bringen die Landwirte, manchmal jenseits der traditionellen gewerkschaftlichen Kanäle, sowohl ihr Misstrauen gegenüber den traditionellen Strukturen oder den staatlichen Behörden als auch ihre internen Kontroversen zum Ausdruck.

[6] Nach einer Umfrage von Santé Publique France (SPF) im Zeitraum 2010–2011 ist die Selbstmordrate unter französischen Bauern 20 Prozent höher als die der Allgemeinbevölkerung. Bei den Milcherzeugern liegt sie sogar 30 Prozent höher. Der Studie zufolge begeht somit fast jeden zweiten Tag ein Landwirt Selbstmord. Besonders betroffen sind dabei Männer im Alter von 45 bis 54 Jahren: https://www.euractiv.de/section/landwirtschaft-und-ernahrung/news/armut-alle-zwei-tage-begeht-ein-franzoesischer-bauer-selbstmord (Anmerkung der Herausgeber).

In dieser Hinsicht fördern diese Bewegungen eine notwendige kollektive Dynamik: über die Arbeit und ihre Realitäten zu sprechen (Arras-Djabi et al. 2021), die für die Arbeitnehmer notwendigen Kontroversen zu nähren (Lhuilier 2007), zu denen auch die Landwirte gehören (Gollac et al. 2014).

Hierbei spiegeln die aufgezeigten Konfliktlinien (Clot 2014) die Debatten über ihre berufliche(n) Identität(en) (Burrelier 2010) und ihre tatsächliche Autonomie wider: Sind sie Unternehmer, die über die Mittel verfügen, sich zu emanzipieren, oder sind sie aufgrund der Dienstleistungen, die sie für die Öffentlichkeit erbringen, unverzichtbare Arbeitnehmer, die dazu verurteilt sind, von der öffentlichen Politik abhängig zu sein (Burton & Wilson 2006; Cheriet 2022)? Beispielhaft für diese kritische Reflexion ihres beruflichen Selbstverständnisses ist folgendes Zitat aus der von uns durchgeführten Befragung:

„Wir sind fast schon leitende Angestellte, Unternehmensleiter, ich mag dieses Wort nicht so sehr... Entscheider, ja; autonom, Unternehmensleiter, d'accord, wir entscheiden über vieles, aber es gibt auch schon viele Dinge, die für uns entschieden werden. Ich zum Beispiel sage oft, ich bin Beamter. Morgen habe ich keine GAP-Prämien mehr, das ist mein Haupteinkommen, das ist Brüssel, das sind staatliche Beihilfen. So, und wie für viele Milch- oder Fleischproduzenten gilt heute: keine GAP-Prämien mehr, keine Landwirtschaft, es ist vorbei."

Sie stellen auch die Qualität der Arbeit und ihre Kriterien infrage: Was wäre eine nachhaltige Landwirtschaft für alle? Und schließlich fragen sie nach der Anerkennung ihrer Arbeit: welche Entlohnung, welche Preise? Welche Rolle spielen sie in den Ernährungssystemen?

Diese beruflichen Auseinandersetzungen zeugen so von der Aktualität und Dynamik einer sozialen Gruppe, die sich im Übergang befindet (Nicholson 1984; Burrelier 2010). Sie bilden Räume für die Aushandlung und Entwicklung individueller und kollektiver Handlungsmacht (Clot 2006; 2008). Sie stellen auf ihre Weise Strategien des Widerstands (Lazarus und Folkman 1984) und des kollektiven Empowerments (Bacqué & Biewener 2015; Guétat-Bernard & Lapeyre 2017) dar, die auf soziale Veränderung durch Aktionen, Versammlungen und kollektive Forderungen rund um eine für die Landwirte und ihre Produktionsmittel nachhaltige Landwirtschaft abzielen. Sie bieten darüber hinaus Raum für Kreativität und

Überwindung (Scott & Bruce 1994; Martín et al. 2007). Wie bereits erwähnt, sind Protestbewegungen zwar ein klassisches Mittel, um Wut auszudrücken, aber die in jüngster Zeit mobilisierten Hebel spiegeln andere Entwicklungen wider. Einerseits zeigen sie den Willen, die Sichtbarkeit eines Berufs und seiner konkretesten Realitäten zu erhöhen: sich bekannt zu machen, um verstanden zu werden (Jones 1993). Andererseits sind sie Teil einer Dynamik zur Normalisierung des Berufs (Hervieu & Purseigle 2022). Das Streben nach einer besseren Ausgewogenheit der Lebenszeiten und -bereiche (Lenoir & Ramboarison-Lalo 2014) und der Wunsch, die berufliche Laufbahn zu einem bestimmten Zeitpunkt der Karriere ändern zu können, prägt auch die heutigen Landwirte. So formulierte ein befragter Landwirt:

„Ich sehe mich nicht noch zehn Jahre hier, nicht einmal, ich würde sagen, nicht einmal fünf Jahre ... Ich habe noch nicht alles, was passiert ist, verarbeitet, aber ich sehe mich nicht noch zehn Jahre in der Landwirtschaft unter den derzeitigen Bedingungen, ich möchte verschnaufen, weil ... Ich weiß nicht, ob ... Wenn ich aufhöre zu arbeiten, weiß ich nicht einmal, was ich eigentlich machen könnte, selbst für mich, ich habe keine Lust mehr, also ist das in erster Linie, wieder Lust zu bekommen, was zu machen, oder einfach Freizeit zu haben.“

Schließlich gehört auch der Einsatz neuester Kommunikationstechnologien zu den Strategien der Einflussnahme, die sich in der Nutzung sozialer Netzwerke und viraler Marketingtechniken manifestieren. Insofern bilden sie ein Kontinuum zwischen traditionellen Protestformen und neueren Methoden.

Wie wir sehen, sind diese Protestbewegungen sowohl Warnungen als auch Räume der Übertragung und Übersetzung von Realitäten für Verbraucher, Bürger, Behörden und die Landwirte selbst. Die Frage des ökologischen Wandels, die sich durch die Proteste zieht, verkörpert auch einen Gegenstand der Diskussion und der Macht der Landwirte.

Agrarökologie – Grenzgebiet und Machtobjekt für Landwirte?

Die traditionelle Gegenüberstellung von sogenannten „konventionellen“ und „ökologischen“ Praktiken wird der Vielfalt der Praktiken und dem gemeinsamen Interesse der Landwirte an nachhaltigeren Praktiken nicht gerecht (Sencébé & David 2023). Tatsächlich führt das Bewusstsein, dass die Landwirtschaft für den Klimawandel mit verantwortlich ist und gleichzeitig Schäden erleidet, dazu,

dass Landwirte, aber auch ihre Stakeholder, über eine Umstellung auf Praktiken nachdenken, die für die Umwelt, die Menschen und die Systeme vorteilhafter sind (Allaire 2021).

Aus all diesen Gründen bilden agrarökologische Praktiken einen gemeinsamen Diskussionsraum (Detchessahar 2009; Conjard & Journoud 2013; Arras-Djabi et al. 2021), der geeignet ist, die Grenzen des vorherrschenden konventionellen Modells hin zu nachhaltigeren ökosystembasierten Ansätzen zu verschieben. Sie bilden eine Brücke zwischen verschiedenen Welten, Praktiken und Perspektiven (Latzko-Toth & Millerand 2015), die in Regionen, in der öffentlichen Politik und in Konsummustern koexistieren. In diesem Sinne stellen sie ein Grenzgebiet (Leigh Star 2010) für die Landwirte und ihre Interessenvertreter dar, das drei Themen anspricht (Djabi & Perrot 2016):

1. Die Definition der Rolle der Landwirtschaft und der Landwirte: Was bedeutet es heute, Landwirt zu sein? Was ist eine gesunde Ernährung?
2. Wie können Landwirte die ihnen zugewiesenen Ziele erreichen: Wie gehen sie mit den Herausforderungen von morgen um? Wie sollen sie mit den natürlichen Ressourcen umgehen? Welches Verhältnis soll man zu nicht-menschlichen Lebewesen haben?
3. Wie werden sie anerkannt und entlohnt: Wie soll die Arbeit der Landwirte entlohnt werden? Was ist ein fairer Preis? Wie können landwirtschaftliche Berufe nachhaltig und attraktiv gestaltet werden?

Die hier diskutierten Kontroversen beziehen sich auf das Konzept der Agrarökologie und die Frage, ob die HVE-Zertifizierung als agrarökologische Praxis oder lediglich als Instrument für die konventionelle Landwirtschaft angesehen werden kann.

Das Ringen um ein gemeinsames agrarökologisches Projekt ist auch eine Quelle von Fortschritt, die nicht unbedingt beim Namen genannt werden muss. Hier wecken im Zusammenhang mit der Diskussion über das „Loi d'orientation pour la souveraineté alimentaire et le renouvellement des générations en agriculture“[7]

[7] Das Orientierungsgesetz für Ernährungssouveränität und Generationswechsel in der Landwirtschaft wurde mittlerweile am 24. März 2025 vom Präsidenten der Republik verkündet und am 25. März 2025 im Amtsblatt veröffentlicht (Anmerkung der Herausgeber).

(LOA, Rahmengesetz für Ernährungssouveränität und Generationswechsel in der Landwirtschaft) mehrere Bestimmungen unser Interesse: Einhaltung des Prinzips der Gegenseitigkeit (oder Spiegelklausel, d. h., gleiche Standards für die gehandelten Produkte) in Freihandelsabkommen, die Energie- und Klimaziele, die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln oder auch die Erhöhung des Anteils der biologisch bewirtschafteten Flächen. Außerdem wird ein Prinzip der wirtschaftlichen und technischen Nachhaltigkeit in einem schwierigen Streben nach Gleichgewicht eingeführt (Assemblée nationale 2025).

Die Protestbewegungen haben die Rolle und den Platz der französischen Landwirtschaft in unserem sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gefüge infrage gestellt. Im LOA wird anerkannt, dass Landwirtschaft und Fischerei von „bedeutendem und grundlegend allgemeinem Interesse“ sind. Mit anderen Worten, auch wenn sie nicht alle Schwierigkeiten lösen, sind Protestbewegungen unter anderem ein Hebel für Vitalität und kollektiven Widerstand (Clot & Simonet 2015). Sie sind eine wesentliche Ressource (Hobföll 1989) für eine heterogene Berufsgruppe, deren Auseinandersetzungen ihr ermöglichen, die Zukunft (wieder) selbst in die Hand zu nehmen.

Schlussfolgerungen

Die Landwirtschaft ist von Natur aus mit Unsicherheiten konfrontiert. Ihr konventionelles und intensives Erscheinungsbild in der Nachkriegszeit zielte nicht zuletzt darauf ab, diese Unsicherheiten zu verringern, indem bestimmte Faktoren kontrolliert wurden. Heute ist sie einem weitaus komplexeren und unsichereren Umfeld ausgesetzt, das sie mit vielschichtigen Veränderungen konfrontiert und ihre Widerstandsfähigkeit auf eine harte Probe stellt.

Die jüngsten Protestbewegungen sind Ausdruck dieser Herausforderungen. Sie bedeuten Veränderungen für die Landwirte selbst und die sie umgebenden Systeme. Sie verdeutlichen die Notwendigkeit, aktuelle landwirtschaftliche Fragen unter Berücksichtigung der Menschen, die sie täglich ausüben, neu zu denken.

Somit sind die Protestbewegungen sowohl ein Mittel des Kampfes als auch ein Spiegelbild der Meinungsverschiedenheiten, die die Agrarwelt selbst bewegen, sie sind sowohl eine Macht als auch eine Form des Widerstands. Die Nutzung sozialer Medien ermöglicht den Landwirten dabei nicht nur, ein größeres Publikum zu erreichen und dort das Bewusstsein für ihre Lebensrealitäten und Forderungen zu schärfen. Sie trägt auch zu einer Normalisierung im Sinne der landwirtschaftlichen Identitätskrise bei, indem sie umgekehrt den Landwirten ermöglicht, Parallelen zwischen ihrer eigenen Situation und den Vorstellungen von Arbeitnehmern anderer Branchen zu ziehen hinsichtlich Einkommen, Work-Life-Balance, Lebensbedingungen und der Möglichkeit eines Berufswechsels. Damit hilft die Verwendung sozialer Medien den Landwirten, die Kontrolle über ihr eigenes Narrativ zurückzugewinnen, das manchmal im Widerspruch zu den Vorstellungen steht, die andere von ihnen haben. Sie hilft bei der Klärung der Fragen: Was bedeutet es, Landwirt zu sein? Wie kann man von seinem Beruf leben? Wie kann man nachhaltigere Produktionsweisen anstreben?

Diese Bewegungen spiegeln die Kontroversen über die Qualitätskriterien der Arbeit wider und unterstreichen zugleich die damit verbundenen Unsicherheiten. Sie weisen darauf hin, dass Veränderungen nicht ohne die Landwirte stattfinden können, ebenso wenig wie sie eine einzige Form der Landwirtschaft umfassen können.

In diesem Sinne stellen agrarökologische Produktionsmethoden eine interessante Konflikt- und Machtachse dar. Sie tragen dazu bei, die Norm der konventionellen Landwirtschaft hin zu nachhaltigeren Produktionsweisen zu verschieben, den Menschen wieder ins Zentrum der Systeme zu rücken und den grundlegenden und souveränen Charakter von Ernährungsfragen zu betonen. Deshalb sind die Protestbewegungen nicht einfach nur Symptome einer Landwirtschaft in der Krise. Sie sind auch Katalysatoren für globalere Veränderungen und ein Hebel für Empowerment, der dazu beiträgt, die vielfältigen Identitäten der Landwirtschaft zu prägen.

Vor diesem Hintergrund ist die jüngste Aktion von Landwirten der FNSEA, die Eingänge des „Institut National de Recherche pour l'Agriculture, l'Alimentation et l'Environnement" (INRAE) zuzumauern, ein weiterer Punkt, der Auf-

merksamkeit erregt. Auch wenn sie die Ambivalenzen der Landwirte gegenüber der Wissenschaft und den Forschern widerspiegelt, verdeutlicht sie auch die konkreten Herausforderungen, die mit jeglichem Wandel einhergehen. <

Sandrine Benoist

Sandrine Benoist ist Dozentin sowie Lehr- und Forschungsbeauftragte an der Fakultät für Wirtschafts-, Sozial- und Verwaltungswissenschaften der Universität Reims-Champagne Ardenne (Frankreich, Marne). Sie besitzt einen Doktortitel in Managementwissenschaften. Sie gehört dem Forschungslabor Vallorem (VAL de LOire REcherche en Management) an.

In ihrer Forschung konzentriert sie sich auf die Herausforderungen sowie die soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Arbeit für Einzelpersonen, Gruppen und ihre Ökosysteme aus einer ethischen und kritischen Perspektive.

Ihre Doktorarbeit mit dem Titel „Arbeiten, Ausharren, Widerstehen in der Landwirtschaft: Determinanten und Dynamik von Rollenbelastungen, Strategien und Ressourcen" basiert auf einer fast vierjährigen Forschungsarbeit mit französischen Landwirten, die dem Modell des Familienbetriebs nahestehen. Sie wurde mit dem Preis für akademische Arbeiten der französischsprachigen Vereinigung für Personalmanagement (AGRH) ausgezeichnet.

Literatur

Agreste (2022): Recensement agricole 2020. Ministère de l'Agriculture et de la Souveraine alimentaire. https://agreste.agriculture.gouv.fr/agreste-web/download/publication/publie/Pri2213/Primeur%202022-13_RA2020_%20VersionD%C3%A9finitive.pdf (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Allaire, G. (2021): Où va le modèle de développement des Systèmes alimentaires qui a émergé à la fin du XXe siècle? In: Gasselin, P.; Lardon, S.; Cerdan, C.; Loudiyi, S. & Sautier, D. (Hrsg.): Coexistence et confrontation des modèles agricoles et alimentaires. Versailles : Éditions Quæ. http://books.openedition.org/quae/40055 (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Arras-Djabi, M.; Jeannerod-Dumouchel, N. & Lanoë, L. (2021): L'apport des tensions de rôle dans l'ingénierie des espaces de discussion - Recherche-intervention chez Enedis. (Lavoisier, Éd.) In: Revue Française de Gestion 15 (13), 39–63.

Ashforth, B. (2000): Role Transitions in Organizational Life: An Identity-based Perspective. New York: Routledge.

Assemblée nationale (2025): Souveraineté en matière agricole et renouvellement des générations en agriculture. Projet de loi d'orientation pour la souveraineté en matière agricole et le renouvellement des générations en agriculture. https://www.assemblee-nationale.fr/dyn/17/dossiers/souverainete_agricole_renouvellement_generations (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Bacqué, M. & Biewener, C. (2015): L'empowerment, une pratique émancipatrice? https://doi.org/10.3917/dec.bacqu.2015.01.

Bah, T.; Ndione, L. & Tiercelin, A. (2015): Les récits de vie en sciences de gestion. Orientations épistémologiques et méthodologiques. EMS Editions. https://doi.org/10.3917/ems.bahth.2015.01.

Baumard, P. & Ibert, J. (2014): Quelle approche avec quelles données ? In : Thiétard, R.-A. & al., Méthodes de recherche en management. Dunod, 105–128.

Beaudoin, A. (2023): « On marche sur la tête » : l'opération retournement des agriculteurs en colère. https://www.lemonde.fr/m-le-mag/article/2023/11/30/on-marche-sur-la-tete-l-operation-retournement-des-agriculteurs-en-colere_6203095_4500055.html (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Benoist S. (2025): Role Strain: A Way For Farmers To Reappropriate The Identity Of Organic Farming? Thoughts On The French Protest Movement „La Bio À Poil". COBLI 2023. Nova Science Publishers.

Benoist, S. (2024): Travailler, tenir, résister en agriculture. Déterminants et dynamiques des tensions de rôle, stratégies et ressources. Thèse de doctorat, Université de Tours, Tours. https://theses.fr/s238716 (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Bertaux, D. (1997): Les récits de vie : Perspective ethnosociologique. Nathan Université.

Boutelet, C.; Bran, M.; Girard, L.; Morel, S. & Stroobants, J.-P. (2024): Partout en Europe, la colère des agriculteurs gagne du terrain. https://www.lemonde.fr/economie/article/2024/01/20/partout-en-europe-la-colere-des-agriculteurs-gagne-du-terrain_6211913_3234.html (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Burrelier, F. (2010): L'identification au rôle de médecin-gestionnaire dans les hôpitaux publics : De la variété des processus à l'importance de l'identification relationnelle. Congrès de l'AGRH, 1–31. Rennes. https://core.ac.uk/download/pdf/47796662.pdf (letzter Zugriff: 08.10.2025).

Burton, R. & Wilson, G. (2006): Injecting social psychology theory into conceptualizations of agricultural agency: Towards a post-productivist farmer self-identity? In: Journal of Rural Studies 22 (1), 95–115. https://doi.org/10.1016/j.jrurstud.2005.07.004

Cheriet, F. (2022): Entrepreneuriat rural et agricole, un champ en plein essor. Introduction au dossier thématique. In: Systèmes alimentaires 7, 201–206. https://doi.org/10.48611/isbn.978-2-406-14229-4.p.0201

Clot, Y. & Simonet, P. (2015): Pouvoirs d'agir et marges de manœuvre. In: Le travail humain 78 (1), 31-52. https://doi.org/10.3917/th.781.0031

Clot, Y. (2008): Travail et pouvoir d'agir. Paris : Presses universitaires de France.

Clot, Y. (2014): Réhabiliter la dispute professionnelle. In: Le journal de l'école de Paris du management 105(1), 9–16. https://doi.org/10.3917/jepam.105.0009.

Cochet, H. (2018): Le modèle de l'agriculture familiale en France. Comparaison avec d'autres formes d'agriculture. In: Chouquer, D. G. & Maurel, M.-C. (Hrsg.): Les mutations récentes du foncier et des agricultures en Europe. Besançon: Presses universitaires de Franche-Comté. https://doi.org/10.4000/books.pufc.5578

Condor, R. & Lavissière, M. (2023): Les nouvelles formes d'agriculture: un nouveau modèle agricole ? In: Revue d'Économie Régionale & Urbaine 1, 111–134. https://doi.org/10.3917/reru.231.0111

Conjard, P. & Journoud, S. (2013): Ouvrir des espaces de discussion pour manager le travail. In: Management & Avenir 63 (5), 81–97. https://doi.org/10.3917/mav.063.0081

Coulomb, P. & Delorme, H. (1987): Crise agricole, crise de politique. In: Sociologie du travail 4, 385–413. https://www.persee.fr/doc/sotra_0038-0296_1987_num_29_4_2382 (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Darnhofer, I. (2014): Resilience and why it matters for farm management. In: European Review of Agricultural Economics 41(3), 461-484. https://doi.org/10.1093/erae/jbu012

Darnhofer, I.; Sutherland, L.-A. & Pinto-Correia, T. (2015): Conceptual Insights Derived from Case Studies on 'Emerging Transitions' in Farming. In: Sutherland, L.-A.; Darnhofer, I.; Wilson, G. & Zagata, L. (Hrsg.): Transition pathways towards Sustainability in European agriculture. Case studies from Europe, 189–203. CAB International. https://doi.org/10.1079/9781780642192.0189

De Gaulejac, V. (2005): La société malade de la gestion. Paris : Seuil.

Deffontaines, N. (2014): La souffrance sociale chez les agriculteurs - Quelques jalons de compréhension du suicide. In: Études rurales 193, 13–24. https://journals.openedition.org/etudesrurales/9988 (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Deffontaines, N. (2019): Suicides d'agriculteurs : sortir du réductionnisme économique. In: Sésame 6, 60–62. https://www.cairn.info/revue-sesame-2019-2-page-60.htm&wt.src=pdf (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Detchessahar, M. (2009): Les déterminants organisationnels et managériaux de la santé au travail: l'enjeu de la parole sur le travail. Université de Nantes.

Djabi, M. & Perrot, S. (2016): Tensions de rôles : Proposition d'une grille d'analyse. In: Management international 21, 140–148. https://www.researchgate.net/publication/308166419_Tensions_de_roles_Proposition_d'une_grille_d'analyse (letzter Zugriff: 08.10.2025).

Dubuisson-Quellier, S. & Giraud, C. (2010): Les agriculteurs entre clôtures et passerelles. In: Hervieu, B. & Académique (Hrsg.): Les mondes agricoles en politique. Paris: Presses de Sciences Po, 111-130. https://doi.org/10.3917/scpo.hervi.2010.01.111

Dujarier, M.-A. (2017): Le management désincarné. Enquête sur les nouveaux cadres du travail. (Poches / Essais) Paris: La Découverte. https://doi.org/10.3917/dec.dujar.2017.01

Eisenhardt, K. M. (1989): Building Theories from Case Study Research. In: The Academy of Management Review 14(4), 532–550. http://www.jstor.org/stable/258557?origin=JSTOR-pdf (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Fillieule, O. & Tartakowsky, D. (2013): La manifestation. (2e éd.). Presses de Sciences Po. https://shs.cairn.info/la-manifestation--9782724614213?lang=fr (letzter Zugriff: 08.10.2025).

FNAB – Fédération nationale d'agriculture biologique (2023): Le label HVE trompe le consommateur, la justice doit l'interdire. https://www.fnab.org/le-label-hve-trompe-le-consommateur-la-justice-doit-linterdire/ (letzter Zugriff: 19.08.2025).

FNSEA – Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles (2024): Mobilisation. Synthèse des revendications. Retrouver une liberté d'entreprendre. https://www.fnsea.fr/wp-content/uploads/2024/01/2024-01-24-MOBILISATION_2024-Synthese_des_revendications_FNSEA_JA_vdef_002.pdf (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Girard, L. (2021): Notre modèle est déshabillé, alors que l'agriculture bio touche tout le monde: les exploitants en colère contre les arbitrages du gouvernement. https://www.lemonde.fr/economie/article/2021/06/03/les-agriculteurs-bio-mecontents-des-arbitrages-du-gouvernement_6082590_3234.html (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Girard, L. (2024): Agriculteurs: le feu couve à nouveau dans les campagnes. https://www.lemonde.fr/economie/article/2024/11/10/agriculteurs-pourquoi-le-feu-couve-t-il-a-nouveau-dans-les-campagnes_6385876_3234.html (letzter Zugriff: 08.10.2025).

Gollac, M.; Volkoff, S. & Wolff, L. (2014): Les conditions de travail. La Découverte. https://doi.org/10.3917/dec.golla.2014.01

Goulet, F. (2008): Des tensions épistémiques et professionnelles en agriculture Dynamiques autour des techniques sans labour et de leur évaluation environnementale. In: Revue d'anthropologie des connaissances 2(2), 291–310. https://doi.org/10.3917/rac.004.0291 (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Guétat-Bernard, H. & Lapeyre, N. (2017): Les pratiques contemporaines de l'empowerment. Pour une analyse des interactions entre pratiques et théories, individues et collectifs. In: Cahiers du Genre 63(2), 5–22. https://doi.org/10.3917/cdge.063.0005

Hervieu, B. & Purseigle, F. (2013): Sociologie des mondes agricoles. Armand Collin. Volume 68 Issue 4. https://doi.org/10.3917/arco.hervi.2013.01

Hervieu, B. & Purseigle, F. (2022): Le problème agricole français. In: Études 7, 47-60. https://doi.org/10.3917/etu.4295.0047

Hobföll, S. (1989): Conservation of Resources: A New Attempt at Conceptualizing Stress. In: The American Psychologist, 44(3), 513–524. https://doi.org/10.1037/0003-066X.44.3.513

Insee (2024): Transformations de l'agriculture et des consommations alimentaires. https://www.insee.fr/fr/statistiques/7728903 (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Jollivet, M. (1972): Sociétés rurales et classes sociales. In: Tavernier, Y. & P. d. Po (Hrsg.): L'univers politique des paysans dans la France contemporaine, 79-106. Paris. https://www.cairn.info/l-univers-politique-des-paysans-dans-la-france--9782724602285-page-79.htm (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Jones, M. L. (1993): Role conflict: Cause of burnout or energizer? In: Social work. 1993 Mar; 38(2), 136 –141. https://www.researchgate.net/publication/14719558_Role_conflict_Cause_of_burnout_or_energizer (letzter Zugriff: 08.10.2025).

Katz, D. & Kahn, R. (1966): The Social Psychology of Organizations. New York: John Wiley & Sons Inc.

Laferté, G. (2021). Des revenus à la position sociale: reclasser les agriculteurs. In: Économie rurale 378, 159–174. https://shs.cairn.info/revue-economie-rurale-2021-4-page-159?lang=fr (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Laferté, G. (2024): Colère des agriculteurs: « Ce qui était cohérent et cohésif est devenu explosif ». https://theconversation.com/colere-des-agriculteurs-ce-qui-etait-coherent-et-cohesif-est-devenu-explosif-222066 (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Laroche-Dupraz, C. & Ridier, A. (2021): Le revenu agricole : une multiplicité d'enjeux, de définitions et d'usages. In: Économie rurale 378, 19–36. https://doi.org/10.4000/economierurale.9342

Latzko-Toth, G. & Millerand, F. (2015): Objet-frontière. In: Sciences, technologies et sociétés de A à Z, 163–165. Montréal : Presses de l'Université de Montréal. https://doi.org/10.4000/books.pum.4333 (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Lazarus, R. S. & Folkman, S. (1984): Coping and adaptation. In: Gentry, W. D. (Hrsg.): Handbook of behavior medicine. New York: Guilford, 282–325.

Leigh Star, S. (2010): Ceci n'est pas un objet-frontière! Réflexions sur l'origine d'un concept. In: Revue d'Anthropologie des Connaissances 4(1), 18–35. https://doi.org/10.3917/rac.009.0018

Lenoir, F.-R. & Ramboarison-Lalo, L. (2014): Équilibre des sphères de vie et prévention des risque psychosociaux - Le cas des exploitants agricoles. (ARIMHE, Éd.) RIMHE: In: Revue Interdisciplinaire Management, Homme & Entreprise 12, 45–61.

Lhuilier, D. (2007): Cliniques du travail. Paris: Érès. https://www.cairn.info/cliniques-du-travail--9782749205755.htm (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Martín, P.; Salanova, M. & Peiró, J. (2007): Job demands, job resources and individual innovation at work: Going beyond Karasek's model?. In: Psicothema 19(4), 621–626. https://www.redalyc.org/pdf/727/72719413.pdf (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Mesnel, B. (2017): Les agriculteurs face à la paperasse. Policy feedbacks et bureaucratisation de la politique agricole commune. In: Gouvernement et action publique 6(1), 33-60. https://doi.org/10.3917/gap.171.0033

Miles, M. B. & Huberman, A. M. (2003): Analyse des données qualitatives. Bruxelles: De Boeck.

Mouriaux, M.-F. & Laurent, C. (1999): La multifonctionnalité agricole dans le champ de la pluriactivité. In: Lettre du Centre d'Études de l'Emploi 59, 1–10. https://hal.inrae.fr/hal-02687813 (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Nicholson, N. (1984): A theory of work role transitions. In: Administrative Science Quarterly 29(2), 172–191. https://doi.org/10.2307/2393172

Piet, L. & Hérault, B. (2021): Qu'est-ce que le « revenu agricole », comment en analyser les déterminants et que dit-il de la position sociale des agriculteurs ? Éléments de réponse à partir de travaux de recherche récents. In: Économie rurale 378, 9–18. https://shs.cairn.info/revue-economie-rurale-2021-4-page-9?lang=fr (letzter Zugriff: 08.10.2025).

Plumecocq, G.; Debril, T.; Duru, M.; Magrini, M.-B.; Sarthou, J.-P. & Thérond, O. (2018): The plurality of values in sustainable agriculture models: diverse lock-in and coevolution patterns. In: Ecology and Society 23(1), 1–13. https://doi.org/10.5751/ES-09881-230121

Scott, S. & Bruce, R. (1994): Determinants of innovative behavior: a path model of individual innovation in the workplace. In: Academy of Management Journal 37(3), 580–607. https://www.jstor.org/stable/256701 (letzter Zugriff: 08.10.2025).

Sencébé, Y. & David, M. (2023): Des grandes exploitations alternatives : autonomie, diversification, circuits courts et transmission familiale. Métropolitiques, 1–4. https://doi.org/10.56698/metropolitiques.1902

Sencébé, Y.; Pinton, F. & Alphandéry, P. (2013): Le contrôle des terres agricoles en France. Du gouvernement par les pairs à l'action des experts. In: Sociologie 3(4), 251–268. https://doi.org/10.3917/socio.043.0251

Temple, L. & Sourisseau, J.-M. (2017): L'entrepreneur agricole. In: Tiran, A. & Uzunidis, D. (Hrsg.): Dictionnaire économique de l'entrepreneur. Paris : Classiques Garnier, 73–77. https://agritrop.cirad.fr/583867/7/L%27entrepreneur-Agricole-Pr%C3%A9-Print.pdf (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Van der Ploeg, J.; Laurent, C.; Blondeau, F. & Bonnafous, P. (2009): Farm diversity, classification schemes and multifunctionality. In: Journal of Environmental Management 90(2), 124–131. https://doi.org/10.1016/j.jenvman.2008.11.022

> Die Bauernproteste von 2024 in Polen verstehen – jenseits der Geschichte der Bauernaufstände

Von Wojciech Knieć

In diesem Artikel werden die landwirtschaftlichen Proteste in Polen, die Anfang 2024 stattfanden, vor dem Hintergrund der Geschichte von Aufständen, Revolten, Streiks und anderen Formen des bäuerlichen Protests dargestellt. Um die Forderungen und die Form der jüngsten Proteste zu verstehen, muss man sich mit dem Teil der bäuerlichen Identität auseinandersetzen, der auf der Erinnerung an den aktiven Widerstand und der immer noch lebendigen Bereitschaft zur Konfrontation im Namen der Klassensolidarität beruht. Der Artikel gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte der landwirtschaftlichen Proteste in Polen nach 1989 und vergleicht ihre Ursachen, die gewählten Aktionsformen und die erzielten politischen und sozialen Ergebnisse.

Vor diesem Hintergrund werden die jüngsten Bauernaufstände als ein neues Kapitel in der Geschichte des aktiven Widerstands der polnischen Bauernschaft gegen einen (aus ihrer Sicht) unfreundlichen Staat dargestellt. Unter Verwendung der traditionellen Protestformen (Blockaden, städtische Demonstrationen) wurden die seit Jahren relevanten Forderungen (Preisgarantien, Sicherung der Stabilität der Märkte, Subventionsanreize) mit neuen Elementen angereichert. Bei den Aktionsformen ist eine deutliche Verlagerung der Aktivitäten in die (sozialen) Medien festzustellen, die ein positives Bild der protestierenden Landwirte in die Öffentlichkeit tragen und die Bauernproteste mit dem Widerstand anderer Berufsgruppen in Verbindung bringen. Die Forderungen beziehen sich auf die Ablehnung des europäischen „Green Deals“ und die „Überschwemmung“ der Agrarmärkte mit ukrainischen Produkten. Methodisch stützt sich die Analyse der Bauernproteste unter anderem auf Feldforschungen, die während der Bauernblockaden in der Region Kujawien-Pommern durchgeführt wurden. Die Forschungen umfassen die Teilnahme an

fünf Bauernprotesten, wobei 13 strukturierte Tiefeninterviews mit Bauern sowie zehn unstrukturierte Interviews mit Schaulustigen, die an den Blockaden standen, geführt wurden.

Die Geschichte der Bauernproteste in Polen in der Zeit von 1989 bis 2023

Nach der politischen Wende von 1989 begann Polen mit der Umwandlung seiner zentralen Planwirtschaft in ein marktwirtschaftliches System. Für die Landwirte bedeutete dies neue Herausforderungen, aber auch Unsicherheit, da viele der früheren landwirtschaftlichen Unterstützungsmechanismen abgeschafft oder reduziert wurden. Die Geschichte der bäuerlichen Proteste in Polen nach 1989 zeigt, wie die Landwirte vor dem Hintergrund einer sich dynamisch verändernden politischen und wirtschaftlichen Situation für ihre Rechte und Lebensbedingungen kämpften. In dieser Zeit gab es, so könnte man versucht sein zu sagen, nur die zehn Jahre zwischen 2004 und 2014 ohne gewalttätige Auseinandersetzungen und landwirtschaftliche Proteste. Es war auch eine Zeit einer tiefgreifenden Veränderung der Struktur der polnischen Landwirtschaft. In den ersten Jahren nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union brachten beispiellose Subventionen für den Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor eine echte Steigerung der Rentabilität und des Wohlstands für die Bauernfamilien mit sich. Durch Anreize für den Vorruhestand wurden Bedingungen für die Vergrößerung der Betriebe, die Verjüngung des landwirtschaftlichen Berufsstands und die technische Modernisierung des Sektors geschaffen. Darüber hinaus war die jüngste Geschichte der Landwirtschaft in Polen geprägt von fast ständiger Frustration, Besorgnis und Unzufriedenheit mit der von den Landwirten als unzureichend empfundenen staatlichen Unterstützung angesichts der Schwierigkeiten, mit denen sie ständig konfrontiert waren. Die Reaktion auf diese Misere war in der Regel gut organisiert und umfangreich, wobei fast alle wirtschaftlichen Gruppen von Landwirten in Arbeitskämpfe einbezogen wurden. Dabei hatten die Ursachen für die Streiks im Laufe der Jahrzehnte einen jeweils ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Hintergrund. Die auf den Transparenten der Landwirte formulierten Forderungen veränderten sich, so wie sich auch die Welt um sie herum veränderte. Proteste wandelten sich von recht allgemeinem Aktionismus zu

professionellen, gut durchdachten Aktionen, die mit einer angemessenen „sozialen Medienberichterstattung“ verbunden waren.

Vor 1989

Bauernaufstände haben in der polnischen Geschichte eine lange Tradition, was in gewisser Weise verdeutlicht, dass sie mit der permanenten Unsicherheit instabiler wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse leben mussten. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts nahmen die Bauernaufstände die unterschiedlichsten Formen an – von Streiks und Protesten mit passivem Widerstand bis hin zu „echten“ Bauernaufständen. Der brutalste Bauernaufstand in Polen war zweifellos das sogenannte „Galizische Gemetzel“ im Jahr 1846, angeführt von Jakub Szela. In der südlichen Region Kleinpolen, die unter österreichischer Besatzung stand, wurden damals Tausende von Menschen im Rahmen der Bauernpogrome getötet, vor allem Adlige (Ćwikła 2015; Simons 1971). Die Erinnerung an die erschütternde Grausamkeit dieser Ereignisse hat über Generationen hinweg einerseits die Angst des Adels und des Bürgertums vor dem immer noch starken latenten Aufbegehren der Bauernschaft verstärkt. Andererseits hat sie die Identität der Bäuerinnen und Bauern gestärkt, die unter anderem auf einer Tradition des Widerstands und der Gewalt beruht.

Grzegorz Foryś argumentiert: „*Die Art des organisatorischen Hintergrunds der Bauern und Landwirte war in den aufeinander folgenden historischen Perioden ein Derivat der Struktur der politischen Möglichkeiten in dem Sinne, dass sie das vorherrschende Modell des kollektiven Handelns in der Gesellschaft widerspiegelte ... Der Prozess der Erlangung der sozialen und nationalen Subjektivität dieser Schicht fand in Polen gerade dank der Bauernparteien statt*“ (Foryś 2024). Weitere nennenswerte Bauernaufstände folgten in den 1930er Jahren, darunter der große Millionenstreik der polnischen Bauern im Jahr 1937, der in Form von Straßenblockaden im Bereich der damals größten Städte Polens zur Verhinderung von Lebensmittellieferungen organisiert wurde (Galaj 1974). Die Polizei schlug den Streik brutal nieder; mehr als 40 Bauern wurden dabei getötet (Sioma 1982). Diese Ereignisse prägten das Bewusstsein der Landwirte über Generationen hinweg. Seitdem gehören Straßenblockaden zum festen Bestandteil der landwirtschaftlichen Revolte in Polen (Adams 1995). Auch während der kommunistischen Ära gab es Bauernaufstände, zunächst aus Protest gegen die Zwangskollektivierung

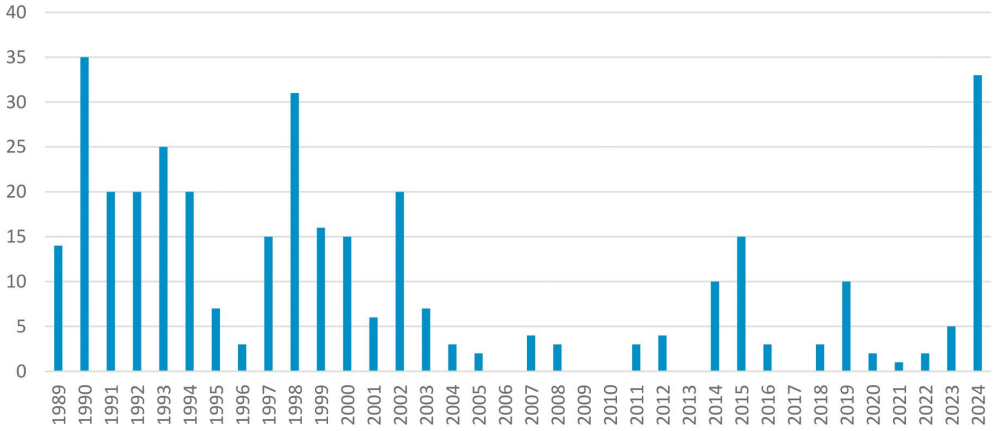
der Landwirtschaft, die Zwangslieferung von Lebensmitteln an die Städte und den eingeschränkten Zugang zu Produktionsmitteln. Jedoch wurden die Aufstände jeweils unmittelbar niedergeschlagen (Rochatka 2018). Infolgedessen verharrten die ländlichen Räume bis in die 1980er Jahre in politischer Lethargie, die durch die (zynisch-pragmatische) politische Aufwertung der Mühen der bäuerlichen Arbeit in der Ära des Generalsekretärs Edward Gierek (1970–1980) noch verstärkt wurde.

In dieser Zeit fand die Freiheitsbewegung der Unabhängigen Selbstverwaltungsgewerkschaft „Solidarität" (Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność", NSZZ) ihren Nachahmer in Form der unabhängigen Verbindung „Solidarität der Einzelbauern" („Solidarność Rolników Indywidualnych", NSZZ RI) (Halamska 2006). Diese authentische, basisdemokratische Bauernbewegung, die sich auf die Institution der katholischen Kirche stützte, trat für „gewaltfreie" Aktionen ein. Die fehlende Hoffnung auf eine politische Auseinandersetzung der Regierung mit den Problemen der ländlichen Räume führte jedoch sofort zu Protesten. Anfang Januar 1981 begannen die Bauern in Ustrzyki Dolne und Rzeszów zu streiken. Der Streik endete im Februar nach umfangreichen Zugeständnissen und Garantien durch die Regierung, unter anderem die Unverletzlichkeit und den freien Verkehr des bäuerlichen Grund und Bodens, die Beendigung der Unterstützung staatlicher Betriebe auf Kosten der einzelnen Landwirte, die Angleichung der sozialen Rechte von Land- und Stadtbewohnern. Die Verbindung „Solidarität der Einzelbauern" wurde während des Kriegsrechts in Polen (1981 bis 1983) verboten und aufgelöst (Kozlowski 2010).

Die 1990er Jahre – Beginn der Transformation und der landwirtschaftlichen „Selbstverteidigung". Am Rande einer bäuerlichen Rebellion

Wie Abbildung 1 zeigt, stieg die Häufigkeit der Proteste in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren stark an und ging dann leicht zurück, ehe sie mit Beginn der Beitrittsverhandlungen Polens mit der Europäischen Union wieder stark anstieg. Nach dem EU-Beitritt Polens ging die Zahl der Proteste schließlich so stark zurück wie nie zuvor in der moderneren Geschichte Polens. Dieser Zustand dauerte von 2005 bis 2015 an. Im Jahr 2015 kam es im Zuge der Unruhen im Osten (Russland-Embargo) erneut zu Protesten, die im Jahr 2024 schließlich ihren Höhepunkt erreichten.

Abb. 1: Jährliche Anzahl von Bauernprotesten in Polen, 1989–2018



Quelle: eigene Studie, unter Verwendung von: Wenzel, M. (2023): Od Samoobrony do Agrounii. Wiejskie ruchy społeczne po 1989 roku (Von der Samoobrona (Selbstverteidigung) zur Agrounia: Ländliche soziale Bewegungen in Polen nach 1989), Teoria Polityki, S. 167–191

Die 1990er Jahre waren eine Zeit, in der die polnische Landwirtschaft mit den Folgen der marktwirtschaftlichen Reformen zu kämpfen hatte. Die Landwirte, insbesondere diejenigen mit kleinen und mittleren Betrieben, befanden sich in einer schwierigen Lage, da sie mit billigeren, aus dem Ausland importierten Produkten konkurrieren mussten. Die Kürzung der Agrarsubventionen, der Anstieg der Kraftstoff- und Düngemittelpreise und die Verschlechterung der Rentabilität der Produktion führten zu einer Welle der Unzufriedenheit. Folglich fanden die ersten großen landwirtschaftlichen Proteste im freien Polen bereits Anfang der 1990er Jahre statt. Im Jahr 1990, nur wenige Monate nach der Machtübernahme der Solidarnosc-Regierung, schickte Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki zum Erstaunen der polnischen Landbevölkerung gepanzerte Mannschaftswagen, um eine Bauernblockade in der Nähe von Mława aufzulösen. Diese Aktion machte unter den Landwirten viel Eindruck. Sie verringerte viele Jahre lang die Hoffnung auf die Nach-Solidaritäts-Regierungen und bildete den Nährboden für radikale populistische bäuerliche Bewegungen (Ekiert & Kubik 1999). Einer der öffentlichkeitswirksamsten Bauernproteste geht auf das Jahr 1992 zurück, als in zahlreichen Regionen des Landes Straßenblockaden organisiert wurden. Die Landwirte forderten vor allem ein stärkeres Eingreifen des Staates in den

Agrarsektor, um den Binnenmarkt vor dem Zustrom billiger Lebensmittel aus dem Ausland zu schützen und die Kreditbedingungen zu verbessern. Die „Unabhängige Solidarität der Einzelbauern“ wurde zu einem wichtigen Akteur auf der politischen Bühne, der bei der Organisation der Proteste eine Rolle spielen wollte. Der Aufruhr wurde jedoch vorrangig von einer neuen sozio-politischen Bewegung, der Partei „Selbstverteidigung“ (Samoobrona) unter der Führung des charismatischen Andrzej Lepper gesteuert. Es handelte sich um eine von der Basis organisierte, klassenübergreifende, landesweite Bauernbewegung, die sowohl in ihrem Programm als auch in ihren Aktionsformen radikal und populistisch war (Krok-Paszkowska 2003). Entstanden bei Bauernblockaden und bei Protesten, die zunächst in den von ehemaligen Staatsbetrieben dominierten Gebieten organisiert wurden, waren die in ihrer Anfangszeit (1992 bis 1994) organisierten Proteste von extremer Brutalität oder gar von Terror geprägt. 1994 zogen Lepper und seine Männer den kommissarischen Verwalter eines verschuldeten Bauernhofs in Kobylnica Słupska (Polen) nackt aus und peitschten ihn mit Ruten aus. In der Stadt Praszka nahmen „Selbstverteidigungs“-Aktivisten aus Protest gegen den Konkurs der örtlichen Lebensmittelfabrik den Bürgermeister, einen behinderten Menschen ohne Bein, gefangen, setzten ihn gewaltsam in eine Schubkarre und fuhren ihn auf dem Stadtplatz herum, wobei sie ihm zuriefen, dass es sich lohnen würde, sein anderes Bein abzuschneiden, damit er nicht mehr zur Arbeit käme (Drelich 2013). In Veröffentlichungen und öffentlichen Äußerungen bezeichneten die Aktivisten der „Selbstverteidigung“ im Laufe der Jahre immer wieder polnische Minister, Ministerpräsidenten und Präsidenten (von Wałęsa bis Tusk) als „Banditen“, „Diebe“, „Schurken“, „Verbrecher“ und „Verräter“; das polnische politische System nannten sie „Mafia“, „korrupte Clique“ und „blutrünstiges System“ (Drelich 2005).

Die Agrarproteste von 1990 bis 1998 waren Ausdruck der Unzufriedenheit der polnischen Landbevölkerung mit den Auswirkungen der Wirtschaftsreformen und ihren negativen Folgen für den Agrarsektor. Sie zeigten auch, dass die Landwirte bereit waren, in der neuen politischen Realität für ihre Interessen zu kämpfen. Obwohl diese Proteste keine umfassenden Lösungen brachten, stellten sie eine wichtige Etappe in der sozialen Mobilisierung auf dem Lande dar und brachten landwirtschaftliche Themen in die nationale öffentliche Debatte ein (Foryś & Gorlach 2015).

Proteste im Vorfeld des Beitritts zur Europäischen Union – weitere Radikalisierung

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und zu Beginn des 21. Jahrhunderts hatte die polnische Landwirtschaft noch mit vielen Problemen zu kämpfen. Die Proteste der Landwirte verstärkten sich während der Regierungen der Solidarischen Wahlaktion (polnisch: Akcja Wyborcza Solidarność, AWS) (1997–2001) und der Demokratischen Linksallianz (polnisch: Sojusz Lewicy Demokratycznej) (2001–2005). In dieser Zeit begannen die Landwirte – vor allem unter der Führung des bereits erwähnten Andrzej Lepper und unter dem Banner der „Selbstverteidigung" – die wichtigsten Verkehrsadern und Grenzübergänge zu blockieren und forderten unter anderem die Einführung von Schutzmechanismen für den polnischen Agrarmarkt und finanzielle Unterstützung (Foryś & Gorlach 2002; Foryś 2008).

1999 ist ein wichtiges Datum: Die Regierung von Jerzy Buzek ergriff im Rahmen der Vorbereitungen auf den Beitritt Polens zur Europäischen Union Maßnahmen zur Reform der polnischen Landwirtschaft, die eine Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an die EU-Standards und -Normen vorsahen. Als Reaktion darauf kam es in vielen Regionen des Landes zu Protesten. Die Landwirte befürchteten, dass sie nicht in der Lage sein würden, die EU-Anforderungen zu erfüllen und dass ihre Betriebe nicht auf dem gemeinsamen Markt bestehen könnten. Sie sahen sich mit einem starken Rückgang der Erzeugerpreise für ihre Erzeugnisse wie Getreide, Milch, Fleisch und Kartoffeln konfrontiert. Diese Preise glichen die Produktionskosten nicht aus und brachten viele Betriebe an den Rand des Bankrotts. Zusätzlich stiegen noch die Produktionskosten, insbesondere die Preise für Düngemittel, Treibstoff und landwirtschaftliche Maschinen. Dadurch wurde die landwirtschaftliche Produktion zunehmend unrentabel, was vor allem kleine und mittlere Betriebe traf. Die Landwirte befürchteten, dass ihre Betriebe nicht in der Lage sein würden, mit den effizienteren und subventionierten Agrarmärkten Westeuropas zu konkurrieren und erwarteten, dass der Staat den Agrarsektor während des Übergangs stärker unterstützen würde. Insbesondere forderten sie ein stärkeres staatliches Eingreifen zum Schutz vor billigeren Lebensmitteln aus dem Ausland sowie die Einführung günstigerer Kreditbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe (Foryś & Gorlach 2015).

Die Proteste begannen im Januar 1999 und fanden landesweit statt. Sie wurden sowohl von der „Solidarität der Einzelbauern“ als auch von der Partei „Selbstverteidigung“ organisiert. Die wichtigste Form des Protests waren erneut die Blockaden von Straßen und Grenzübergängen, die den Verkehr in vielen Regionen des Landes lahmlegten: Die Landwirte errichteten Barrikaden aus Traktoren, kippten Erntegut und andere Materialien ab und blockierten unter anderem Nationalstraßen und Autobahnen in Zentral- und Nordostpolen sowie die Grenzübergänge zu Deutschland und Litauen. Ziel der Proteste war es, Druck auf die Regierung auszuüben für sofortige Maßnahmen und die Öffentlichkeit auf die Probleme der ländlichen Räume aufmerksam zu machen. Die heftigsten Zusammenstöße fanden in der nordpolnischen Stadt Bartoszyce statt, wo Landwirte den Grenzübergang zu Russland (Region Kaliningrad) blockierten. In der Stadt kam es zu Straßenkämpfen, wobei mehr als 400 Menschen verletzt wurden, darunter fast 90 Polizeibeamte. 20 Polizeifahrzeuge wurden zerstört oder beschädigt. Nach Angaben von Landwirten schlossen sich Stadtbewohner den Auseinandersetzungen mit der Polizei auf der Seite der Landwirte an (Dziennik Polski 1999), bei denen es sich laut Polizei um Hooligans handelte. Das Thema der gemeinsamen Aktion von protestierenden Bauern und Pseudo-Fans wird 2024 wieder auftauchen.

Die wichtigsten Forderungen der Landwirte waren:

- Einführung von Mindestpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, welche die Landwirte vor einem drastischen Rückgang der Rentabilität ihrer Produktion schützen sollten
- Schutz des polnischen Marktes vor übermäßigen Importen billigerer Lebensmittel aus dem Ausland
- Bessere Kreditbedingungen für die Landwirtschaft, einschließlich günstigerer Zinssätze für Agrarkredite
- Aufstockung der Subventionen und der staatlichen Unterstützung für den Agrarsektor

Die Regierung von Jerzy Buzek bemühte sich zwar um einen Dialog mit den Demonstranten, konnte aber nicht allen ihren Forderungen zustimmen, insbesondere im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Integration in die Europäische Union. Stattdessen konzentrierte sich die Regierungspolitik auf

die Modernisierung der Landwirtschaft und ihre Anpassung an die EU-Standards, was eine Umstrukturierung des Sektors erforderte. Diese Bestrebungen standen häufig im Widerspruch zu den Interessen der Protestierenden, die befürchteten, dass die Reformen ihre Schwierigkeiten noch verschärfen würden (Foryś 2008). Nach intensiven Verhandlungen erklärte sich die Regierung zu einigen Zugeständnissen bereit, darunter die Umsetzung von Hilfsprogrammen und die Festlegung günstigerer Kreditbedingungen für die Landwirtschaft. Da die Forderungen der Landwirte aber nicht vollständig erfüllt wurden, hielten die Proteste mit Unterbrechungen fast das ganze Jahr 1999 an.

Die landwirtschaftlichen Proteste im Jahr 1999 hatten mehrere wichtige Konsequenzen:

- Sie haben die öffentliche Debatte erheblich beeinflusst und die Aufmerksamkeit auf die Notlage der landwirtschaftlichen Betriebe in Polen gelenkt.
- Der ländliche Raum ist zu einem wichtigen Thema in politischen Kampagnen und Regierungsplänen geworden.
- Von der Regierung wurden einige Maßnahmen ergriffen, um die Situation der Landwirte zu verbessern, zum Beispiel Subventionen für die landwirtschaftliche Produktion und Programme zur Unterstützung der Modernisierung der Landwirtschaft.
- Es wurde deutlich, wie groß die Unterschiede zwischen den Landwirten und dem Rest der Gesellschaft sind. Viele Stadtbewohner empfanden die Straßensperren als lästig und äußerten ihre Unzufriedenheit mit den Aktionen der Landwirte, was zu verstärkten Spannungen zwischen diesen gesellschaftlichen Gruppen führte.

Ein weiteres wichtiges Ereignis war der Protest in Warschau im Jahr 2003, als sich Landwirte aus dem ganzen Land vor dem Regierungssitz versammelten, um eine Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande zu fordern. Die Organisatoren der Proteste argumentierten, dass der Prozess der Anpassung an die EU-Standards zur Marginalisierung kleiner Familienbetriebe führe.

Proteste nach dem Beitritt zur Europäischen Union

Der Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 war eines der wichtigsten Ereignisse für die polnische Landwirtschaft. Nach eher ruhigen Jahren im Nachgang des Beitritts setzten sich die Proteste ab dem Jahr 2010 fort, wenn auch in geringerem Umfang und mit geringerer Intensität. Ein besonders akutes Problem war der Rückgang der Erzeugerpreise, was sich negativ auf die Rentabilität der heimischen Produktion auswirkte und die Wettbewerbssituation der landwirtschaftlichen Betriebe weiter verschärfte. Zudem wurde von Seiten Russlands ein Embargo auf polnische Lebensmittel angekündigt – als Reaktion auf Polens Unterstützung für den demokratischen Wandel in der Ukraine. Bis 2014 war Russland einer der wichtigsten Abnehmer polnischer Agrar- und Lebensmittelprodukte. Aus diesen Gründen gingen die Landwirte im Jahr 2015 landesweit erneut auf die Straße, um gegen die Politik der Regierung in Bezug auf Landverkäufe und niedrige Erzeugerpreise zu protestieren. Es handelte sich um einige der größten landwirtschaftlichen Proteste, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien auf sich gezogen haben. Die Landwirte forderten unter anderem die Einführung von Gesetzen, die den Verkauf von polnischem Land an ausländische Akteure einschränken sollten, sowie eine stärkere Unterstützung der heimischen Produktion. Die Demonstrationen von 2015 bildeten die Grundlage für eine weitere massive Welle von Bauernprotesten in Polen im Jahr 2024.

Fasst man die Geschichte der Bauernproteste in Polen zusammen, so ist festzustellen, dass die Agrarproteste in Polen zwischen 1989 und 1997 mit einem „Transformationsschock“ für den Agrarsektor einhergingen. Sie waren zum einen eine Reaktion auf den heftigen Zusammenstoß mit den Realitäten der freien Marktwirtschaft und zum anderen auf die gerade für die Landwirtschaft geballten negativen Folgen der Schocktherapie beim Wandel der Volkswirtschaft. Die galoppierende Inflation führte zu einer katastrophalen Verschuldung der Betriebe, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Größe. Hinzu kamen der Mangel an Wissen und der kulturelle Widerstand der Landwirte gegen die Anwendung der streng kapitalistischen Rationalität auf die Landwirtschaft. Diese Zeit war in der Tat der brutale Abschied des polnischen Landes von einer bäuerlichen Denkweise. Die erste Reaktion auf den Transformationsschock

war der Rückzug der polnischen Bauernschaft ins „private Elend“. In dieser Zeit stieg die Zahl der bäuerlichen Selbstmorde in erschreckendem Maße an und erreichte im Rekordjahr 1992 mehr als 1.000. Gleichzeitig erwachten bereits 1991 die lokalen Zellen der „Solidarität der Einzelbauern“, die von den kommunistischen Behörden nach dem Aufstand Anfang der 80er Jahre unterdrückt worden waren, rasch wieder und organisierten, wie dargestellt in relativ kurzer Zeit die ersten bäuerlichen Massenproteste im freien Polen.

In der Zeit vor dem EU-Beitritt rührte die Radikalität der Bauernproteste, die sich landesweit mit einer in der modernen polnischen Geschichte beispiellosen Wut äußerten, von der Frustration, dass der ländliche Raum und die Landwirtschaft innerhalb von nur zehn Jahren einer zweiten großen Umgestaltung ausgesetzt worden waren. Die Proteste von 1997, 1999 und 2003 waren ein Schrei nach stärkerer staatlicher Unterstützung in einer Situation hektischer Anpassung der landwirtschaftlichen Betriebe an die ökologischen, organisatorischen und bürokratischen Anforderungen der EU. Die Spannungen wurden auch durch die permanente Finanzkrise der meisten Haushalte, einschließlich mangelnder Kreditwürdigkeit, angeheizt. Das Ausmaß der Agrarblockaden und ihre äußerst negativen Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit von Staat und Wirtschaft führten jedoch zu wachsenden Ressentiments in der breiten Öffentlichkeit den Landwirten gegenüber. In einer Situation, in der sich die gesamte Gesellschaft mit dem Phänomen der „Privatisierung der sozialen Probleme“ auseinandersetzen musste, wurde den Landwirten Klassenegoismus vorgeworfen. Auf die hohe Arbeitslosigkeit im Lande reagierte der Staat damals eher passiv, nach dem Motto: „Macht’s doch selbst“. Daher stießen die Forderungen der Landwirte nach besonderer Unterstützung nicht auf gesellschaftliches Verständnis.

Auch bei den landwirtschaftlichen Protesten kurz vor und in den ersten Jahren nach dem EU-Beitritt waren diese Probleme akut. Die Landwirte hatten beim Beitrittsreferendum 2003 mit überwältigender Mehrheit gegen den Beitritt Polens zur Europäischen Union gestimmt (Szczerbiak 2004). Sowohl in Bezug auf die politischen und wirtschaftlichen Forderungen als auch auf den Verlauf der Proteste ist jedoch eine ziemlich bedeutende Veränderung festzustellen: weniger Radikalität und mehr Argumente. Diese zielten in erster Linie darauf ab, die

Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, dass die Landwirte die größten finanziellen und sozialen Kosten des Beitritts getragen hatten und immer noch trugen. Es handelte sich also eher um Hilferufe aus Sorge um die Zukunft des Agrarsektors, die auch die Lebensgrundlagen der polnischen Gesellschaft insgesamt bedrohen könnte. Mit dem Rückgriff auf westliche Vorbilder (Abladen von Lebensmitteln vor Ämtern) und die Kanalisierung der Unzufriedenheit auf Regierungsbeamte und Staatsbedienstete, anstatt allen Bürgern das Leben durch Straßensperren zu erschweren, sollte die Sympathie der Öffentlichkeit für die Bauern gewonnen werden.

Die großen Agrarproteste 2015 hatten wiederum einen etwas anderen Hintergrund und Verlauf. Diesmal entzündete sich die Frustration der Landwirte an dem russischen Embargo gegen polnische Lebensmittel. Das Embargo hatte schwerwiegende negative Folgen für die Wirtschaftlichkeit der Agrar- und Lebensmittelindustrie und insbesondere für die Obst- und Gemüseproduktion. Die Ausgleichszahlungen der EU konnten die entstandenen Verluste kaum ausgleichen. So sahen sich die polnischen Landwirte nach zehn Jahren realer und beispielloser Prosperität der polnischen Landwirtschaft nach dem Beitritt zur Europäischen Union einer ganz anderen Situation gegenüber: dem drohenden Zusammenbruch der Agrarmärkte. Des Weiteren forderten die Landwirte von der Regierung angesichts der deutlichen Zunahme des Erwerbs von landwirtschaftlichem Eigentum durch Ausländer stärkere Gegenmaßnahmen. Der Verlauf der Proteste hatte durch den Austausch von Protesterfahrungen zwischen den Bauernverbänden aus Polen und ihren Kollegen aus Frankreich, Deutschland oder Spanien bereits ein ausgesprochen „westliches“ Muster (Szlachcic 2024). Zum Erstaunen der Medien und der Öffentlichkeit tauchten Dutzende und Hunderte von modernen Traktoren, Mähdreschern und landwirtschaftlichen Maschinen bei den perfekt organisierten Protesten auf und der Zorn richtete sich einmal mehr gegen Regierungsstellen. Die Proteste führten zu einer anderen Haltung der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość) von Jaroslaw Kaczynski gegenüber der Landwirtschaft. Sie begann, die landwirtschaftliche Wählerschaft zu umwerben, indem sie ihr die Erfüllung immer neuer Forderungen anbot. Im Nachgang zu diesen Protesten wurden neue Bauernverbände gegründet, die enormen Zuspruch erhielten und traditionelle Verbände in den Hintergrund drängten.

Die Proteste von 2015 bildeten die Grundlage für eine weitere massive Welle von Bauernprotesten in Polen im Jahr 2024.

Agrarproteste im Jahr 2024 – gegen den „Green Deal“ und Lebensmittelimporte aus der Ukraine

Die landwirtschaftlichen Proteste in Polen, die im Januar 2024 begannen, eskalierten im Februar und hielten in ihrer Intensität bis März 2024 an. Diese Proteste fanden im Rahmen einer Welle paneuropäischer Demonstrationen statt, die sich auf viele Länder, darunter auch das benachbarte Deutschland, ausbreiteten, wobei Slogans verwendet wurden, die mit den Forderungen der Landwirte anderer europäischer Länder übereinstimmten. Der allgemeine Grund für die Agrarproteste in Polen im Jahr 2024 lag darin, dass es in unserem Land bisher keine ernsthafte öffentliche Debatte über Landwirtschaft und Lebensmittel und deren Rolle bei der Eindämmung und Abschwächung des Klimawandels gab. Die Auswirkungen der Landwirtschaft auf Umwelt und Klima, die Lebensmittelqualität sowie die Beziehung zwischen Landwirtschaft und der Gesundheit der Bevölkerung wurden nicht ausreichend berücksichtigt ebenso wie die wichtige Stimme der Zivilgesellschaft bei agrar- und ernährungspolitischen Entscheidungen.

Während der Proteste konzentrierten sich die Forderungen der Landwirte vor allem auf das Verbot der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln aus der Ukraine und anderen Ländern außerhalb der Europäischen Union, die Ablehnung des europäischen Green Deal, die Ablehnung des EU-Naturschutzgesetzes und die Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Die Forderungen polnischer Landwirte, die während der Proteste im Jahr 2024 artikuliert wurden, lassen sie sich grob in vier Kategorien zusammenfassen:

1. **Widerstand gegen den europäischen Green Deal**: Die Landwirte kritisierten die Anforderungen des europäischen Green Deal, die sie für überzogen und nicht umsetzbar hielten. Sie befürchteten, dass deren Umsetzung die Produktionskosten erheblich erhöhen und die Wettbewerbs-

fähigkeit der polnischen Landwirtschaft auf dem europäischen Markt verringern würde. Experten des unabhängigen Instytut Finansów Publicznych, (Institute of Public Finance) sind jedoch der Meinung, dass die Umsetzung des Green Deal – einschließlich der Ökoregelungen, die in Polen als besondere Bedrohung wahrgenommen werden – bei sorgfältiger Anpassung an die lokalen Bedingungen den polnischen Landwirten langfristig zugutekommen (Czubak et al. 2024).

2. **Einfuhrbeschränkung für Agrarprodukte aus der Ukraine**: Die unkontrollierten Importe von Agrarprodukten aus der Ukraine werden als Bedrohung für die Stabilität des Binnenmarktes und die Ernährungssicherheit Polens wahrgenommen. Die Landwirte forderten, diese Importe zu beschränken oder zu kontrollieren, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten und die einheimische Produktion zu schützen. Aus Sicht der Landwirte wehrten sie sich „gegen den unlauteren Wettbewerb der ukrainischen Landwirtschaft, die hochgradig organisiert und konzentriert ist, international politische Unterstützung unter anderem von Lebensmittelkonzernen genießt und auf keiner Stufe der Lebensmittelproduktion die Standards der europäischen Landwirte erfüllen muss“ (Grzymowicz 2024). Diese Einstellung wird durch folgendes Zitat untermauert:

   „Die Ukraine befindet sich im Krieg und sollte unterstützt werden. Aber wir sind an einem Punkt angelangt, an dem die von ihr produzierten Waren die europäischen Märkte ruiniert haben. Das ist einmalig: Sie entwickeln die landwirtschaftliche Produktion in Kriegszeiten und wir bauen sie in Friedenszeiten ab. Hier wurde etwas auf den Kopf gestellt.“ (Emil Mieczaj, Landwirt, Erklärung für farmer.pl)

3. **Unterstützung für die Tierhaltung sowie schnellere Auszahlung der Direktzahlungen und Dürrehilfen**: Die Landwirte forderten finanzielle Unterstützung für die Tierhaltung, die von der derzeitigen Agrarpolitik besonders betroffen ist (zum Beispiel die Schweinehaltung, die in Polen aufgrund von Umweltauflagen stark eingebrochen ist). Ebenso forderten sie eine schnellere Auszahlung von Direktzahlungen und Dürrehilfen, um die finanziellen Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe zu lindern (Czubak et al. 2024).

4. **Vereinfachung der Mechanismen der Gemeinsamen Agrarpolitik**: Diese Forderung bezieht sich auf die Notwendigkeit, die Mechanismen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu vereinfachen und flexibler zu gestalten, damit sie besser auf die Realität und die Besonderheiten der polnischen Landwirtschaft eingehen. Dies umfasst insbesondere einen umfassenden Abbau der Bürokratie und eine bessere Verfügbarkeit von EU-Mitteln (Wpolu.pl 2024).

Nach der ersten großen Protestwelle der Bauern in Deutschland im Januar 2024 schlossen sich Vertreter polnischer Bauernverbände an und demonstrierten gemeinsam mit ihren deutschen Kollegen am Grenzübergang Görlitz/Zgorzelec. Mehr als 1.500 Traktoren und Landmaschinen aus Deutschland und Polen waren dort zu sehen. In bäuerlichen Online-Foren wurde dazu aufgerufen, Blockaden und Demonstrationen als Ausdruck der Solidarität mit den Landwirten in Frankreich, Belgien und den Niederlanden zu organisieren. Diese Aktionen wurden meist von Hinweisen begleitet, dass die Forderungen der westeuropäischen Landwirte mit den Missständen in der Landwirtschaft in Polen übereinstimmten.

Worauf warten wir noch? Auch dort streiken sie. Sie wissen, wie sie für sich selbst kämpfen können. Sie organisieren sich bereits, es läuft gut! Weil bei ihnen ist es wie bei uns – alles gegen die Bauern, zum Nutzen der Konzerne und alles wegen der Dummheit der Brüsseler Beamten! Worauf warten wir noch? Leute, ihr müsst handeln! (Eine anonyme Erklärung auf dem Portal von AgroNews.co.uk, abgerufen am 8/01/2024)

In Polen fanden die ersten groß angelegten Protestaktionen mit Straßenblockaden am 24. Januar 2024 statt. Kurz zuvor hatte sich ein Nationales Protestkomitee („Ogólnopolski Komitet Protestacyjny") konstituiert, das sich aus Vertretern der größten landwirtschaftlichen Verbände und der Partei AGROunia zusammensetzte. Das Komitee veröffentlichte einen Forderungskatalog, der sich mit den Forderungen der Landwirte in Ungarn, der Slowakei, der Tschechischen Republik und der baltischen Staaten decken würde (Czubak et al. 2024). Die Umsetzung der Blockaden erfolgte an mehr als 150 Brennpunkten auf Bundes- und Provinzstraßen, die zu teils sehr langen Staus führten durch zum Beispiel langsame Fahrten der Kolonnen von Traktoren und land-

wirtschaftlichen Maschinen. Mit der Zeit verschärften sich die Protestformen: So kam es zur Errichtung von Straßensperren für 24 oder 48 Stunden, die von Konvois landwirtschaftlicher Maschinen begleitet wurden. Den Höhepunkt der Proteste bildeten die sogenannten „Sternmärsche“, bei denen ausgewählte Städte in Polen durch lange Traktoren-Konvois von allen Seiten blockiert wurden.

Im Februar 2024 organisierten die Landwirte in Polen eine Reihe intensiver Proteste, um ihren Widerstand gegen die Agrarpolitik der Europäischen Union und die Entscheidungen der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Am 9. Februar kam es zu massiven Blockaden an mehr als 250 Orten, vor allem an den Außengrenzen, auf Nationalstraßen und im Bereich wichtiger Häfen. Kurz darauf erschien im Internet eine Liste polnischer Unternehmen, die am Handel mit eingeführten Produkten aus der Ukraine beteiligt sind und das Embargo geschickt umgehen. Nachdem der Landwirtschaftsminister die Liste bestätigt hatte, gab es einen Aufschrei in den Online-Foren der Bauernverbände und -organisationen und die Radikalisierung der Bauernbewegung forcierte sich. Am 20. Februar schütteten Bauern am Grenzübergang Medyka ukrainisches Getreide auf die Bahngleise. Am selben Tag rollte die größte Welle von Bauernprotesten seit über 20 Jahren durch Polen. Zudem kam es zu weiteren Straßenblockaden im ganzen Land, die beispielsweise den Grenzverkehr mit der Ukraine vollständig lahmlegten. Am 27. Februar blockierte ein Sternmarsch (Marsz Gwiaździsty) die polnische Hauptstadt Warschau. Im März 2024 protestierten die Landwirte in Polen in vielen Städten mit Straßenblockaden und Demonstrationen. Die Strategie der Aktivitäten hatte sich etwas geändert: Sie fuhren jetzt mit Hunderten von Traktoren und Landmaschinen in langen Kolonnen in die Zentren der großen Städte, unter anderem Warschau, Łódź, Rzeszów oder Poznań.

Als Reaktion darauf unterzeichnete Landwirtschaftsminister Czeslaw Siekierski am 19. März eine Vereinbarung mit protestierenden Landwirten. Dennoch kam es am 20. März erneut zu einer großen Welle von Demonstrationen, Blockaden und zum Abladen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor öffentlichen Einrichtungen. Weitere Protestaktionen folgten schließlich im April 2024, vor allem in Regionen wie Großpolen, der Woiwodschaft Łódź, Podlachien sowie an Straßen und Grenzübergängen.

Dabei gab es auch Demonstrationen vor den Büros von Abgeordneten und Senatoren, um den Politikern ihre Probleme direkt vor Augen zu führen. Ende April 2024 kam es erneut zu Protesten in der Landwirtschaft, wenn auch in kleinerem Rahmen. Sie gipfelten in einer Demonstration in Warschau am 10. Mai.

Vergleichende Einordnung der jüngsten Agrarproteste

Die Landwirte in Polen haben noch nicht alle Ziele ihrer Proteste aus dem Jahr 2024 erreicht. Auch wenn sie mehr öffentliche Unterstützung gewinnen und das Bewusstsein für die Probleme schärfen konnten, warten sie noch immer auf konkrete Beschlüsse der Regierung, die nur teilweise Maßnahmen ergriffen hat. Gleichwohl waren zweifellos die ersten Zugeständnisse Brüssels beim Green Deal der größte Verhandlungserfolg, die unter anderem als Folge der Bauernstreiks in Polen gemacht wurden. Ein ebenso großer politischer Erfolg war die Einführung von Einfuhrbeschränkungen für Agrarprodukte und Rohstoffe aus der Ukraine.

Im Vergleich zu früheren Bauernprotesten nach 1989 lassen die Proteste von 2024 einige Unterschiede erkennen. Zu den größten gehören die Professionalisierung und Effizienz der Organisation der Aktivitäten sowie die Tatsache, dass die Demonstranten die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung für ihre Forderungen gewinnen konnten. Dies belegen sowohl verschiedene Umfragen als auch die zahlreichen Fälle von Unterstützung, die direkt bei den Blockaden und Demonstrationen beobachtet werden konnten.

Die Proteste wurden mit einem effizienten Informationsfluss über den genauen Ort, die Dauer und die Form der Proteste organisiert. Die Organisatoren aktualisierten die Daten täglich, stellten sie in Karten und Medienmitteilungen zusammen und schickten sie an die Verwaltungen der Städte und Gemeinden, in denen sie stattfinden sollten, sowie an die regionalen und lokalen Medien. Die Meldungen wurden auch an das Regierungszentrum für Sicherheit (RCB) weitergeleitet, welches wiederum SMS-Informationen an die Bewohner der Gebiete schickte, in denen Blockaden und landwirtschaftliche Demonstrationen erwartet wurden.

Während der Proteste durchgeführte Umfragen zeigen, dass 72 bis 78 Prozent der polnischen Öffentlichkeit die protestierenden Landwirte nachdrücklich unterstützten, während nur 10 Prozent der Befragten die Proteste entschieden ablehnten (IBRIS 2024; IPSOS 2024). In diesen Stellungnahmen identifizierten sich die Befragten überwiegend mit den Forderungen der Landwirte und stimmten zu, dass die Proteste auch in ihrem eigenen Interesse lagen. Das betraf insbesondere die Vorbehalte und Ängste gegenüber der allgemeinen Ökologisierung, verkörpert durch den „Green Deal". Eine der häufigsten Befürchtungen bezieht sich auf die empfundene Sinnlosigkeit der Aufforderung, auf Elektroautos umzusteigen, und auf die Ausweisung grüner Verkehrszonen in den Städten. Außerdem wurde die Landwirtschaft angesichts der Kriegsgefahr als strategischer Teil der Wirtschaft verstanden. Und nicht zuletzt schien die Unterstützung der Bauernproteste eine Art indirekte Kritik an den übermäßigen Hilfsleistungen für die Ukraine zu sein, wie folgende Aussage unterstreicht. Sie wurde in einer Situation geäußert, in der eine solche Kritik nach Meinung vieler Polen politisch unkorrekt war und ihre Äußerung in öffentlichen Foren eine Art Tabu darstellte. Den Befragten zufolge haben die Bauern durch diesen Tabubruch de facto das zum Ausdruck gebracht, wovon jeder Angst hat zu sprechen.

„Es ist unangebracht, die Ukraine zu kritisieren, wenn sie so große militärische Anstrengungen gegen einen gemeinsamen Feind unternimmt. Wir nehmen dieses Land jedoch auch als Konkurrenten wahr – unabhängig davon, ob es tatsächlich derzeit mit uns konkurriert. Wir halten die ukrainische Führung für undankbar, weil sie das Ausmaß der ihr gewährten Hilfe unterschätzt. Wir setzen diese Kritik um, indem wir Proteste unterstützen, die sich indirekt gegen die Ukraine richten. Dies ist ein gangbarer Weg, um nicht in Konflikt mit der politischen ‚Correctness' zu geraten." (Marcin Duma, Leiter von IBRIS, eigenes Interview)

Vielerorts wurden die Demonstranten von Vertretern ländlicher Organisationen unterstützt. Dazu zählten beispielsweise die Freiwillige Feuerwehr oder die Landfrauenverbände.

„Feuerwehrleute aus einem Nachbardorf fuhren an der Blockade vor. Sie brachten Suppe, Kaffee und Tee. Sie saßen bis zum Einbruch der Dunkelheit bei uns. Sie regelten den Verkehr auf der von uns blockierten Strecke sehr effizient und ließen von Zeit zu Zeit Autos durch. Sie erwarteten keine Gegenleistung."
(Paweł, 29 Jahre alt, eigenes Interview)

Auch erhielten die Demonstranten direkte Unterstützung von weiteren Verbänden und Berufsgruppen, beispielsweise von der Transport- und Schifffahrtsgewerkschaft oder der landesweiten Jägervereinigung. Zudem gab es spontane Solidaritätsbekundungen von informellen Gruppierungen, wie zum Beispiel Fußball-Fans (auch aus der Hooligan-Szene).

„Mehr als ein Dutzend Autos, meist BMWs, fuhren am Mittwoch an der Blockade vor. Angeführt wurden sie von einem Vierergespann von Feuerwehrleuten mit eingeschaltetem Blaulicht und Sirene. (...) Ein paar Dutzend gut gebaute Männer stiegen aus, mit Schals von örtlichen Fußballvereinen. (...) Wir dachten, sie seien gekommen, um die Blockade aufzulösen, aber sie sagten, sie seien gekommen, um uns zu verteidigen (...).“ (Mirosław, 50 Jahre alt, 22 ha-Bauernhof, eigenes Interview)

Die befragten, von den Blockaden betroffenen Autofahrer äußerten unter anderem nervösen Widerwillen bis hin zu Verständnis. Einige Teilnehmende waren überrascht über den friedlichen Verlauf der Proteste, die hervorragende Organisation sowie die Freundlichkeit und das Verständnis der Autofahrer, die durch die Blockaden im Stau standen.

„Ich bin einfach sehr positiv überrascht. Wen ich hier gesehen habe. Es sind junge, sehr positive Menschen. Das ist nicht der Bauer von vor Jahren, den ich noch von der Blockade hier an diesem Ort 1999 in Erinnerung habe – in Gummistiefeln, schmutzig, zahnlos, nach Alkohol stinkend. Das sind tolle, gutaussehende Typen, die die polnische Sprache sehr gut beherrschen und wissen, warum sie hier stehen. Aber sie zeigen keinerlei Aggression, sondern sind stolz darauf, dass sie für uns alle hier sind. Gut gemacht!“ (Anonymer Einwohner von Bydgoszcz, eigenes Interview)

Andere dieser Menschen ärgerten sich über den „Picknick“-Charakter der Proteste.

„So wie ich es sehe, ist es für diese jungen Leute auf der Blockade eine Art Spaß, eine Art Picknick. Ich dachte, es würde heiß werden, ich dachte, sie würden sich mit der Polizei prügeln, ich dachte, es würde ein richtiger Protest werden, und hier wirkt das alles so frivol.“ (Marian, Landwirt, 60 Jahre alt, eigenes Interview)

Die meisten negativen Rückmeldungen von Beobachtern der Proteste hängen mit widersprüchlichen Eindrücken zusammen. Auf der einen Seite wurden Transparente gezeigt, die die Ungerechtigkeit gegenüber den Landwirten an-

prangern und für die öffentliche Unterstützung der Landwirtschaft appellieren. Auf der anderen Seite standen dort landwirtschaftliche Maschinen im Wert von Hunderttausenden von Zloty, die den Eindruck erweckten, dass es der polnischen Landwirtschaft wirtschaftlich gut gehen müsste.

„Wozu tun sie das alles? Gott, seht ihre Traktoren. Jeder ist eine Million wert. Wie viele Millionen stehen hier herum? Geht es ihnen wirklich so schlecht? Nun, ich denke, diesen Bauern geht es gar nicht so schlecht. Ich verstehe das nicht, sie bekommen immer noch nicht genug, sie jammern und meckern immer noch. Seit die Agrargenossenschaften aufgelöst wurden, geht es ihnen jedes Jahr besser. Wenn sie von der Hand in den Mund leben würden, könnte ich das verstehen. Aber ich sehe hier keine Armut. Man kann den Reichtum sehen." (Anna, 68 Jahre alt, eigenes Interview)

Es ist jedoch wichtig festzustellen, dass die Landwirte (zumindest die Vertreter der landwirtschaftlichen Verbände, die die Proteste dominierten) bei den Protesten von 2024 offenbar keine wirkliche Bindung an traditionelle Werte der kleinbäuerlichen Landwirtschaft hatten. Vielmehr waren nach Foryś (2024) die vorhandenen Elemente des bäuerlichen Ethos nichts anderes als ein bewusster manipulativer Versuch, die Gunst der Öffentlichkeit zu gewinnen und die wahren, partikularen Interessen bestimmter Gruppen von Landwirten unter dem Deckmantel bäuerlicher Symbole und Slogans zu verbergen.

Bei der Zusammenfassung der Analyse der Bauernproteste von 2024 lohnt es sich, einen Vergleich zu den vorherigen Agrarprotesten (nach 1989) anzustellen. Diese vergleichende Übersicht ist auf den folgenden Seiten aufgeführt.

Schlussfolgerungen

Die Geschichte der Agrarproteste in Polen nach 1989 zeigt den schwierigen Prozess der Systemtransformation für die Landwirtschaft. Insbesondere für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe waren Auswirkungen des wirtschaftlichen Wandels groß und sie mussten für ihre Rechte kämpfen. Die Proteste waren eine Reaktion auf die Globalisierung, die europäische Integration und die Marktliberalisierung, die für die polnische Landwirtschaft nicht immer günstig waren. Der Beitritt Polens zur Europäischen Union hat den Landwirten zwar Zugang zu EU-Mitteln verschafft, aber auch Herausforderungen bei der Anpassung an die neuen Gegebenheiten mit sich gebracht.

Die wichtigsten bäuerlichen Proteste in Polen nach 1989 – eine vergleichende Übersicht über Ursachen, Forderungen, Protestformen und Auswirkungen (eigene Zusammenstellung)

	1992	1999
Ursachen	Rasche Verschlechterung der Lage in der Landwirtschaft: exponentieller Anstieg der Produktionskosten; Abschaffung der staatlichen Unterstützung für die Landwirtschaft; Verschuldung der Landwirte; zunehmende Einfuhr von Agrarerzeugnissen Sozialer Zusammenbruch der Landwirtschaft: Selbstmorde; Abwanderung der Jugend vom Land und aus der Landwirtschaft Fehlen einer kohärenten staatlichen Agrarpolitik	Reaktion auf die Einführung von Verfahren zur Anpassung der Landwirtschaft an die EU-Anforderungen Anhaltende Misere der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe
Forderungen	Einführung von Mindestpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse Schutz des polnischen Marktes vor übermäßigen Importen billigerer Lebensmittel aus dem Ausland Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Schulden; Einführung von günstigen Krediten Subventionen für die Modernisierung der Landwirtschaft	Einführung von Mindestpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse Schutz des polnischen Marktes vor übermäßigen Importen billigerer Lebensmittel aus dem Ausland Einführung kostengünstiger Kredite für die Landwirtschaft Subventionen für die Modernisierung der Landwirtschaft
Protestformen	Straßenblockaden; landwirtschaftliche Demonstrationen in den Städten Teilweise Angriffe mit halb-terroristischem Charakter (z. B. Schläge, Entführung von Personen in einer Schubkarre)	Höhere Intensität der Proteste mehrtägige Blockaden des Straßen- und Schienennetzes in über 900 Orten Zusammenstöße mit der Polizei Hunderte Verletzte
Auswirkungen	Politische Mobilisierung der Landwirte Stärkung der Bedeutung der Bauernverbände Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die schwerwiegenden Probleme des ländliche Raumes und der Landwirtschaft im Zuge der Systemtransformation	Günstigere Kredite für Landwirte (In geringerem Ausmaß) Subventionen für die Landwirtschaft Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Schwierigkeiten bei der Anpassung der Landwirtschaft an die EU-Anforderungen Bedenken zur Haltung der Landwirte im Zuge des angekündigten Referendums über den EU-Beitritt Abnehmende öffentliche Unterstützung für die Forderungen der Landwirte

2015	2024
Negative Auswirkungen des Russland-Embargos auf polnische Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse Bedenken gegen den Verkauf polnischer Agrarflächen an ausländische Akteure Unzufriedenheit mit der konservativen Agrarpolitik der Regierung Zusammenbruch des Marktes für die Schweinefleischproduktion	Verlängerung der zollfreien Einfuhr von Agrarerzeugnissen aus der Ukraine; Gefährdung der Stabilität des polnischen Agrarmarktes „Green Deal"-Vorschriften der Europäischen Union. dadurch voraussichtliche Steigerung der Produktionskosten Überbordende Bürokratie der Gemeinsamen Agrarpolitik
Entschädigung für das Russland-Embargo Starke Intervention auf den Agrarmärkten (Aufkauf, Interventionspreise), vor allem bei der Schweinefleischproduktion Schutz des polnischen Bodens vor dem Aufkauf durch ausländische Akteure	Änderung der Bestimmungen der Gemeinsamen Agrarpolitik, z. B. Abschaffung bzw. Änderung der Regeln für die obligatorische Stilllegung von Feldern/Flächen Ablehnung des Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur Blockade der Einfuhr von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Ukraine; Kontrolle der Durchfuhr von Einfuhren durch polnisches Staatsgebiet Vereinfachung der Stützungsregeln im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik
Mehrtägige Straßenblockaden, auch auf Autobahnen Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmenden in Warschau Abladen von verdorbenem Obst und Gemüse vor Regierungsgebäuden	Gleichzeitige Blockaden von 150 bis 400 Straßen, langsame Fahrzeugkonvois, Sternmärsche auf ausgewählte Städte Demonstrationen in verschiedenen Städten Abladen von Lebensmitteln vor Regierungsgebäuden
Entschädigung für die vom russischen Embargo betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe Staatliche Förderung des Verbrauchs einheimischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse, einschließlich Werbung in den Medien Mehr Vorzugskredite für Landwirte Stärkeres öffentliches Bewusstsein für landwirtschaftliche Themen in Polen	Einführung von Einfuhrbeschränkungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ukraine; strenge Kontrolle der importierenden Unternehmen Abschaffung bestimmter Regelungen des „Green Deal" Deutliche Zunahme der öffentlichen Unterstützung für die Forderungen des Agrarsektors

Auch wenn die verschiedenen Wellen landwirtschaftlicher Proteste in Polen nach 1989 eine Vielfalt von Ursachen und Unterschieden in den Aktionsformen kennzeichnet, sind die Gemeinsamkeiten nicht zu übersehen: eine Art messianischer Anspruch (die Forderung nach Protektionismus angesichts eines Gefühls einer historischen Mission) sowie ein permanenter Zustand des Risikos und der Ungewissheit in Folge der inkonsequenten, unklaren und wenig sozialen Agrarpolitik des Staates. Sie hat einen Zustand geschaffen, in dem vor allem wirtschaftliche Bedürfnisse der Landwirte dauerhaft nicht befriedigt werden. Wie Foryś (2024) richtig feststellte, hat sich die Benachteiligung in den letzten drei Jahrzehnten von einer degressiven Benachteiligung (Konstanz der Erwartungen bei sinkenden Chancen auf ihre Verwirklichung) zu einer progressiven Benachteiligung gewandelt (Anstieg der Erwartungen der Landwirte bei gleichbleibenden Chancen auf ihre Verwirklichung).

Es gibt eine ganze Reihe von Expertenmeinungen, welche die Ursachen der Proteste von 2024 nur scheinbar in der Unzufriedenheit mit dem „Green Deal“ und den Agrarimporten aus der Ukraine sehen. Laut den Autoren des Berichts „Seeds of Discord“ („Ziarno niezgody“) ist der eigentliche Grund für die Unzufriedenheit der Landwirte im Jahr 2024 eine erhebliche Verschlechterung der Rentabilität der Produktion (Czubak et al. 2024). Sie ist das Ergebnis noch ungelöster sozialer, demografischer und wirtschaftlicher Probleme, die tief in der Geschichte unseres Landes verwurzelt sind. Die strukturellen Probleme der polnischen Landwirtschaft, wie zum Beispiel ihre Kleinteiligkeit sowie Relikte einer post-bäuerlichen Wirtschaft, waren und sind ein wesentlicher Grund für die Unruhe und Frustration der bäuerlichen Bevölkerung, werden jedoch von aktuellen wirtschaftlichen und politischen Problemen überlagert. Nach Ansicht von Foryś (2024) sowie Czubak et al. (2024) sind die Agrarproteste in Polen in den letzten 35 Jahren durch folgende typische Merkmale gekennzeichnet:

- Fortschreitende Routinisierung und Professionalisierung der Aktionen
- Ausrichtung der Forderungen an bestimmten Vorstellungen von staatlichen Aufgaben in einer Marktwirtschaft (Protektionismus, Interventionismus)
- Europäische Union als neues Feindbild im Bewusstsein der landwirtschaftlichen Bevölkerung

Hervorzuheben ist die Konsolidierung typischer Routinen von Protestaktionen wie Straßenblockaden und Besetzungen von Eigentum. Meine Recherchen während der Proteste von 2024 haben auch das Verschwinden der Klassensolidarität offenbart, da die Interessen von Groß- und Kleinbauern sowie von konventionellen und ökologischen Landwirten auseinanderklaffen.

„Ihnen und ihresgleichen ist es zu verdanken, dass es heute diese Proteste gibt. Sie sind diejenigen, die zu all diesen Green Deals geführt haben. Sie sind keine Landwirte, sie sind Öko-Konsumenten, die geldgierig sind. Sie haben gelernt, Brüssel zu melken, keine Frage. Sie stecken mit diesem ganzen Öko-Business unter einer Decke. Und wir kriegen den Hintern versohlt." (Mateusz, 39 Jahre alt, Landwirt aus Kujawsko-Pomorskie, eigenes Interview)

In einem Interview äußerte Karaczun (2024), dass der Verlust der Solidarität innerhalb der Landwirtschaft mit der weitgehenden Übernahme des Protests durch Lobbygruppen in Zusammenhang stünde: *„Das sind die großen Besitzer von industriellen Farmen, das sind die großen Unternehmen, die Düngemittel und Pestizide produzieren. Das sind die größten Produzenten, die in der industriellen Produktion tätig sind, nicht die Familienbetriebe"* (Karaczun 2024). Karaczun argumentiert, dass die Demonstranten also zu einem Werkzeug in den Händen der Lobby der Großbetriebe und der Agrar- und Lebensmittelindustrie geworden sind. Dagegen steht die Position des Think-Tanks Instytut Góspodarki Rolnej (Institute of Agricultural Economics), nach der es dieselbe Lobby ist, die von dem unkontrollierten Zustrom von Produkten aus der Ukraine millionenfach profitiert hat. Gleichzeitig lehnt dieselbe Interessengruppe nach Angaben des Instituts die Bestimmungen des Green Deal entschieden ab.

Die Bauernproteste 2024 in Polen belegen erneut das sehr hohe Mobilisierungspotenzial der Landwirte. Dabei überraschte ihre Effektivität, obwohl sie eigentlich sehr verstreut sind und dezentral agieren. Sie bewiesen, dass sie trotz des Verschwindens der bäuerlichen Solidarität in der Lage sind, ihre Anliegen auf kritische Forderungen zu konzentrieren, diese effizient zwischen verschiedenen politischen Zentren abzustimmen und sie sehr klar und verständlich in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Die Proteste der Landwirte sind nach wie vor ein wichtiges Element des politischen und sozialen Lebens und haben sich zu einem festen Bestandteil der aktuellen Konfliktlandschaft in Polen entwickelt. Sie zeugen von der Schwäche (oder dem völligen Fehlen!) des Dialogs zwischen den jeweils aufeinander folgenden Regierungen und der landwirtschaftlichen Bevölkerung. In der bisherigen Geschichte Polens nach 1989 war keine Regierungspartei in der Lage, in einen institutionalisierten, konstruktiven Disput mit den Landwirten einzutreten. Stattdessen geht es immer nur um Notfälle, die kurzfristig und dringend gelöst werden müssen. Die Belange und die Zukunft der polnischen Landwirtschaft sowie deren klimarelevante und geopolitische Bedeutung stehen nicht im Vordergrund der öffentlichen Diskurse in Polen. Dies trägt auch zur Unzufriedenheit unter den Landwirten bei, die ihre Identität seit Generationen auf einem Gefühl der historischen Mission für die Nation aufgebaut haben. Es handelt sich um einen gordischen Knoten: ihn zu lösen endete bisher immer in massiven, außer Kontrolle geratenen Konflikten und führte zu Schwierigkeiten bei der Erzielung einer Einigung. Die generationenübergreifende Tradition der Proteste als einzige de facto wirksame Form des „Dialogs“ mit den staatlichen Institutionen ist ein wichtiger Teil der bereits erwähnten Identität der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Polen. Sie stellt im Prinzip die einzig denkbare Form der Reaktion auf für sie ungünstige Veränderungen dar. Vor diesem Hintergrund sind weitere Bauernproteste in Polen nur eine Frage der Zeit. <

Wojciech Knieć

Wojciech Knieć (geb. 1971), Soziologe für ländliche Räume, Dr. habil. in Geisteswissenschaften, Leiter des Lehrstuhls für Sozialökologie am Institut für Soziologie der Nikolaus-Kopernikus-Universität in Toruń (UMK), seit 2015 Professor an der UMK.

Er befasst sich mit sozioökonomischen Aspekten der Entwicklung ländlicher Räume. Dazu zählen insbesondere (Basis-)Aktivitäten ländlicher Gemeinschaften sowie Strukturen und Veränderungen im Zusammenhang mit der Einführung von EU-Programmen. Zudem interessiert er sich für Fragen von „Good Governance“ auf lokaler Ebene sowie für neue Trends in der polnischen Landwirtschaft darunter Aktivitäten junger Landwirte, technologische Veränderungen (Landwirtschaft 5.0) und die Entwicklung kurzer Lebensmittelketten.

Literatur

Adams, T. P. (1995): „Rights, bread and work for all“: The Polish peasant strike of 1937. PhD dissertation. California University.

Ćwikła, A. (2015): Status of peasants in Poland in 19th century. In: Polish-Georgian Law Review. Olsztyn, 123–133.

Czubak, W.; Kalinowski, S. & Pepliński, B. (2024): Ziarno niezgody. Analiza protestów rolniczych (The seed of disagreement. The analysis of farmers' protests). Instytut Finansów Publicznych. Warszawa. https://www.ifp.org.pl/ziarno-niezgody/ (letzter Zugriff: 28.08.2025).

Drelich, S. (2005): Historia przez Leppera pisana (A story written by Lepper). In: Dialogi Polityczne 5–6.

Drelich, S. (2013): Wojny trybuna ludowego. Przypadek Andrzeja Leppera (Peasant's tribune wars – the case of Andrzej Lepper). Nicolaus Copernicus University Press.Toruń.

Dziennik, P. (1999): Spokój w Bartoszycach (Peace in Bartoszyce). In: Poland Daily Newspaper.

Ekiert, G. & Kubik, J. (1999): Rebellious Civil Society. Popular Protests and Democratic Consolidation in Poland 1989–1993. Ann Arbour: The University of Michigan Press.

Foryś, G. & Gorlach, K. (2002): The dynamics of Polish peasant protests under post-communism. Eastern European Countryside, 47–65.

Foryś, G. & Gorlach, K. (2015): Defending Interests: Polish Farmers' Protests under Postcommunism. In: Klandermans, B. & van Stralen, C. (Hrsg.): Movements in Times in Democratic Transition. Philadelphia: Temple University Press, 316–340.

Foryś, G. (2008): Dynamika sporu. Protesty rolników w III Rzeczpospolitej (The dynamics of conflict. Farmers' protests in III Republic of Poland). Scholar. Warsaw.

Foryś, G. (2024): Protesty chłopskie w Polsce. Próba analizy socjologicznej (Peasants' protests in Poland. A sociological analysis). Unpublished paper presented at the seminar in Polish Academy of Sciences.

Galaj, D. (1974): The Polish Peasant Movement in Politics: 1895–1969. In: Landsberger, H. A. (Hrsg.): Rural Protest: Peasant Movements and Social Change. Palgrave Macmillan, London.

Grzymowicz, G. (2024): W ten sposób wjeżdża zboże z Ukrainy. Rolnicy: Wszyscy o wszystkim wiedzą (This is the way the Ukrainian grain is imported. Farmers: Everybody knows).

Halamska, M. (2006): Elementy endo- i egzogenne w genezie ruchu chłopskiego: przyczynek do rozważań o podmiotowości chłopów w okresie 1980–1981 (Endogenous and exogenous elements in the genesis of the peasant movement: a contribution to the discussion on the subjectivity of peasants in the period 1980–1981). In: Roczniki Socjologii Wsi 27, 255–283.

IBRIS (2024): survey for „Rzeczpospolita" newspaper, 26.03.2024, https://www.rp.pl/rolnictwo/art40058731-sondaz-polacy-zdecydowanie-popieraja-protesty-rolnikow-sa-dwa-glowne-powody (letzter Zugriff: 28.08.2025).

IPSOS (2024): survey for OKO-Press information service and TOK FM radio, 27.02.2024, https://oko.press/sondaz-ipsos-masowe-poparcie-dla-protestu-rolnikow

Karaczun, Z. (2024): Cczy rolnicy wygrali z Zielonym ładem? (Do the farmers really won with the Green Deal?). podcast, Forsal.pl, access 26.03.2024

Kozłowski, T. (2010): Powstanie NZSS „Solidarność Rolników Indywidualnych 1980-1981 (The Establishment of Peasant Solidarity Free Trade Union Movement 1980-1981) In: Kaczorowski, A. (Hrsg.): „Solidarność" Rolników 1980–1989. Gdansk, 33–109.

Krok-Paszkowska, A. (2003): „Samoobrona: The Polish Self-defence Movement". In: Kopecky, P. & Mudde, C. (Hrsg.): Uncivil Society? London: Routledge, 114–133.

Rochatka, T. (2018): Opór chłopów w powiecie gnieźnieńskim przeciwko kolektywizacji wsi w latach 1948–1956 (Peasants' resistance in Gniezno County against collectivisation of agriculture in 1948-1956). In: Rocznik Historyczny Muzeum Historii Polskiego Ruchu Ludowego 34, 203–213.

Simons, T. (1971): The Peasant Revolt of 1846 in Galicia: Recent Polish Historiography. In: Slavic Review 30(4), 795–817.

Sioma, M. (1982): Strajk chłopski w Małopolsce w ocenie rządu i „Gazety Polskiej" (Peasant strike in Małopolska in the opnion of government and „gazeta Polska"). Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska. Sectio F, Humaniora Vol. 31 (1976) – Vol. 37 (1982)

Szczerbiak, A. (2004): History Trumps Government Unpopularity: The June 2003 Polish EU Accession Referendum. In: West European Politics 27(4), 671–690.

Szlachcic, J. (2024): Czy w Polsce nadchodzi era protestów rolniczych w stylu francuskich farmerów? (Is the era of agricultural protests in the style of French farmers coming in Poland?. https://instytutrolny.pl/ogolnopolski-protest-rolnikow-aktualnosci/protest-rolnikow-czy-w-polsce-nadchodzi-era-protestow-rolniczych-w-stylu-francuskich-farmerow.html (letzter Zugriff: 28.08.2025).

Wenzel, M. (2023): Od Samoobrony do Agrounii. Wiejskie ruchy społeczne po 1989 roku (From Samoobrona (Self-defence) to Agrounia: Rural Social Movements in Poland after 1989). Teoria Polityki, 167–191

wPolu.pl (2024): Dlaczego rolnicy strajkują? (Why famers strike?). https://wpolu.pl/porada/171-protest-rolnikow-2024-dlaczego-rolnicy-strajkuja-mapa#:~:text=Sprzeciw%20wobec%20Europejskiego%20Zielonego%20%C5%81adu,polskiego%20rolnictwa%20na%20rynku%20europejski (letzter Zugriff: 28.08.2025).

> Der Kampf um Anerkennung

Bauernproteste in Deutschland und ihre Ursachen

Von Wolfgang Reimer

Die Proteste der Bäuerinnen und Bauern im Winterhalbjahr 2023/24 prägen bis heute die politische und mediale Debatte über Landwirtschaft und ländliche Räume in ganz Europa. Auch wenn vermeintlich zu hohe Umweltauflagen und bürokratische Hürden oder – wie in Deutschland – der Wegfall bestimmter Subventionen Anlass für die Proteste waren – im Hintergrund war vor allem das Gefühl mangelnder gesellschaftlicher Wertschätzung die treibende Kraft für die hoch emotional geführten Auseinandersetzungen. So entstand eine komplexe Gemengelage von realen Problemen, scheinbaren Lösungen, fragwürdigen Allianzen und allzu einfachen Schuldzuweisungen. Nachfolgender Beitrag sucht nach den tieferen Beweggründen der Unzufriedenheit und Proteste. Welche gesellschaftlichen Entwicklungen könnten dazu geführt haben, dass Bäuerinnen und Bauern, die einst die konservative Mitte der Gesellschaft bildeten, sich politisch zunehmend den Rechtspopulisten zuwenden? Was haben Gesellschaft und Politik übersehen, dass heute dieser Kampf um Anerkennung der Landwirtschaft und ihre gesellschaftlichen Leistungen so heftig und oftmals unversöhnlich geführt wird – und wie kann man dem konstruktiv politisch begegnen?

Der Text ist der Nachdruck eines Beitrags aus: AgrarBündnis (Hrsg.): Der Kritische Agrarbericht, Konstanz 2025. Redaktionsschluss war der 15.11.2024. https://kritischer-agrarbericht.de/agrarberichte/2025

In Europa gingen die Bauern im Winterhalbjahr 2023/24 mit großer Wirkung auf die Straße. Auch wenn die Triggerpunkte unterschiedlich waren; vereint wenden sie sich auch heute noch gegen die Zumutungen ständiger Veränderungen und neuer Vorschriften, vor allem im Umwelt- und Klimabereich, aber auch gegen bürokratische Gängelung und kleinteilige Überwachung bei der Umsetzung der europäischen Agrarpolitik.

Während die Empörung in Deutschland sich vordergründig gegen den Abbau der Agrardieselsubventionen richtete, wurde im Verlauf der Demonstrationen immer deutlicher, dass das nur der berühmte Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die gefühlte einseitige Belastung wurde als extrem ungerecht empfunden. Das passte in das Selbstbild der Landwirtschaft, die sich schon seit vielen Jahren von der Politik als nicht wirklich „wahrgenommen“ sieht. Und obwohl es weitaus wichtigere Probleme zu lösen gilt, wurde ausgerechnet der Agrardiesel zum Ventil.

Nicht nur in Deutschland gingen die Bauern auf die Straße. In den osteuropäischen Staaten lösten die Getreideexporte aus der Ukraine die Empörungswelle aus, da diese ein deutliches Preisdumping verursachten. Ebenfalls waren die Ablehnung des Green Deal der EU-Kommission und die Bürokratie der Umweltgesetzgebung EU-weit ein wichtiges Thema.

Diese Themen trieben auch in Frankreich die Bauern auf die Straßen, nach Paris und Brüssel. Die kampferprobten französischen Bäuerinnen und Bauern brachten jedoch nicht nur ihre Empörung zum Ausdruck, sondern richteten an Macron und die EU-Kommission konkrete Forderungen hinsichtlich der Regulierung der Märkte: z. B. kostendeckende Marktpreise, keine Billigimporte zu niedrigeren Standards.

Die Niederlande wiederum erleben schon seit einigen Jahren massive Proteste. Diese zeigen beispielhaft die Problematik auf. Die niederländische Landwirtschaft, die weltweit im rein ökonomischen Sinne mit als die produktivste gelten darf und die die Empfehlungen der Agrarökonomie mustergültig umgesetzt hat, wurde konfrontiert mit einem Gerichtsurteil, das die Regierung dazu zwang, die seit Jahren zu hohe Stickstoff- und Phosphatbelastung unverzüglich anzugehen. Die drastische Verschärfung der Umweltgesetzgebung und der Herauskauf von Tierhaltungsbetrieben löste eine kleine Revolution aus, in deren Gefolge es auch zur Verbrüderung mit Vertretungen ländlicher Regionen kam. Diese hatten der Regierung schon länger vorgeworfen, nur die Ballungszentren in den Blick zu nehmen und das Hinterland zu vergessen. Die neu gegründete Bauern-Bürger-Bewegung (BBB) erzielte regional große Erfolge und bereitete damit den Boden für den spektakulären Erfolg des Rechtspopulisten Wilders bei der nationalen Wahl.

Vergessen „die Eliten“ die ländlichen Räume?

Das ist sicherlich eine zentrale Erklärung für den Aufstieg des Rechtspopulismus weltweit, da sich der „Kampf um Anerkennung“ auf allen Kontinenten wiederfindet. Viele Analysen von Trumps Wahlsieg 2017 z. B. sehen darin die verbindende Klammer zwischen der Arbeiterschicht im „rust belt“, die unter dem Niedergang der Altindustrien gelitten hat, mit den Bewohnern der ländlichen „overfly countries“ zwischen der Ost- und Westküste.

Die US-Soziologin Arlie Russel Hochschild greift in der Zusammenfassung einer umfangreichen Befragung konservativer ländlicher Wähler zu einer Metapher: Gewöhnliche Bürger stehen geduldig in einer langen Schlange und warten, um durch eine Tür mit der Aufschrift „Der amerikanische Traum“ zu treten, während sich andere – Afroamerikaner, Frauen, Einwanderer – plötzlich vordrängen. Sie werden dabei von denselben Eliten unterstützt, die die in der Schlange Stehenden ignorieren (Hochschild 2017).

Der bekannte Politikwissenschaftler Francis Fukuyama liefert eine Erklärung, warum wirtschaftliche Deklassierung nicht zu „linkem“ Wahlverhalten führt: „Wirtschaftliche Not wird von den Individuen oftmals nicht als materielle Entbehrung, sondern als Identitätsverlust empfunden. Die Nationalisten deuten den Verlust eines relativen wirtschaftlichen Ranges in den Verlust von Identität und Status um“ (Fukuyama 2019). Natürlich fehlt auch bei ihm der Hinweis nicht, dass sich die „linke“ demokratische Partei in den USA zu sehr um Minderheitenprobleme (Genderfragen, kulturelle Identitäten) gekümmert hätte.

Frankreich und insbesondere die Gelbwestenbewegung und der Aufstieg der rechten Bewegung (früher Front National heute Rassemblement National) um die Familie Le Pen zeigen, dass in Europa ähnliche Mechanismen wirken und der Stadt-Land-Gegensatz neu aufbricht. Auch beim „Brexit“ haben Abstimmungsanalysen belegt, dass die Wählerinnen und Wähler aus dem Ballungszentrum „Greater London“ und anderen Großstädten sich für den Verbleib in der EU ausgesprochen haben, während die „Leave“-Kampagne der Rechten besonders in den ländlichen Regionen unterstützt worden war.

Für Osteuropa hat der Historiker und Wiener Universitätsprofessor Philipp Ther den Hintergrund für den Aufstieg der Orbans und Kaczynskis gut beschrieben (Ther 2019). Das Setzen auf das freie Spiel der Marktkräfte hat nach dem Zusammenbruch des Sozialismus nicht nur die alte Nomenklatura begünstigt, die die Schalthebel der Wirtschaft und Politik schon kannte; der Markt hat Konzerne und Investoren, aber auch die sprichwörtlichen Glücksritter aus dem Westen angelockt und die Orte und Regionen mit den besten Standortfaktoren begünstigt. Das waren nicht die dünn besiedelten ländlichen Räume mit schwacher Infrastruktur. Der Markt zog im Gegenteil die mobilen jungen Menschen aus den ländlichen Räumen ab, sodass das „Ausbluten" noch beschleunigt wurde. Die osteuropäischen Staaten erlebten eine Landflucht ohnegleichen, die bis heute anhält.

Während die demokratischen Kräfte auf den Markt setzten und dabei viele Verlierer in Kauf nahmen, witterten die Nationalisten die Chance, mit Sozialprogrammen und dem Betonen der alten Werte und der Religion die Zurückgebliebenen einzusammeln. Sowohl in Ungarn als auch in Polen sind ländliche Regionen die Machtbasis der Nationalisten. Die unterschiedlichen Quellen, aus denen sich der Rechtspopulismus speist, sind also Herausforderung und Chance zugleich.

Herausforderung, weil sich wirtschaftliche und Status-/Identitätsprobleme überlagern und vermengen, weil die Erosion traditioneller Werte nicht aufzuhalten ist, und weil die liberaldemokratischen Länder keine Chancengleichheit schaffen, sondern sich die sozialen und kulturellen Gegensätze eher vertiefen. Wenn der Markt nicht politisch eingehegt wird und die ökonomische sowie soziale Spaltung weiter zunimmt, sind rechte Parteien nicht aufzuhalten.

Chance, weil es sich um Entwicklungen handelt, die korrigierbar sind. Allenfalls zehn bis 20 Prozent der Anhänger rechtspopulistischer Bewegungen oder Parteien haben ein verfestigtes rechtsextremes Weltbild. Ein großer Teil der Unterstützer wäre zurückzugewinnen.

Die Grünen als Feindbild

Dem oben beschriebenen groben Raster zufolge sind ländliche Regionen durchaus empfänglich für rechtspopulistische Botschaften. Wenn wir den Blick

auf Deutschland richten, müssen wir das Raster verfeinern. Denn unsere ländlichen Räume sind nur in den Landkreisen der neuen und nur in wenigen Kreisen der alten Bundesländer nach internationalem Maßstab wirklich „ländlich“, sprich dünn besiedelt, struktur- und wirtschaftsschwach.

Der Genfer Soziologieprofessor Lukas Haffert, der die letzte Bundestagswahl 2021 unter diesem Blickwinkel analysiert hat, weist auf die unterschiedlichen Grade der Ländlichkeit in Deutschland hin und auch auf die Tatsache, dass die AfD-Ergebnisse in strukturschwachen ländlichen Räumen, aber auch in Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten besonders ausgeprägt waren. Dagegen erzielten die Grünen ihre besten Ergebnisse in den Innenstädten bzw. relativ wohlhabenden Stadtbezirken und in Ballungsgebieten (Haffert 2022).

Diese Wahlanalyse korrespondiert mit den Ergebnissen der breit angelegten Studie von Steffen Mau und seiner Forschungsgruppe, die zu dem Ergebnis kommt, dass es bei vielen Themen eine breite Mitte der Gesellschaft gibt, die nicht gespalten ist (Mau, Lux und Westheuser 2023). Die Ausnahme bilden jene Triggerpunkte wie z. B. die Migrationsproblematik oder Identitätskonflikte (Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe), die von der Rechten gezielt bespielt werden, um zu polarisieren. Da die Grünen systematisch gegen die AfD gegenhalten, rücken sie automatisch von der angestrebten Mitte der Gesellschaft an den der AfD gegenüberliegenden Rand. Diese Positionierung wird noch durch die Rolle der Grünen in der Ampelkoalition verstärkt. Sie sind dort der Antreiber, der selbst bei scheinbar mehrheitsfähigen Themen wie Klimamaßnahmen einer veränderungsmüden Gesellschaft Angst einjagt und Gegnerschaft provoziert. Wenn dann noch handwerkliche Fehler und Kommunikationsdefizite dazukommen, manövriert man sich selbst ins Abseits.

Aus Sicht der Landwirtschaft werden die Grünen, die ja in den letzten zwei Jahrzehnten nur kurze Zeit das Agrarministerium besetzt hatten, für alle Probleme der Umweltgesetzgebung und alle Greening- oder Öko-Regelungen der europäischen GAP verantwortlich gemacht. Selbst die Politik der ebenfalls seit Jahrzehnten von den Konservativen geleiteten EU-Kommission (Beispiel Green Deal) wird dem „alles dominierenden grünen Einfluss“ zugeschrieben. Diesen Zuschreibungen ist nur schwer zu entkommen, zumal die Grünen alles tun, um

sie durch verbale radikale Äußerungen immer wieder zu befeuern. Damit kann man die Stammwählerschaft befriedigen, entfernt sich aber immer weiter von der angestrebten Mitte der Gesellschaft.

Die Rolle des Mittelstands

Bis zu Beginn der Corona-Krise dominierte in Berliner Kreisen von Politik über Journalisten bis hin zu den Kulturschaffenden die von dem Soziologen Andreas Reckwitz gesetzte „Erzählung“, dass die alte Mittelklasse von einer neuen Mittelklasse aus dem bildungsbürgerlichen und kulturalistischen Milieu abgelöst worden sei. Das urban-liberale Milieu dominiere nicht nur Lebensstile, sondern setze die Trends in den Medien und in der Politik. Materielle Konflikte seien künftig weniger entscheidend als kulturelle Differenzen. Reckwitz geht auch davon aus, dass die traditionelle Mittelklasse, die sich eher im kleinstädtischen und ländlichen Raum befindet, in Teilen empfänglich für den Rechtspopulismus ist (Reckwitz 2017; 2019).

Nun, mit den Krisen hat sich vieles verändert. Bereits in der Corona-Krise wurde die Spaltung der Gesellschaft entlang der verfügbaren Einkommen und der kulturellen Ressourcen deutlich. Noch deutlicher zeigten das der drastische Energiepreisanstieg und die allgemein steigende Inflation nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine. Plötzlich wurde greifbar, was das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in trockenen Zahlen seit Jahren veröffentlicht: 40 Prozent der deutschen Haushalte haben keinerlei Vermögen, sprich auch keine Reserven, wenn die Lebenshaltungskosten deutlich steigen!

Die Situation fehlender Vermögen hängt damit zusammen, dass die Bundesrepublik in Europa einen hinteren Tabellenplatz einnimmt, was das Wohneigentum betrifft. Nur 40 Prozent der Haushalte verfügen über Wohneigentum, auf dem Land deutlich mehr, in den Städten deutlich weniger. Eine Sondersituation liegt in Ostdeutschland vor: Im westeuropäischen Vergleich gibt es keine andere Region, in der den dort lebenden Menschen weniger Immobilien sowie Grund und Boden gehören! Dass dort, auch bei den „besser gestellten Leuten“, Ängste aufbrechen, wenn die Regierung den Klimaschutz in die privaten Häuser trägt und die Wirtschaft kriselt, ist inzwischen wohl bekannt.

Mehr als fraglich ist es, ob die jüngste Erzählung von der Dominanz der neuen, vor allem akademisch geprägten Mittelschicht zurückkommt. Die konkreten Transformationsleistungen des Klimawandels muss eher die alte Mittelklasse liefern, müssen Heizungsbauer, Elektroingenieure und auch beispielsweise Landwirte bringen, sonst wird das nichts mit der Energiewende! Die schnelle Verbrüderung der Bauernproteste mit Handwerk und Gewerbetreibenden vor allem in den neuen Bundesländern zeigt, dass die „gefühlten Kränkungen" weit über das bäuerliche Milieu hinausgehen!

Niedergangsstimmung im Osten

Inzwischen, so darf man vermuten, würden die Befragungen von Steffen Mau wohl zu anderen Ergebnissen kommen. In den zurückliegenden zwei bis drei Jahren hat sich auch in der damals festgestellten „stabilen Mitte" der Frust aufgestaut und – medial unterstützt – in der Ampelregierung einen Blitzableiter gefunden. Die Niedergangsstimmung wird durch die alltäglichen Meldungen über die marode Infrastruktur (Bahnverspätungen und -ausfälle, Zusammenbruch einer Brücke in Dresden, unterfinanzierte Krankenhäuser, Leistungsabfall an den Schulen, fehlende Kitaplätze …) verstärkt. Üblicherweise wird die Niedergangserzählung noch ergänzt durch den Hinweis, dass auf dem Land alles noch viel schlimmer sei. Das trifft sicherlich für etliche Landkreise in den neuen Bundesländern und auf wenige in den alten zu – aber nicht generell! Im Gleichwertigkeitsbericht 2024 der Bundesregierung (BMWL 2024) werden anhand von 42 Indikatoren zu Wirtschaft, Gesellschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie Klima und Umwelt die Regionen in Deutschland verglichen. Dünn besiedelte, ländliche Regionen haben in den letzten zehn Jahren beim Einkommen und der Erzeugung des Bruttoinlandsproduktes deutlich aufgeholt. Besonders ländliche Regionen in Ostdeutschland haben beim BIP-Wachstum schneller zugelegt als der Durchschnitt. Problematisch aber wird die demografische Entwicklung. 150 von 400 Landkreisen müssen mit sinkenden Bevölkerungszahlen rechnen und damit auch mit steigenden Problemen bei der Infrastrukturentwicklung. Diese ist jetzt schon bei Kreisen ohne städtische Umgebung kritisch.

Daraus ergeben sich größere Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit. Während zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger „eher“ oder „ganz zufrieden“ sind, fällt dieser Wert in Ostdeutschland bzw. strukturschwachen Regionen geringer aus. Acht der zehn schwächsten Regionen liegen in Ostdeutschland, weshalb die Menschen dort besonders pessimistisch in die Zukunft blicken. Die demografische Entwicklung überlagert also Wohlstand und Lebenszufriedenheit. Welche Bedeutung die Abwanderung für eine pessimistische Grundeinstellung und die Kultur des Unmutes hat, wird auch deutlich bei Steffen Maus Untersuchung Ungleich vereint – Warum der Osten anders bleibt (Mau 2024).

Viele Fragezeichen bleiben trotzdem bei der Erklärung, warum die AfD in Sachsen, Thüringen und Brandenburg um die 30 Prozent der Stimmen bekommen und das ähnlich agierende BSW auf Anhieb ein zweistelliges Ergebnis erzielt hat. Offensichtlich nähern wir uns amerikanischen bzw. osteuropäischen Verhältnissen an, wo viele sich von populistischen Führern die Erlösung von allen Problemen erhoffen.

Obwohl in allen Umfragen die eigene wirtschaftliche Situation überwiegend als gut beschrieben wird, herrscht eine Untergangsstimmung vor, die durch Fakten nicht mehr zu erschüttern ist. In dieser Situation würde nur ein inzwischen von fast allen Ökonomen, der Industrie und auch von den CDU-Ministerpräsidenten gefordertes Investitionspaket (z. B. in Höhe von 600 Milliarden über zehn Jahre, so das Institut für Deutsche Wirtschaft) für die Infrastruktur und zur Unterstützung der wirtschaftlichen Transformation helfen, um aus der Lethargie und Depression herauszukommen. Für die Wirtschaft und den privaten Konsum war die psychologische Stimmungslage schon immer entscheidend. Doch dieses wird vom kleinsten Teil der Ampelregierung, nämlich der FDP, aus ideologischen und von der Merz-Opposition aus taktischen Gründen blockiert. Also geht das „Siechtum“ weiter und bei den Menschen verfestigt sich der Eindruck, dass der Staat marode sei und überhaupt alles nur schlechter werde.

Rechtsdrift oder Protestwähler?

Gemessen an dem Fragenkatalog der Triggerpunkte-Studie von Steffen Mau und Team (Mau et al. 2023) gehörte zum Zeitpunkt der rund zwei Jahre zurückliegenden Befragung die große Mehrzahl der Bäuerinnen und Bauern zur breiten Mitte der Gesellschaft. Zu den meisten Themen nehmen sie eine „Mitte-Rechts"-Position ein, so auch meine eigene Erfahrung aus vielen Gesprächen und Diskussionen. Wie ist dann aber zu bewerten, dass Landwirte in den Landtagswahlen 2024 in Sachsen fast zur Hälfte und in Thüringen zu 40 Prozent die AfD gewählt haben?

Die meisten Bäuerinnen und Bauern verhalten sich wie andere Teile der Mittelschicht. Sie lassen ihren Frust ab. Nachdem mit der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) große Hoffnungen geweckt wurden, aus der Anklageecke der Gesellschaft herauszukommen und die Schlepperdemonstrationen in den Medien sehr positiv begleitet wurden, waren die Erwartungen groß. Durch die Finanzblockade der FDP wurde aber nichts aus dem großen Entwurf und der Frust war stärker als je zuvor.

Bisher haben sich der Deutsche Bauernverband (DBV) und andere Zusammenschlüsse von Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bis Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) eindeutig gegenüber „Rechts" distanziert. Eine Gefahr besteht darin, dass aktionistische Zusammenschlüsse wie „Land schafft Verbindung" (LsV) über ihre Social-Media-Kanäle vor allem Jungbäuerinnen und -bauern mobilisieren und dabei nicht nur agrarpolitische Fake News, sondern auch rechte Weltbilder transportiert werden. Die größere Gefahr liegt aber vor allem in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands darin, dass dort angesehene Personen aus Handwerk, Landwirtschaft und anderen traditionellen Berufen sich offen zur AfD bekennen und damit deren Normalisierung und Etablierung betreiben. Und oft sind sie nur zur AfD gekommen, um die „etablierte Politik" zum Angehen der Probleme zu zwingen.

Es ist für die Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Räume extrem wichtig, die Spreu vom Weizen zu trennen. Konservative Positionen gehören zur Mitte der Gesellschaft dazu, der Rechtspopulismus und erst recht der Rechtsextremismus muss zurückgedrängt werden. Nicht, indem man den Rechten und deren Forderungen nachläuft, sondern indem man die Probleme glaubhaft angeht und schrittweise einer Lösung zuführt. <

Wolfgang Reimer

Der Agraringenieur und Vorsitzende der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. war unter anderem Amtschef im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg und von 2016 bis 2021 Regierungspräsident in Stuttgart.

Literatur

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2024): Gleichwertigkeitsbericht 2024. Berlin.

Fukuyama, F. (2919): Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet. Hamburg.

Haffert, L. (2022): Stadt-Land-Frust. Eine politische Vermessung. München.

Hochschild, A. R. (2017): Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt am Main.

Mau, S. (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Frankfurt am Main.

Mau, S.; Lux, T. & Westheuser, L. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin.

Reckwitz, A. (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin.

Reckwitz, A. (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Frankfurt am Main.

Ther, P. (2019): Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation. Berlin.

> Bauern, Landvolk und die NSDAP

Eine historische Betrachtung

Von Onno Poppinga

Seitdem Mitglieder von „Land schafft Verbindung“ (LSV) 2022 mit einer großen Zahl an Traktoren die schwarze „Landvolkfahne“ (schwarzes Tuch, weißer Pflug, rotes Schwert) nachgestellt haben, wird das Zeigen dieser Fahne geradezu als Inbegriff rechtsradikaler Bauern gedeutet. Onno Poppinga geht im Folgenden der Frage nach, welche historische Bedeutung die Landvolkbewegung bei ihrer Gründung in den 1920er-Jahren hatte und ob Landwirtinnen und Landwirte damals „anfälliger“ waren, die NSDAP später zu unterstützen.

Der Text ist der Nachdruck eines Beitrags aus: AgrarBündnis (Hrsg.): Der Kritische Agrarbericht, Konstanz 2025. Redaktionsschluss war der 15.11.2024. https://kritischer-agrarbericht.de/agrarberichte/2025

Zunächst eine persönliche Vorbemerkung: Ich komme aus einer ostfriesischen Bauernfamilie, bei deren Vorfahren alles vertreten war: Mitläufer und Mitläuferinnen, Goldenes Parteiabzeichen, Mitgliedschaft bei der Waffen-SS, Agitator für die KPD (mit der Folge von sechs Jahren KZ-Sachsenhausen), der jüdische Bauer – zur Emigration und zum Zwangsverkauf des Hofes gezwungen – und viele, viele Verwandte, die im Krieg umkamen! Die Zerstörungen, die der Krieg unter den Menschen angerichtet hatte, waren ein Teil meiner Kindheit und Jugendzeit.

Mich interessierte damals die „Landwirtschaft und politische Rechte“ (und auch „politische Linke“). So habe ich mich wiederholt auch wissenschaftlich damit beschäftigt. Zuerst mit der Frage nach dem Rechtsradikalismus in der Landwirtschaft. Anlass für die Beschäftigung mit diesem Thema im Rahmen meiner Diplomarbeit war, dass der NPD-Stimmenanteil bei der Landtagswahl

in Baden-Württemberg von 1965 (2,2 Prozent) zur Wahl 1968 auf 9,8 Prozent angeschwollen war. Landkreise mit sehr hohen NPD-Anteilen waren noch landwirtschaftlich geprägt und zugleich war die evangelische Konfession stark vertreten. Meine Dissertation „Bauern und Politik“ vertiefte das Thema.

Doch zurück zur Zeit des Nationalsozialismus: Damals waren zwölf Prozent der NSDAP-Mitglieder landwirtschaftliche Erwerbstätige. Deren Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt war mit 29 Prozent aber sehr viel höher. Die landwirtschaftlichen Erwerbstätigen waren unter den Mitgliedern der NSDAP also deutlich unterrepräsentiert! Unter den Ärzten war z. B. mehr als jeder Zweite Parteimitglied, unter den Lehrern fast jeder Dritte. Zusammenfassend konnte ich aus den einsehbaren Akten ermitteln, dass die selbstständigen Bauern, vor allem die mit etwas größeren Betrieben, die NSDAP mit einer Mitgliedschaft deutlich mehr unterstützt haben (vor allem in der sogenannten „Kampfzeit“). Ihr Anteil unter den Mitgliedern war aber nur leicht höher als ihr Anteil an der Bevölkerung. Eine pauschale Aussage, dass „die“ Landwirte „Nazis“ gewesen seien, ist deshalb falsch.

Auffällig jedoch war, dass die Unterstützung der NSDAP bei Wahlen in katholischen Gebieten viel geringer war als in stärker evangelischen. Vor allem in Norddeutschland gab es unter den Pastoren besonders eifernde NSDAP-Agitatoren. Bei Untersuchungen in Schleswig-Holstein zeigte sich deutlich, dass dort, wo die Unterschiede innerhalb der Landwirtschaft bei den Betriebsgrößen groß waren (in den Marschen), die NSDAP geringere Zustimmung fand als in den homogeneren Gebieten (Geest).

Bei den aktuellen Diskussionen um „Landwirtschaft und die politische Rechte“ wird die schwarze Landvolkfahne als Zeichen für rechte bzw. rechtsradikale Gesinnung gewertet. In früheren Jahren war diese Fahne jedoch auch schon auf Bauerndemonstrationen gezeigt worden, so Anfang der 1990er-Jahre gegen schlechte Getreidepreise, als die Landvolkfahnen in großer Zahl vor dem Sitz des Bundeskanzlers in Bonn wehten. Heute hat sich die Wahrnehmung in Teilen der Gesellschaft geändert. Es ist daher notwendig zu fragen: Was war die Landvolkbewegung?

Landvolkbewegung – ihre Ursprünge …

Ihre Anhängerschaft war am stärksten im Norden Deutschlands, vor allem in Schleswig-Holstein. Die Landvolkbewegung machte im Januar 1928 mit einer Großdemonstration in der Stadt Neumünster (Schleswig-Holstein) unübersehbar auf sich aufmerksam. 140.000 Bauern protestierten gegen die zunehmende Zahl von Zwangsmaßnahmen, die die Finanzverwaltung wegen ausstehender Steuern und Abgaben gegen bäuerliche Betriebe durchsetzte. Sie reichten von der Zwangsversteigerung ganzer Betriebe bis zur Pfändung von Tieren, die dann im Auftrag des Finanzamtes versteigert wurden. In der Folgezeit kam es verbreitet zu Steuerstreiks und zur Verhinderung von Zwangsversteigerungen durch gemeinsames Handeln der Bauern. Als die Politik darauf nicht reagierte, wurden Bomben gelegt bei politischen Vertretern, bei Finanzämtern und sogar am Reichstag.

Was war zuvor geschehen? Der Erste Weltkrieg, die folgende Depression und die lang andauernde Inflation, die erst durch die Einführung der „Roggen-“ bzw. „Rentenmark“ im Jahre 1923 beendet werden konnte, prägten die 1920er-Jahre. Schleswig-Holstein hatte ertragreiche, großbäuerliche Marschbetriebe im Westen und auf Fehmarn, ertragsschwächere, klein- und mittelbäuerliche Betriebe, stark auf Viehhaltung ausgerichtet, auf der Geest, flächenstarke, auf Ackerbau ausgerichtete Betriebe des Großgrundbesitzes an der Ostküste („Grafenecke“). Politisch herrschten vor dem Ersten Weltkrieg liberale Vorstellungen vor: Die Landwirtschaft war auf Importe (vor allem Futtermittel) und Exporte ausgerichtet (Getreide, Schweine, Bullen, Schafe).

Nach dem Krieg vollzog sich ein politischer Umbruch. Nicht mehr Vertreter des Großgrundbesitzes und der Großbauern hatten das Sagen, sondern die Sozialdemokratie und die Landarbeitergewerkschaft wurden zur politischen Kraft im Land. Die Höfe erholten sich nach der Währungsreform. Diese und die Inflation hatten auch alle Schulden (sofern vorhanden) der Höfe „beseitigt“, aber es blieb finanziell schwierig. Ein erheblicher Teil der Betriebe nahm deshalb neue und zum Teil auch umfangreiche Kredite auf. Bis 1926 schienen die wirtschaftlichen Verhältnisse sich freundlich zu entwickeln. Danach machte sich die beginnende allgemeine Wirtschaftskrise sehr schnell bemerkbar.

Als dann durch die steigende allgemeine Arbeitslosigkeit auch noch die Nachfrage nach Agrarprodukten stark zurückging und die Auszahlungspreise fielen, gerieten Betriebe in großer Zahl und rasch in Zahlungsschwierigkeiten. Da mit den Banken (damals wie heute) „schlecht Kirschen essen“ war, erregten sich die Bauern vor allem darüber, dass sie trotz schwieriger Lage weiter die Gemeinde- und die Landessteuern zahlen mussten (Abgaben an die Landwirtschaftskammer, an die Wasser- und Bodenverbände usw. kamen noch hinzu).

… und politischen Forderungen

Das wurde dann auch zu einer der ersten Forderungen der Landvolkbewegung: „Keine Steuern zahlen aus der Substanz des Hofes“. Die Forderungen an den Staat waren durchaus „überschaubar“: keine Zwangsversteigerungen, sondern Stundungen. Als das nicht durchkam, verbreitete sich die Forderung nach „Steuerstreik“ und Einrichtung einer „bäuerlichen Nothilfe“. Der Staat reagierte gegenüber den in Schwierigkeit geratenen bäuerlichen Betrieben ausschließlich mit Härte, mit Gerichtsvollzieher, Justiz und Polizei. Als dann aber etwas später auch die Betriebe des Großgrundbesitzes in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten, reagierte der Staat völlig anders: 1928 mit dem Programm „Ostpreußenhilfe“, später mit der „Osthilfe“ gab es ein umfassendes Subventionsprogramm für die Großbetriebe. Es war das bei Weitem umfassendste Hilfsprogramm der (armen) Weimarer Republik und war mit so vielen Skandalen verbunden (manche Betriebe wurden gleich mehrfach entschuldet), dass der Reichstag schließlich einen Untersuchungsausschuss einsetzte. Nach einer Studie von Dieter Hoffmann (Der Skandal. Hindenburgs Entscheidung für Hitler) war die Zusage von Hitler, den Bericht dieses Untersuchungsausschusses verschwinden und den Ausschuss auflösen zu lassen, von großer Bedeutung für den Reichspräsidenten von Hindenburg, Hitler am 20. Januar 1933 zum Reichskanzler zu ernennen (Hoffmann 2019).

Wie ist vor diesem Hintergrund die Landvolkbewegung politisch zu bewerten? Sie kam zweifellos aus einem nationalen, auch von der evangelischen Kirche geprägten Umfeld (der deutsche Kaiser und preußische König war qua Amt oberster Bischof). Auch antisemitische Begriffe wurden verwendet, aber das

kann nicht wirklich überraschen. Abgesehen von den Kräften der politischen Linken war der Antisemitismus insbesondere in der deutschen Oberschicht weit verbreitet.

Der politische Neuanfang nach der „Novemberrevolution“ war vielen Bürgern und auch vielen der größeren Bauern suspekt. Dazu mögen auch die „Hungerdemonstrationen“ in manchen Regionen im Jahre 1919 beigetragen haben, in denen die Demonstrierenden auf Bauernhöfe gezogen waren und die Herausgabe von Lebensmitteln verlangten (sogenannte „Speckumzüge“). Generell ist wohl davon auszugehen, dass es in Deutschland eine konservative Grundhaltung bei den Bauern und Bäuerinnen gab und gibt. Das kann nicht überraschen, weil sie sich angesichts des Schicksals der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert geradezu aufdrängt. Die „Befreiung“ der bäuerlichen Betriebe aus den überkommenen, von der Grundherrschaft des Adels und der Kirche geprägten Eigentumsstrukturen erfolgte eben nicht durch einen „revolutionären Akt“ – sondern durch eine vom Staat organisierte Freikaufaktion. Es dauerte Jahrzehnte, bis die Bauern diese Schulden bei der Rentenbank abgetragen hatten; viele ruinierten sich dadurch. Nach so viel „Schweiß und Tränen“, um nach Jahrhunderten endlich die Kontrolle über den Hof zu erlangen, indem er als privates Eigentum erworben wurde, ließ die Landwirte generell misstrauisch werden, wenn Parteien allzu schnell und pauschal von der Notwendigkeit von Enteignungen sprachen.

Leichte Beute der NSDAP

Nachdem in den ersten Jahren die Parteien der Weimarer Koalition auch in Schleswig-Holstein stark waren, gewann später die Deutschnationale Volkspartei an Einfluss. In ihrem Vorgehen war die Landvolkbewegung so etwas wie „bäuerlich-anarchistisch“: Alles sollte neu organisiert, die Institutionen des Staates komplett abgelehnt werden. Die regierende Sozialdemokratie wurde als Arbeiterpartei gesehen, die sich – zulasten der Bauern – für die Landarbeiter einsetze, für die Bauern aber kein Verständnis habe. Dies gründete sich auch noch auf die marxistische Tradition der SPD, nach der die Bauern sowieso zum Untergang verurteilt seien. Zwar ging die SPD mit ihrem Agrarprogramm von 1928 ausdrücklich auf die Eigenheiten der bäuerlichen Landwirtschaft ein,

eine politische Änderung in der Haltung der Bauern zur „Linken“ wurde trotzdem nicht erreicht. Als dann ausgerechnet über die Betriebe des Großgrundbesitzes mit Zustimmung der SPD im Reichstag das „Füllhorn des Staates“ ausgeschüttet wurde, waren alle (ohnehin geringen) Chancen gänzlich vertan. Nach der letztlich erfolglosen „Landvolkbewegung“ strömten dann auch viele Bauern – wie Wähler aus allen anderen Berufen und Zugehörigkeiten auch – zur NSDAP. Weil die „Landvolkfahne“ auch für diese Zeit als Symbol eingesetzt wurde, kann sie als Symbol in heutiger Zeit nur auf Unverständnis stoßen. Die Landvolkbewegung selbst war nicht von Anfang an rechtsradikal, wurde von der NSDAP sogar abgelehnt und stark bekämpft; ihre „Trümmer“ wurden dann aber eine leichte Beute der NSDAP.

Was wäre aber wohl möglich gewesen, wenn der preußische Staat im Wissen um die wirtschaftlichen Probleme der Bauern und Bäuerinnen nicht nur mit Gerichtsvollzieher und Polizei, sondern mit Verständnis und Hilfe reagiert hätte? Ob dadurch die ländliche Bevölkerung weniger der Propaganda der Nationalsozialisten erlegen wäre, bleibt offen. Vor dem Hintergrund der obigen Geschichte der Landvolkbewegung in den 1920er und -30er Jahren dürfte jedoch klar geworden sein: Ein Aufgreifen von deren Symbolik, insbesondere der martialisch anmutenden Landvolkfahne, zeugt mindestens von mangelndem historischem Bewusstsein – wenn nicht, wie bei einigen der heutigen Bauernprotestler, von rechter bis rechtsextremer Gesinnung. <

Onno Poppinga

Prof. Dr. Onno Poppinga hat nach landwirtschaftlicher Lehre und Studium an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim bei Theodor Bergmann zum Thema „Bauern und Politik“ promoviert. Nach Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschung in Hohenheim und als Planer an der Universität Oldenburg wurde er auf eine Professur an der Gesamthochschule Kassel berufen. Fachliche Schwerpunkte sind Themen aus der Agrarpolitik und der extensiven Milchviehhaltung.

Literatur

Hoffmann, D. (2019): Der Skandal. Hindenburgs Entscheidung für Hitler. Donat.

Der politische Protest der Landwirtschaft zum Jahreswechsel 2023/2024 hat in seiner Heftigkeit und Dauer sowohl die politische Klasse in Berlin als auch die politischen Beobachter:innen und die Landwirt:innen selbst überrascht. Zeitgleich gingen Landwirt:innen in mehreren EU-Mitgliedstaaten auf die Straßen.

Der Protest hatte zwar die Subventionskürzungen des Agrardiesels zum Anlass, das Ausmaß lässt sich aber nicht allein mit den ökonomischen Folgen dieser Kürzung erklären und wirft Fragen auf:

Was sind seine Hintergründe und Ursachen? Warum konnten so viele Landwirt:innen mobilisiert werden? Was waren ihre Anliegen? Welche Rolle spielten die sozialen Medien? Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Protest für die zukünftige Agrarpolitik? Handelt es sich bei diesen Protesten um ein einmaliges Ereignis oder ist damit zu rechnen, dass sich derartige Proteste wiederholen werden?

Dieser Band versammelt Beiträge von Wissenschaftler:innen und Akteur:innen der Agrarpolitik, die Hintergründe und die Dynamik der Ereignisse aus verschiedenen Perspektiven beleuchten und auf tieferliegende Ursachen aufmerksam machen, die mit dem Rückgängigmachen der Maßnahmen nicht aus der Welt geschafft werden können. Nach Ansicht der Autor:innen spiegeln sich in den Protesten grundlegende gesellschaftliche Kontroversen wider, die über den engen Bereich der Agrarpolitik hinausreichen. Thematisiert werden die Proteste in Deutschland, Frankreich und Polen zum Jahreswechsel 2023/2024 sowie 2019 und auch die landwirtschaftlichen Protestbewegungen in der Weimarer Republik.

Die Herausgeber:innen verstehen das Buch als Einladung, sich intensiver mit der sozialen Lage der Landwirtschaft und den agrarpolitischen Auseinandersetzungen zu befassen. <

ISSN 0080-7133